

Deutschland-Berichte

6. Jahrgang

1939

Nr. 7

Inhaltsverzeichnis

T e i l A : Nachrichten und Berichte

I. Die allgemeine Situation in Deutschland	A 1
1) Deutschland gegen Polen	1
a) Danzig	1
Die Stimmung in der Danziger Bevölkerung - Die militärischen Vorbereitungen in Danzig - Die Rückwirkung auf die wirtschaftlichen Ver- hältnisse Danzigs	
b) Oberschlesien	7
c) Militärische Vorbereitungen	10
2) Der Propaganda-Krieg	15
a) Ausländische Propaganda in Deutschland	15
Die King-Hall-Briefe - Der Aufruf des Labour Councils - Die ausländischen Radio- sendungen in deutscher Sprache	
b) Deutsche Propaganda im Ausland	22
Die deutschen Sendungen in polnischer Sprache - Das Saarbrücker "Grenzlandecho" - Die Beeinflussung auslandsdeutscher und ausländischer Jugend - Propaganda gegen England - Die Wirkung der Propaganda auf das deutsche Volk	
3) Aus dem Memelgebiet	31
II. Aus der Wirtschaft	33
1) Zwangswirtschaft, Rationalisierung und Rohstoff- mangel	33
2) Die Ausfuhr	43
3) Nahrungsmittelmangel und Nahrungsmittelpreise	44

III. Aus Handel und Gewerbe

A 53

- | | |
|---|----|
| 1) Der Niedergang des gewerblichen Mittelstandes | 53 |
| 2) Die Auskämmung des gewerblichen Mittelstandes nach Arbeitskräften | 58 |
| a) Die Auskämmung des Handwerks | 59 |
| Die Zwangsversicherung der Handwerker -
Die Verpflichtung zur Buchführung - Die
Pflicht zur Ablegung der Meisterprüfung | |
| b) Die Auskämmung des Einzelhandels | 69 |
| 3) Die Lage des Fremden gewerbes | 74 |

IV. Die Judenverfolgungen

80

- | | |
|--|-----|
| 1) Das Schicksal der Juden in den okkupierten Gebieten | 80 |
| a) Böhmen | 80 |
| b) Slowakei | 88 |
| c) Memelgebiet | 89 |
| d) Oesterreich. | 91 |
| e) Danzig | 92 |
| 2) Die Juden im Reich | 94 |
| a) Behördliche Massnahmen | 95 |
| b) Judenfeindliche Rechtsprechung | 98 |
| c) Berichte aus dem Reich | 99 |
| d) Bericht aus Dachau | 109 |
| 3) Flüchtlinge ohne Asyl | 115 |
| a) Juden im Niemandsland | 115 |
| b) Die Flüchtlingsschiffe | 116 |

T e i l B : U e b e r s i c h t e n

Perspektiven der deutschen Wirtschaft

- | | | |
|---|---|----|
| 1) Disproportionalität der industriellen Produktion | B | 2 |
| 2) Absolute Ueberproduktion | | 7 |
| 3) Unterproduktion der Verbrauchsgüter | | 10 |
| 4) Das Problem der Umstellung | | 16 |
-

(Abgeschlossen am 5. August 1939)

I. Die allgemeine Situation in Deutschland1) Deutschland gegen Polen

Anfang Juli hat Hitler angesichts der Warnungen der Westmächte und der Kampfbereitschaft Polens zum zweiten Mal nicht gewagt, einen Handstreich auf Danzig und den Korridor durchzuführen. Dass er seine Pläne nicht aufgegeben hat, geht schon allein daraus hervor, dass die militärischen und propagandistischen Vorbereitungen gegen Polen unablässig fortgesetzt werden. Nach wie vor sind Danzig und Oberschlesien die Brennpunkte der Aktivität.

a) Danzig

Die Freie Stadt ist de facto dem Reiche schon angeschlossen. Das ganze Gebiet mit seinen rund 400.000 Einwohnern (auf die Stadt allein entfallen davon 235.000) gleicht einem Heerlager. An den Grenzen des Gebiets gegen Polen werden Tag und Nacht Befestigungsanlagen gebaut. Waffen aller Art werden zu Lande und zu Wasser in wachsenden Mengen in die Stadt transportiert. Militärische Verbände in verschiedener Ternung sind in grosser Zahl zusammengezogen. Da Polen alle diese Massnahmen zulässt, hat sich innerhalb der Bevölkerung wieder die Auffassung befestigt, dass Danzig schliesslich doch ohne Krieg zum Reiche kommen werde. - Darüber wird berichtet:

1. Bericht:

In der Woche nach dem 2. Juli, dem Tage, an dem der "Führer" angeblich Danzig "heimholen" wollte, hatte sich das Stadtbild in Danzig im Vergleich zu den Vorwochen ein wenig verändert. Vor allem waren die Leute mit den "Heimwehr"-Binden mehr und mehr aus den Strassen verschwunden. Es schien, als sollte das allzu öffentliche Treiben dieser Gesellen etwas abgedämmt werden. Jetzt ist aber alles schon wieder genau wie vor dem 2. Juli. Die Stadt steht ganz im Zeichen der verkappten Reichsweh, und die Flüsterparolen nehmen wieder einen unheimlichen Umfang an. Man hört jetzt von allen Seiten "das entscheidende Datum" nennen, an dem Danzig natürlich ohne Schwertstreich zum Reiche kommen soll. Und es fällt den Leuten gar nicht besonders auf, dass die verschiedensten

Daten genannt werden, sie sind trotzdem bereit, an diese Parolen zu glauben. Man hört den 15. August, Ende August und die Tage vor und nach dem Parteitag nennen.

Mir sind diese Daten schon ziemlich gleichgültig geworden, aber ich verstehe sehr gut, dass fast alle Leute an die Richtigkeit des einen oder anderen Datums, jedenfalls an die baldige Rückkehr Danzigs zum Reich glauben. Sehen sie doch, dass Danzig immer weiter militarisiert wird, ohne dass irgend jemand, sei es Polen, seien es die Westmächte, etwas Ernsthaftes dagegen unternimmt. Jedesmal, wenn das Volk den Eindruck hat, dass die Verwirklichung der Pläne Hitlers zu kriegerischen Komplikationen führen könnten, wird es sehr nachdenklich und ver wünscht den "Führer", ganz gleich, ob es sich um Anti-Nazis oder um Nazis handelt. So war es um den 2. Juli herum. Heute, kaum zwei Wochen später, sieht das Volk, dass Hitler zunächst freie Hand in Danzig hat, dass er tun kann, was er will, und schon ist es wieder der Meinung, Danzig komme jetzt natürlich sehr bald zum Reich zurück.

Das Volk glaubt im Grunde doch an Hitlers Stern. Und das kann nur geändert werden, wenn Hitler wirklichen Demütigungen ausgesetzt wird. Ich finde, dass gerade jetzt, wo sich herausgestellt hat, dass er den Krieg noch nicht riskieren will, dazu die beste Gelegenheit wäre, und begreife deshalb das Zögern Polens gegenüber der Militarisierung Danzigs überhaupt nicht mehr. Indem man man die Militarisierung Danzigs zulässt, verbessert man doch indirekt Hitlers Chancen für ein neues Vorgehen.

In dieser Beurteilung der Situation sind sich heute alle einig, ganz gleich, ob sie Freunde oder Gegner der Nazis sind. So wurde z.B. in einem Gespräch zwischen hohen Beamten des Senats, die durchaus nicht alle Nazis sind, einmütig die Überzeugung vertreten, dass der gegenwärtige Zustand in Danzig nicht mehr beseitigt werden könne. Die Polen würden allmählich vor eine vollendete Tatsache gestellt. Sie täten nichts dagegen, weil sie davon überzeugt seien, dass England und Frankreich trotz aller feierlichen Erklärungen für Danzig niemals in einen Krieg ziehen würden. Man spreche nun bei uns zwar immer von Danzig, gemeint sei in Wirklichkeit natürlich aber Danzig und der Korridor. Danzig besitze das Reich faktisch schon jetzt. Man müsse aber Danzig jetzt strategisch ausbauen, ehe man direkt auf den Korridor zustossen könne. Die Polen allein seien zu schlapp, um etwas gegen diese Dinge unternehmen zu können. Wenn Danzig erst einmal eine einzige Festung sei, dann werde es aber bereits zu spät sein, um auch nur noch den Korridor für Polen zu retten. Ein Krieg werde nicht kommen. Deutschland werde keinen Krieg beginnen, lieber noch mehr Geduld und Ruhe zeigen als bisher, und die anderen werden gewiss nicht angreifen. Fraglich sei lediglich, ob es schon in diesem Jahre gelingen werde, Danzig und den Korridor einzustecken. Es sei wahrscheinlicher, dass sich das Ganze bis zum nächsten Jahre hinziehen werde, wahrscheinlich werde dann auch England sein Interesse an Danzig und Polen überhaupt schon weitgehend verloren haben. Schliesslich könne doch die ganze Welt nicht ein Jahr lang nur mit der Danziger Frage beschäftigt bleiben. Es würden vermutlich neue Fragen aktuell werden, die den Engländern dann auch viel wichtiger erscheinen würden als Danzig, gegen dessen Angliederung an das Reich sie ja ohnehin im Ernst nichts hätten.

2. Bericht:

Wir sind hier von einem ausgesprochenen Pessimismus befallen. Nicht wenig hat dazu die letzte Rede Chamberlains beigetragen, als er von den drei Notwendigkeiten Polens in Danzig sprach, von der politischen, der strategischen und der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Die politische Notwendigkeit - darüber dürfte bei allen politisch Denkenden eine Meinung herrschen - hat Polen bereits im Jahre 1936 endgültig verspielt, vielleicht schon im Jahre 1935, als es die Bitte der Danziger Oppositionsparteien nach Neuwahlen hintertreiben half. Bezüglich der strategischen Notwendigkeiten ist für Polen die Uhr 5 Minuten vor 12, denn was augenblicklich in Danzig vor sich geht, hat ja nur den Zweck, Polens strategische Stellung im Korridor vielleicht unmöglich zu machen. Ueber die wirtschaftlichen Notwendigkeiten braucht man nicht viel zu reden. Polen hat nicht das geringste unternommen, als seine Juden aus Danzig ausgewiesen wurden, obwohl sie für die Stellung der polnischen Wirtschaft in Danzig sicherlich sehr wertvoll waren. Es unternimmt ja auch heute nichts dagegen, wenn seine Staatsbürger binnen drei Tagen mir nichts Dir nichts des Landes verwiesen werden. Mir scheint also, dass die drei politischen Notwendigkeiten heute kaum mehr Wert haben als die vielen grossen Worte, die in den letzten Tagen gesprochen worden sind.

Das ist besonders schlimm für all diejenigen, die unerschütterlich in der Opposition gegen die Nazis verharren, denn sie sehen, dass es kein Halten gibt, wenn die Nazis etwas durchsetzen wollen. Und auch die Tatsache, dass Hitler am 2. Juli wieder einmal zurückgezogen ist, wirkt heute gar nicht mehr. Nun gut, sagen die Leute, die Tschechoslowakei hat Hitler auch nicht auf einen Anlieh bekommen. Er hat ein Jahr dazu gebraucht. Warum soll er nicht ein Jahr für Danzig und den Korridor brauchen? Und man sieht doch, dass er täglich weiterkommt.

Ueber die militärischen Vorbereitungen in Danzig selbst entnehmen wir unseren Berichten:

1. Bericht:

Mitte Juli ist nun auch das Zentral-Hotel auf der Pfefferstadt vom Senat gepachtet worden. Es soll zur Aufnahme des Städtischen Versorgungsamtes dienen, das bisher in der Kaserne in der Samtgasse untergebracht war. Diese Kaserne wird ebenso wie die übrigen von Truppen belegt werden.

In der Städtischen Messehalle sind jetzt 600 Mann untergebracht worden. In der Arbeitsfrontschule in Wordel, Kreis Danziger Niederung, haben 200 SS-Leute Unterkunft gefunden. Es soll sich bei ihnen um ostpreussische Gestapo handeln. Sie tragen grüne Binden um den Arm. Uniform tragen sie aber nur innerhalb ihrer Unterkunft. Sonst gehen sie in Zivil aus.

Ein neues Lager ist jetzt in Kronenhof, Kreis Danziger Niederung untergebracht worden. Auch dort soll es sich um Gestapo handeln. Das erscheint mir aber zu wenig glaubhaft. Gestapoleute sollen bereits in der Wiebnekaserne, in der Schupokaserne in Langfuhr und jetzt auch in Wordel liegen, ganz abgesehen von den Danziger Beamten der politischen Polizei, die ja auch ein ganz ansehnliches Heer bilden.

Die grosse neue Schule in Danzig-Ohra ist vollkommen geräumt worden. Sie ist nicht, wie es ursprünglich hiess, eingerichtet, sondern bereits teilweise mit den berühmten Danziger Urlaubern aus dem Reich belegt worden.

Die Einberufungen gehen täglich weiter. In gewissen Fällen wird noch das alte System angewandt, das seit 1935 bereits gelbt wurde. Meist erhalten die Leute jedoch jetzt die Vorladung zur Musterung auf Grund der vorjährigen Verordnung über die allgemeine Polizeidienstpflicht. Bei einer solchen Musterung sind gewöhnlich 30 bis 50 Mann geladen. Sie müssen sich in Reih und Glied aufstellen, und ein Offizier hält dann an die Versammelten eine Ansprache. Am Schluss müssen die Leute vortreten, die sich einer nationalen Minderheit, also den Polen zuzählen. Diese müssen dann gleich nach Hause gehen. Sodann erfolgt die Musterung.

Einberufen werden fast alle 17- bis 25-jährigen, ferner alle SA- und SS-Leute jeden Alters, soweit sie unverheiratet sind. Auch Angehörige der älteren Jahrgänge erhalten häufig Gestellungsbefehle. Die Leute werden meist nach dem Reich zu einer Ausbildung von 6 Wochen geschickt. Ein anderer Teil der Leute wird auch in Danzig bei der Polizei ausgebildet. Hier dauert die Ausbildungszeit länger. Sie ist aber nicht einheitlich bemessen, obwohl die Leute auf Grund des Polizeidienstpflichtgesetzes eigentlich durchwegs zwei Jahre dienen müssten. Nach Beendigung der Ausbildung haben die Leute ihre Militärzeit keineswegs beendet. Sie werden nur beurlaubt. Dasselbe trifft insbesondere auch auf die im dienstpflichtigen Alter befindlichen Leute zu, die nach Deutschland zur Ausbildung geschickt werden. Auch sie werden "beurlaubt", um nach Danzig zurückzukehren, wo sie dann aber oft in den Kasernen untergebracht werden und weiter Dienst machen müssen. Nur zum geringen Teil können sie in Danzig bei ihren Angehörigen wohnen.

Wieviel bewaffnete Leute sich augenblicklich in Danzig befinden, ist schwer zu sagen. Man hört von gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen meist zwei Zahlen nennen, entweder 10.000 oder 17.000 bis 18.000 Mann. Die höhere Zahl dürfte die richtigere sein. Auch über die Zusammensetzung dieser Truppen lässt sich wenig sagen. Das wirkliche Militär, das heisst die Urlauber und sonstigen nicht zu Parteiformationen gehörigen Leute dürfte sich im wesentlichen aus Danzigern zusammensetzen, die im Reich ihrer Wehrpflicht genügt haben oder dort kurze Zeit ausgebildet worden sind. Nur ein kleinerer Teil dieser Leute sind wirklich Reichsdeutsche. Die Bewaffneten aus den Parteiformationen, das heisst vor allem die SS, sind fast ausschliesslich Reichsdeutsche, im wesentlichen Ostpreussen und Pommern. Die Spezialtruppen, insbesondere die Flugzeugabwehr setzt sich fast ausschliesslich aus Reichsdeutschen zusammen. Die Flieger sind meist aus Ostpreussen gekommen. Ihnen sind die Mitglieder des Danziger NS-Fliegerkorps, die meist schon vorher berufsmässige "Sportflieger" waren, zugeteilt.

Die Waffentransporte nach Danzig dauern nach wie vor an. Man benutzt meist die ostpreussische Grenze bei Dubbashaken und den Hafen zum Waffenschmuggel. Die Waffen werden nach wie vor meist bei Nacht, aber auch am Tage, nach der Schiessauwerf, der Danziger Werf und der Klawitterwerf transportiert. Es befinden sich darunter sowohl Infanteriemunition wie auch Geschütze. Eines

Vormittags wurde die gesamte Belegschaft der Schichauwerft für zwei Stunden in den Frühstücksräumen eingesperrt, weil ein grosser Waffentransport eintraf, den die Arbeiter nicht sehen durften. Die Waffen lagern auf einem besonders dazu hergerichteten Gelände, das von SS-Leuten scharf bewacht wird.

Nachts werden die Waffen dann ihren Bestimmungsorten zugeführt, und zwar durch SA-Leute, Arbeiter des Städtischen Fuhrparks, mal reguläres Militär. Diese Transporte gehen nach dem Bischofsberg, dem Hagelberg und auf die Danziger Höhe. Auf dem Wege sind alle 100 bis 200 Meter zwei Polizeibeamte stationiert, die den Weg genau beobachten und jeden Passanten auffordern, schnell vorüberzugehen. Niemand darf stehen bleiben. In einer der letzten Nächte hatte eines der deutschen Wehrmacht-Transportautos am Hansaplatz eine Panne. Selbstverständlich sammelten sich doch Neugierige. Sie kamen jedoch nicht auf ihre Kosten. Es waren sofort etwa 20 Polizeibeamte zur Stelle, die einen Ring um das gestrandete Auto bildeten und die Sicht versperrten. Ausserdem forderten sie das Publikum auf, schnell weiter zu gehen.

Der Barackenbau auf der Danziger Höhe hat noch lange kein Ende gefunden. Die ersten Baracken bei Matzkau waren termingemäss am 1. Juli fertiggestellt, aber inzwischen sind an anderen Stellen zahlreiche weitere Baracken begonnen worden. Jetzt wird ausser in Kleschkau und so fort südlich von Praust bis zur Südwestspitze des Freistaates auch an der kassersten Westgrenze, im Wald von Olive und Zoppot, bis zur Grenze von Gdingen hin, an Baracken gebaut. Besonders grosse und fest fundamentierte Baracken werden bei Goldkrug gebaut. Ferner wird längs der Grenze gegen Gdingen und Gross-Katz Stacheldraht gezogen. Damit ist der Arbeitsdienst beschäftigt. Es wird nicht mehr lange dauern, bis die gesamte grüne Grenze an dieser Stelle hermetisch abgeschlossen ist. Anschliessend daran soll längs der ganzen Westgrenze Stacheldraht gezogen werden. Niemand wird mehr durchkommen. Man schätzt, dass ungefähr 8.000 Arbeiter und Arbeitsdienstmänner bei diesen Arbeiten beschäftigt sind.

Am Bischofs- und Hagelsberg werden die alten Kasematten wieder ausgebessert und modernisiert. Alle Kasematten erhalten eine neue feste Betondecke. In einer Reihe von Kasematten liegt Militär, und zwar handelt es sich hier in der Hauptsache um die berühmten Danziger "Urlauber". Beide Anhöhen starren heute von Artillerie und Flakbatterien. Ferner gibt es dort zahlreiche Maschinengewehr- und Mörser. Bei den Montagearbeiten an den schweren Geschützen, die manchmal sehr schwierig und langwierig sind, werden sowohl Soldaten als auch Spezial- und ungelernete Arbeiter beschäftigt.

2. Bericht: Bekanntlich haben die Nazis abgeleugnet, dass in Danzig auch Leute von der Legion "Condor" zusammengezogen worden sind. Es gibt aber wirklich diese "Freiheitskämpfer" hier. Man kann sie auf den Strassen in den grauen Uniformen der sogenannten "Verfügungstruppe" sehen und nicht nur an ihrer sonnengebräunten Gesichtsfarbe, sondern auch an den Erinnerungsmedaillen erkennen, die sie für ihre Teilnahme an den spanischen Kämpfen erhalten haben.

Die Totenkopfverbände, die aus Memel nach Danzig kamen und zuerst in der Wiebenkasernen Quartier fanden, sind jetzt in die neugebauten Baracken nach Matzkau und Schönfeld im Kreis Danziger Höhe geschickt worden. In die Wiebenkasernen kommen jetzt Tankab-

wehrformationen. Auch dabei soll es sich um Spanienkämpfer handeln. Der Waffenschmuggel hält unvermindert an. Es kommt alles herüber, was man sich nur denken kann. Neulich kam ein Transport mit Lastautos durch die Grosse Allee. Es herrschte etwas Sturm. Ein Windstoss riss plötzlich den Plan von einem Lastauto und ein grosses Kanonenrohr wurde sichtbar. Eine ältere Frau, die in der Grosse Allee spazieren ging, fragte einen der alle 100 Meter aufgestellten Posten, was das sei. Darauf erhielt sie zur Antwort, das sei eine Maschine zur Inbetriebsetzung von Feldküchen (!). Bei dem Transport der Waffen werden übrigens nicht nur Reichwehrautos und Danziger Schupoautos beschäftigt, sondern auch Autos der grossen Brauereien, vor allem der Danziger Aktien-Bierbrauerei. Die neue Schiffsbrücke über die Weichsel, die jetzt gebaut wird, soll im August fertiggestellt werden bis Ende Juli müssen die Schwimmer fertig sein.)

Am Sportplatz Molde in Danzig ist ein neuer Sender von der deutschen Postbehörde gebaut worden. Die Arbeiten wurden sehr schnell vorangetrieben. Es wurde meist während der Nacht gearbeitet. Seit einigen Tagen - etwa solange, wie der Sender fertig ist - kann man die Wahrnehmung machen, dass man bei den Rundfunkapparaten alle Wellen zwischen 1 bis 2000 einstellen kann, ohne je etwas anderes zu erreichen als immer wieder Danzig. Offenbar handelt es sich also bei dem neuen Sender wohl nur um ein neues Mittel, das Abhören von ausländischen Sendungen zu verhindern.

Die Urlaubsreisen ins Reich sind für die Beamten nach wie vor gesperrt, auch den ganzen August über. Das heisst, die Leute dürfen in Urlaub gehen, aber sie dürfen Danzig nicht verlassen. Dasselbe soll auch in Ostpreussen der Fall sein.

Anfang August sollte ein KdF-Ausflug nach Elbing und Kahlberg gehen. Er ist jetzt plötzlich abgesagt worden.

Die weiblichen Bankangestellten werden jetzt angehalten, Seniatkurse zu absolvieren, um im Kriegsfall sofort verwendungsfähig zu sein. Eine ganze Reihe von jungen Damen muss sich schon zum 1. August "freiwillig" melden.

Die Verhaftungen werden fortgesetzt. Es dürften in den letzten Tagen im ganzen wieder weit über 100 Mann verhaftet worden sein. Besonders viele Angehörige der SA-Abteilungen in Danzig-Ohra wurden ins Polizeigefängnis eingeliefert. Auch von den Befestigungsarbeitern sind wieder einige verhaftet worden.

Selbstverständlich konnte die gegenwärtige Situation in der Freien Stadt nicht ohne Rückwirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse bleiben. In den Berichten heisst es darüber:

In ganz Danzig gibt es keine Sportkleidung mehr zu kaufen, keine Sportheimden, Sporthosen, Trainingsanzüge, Leinenjacken usw. Alles ist von den Behörden für militärische Zwecke aufgekauft worden. Ebenso wenig gibt es noch blaukariertes Bettzeug. Polen kann gar nicht soviel liefern, wie gebraucht wird. Ähnlich sieht es eigentlich in der gesamten Wirtschaft aus. Die angefangenen Parteibauten kommen nicht von der Stelle. Der "Vorposten" steht unvollendet da, obwohl er eigentlich schon im Januar, spätestens aber am 1. April fertig sein sollte. Der Arbeitermangel ist enorm

An einem Tage der vergangenen Woche konnte ein Dampfer, der im Hafen lag, seine zusätzlichen 20 cbm Holz nicht laden, weil keine Arbeiter vorhanden waren. Er musste zwei Tage liegen bleiben, ehe es gelang, Arbeiter aufzutreiben.

Auch die Fleischer beginnen zu klagen, weil sie nicht genügend Fleisch mehr zu kaufen bekommen. Der Fleischverbrauch ist stark gewachsen, und die mit Polen vereinbarten Kontingente reichen nicht mehr aus; zur Erhöhung der Kontingente werden aber keine Devisen genehmigt.

Unbegreifliche Dinge spielen sich im Bereich der Danziger Währungs politik ab. Seit etwa 14 Tagen werden die alten, seit mehr als zwei Jahren aus dem Verkehr gezogenen 20-Gulden-Scheine wieder in den Verkehr gegeben, weil angeblich das Geld, das im Umlauf ist, zu knapp wird. Der Notenumlauf erhöht sich in der Tat ausserordentlich. Von einer gesunden Basis für die Danziger Währung ist ja schon seit der Abwertung von 1935 keine Rede mehr. Faktisch gibt es überhaupt keine Danziger Währung mehr. Die Danziger Währung wird vom Reich gehalten und fällt auch mit ihm.

Der Fremdenverkehr ist gleich Null. Im vorigen Jahre, also bereits nach der Judenaustreibung aus den Danziger Bädern, waren etwa 18.000 Badegäste in Zoppot. Das war bereits viel weniger als in den früheren Jahren, in denen viele polnische Juden nach Zoppot kamen. In diesem Jahre sind noch nicht 2.000 Badegäste in Zoppot, meist Leute aus Ostpreussen und zum Teil auch aus Berlin und Mitteldeutschland. Aus dem Ausland sind in diesem Jahre keine Touristen nach Danzig gekommen. Im vorigen Jahr hatten beispielsweise noch 56 Touristendampfer aus England auf ihrer Ostseefahrt auch Danzig besucht. In diesem Jahr ist bisher nicht ein einziges englisches Schiff in Zoppot gewesen.

b) Oberschlesien

In Oberschlesien können sich die Nazis vor allem die Tatsache zunutze machen, dass in diesem hochindustriellen Grenzgebiet die nationale Gemengelage und die wechselnde konjunkturelle Begünstigung des deutschen und polnischen Gebietsteils seit langem dazu geführt hat, dass das nationale Bekenntnis breiter Bevölkerungsschichten schwankte. Die nationalsozialistische Propaganda hat denn auch schon bemerkenswerte Erfolge erzielt. Einem Bericht entnehmen wir:

In den letzten Wochen hat sich ein bemerkenswerter Stimmungswandel vollzogen. Noch bis vor wenigen Wochen war in breiten Massen von einer Polenfeindschaft nicht die Rede. Heute muss leider festgestellt werden, dass die Propaganda gegen Polen doch zu wirken begonnen hat, so dass selbst unter der Arbeiterschaft die Meinung auftaucht, wenn Hitler gegen die Polen losschlägt, werde er eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben. Es wird als selbstverständlich angesehen, dass der polnische Gottesdienst in Deutsch-Oberschlesien verboten, die polnische Sprache unterdrückt, die polnischen Organisationen verboten, ihre Heime beschlagnahmt, die Kinder in die deutsche Schule gezwungen und

Gross und Klein in die Naziorganisationen gepresst werden. Mit all diesen Zwangsmassnahmen gegen die polnische Minderheit finden sich weite Kreise der deutschen Bevölkerung ab, nur die Arbeiter machen eine Ausnahme davon.

Die antipolnische Agitation in den Naziversammlungen, besonders aber in denen des Bundes Deutscher Osten stürzt sich vor allem auf die Abwehrmassnahmen Polens gegen die Gleichschaltung des Deutschtums in Polen. Diese deutschen Brüder müssten vom "polnischen Joch" befreit werden. Dass Danzig, der Korridor, Polen und Pommerellen zum Reich zurückkehren müssten und selbstverständlich auch Oberschlesien, gilt in dieser Propaganda als unumstössliche Tatsache. Sowohl in den Naziversammlungen, wie auch neuerdings in Belegschaftsversammlungen, so auf der Heinitzgrube und der Beuthengrube, wird davon gesprochen, dass es nur eine Frage der Zeit sei, dass Oberschlesien wieder eine Einheit unter Adolf Hitler bilden werde.

Zwar hat diese Agitation nie seit der Teilung des Gebietes aufgehört. Aber sie hat nach der Hitlerrede vom 28. April feste Formen angenommen. Fortgesetzt werden für die Rückkehr Polnisch-Oberschlesiens zum Reich bestimmte Termine genannt. Zuerst war es der 20. März, und seitdem wird dieser Termin immer wieder um einige Wochen hinausgeschoben.

In den Betrieben wird sowohl von den Nazis, als auch von den durch die Gestapo eingesetzten Spitzeln streng darauf geachtet, dass keine polnische Zeitung Eingang findet. Ebenso wird streng darauf geachtet, dass sich niemand der polnischen Sprache bedient. Auch dabei ist ein gewisser Erfolg der Nazis nicht zu leugnen. Zwar hat man es im Bergbau noch nicht erreicht, dass das Polnische aus den Unterhaltungen der Kumpels verschwunden ist, so doch in den Betrieben übertags. Die Nazis verstehen es auch in diesen Kreisen, Zeitungen mit antipolnischen Artikeln geschickt zu verbreiten, besonders während der Essenspausen und in den Belegschaftsversammlungen. Das heute Angehörige der polnischen Minderheit sich offen zur polnischen Gewerkschaft und zur polnischen Nationalität bekennen, ist unmöglich. Es ist schon selbstverständlich geworden, dass Angehörige der polnischen Minderheit zwangweise in die Hitlerorganisationen aufgenommen werden. Auch alle Kinder polnischer Abstammung sind von der Hitlerjugend erfasst. Trotzdem muss gesagt werden, dass sich die meisten Angehörigen der polnischen Minderheit sowohl als Arbeitskollegen, als auch als Hitlergegner bewähren und an ihrer Ueberzeugung festhalten, wenn auch nur im Geheimen.

Einen verheerenden Einfluss üben die sogenannten Grenzgänger, angebliche Deutsche aus Polen, innerhalb der Bevölkerung und nicht zuletzt unter den Arbeitskollegen aus. Die Zustände Polens werden von ihnen in den schwärzesten Farben geschildert und die Deutschenverfolgung wird so dargestellt, als ob sie kaum noch zu ertragen sei. Diesen Gerüchten ist es vor allem zuzuschreiben, dass die antipolnische Propaganda der Nazis in der Bevölkerung Fuss fasst. Die Wirksamkeit dieser Nachrichten aus Polen wird noch durch den Flüchtlingsstrom verstärkt, der sich über die Grenze ergiesst.

Dieser Flüchtlingsstrom hat heute schon einzelne polnische Kreise im Grenzgebiet ergriffen und darauf scheinen es die Nazis abgesehen zu haben. Dabei muss man aber bedenken, dass die oberschlesische Grenzbevölkerung nie ein eindeutiges, ausgeprägtes Nationalgefühl hatte. Je nachdem, wie die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse sich in den Grenzgebieten gestalteten, wurde das nationale Bekenntnis gewechselt und dieser Prozess ist zu beiden Seiten der Grenze auch heute noch nicht abgeschlossen. Dazu haben die Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die in den letzten Jahren mit Hochdruck betriebene nationalsozialistische Agitation in Polen nicht wenig beigetragen. Viele Deutsche haben, um sich den Arbeitsplatz zu sichern, ihre Kinder in die polnische Schule geschickt, sind polnischen Organisationen beigetreten und sehen jetzt im Arbeitermangel in Deutschland eine willkommene Gelegenheit, diesem unnatürlichen Zustand ein Ende zu bereiten und fliehen deshalb nach Deutschland. Abgesehen davon, dass sie dort Verwandte haben, befürchten sie, dass Oberschlesien doch Kriegsgebiet werden könnte oder gar, dass sie gezwungen werden, mit der Waffe als Deutsche gegen Deutsche kämpfen zu müssen.

Unter solchen Umständen hat es die nationalsozialistische Agitation sehr leicht, immer neue Flüchtlinge aus Polen nach Deutschoberschlesien herüberzuholen. Bekannte und Verwandte, die schon in Deutschland sind, schreiben an ihre Angehörigen nach Polen, dass sie nur kommen sollen, denn hier gäbe es bereits Flüchtlingslager und Arbeit genug. Es sind ja nicht gerade die besten Arbeiter, die sich zu diesem entscheidenden Schritt bewegen lassen. Aber je mehr sie in Polen als loyale polnische Bürger gelten wollten, umso eifriger sind sie jetzt bemüht, den guten Nationalsozialisten herauszukehren und gerade diese Elemente lassen sich leicht zu jeder Gerüchtemacherei durch die Nazis missbrauchen und was dann für Berichte über Polen und die dort angeblich herrschenden Zustände entstehen, kann man sich leicht vorstellen.

Die Nazis sind in ihren Methoden nicht wählerisch. Man verspricht z.B. jedem, der als Deutscher aus Polen nach Deutschland kommt, zunächst 500 Mark, sodann Unterstützung mit seiner Familie im Flüchtlingslager für einige Zeit zur Erholung und dann freie Wahl der Arbeitsstelle im Reich. Dass eine solche Agitation besonders unter Arbeitslosen Erfolg hat, versteht sich von selbst. Man versäumt auch nicht, zu betonen, dass grosse Familien in Deutschland bevorzugt werden und verweist vor allem auf die Unterstützung der Kinderreichen.

Zurzeit befinden sich im Flüchtlingslager Gogolin etwa 900 Personen. Ausserdem sollen bisher gegen 1.400 Personen im Reich in Arbeit gebracht worden sein. Im Flüchtlingslager auf dem St. Annenberg werden nur Deutsche aus Mittelpolen untergebracht und einer nationalen Erziehung unterzogen. In Gogolin handelt es sich dagegen um Flüchtlinge aus Oberschlesien und Olsaschlesien. Auch hier werden die Ankommenden erst einer nationalen Schulung unterzogen. Nur ein sehr grosser Wohnungsmangel bewirkt, dass der Flüchtlingswelle aus Polen gewisse Schranken gesetzt werden.

Neuerdings werden die Flüchtlinge genauer auf ihre Zuverlässigkeit geprüft und so mancher "Volksgenosse", der seine urdeutsche Gesinnung erst vor wenigen Tagen entdeckt hat, ist an die polnische Grenze zurückgeschickt worden.

c) Militärische Vorbereitungen

Ueber militärische Vorbereitungen im Osten Deutschlands entnehmen wir unseren Berichten:

Oberschlesien, 1. Bericht: Unaufhörlich erfolgen Truppenverschiebungen. Entlang der polnischen Grenze wird an den Befestigungen mit Hochdruck gearbeitet, immer neue Arbeitskräfte und Pionierabteilungen werden eingesetzt. In privaten Sälen, Schulräumen und Turnhallen werden Vorräte aller Art, besonders aber Munition und Waffen aufgestapelt. In zahlreichen Betrieben entlang des Industriebezirks werden Artillerie- und Flugabwehrgeschütze hergestellt. Militär wird in Baracken, die eigens für diesen Zweck errichtet worden sind, untergebracht. Die Wehrmannschaften in den Versammlungen werden auf Mobilisierung und Kriegsbereitschaft gedrillt. Reservisten werden zu Uebungen und zu Kursen mit neuen Waffen in rascher Folge eingezogen, Mobilisierungsbefehle werden ausgewechselt. Militärisch ist jedes Haus, jede Familie, jeder Betrieb erfasst, der Mobilisierungsapparat ist bis zum letzten Rädchen fertig.

2. Bericht: Bei den Befestigungsarbeiten entlang der polnischen Grenze sind nur erprobte Arbeiter aus Sachsen und Bayern eingesetzt, die bereits im Westen am Ausbau der Siegfriedstellungen gearbeitet haben. Arbeiter, die auf den Befestigungsbauten arbeiten, erzählen, dass sie seit Wochen nur Material verarbeiten, dass tschechischer Herkunft sei. Vor allem Eisenpfähle, Drahtverhaue grossen Umfangs, Schiesstürme verschiedener Grösse und Eisenstäbe, die bereits an anderer Stelle eingebaut waren.

Entlang der Chaussee Gleiwitz-Hindenburg-Dorotheendorf sind grosse Wellblechbaracken errichtet worden, die als Feldlazarette dienen sollen. In der Schule Sosnizza-Oehringenschächte, Hohenzollernstrasse, ist ein grosses Magazin von Verbandstoffen und Medikamenten eingerichtet worden. Es ist dort auch Sanitätspersonal untergebracht, das bisher im Sudetengebiet stationiert war.

Aus den Reihen der Beuthener SS erfährt man, dass alle weiblichen Personen aus dem engeren Industriegebiet schon am Tage der Mobilmachung evakuiert werden sollen. Diese Evakuierung wird durch Anlegung entsprechender Listen vorbereitet.

In Hindenburg sollen Gestellungsbefehle für Personen unter 20 Jahren ausgegeben worden sein, mit dem Meldeort Kattowitz Bezirkskommando.

Pommern, 1. Bericht: Alle Orte zwischen Stolp und der polnischen Grenze hatten vom 3. Juli an Wehrmachtsquartiere bereitzuhalten. Seit dieser Zeit dürfen sie auch nicht mehr über ihre Pferde und Fahrzeuge frei verfügen. Orte, die an der Fernstrasse nach Polen liegen, mussten seit Anfang Juli einen ständigen Fliegerbereitschaftsdienst einrichten, und zwar aus Männern über 50 Jahren und Burschen von 14 bis 17 Jahren. Die Strasse zwischen Kolberg und Polzin wurde ebenfalls in diesen Bereitschaftsdienst einbezogen. Die angekündigten Truppen waren aber bis Mitte Juli noch nicht eingetroffen.

2. Bericht: Aus Stettin wird über wachsende Transporte nach Ostpreussen berichtet. Reservisten und Rekruten werden in grosser Anzahl auf dem Seewege in die Ostpreussischen Garnisonen geschickt. Die Leute werden in Zivilkleidung in geschlossenen Trupps in Stettin eingeschifft.

In den letzten Wochen sind über Stettin Tausende sogenannter kleine Panjewagen für Ostpreussen und Danzig verladen worden. Es handelt sich um kleine stark gebaute Wagen, deren Tragfähigkeit nicht sehr gross ist, die aber dafür in jedem noch so unwegsamen Gelände gebraucht werden können. Die Bespannung besteht aus sogenannten kleinen Panjepferden. Den beim Verladen beschäftigten Arbeitern war es ohne Schwierigkeiten möglich, die schlecht übermalten Aufschriften und Bezeichnungen des früheren tschechischen Heeres an den Wagen festzustellen.

Ostpreussen: Sensationelle Gerüchte gehen über die Autobahn von Elbing nach Königsberg um. Sie ist seit dem 8. Juli unter strenge Ueberwachung gestellt worden. Zu dieser Massnahme hat man sich entschlossen, weil in der ersten Juliwoche fünfmal Oel auf die Fahrbahn gegossen worden war. Zweimal wurde sogar Oel auf die belebte Strecke von Elbing-Ost gegossen. Die Saboteure sollen polnische Landarbeiter sein, die auf Gütern der Umgegend beschäftigt sind. Man hat unmittelbar nach der Feststellung der Sabotageakte 23 Verhaftungen unter den polnischen Landarbeitern vorgenommen, die bei Pomehrendorf beschäftigt sind.

Im Kreisgebiet von Treuburg wurde zwischen dem 12. und 15. Juli eine regelrechte Durchmusterung der gesamten Bevölkerung von 16 bis 70 Jahren durchgeführt. Jeder Ausgemusterte erhielt eine Order für einen Dienstplan zugestellt, die im Falle einer Mobilisierung wirksam wird. Ein grosser Teil der männlichen und weiblichen Ausgemusterten wurde zu sofortigen Dienstleistungen verpflichtet, darunter z.B. eine 70-jährige Frau als Kinderwärterin. Mütter mit weniger als 3 Kindern werden zu Dienstleistungen ausser Haus auf die Dauer von 7 Stunden täglich verpflichtet. Die Kinder bekommen notfalls fremde Beaufsichtigung durch grössere Kinder oder durch alte Frauen. Dabei werden die fremden Leute einfach zugeteilt, ohne dass die Mütter Wünsche geltend machen können. Auf diese Weise wird erreicht, dass sich jede Familie so gut wie es eben geht, um eine Lösung kümmert, die es verhindert, dass fremde Leute in die Wohnungen zu den Kindern kommen, wenn die Eltern nicht zu Hause sind.

Das ganze Gebiet von Treuburg wird befestigt. Frauen werden zu Hilfsarbeiten mit herangezogen und müssen z.B. auf Handwagen Zementsäcke transportieren.

Ueber militärische Vorbereitungen im Westen Deutschlands liegen folgende Berichte vor:

Rheinland-Westfalen: 1. Bericht: Die gesamte private Bautätigkeit im Grenzgebiet ist seit 1. Juli eingestellt. Auch angefangene Bauten sind stillgelegt worden. Die Belegschaften der Bauten sind alle bei den Grenzbefestigungen tätig. Ausser den Bauarbeitern werden alle irgendwie zu erreichenden Arbeitskräfte aus anderen Zweigen mit bei den Grenzarbeiten beschäftigt.

In dem zwischen Alsdorf und Herzogenrath liegenden Noppenberger Wald werden Baracken erbaut, die für die Unterbringung von Militär

und Material Verwendung finden sollen. Auch in den Orten Alsdorf, Mariendorf und in Broich-Weiden baut man Baracken. Das ganze Grenzgebiet ist ein Heerlager geworden.

2. Bericht, (Ruhrgebiet): Unaufhörlich gehen die Arbeiten zur "Sicherung der deutschen Westgrenze" weiter. So werden in Richtung nach dieser Grenze neue Feldstrassen und Hilfsbahnen angelegt. Bei diesen Arbeiten werden sehr viele Italiener, Tschechen und Slowaken, zum Teil auch Holländer, beschäftigt. Man arbeitet bis zu 14 Stunden am Tag. In letzter Zeit erfolgen viele Einberufungen von älteren Jahrgängen, die zur sogenannten Ersatzreserve gehören. Sie werden 8 Wochen lang ausgebildet.

3. Bericht (Niederrhein): Nachdem schon seit längerer Zeit längs der holländischen Grenze an Festungswerken gebaut worden ist, arbeitet man jetzt mit Hochdruck an der Errichtung eines Bunkergrürtels, der sich weiter ab von der Grenze, hinter den Strassen entlang ziehen soll, die fünf und mehr Kilometer von der Grenze entfernt liegen. Diese Bunkerlinie soll Ende Juli fertig sein. Man hat zu den Arbeiten an den Festungswerken in grossem Umfange Bergleute mit herangezogen, die von den Grubenverwaltungen für 2 Monate beurlaubt wurden. Es arbeiten auch Berginvaliden mit, die schon 60 Jahre alt sind. Diese Invaliden arbeiten jedoch nur einen halben Tag, sie bekommen 45 Pfg. Stundenlohn und unentgeltliches Mittagessen. Auf jeder Baustelle ist ein Essraum eingerichtet, wo Frauen und Mädchen arbeiten. Damit bei den kleineren Pausen keine Zeit verloren geht, werden von den Frauen Brötchen an den Arbeitsplatz gebracht.

4. Bericht (Wurm- und Indegebiet): Zwischen Merkstein und Uebach 2 befindet sich ein Arbeitsdienstlager, verbunden mit einem Materiallager. Vom Arbeitsdienst wurde drei Tage lang Stacheldraht abgeladen und in den Lagerbaracken verpackt.

Die HJ-Heime in Herzogenrath und Merkstein wurden mit Militär belegt.

Die Einwohner des Grenzgebietes, die bisher noch keine Gasmasken anschafften, werden jetzt gezwungen, solche zu kaufen. Wer sich nicht fügt, wird bestraft.

5. Bericht: Die neuerdings bis Oktober verpflichteten Westwall-Arbeiter sind nach dem Grundsatz ausgesucht worden, dass sie auch im Kriegsfall bei der Baugruppe bleiben können. Für die Westwall-Arbeiter ist bereits seit Ende Juni der Heimaturlaub gesperrt worden. Da das aber sehr viel böses Blut gemacht hat, ist jetzt gestattet worden, dass die Frauen oder Bräute die Männer besuchen können. Es wird fieberhaft in vier Schichten zu je 6 Stunden gearbeitet. Die Arbeiter treten einmal nach 6 Ruhestunden und das zweite Mal nach 12 Ruhestunden wieder am Arbeitsplatz an.

Die grossen Militärübungen der letzten 6 Wochen im holländischen Grenzgebiet haben viel Unruhe in die Bevölkerung gebracht. Die Leute haben Geld und Zeit opfern müssen. Es waren, wie schon im Sommer 1937, Übungen, bei denen fast jeder eine Funktion erhielt. Baukommandos, Strassensicherungsdienst, Luftschutz-Luftmeldedienst, Sanitätsdienst, Fabrikbereitschaftsdienst für den Fall, dass man plötzlich Arbeiter abberufen wird, schliesslich NSV-Dienst, wenn es schon keine andere Funktion mehr gab.

6. Bericht: Wenn im Gebiet eine allgemeine Nervosität Platz greift, so sind die Parteistellen daran nicht unschuldig. Die fortgesetzten Luftabwehrübungen, bei denen mit der Annahme englischer und französischer Fliegerangriffe operiert wird, müssen schliesslich zu diesem Resultat führen. Eine solche Übung fand z.B. vor einiger Zeit bei den Zünderwerken in Troisdorf bei Köln statt. Es lag ihr die Annahme zugrunde, dass ein Luftangriff auf drei Fabrikgebäude 816 Opfer gefordert hätte. Dabei sind in diesen Fabriken nur 1.900 Beschäftigte tätig. Weiter wurde angenommen, dass zur Beseitigung der Toten und Wegbringung der Verletzten nur 1 Stunde und 12 Minuten Zeit zur Verfügung stände, dann erfolgte schon ein zweiter Angriff.

Eine ähnliche Übung wurde in der Munitionsanstalt von Siegburg durchgeführt.

Ende Mai erhielt im ganzen Rheinland das Postpersonal neue Anweisungen für den Kriegsfall. Im Zusammenhang damit wurden erstmalig Frauen zum Hilfsdienst herangezogen. Ab 1. Juni 1939 wurden allein im Oberpostdirektionsbezirk Köln 3.070 Frauen als Hilfsdienstpflichtige zum Briefträgerdienst herangezogen. Die Einberufung dieser Frauen erfolgte zunächst auf 4 Wochen. Im Verlauf des Juni kommt dieselbe Übung bei den Strassenbahnen hinzu. Die Reichsbahn des Rheinlandes führt das gleiche Verfahren zusammen mit dem Direktionsbezirk Frankfurt a.M. Ende Juni durch.

Südwestdeutschland: Die Arbeiten am Westwall gehen weiter. Verbesserung und Ergänzungen nehmen noch eine beträchtliche Arbeiterzahl in Anspruch.

Unablässig erfolgen Truppenverschiebungen. Ob Sonntag oder Werktag, immer passieren Truppen in grosser Zahl, besonders Tank und Flacktruppen, aber auch Artillerie oder SS, die Städte und Dörfer.

Ueber militärische Vorbereitungen im Norden Deutschlands wird berichtet:

Schleswig-Holstein, 1. Bericht: Das Gelände der früheren Jachtschule in Neustadt ist, nachdem es stark vergrössert worden war, zur Errichtung einer U-Bootschule benutzt worden. Grosse Kasernenbauten sind aufgeführt worden und noch immer entstehen neue. Der Hafen ist ausgebaut und es liegt darin ständig eine U-Flotte von 6 kleinen Booten, die als Schulboote benutzt werden. Darüber laufen in wechselnder Anzahl kleinere und grössere Boote den Hafen zu Übungs- und Tauchzwecken an.

Eine weitere Versuchsstation der Marine befindet sich auf der vorspringenden Ecke hinter dem Leuchtturm Pelzerhaken. Hier ist eine grosse Anzahl neuer Gebäude mit hohen Türmen entstanden, so dass man gezwungen war, auch den Leuchtturm zu erhöhen. In diesen Gebäuden befinden sich die Laboratorien und Versuchsräume für die Fernlenkung und von hier aus werden die Versuche mit den kleinen und grösseren Fernlenkbooten durchgeführt. Auch die vor einiger Zeit gekenterte "Welle", eines dieser Versuchsboote, war hier stationiert.

In der Gegend zwischen Heiligenhafen und Oldenburg (Schleswig-Holstein) befindet sich ein riesiger Übungsplatz für motorisierte Artillerie und besonders Tanks. An diesem Platz wird immer noch gebaut.

Auf der Insel Fehmarn ist mit Befestigungsarbeiten begonnen worden. Aus dem Kreise Oldenburg und aus anderen Orten sind hierfür

Arbeiter abkommandiert. Fehmarn ist der Lübecker Bucht vorgelagert. Es ist allgemein bekannt, dass von Travemünde über Lübeck und Warnemünde bis weit nach Mecklenburg hinein in den letzten Jahren unterirdische Munitionsfabriken und andere Rüstungsfabriken entstanden sind. Hinzu kommt, dass in diesem toten Winkel eine grosse Anzahl der wichtigsten Flugzeugfabriken und grosse unterirdische Hangars liegen. Diese Gegend ist für feindliche Flieger, die vom Westen oder Osten kommen, sehr schwer erreichbar, da sie immerhin eine lange Strecke deutsches Gebiet überfliegen müssen. Von der Ostsee her, etwa von einem Flugzeugmutterschiff, wäre es dagegen möglich, diese Stätten anzugreifen. Um das zu verhindern, ist die Befestigung Fehmarns ein weiterer Punkt im Plane der Militärbehörden.

2. Bericht: Bei den Heinkelwerken sollte am 15. Juli für 7.000 Beschäftigte ein 14-tägiger Massenurlaub beginnen. Dieser Urlaub wurde nun auf Anfang August verschoben mit der Begründung, dass wichtige Aufträge für die Mailänder Flugzeugausstellung und 40 für Auslandslieferungen bestimmte Flugboote, die Brasilien und Argentinien gekauft hätten, fertigzustellen seien. Um die Stimmung bei den Belegschaften zu heben, ist für Juli eine "Durstzulage" ausgeworfen worden, die pro Mann und Woche 5 RMK beträgt. Es wird jedem freigestellt, einen Teil des Betrages für den Urlaub ansetzen zu lassen. Viele Arbeiter rechnen aber mit diesem Urlaub überhaupt nicht mehr. In einer Abteilung, in der über 1.000 Mann beschäftigt sind, liessen keine 100 etwas für den Urlaub ansetzen.

In den Orten Elmshorn und Uetersen werden im Auftrage des Heeresbauamts Hamburg III eine ganze Reihe kasernenartiger Gebäude errichtet, deren Bestimmung bisher nicht bekannt ist. Die Bauten werden im Eiltempo vorwärtsgetrieben. Die Arbeiter arbeiten in drei Schichten und bekommen die Schichtleistung vorgeschrieben. Werden diese Leistungen überschritten; so werden Extraprämien gezahlt. In den ersten Maiwochen konnten Maurer und Betonarbeiter Wochenlöhne von 105 RMK erzielen. Die Baukantinen haben einen guten Umsatz, weil das Arbeitstempo auch eine bessere Ernährung erfordert. Ausserdem hat niemand Lust zum Sparen. Die Arbeiter sagen es ist besser, der Gurgel und dem Magen etwas anzuvertrauen als der Sparkasse.

Nordwestdeutschland, 1. Bericht: Fast alle Orte links und rechts der Strasse von Leer über Emden nach Norden haben Baukommandos bekommen. Auftraggeber ist die Nordsee-Marinestation. Im Mai wurden allein in die Gegend von Emden 11.000 Mann Arbeitsdienst und 2.800 Arbeiter aus dem Protektorat gebracht. Bei den Bauten handelt es sich offenbar um Reparaturwerkstätten und Materialdepots. Diese umfangreichen Bauarbeiten haben in der Gegend zu Knappheit an Brot geführt. Man hatte einfach die Bäcker verpflichtet, für diese Menschenmassen die nötige Menge von Brot zu backen, ohne dass die entsprechenden Mehlszuweisungen erfolgten. Um diesen Misständen abzuhelfen, sind seit dem 18. Mai zur Versorgung der Baukommandos eigene Feldbäckereien errichtet und der Garnison Delmenhorst zugeteilt worden.

Bei Delmenhorst haben die Arado-Flugzeugwerke eine neue Fabrik erstellt, die ihren Betrieb nach Fertigstellung sofort in vollem Umfange aufnehmen sollte. Man glaubte, bereits im Mai mit 1.700

Arbeitern beginnen zu können. Infolge des Facharbeitermangels hat sich diese Absicht nicht verwirklichen lassen. Es sind zunächst nur 680 Facharbeiter aus anderen Werken herangeholt worden. Ausserdem wurden vorläufig 430 Frauen eingestellt. Demnächst sollen weitere 500 umgeschulte Textilarbeiter eintreffen.

Für die Werften in Wilhelmshaven und Vegesack werden gegenwärtig sogenannte Schattenfabriken errichtet. Sie bekommen guten Anschluss an die Autobahn und liegen bei Bremervörde und Zeven.

2) Der Propagandakrieg

a) Ausländische Propaganda in Deutschland

In den Berichtszeitraum fallen zwei bemerkenswerte Versuche von englischer Seite, mit politischen Kundgebungen unmittelbar zum deutschen Volke zu sprechen. Der Aufruf des National Council of Labour und die Briefe des Commanders Stephen King-Hall. Auf diese beiden Aktionen hat das Regime in entgegengesetzter Weise reagiert. Den Aufruf des Labour Councils hat es totgeschwiegen, obgleich dieser Aufruf nicht nur in den englischen Sendungen in deutscher Sprache verlesen wurde, sondern ebenfalls als Drucksache in Massen verbreitet worden ist. Auf die Briefe von King-Hall aber hat Goebbels selbst im "Völkischen Beobachter" geantwortet und damit zugleich das Signal zu einer allgemeinen Presse-Kampagne gegeben. Mit welcher Methode diese Presse-Kampagne arbeitet, geht schon aus der, auf Seite A 16 wiedergegebenen Zusammenstellung einiger Uberschriften hervor. Die Originale sind folgenden Zeitungen entnommen:

Hamburger Tageblatt vom 14. Juli 1939
 Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 19. Juli 1939
 Berliner Lokalanzeiger vom 14., 19. und 20. Juli 1939
 Nationalblatt Trier, vom 23. Juli 1939
 Prager Abend vom 26. Juli 1939
 Die Zeit, Reichenberg, vom 20. Juli 1939
 Egerer Zeitung, Eger vom 20. Juli 1939
 Angriff, vom 14. Juli 1939

Dass Goebbels diese Pressekampagne gegen die King-Hall-Briefe durchgeführt hat, ist auffällig. Dass der Aufruf des Labour Councils totgeschwiegen wurde, könnte einen plausiblen Grund haben: es kann dem Regime nichts daran liegen, das deutsche Volk an die Tatsache zu erinnern, dass es ausserhalb Deutschlands noch eine freie Arbeiterbewegung gibt. Aber das Regime hat dieses Mittel des Totschweigens früher auch in anderen Fällen angewendet. Anfang 1937 und

Goebbels: „Antwort an England“

Goebbels reißt Herrn King-Hall die Maske vom Gesicht Lord Halifax und die Briefe des britischen Propagandabüros

Dr. Goebbels: „Antwort an England“

Wer steckt hinter Stephen King-Hall — Die Rolle des Lord Halifax
Vernichtende Abrechnung mit britischen Propagandamethoden

In den letzten Wochen wird Deutschland mit einer Flut föhlerber predigten Briefe überflutet, die mit der Post aus England kommen. Alle diese Briefe

stammen hier, mit denen man die legendäre Abkommen treffen lassen, die angeblich

auf die weiteren Verhandlungen der Zukunft in diesem Geiste eingeleitet werden, wenn der Krieg zwischen uns und dem Feinde? Zunächst wird es eine Friedensunterredung geben, mit dem erzielten Ziel, daß dieser Feind sich in dem nächsten Krieg nicht mehr als Gegner überlegen lassen, wie wir diese Unterredung durch die Ereignisse vorbereiten können. Die anschließende Verhandlung liegt bei Ihnen.

Hamburger Tageblatt

Berlin, 14. Juli 1938

Abfuhr für englischen Bauernfänger

Propagandakandidat des Herrn King-Hall will mit aberneren Briefen das deutsche Volk belären und gegen seine Führung aufbegehren

Berlin, 14. Juli. — In den letzten Wochen wird Deutschland mit einer Flut föhlerber predigten Briefe überflutet, die mit der Post aus England kommen. Alle diese Briefe

stammen hier, mit denen man die legendäre Abkommen treffen lassen, die angeblich

auf die weiteren Verhandlungen der Zukunft in diesem Geiste eingeleitet werden, wenn der Krieg zwischen uns und dem Feinde? Zunächst wird es eine Friedensunterredung geben, mit dem erzielten Ziel, daß dieser Feind sich in dem nächsten Krieg nicht mehr als Gegner überlegen lassen, wie wir diese Unterredung durch die Ereignisse vorbereiten können. Die anschließende Verhandlung liegt bei Ihnen.

Alle schon mal dagewesen

Herrn King-Hall

Von Cohn & Co. bis Mister King-Hall

Die Methoden der englischen Lügenpropaganda bleiben immer dieselben — aber wir Deutsche sind nicht mehr die gleichen

Im nächsten Heftchen des „Hamburger Tageblatt“ wird die Rolle des Herrn King-Hall in der Propaganda des britischen Propagandabüros

„Jeden, wenn der Krieg zwischen uns und dem Feinde? Zunächst wird es eine Friedensunterredung geben, mit dem erzielten Ziel, daß dieser Feind sich in dem nächsten Krieg nicht mehr als Gegner überlegen lassen, wie wir diese Unterredung durch die Ereignisse vorbereiten können. Die anschließende Verhandlung liegt bei Ihnen.“

King-Hall ohne Maske

Neue Enthaltungen über diesen schamlosen „Wahrheitsapostel“

Berlin, 13. Juli. (Deutsch.) King-Hall, der Deutschland in den letzten Wochen mit einer Flut föhlerber predigten Briefe überflutet, die mit der Post aus England kommen. Alle diese Briefe

stammen hier, mit denen man die legendäre Abkommen treffen lassen, die angeblich

auf die weiteren Verhandlungen der Zukunft in diesem Geiste eingeleitet werden, wenn der Krieg zwischen uns und dem Feinde? Zunächst wird es eine Friedensunterredung geben, mit dem erzielten Ziel, daß dieser Feind sich in dem nächsten Krieg nicht mehr als Gegner überlegen lassen, wie wir diese Unterredung durch die Ereignisse vorbereiten können. Die anschließende Verhandlung liegt bei Ihnen.

Pactat eines Narren

King-Hall wollte einen „Probekrieg“ inszenieren

Berlin, 13. Juli. — In den letzten Wochen wird Deutschland mit einer Flut föhlerber predigten Briefe überflutet, die mit der Post aus England kommen. Alle diese Briefe

stammen hier, mit denen man die legendäre Abkommen treffen lassen, die angeblich

auf die weiteren Verhandlungen der Zukunft in diesem Geiste eingeleitet werden, wenn der Krieg zwischen uns und dem Feinde? Zunächst wird es eine Friedensunterredung geben, mit dem erzielten Ziel, daß dieser Feind sich in dem nächsten Krieg nicht mehr als Gegner überlegen lassen, wie wir diese Unterredung durch die Ereignisse vorbereiten können. Die anschließende Verhandlung liegt bei Ihnen.

Bernus-Beger und Deutschentrefker

Neue Enthaltungen über King-Hall in „Wächtigen Briefen“

Berlin, 13. Juli. — In den letzten Wochen wird Deutschland mit einer Flut föhlerber predigten Briefe überflutet, die mit der Post aus England kommen. Alle diese Briefe

stammen hier, mit denen man die legendäre Abkommen treffen lassen, die angeblich

auf die weiteren Verhandlungen der Zukunft in diesem Geiste eingeleitet werden, wenn der Krieg zwischen uns und dem Feinde? Zunächst wird es eine Friedensunterredung geben, mit dem erzielten Ziel, daß dieser Feind sich in dem nächsten Krieg nicht mehr als Gegner überlegen lassen, wie wir diese Unterredung durch die Ereignisse vorbereiten können. Die anschließende Verhandlung liegt bei Ihnen.

Lord Halifax' Strokmann

DNS Berlin, 13. Juli. — In den letzten Wochen wird Deutschland mit einer Flut föhlerber predigten Briefe überflutet, die mit der Post aus England kommen. Alle diese Briefe

HE KAMERADEN!

Die Methoden der englischen Lügenpropaganda bleiben immer dieselben — aber wir Deutsche sind nicht mehr die gleichen

King-Hall spekuliert auf Zerberger

Der Herr King-Hall will mit aberneren Briefen das deutsche Volk belären und gegen seine Führung aufbegehren

King-Halls dunkle Vergangenheit

Der Herr King-Hall will mit aberneren Briefen das deutsche Volk belären und gegen seine Führung aufbegehren

King-Hall als Kriegstreiber

Der Herr King-Hall will mit aberneren Briefen das deutsche Volk belären und gegen seine Führung aufbegehren

später hat z.B. der Londoner Labour-Abgeordnete Herbert Morrison mehrere Briefe an das deutsche Volk gerichtet, die als illegale Drucksache eine nicht unbeträchtliche Verbreitung gefunden haben. Gleichwohl hat das Regime darauf mit keiner Silbe reagiert.

Wenn das Regime sich jetzt anders verhält, so spricht das einmal dafür, dass die innere Situation in Deutschland sich seit 1937 doch gewandelt hat. Das Regime ist sich nicht mehr ebenso sicher wie damals, dass die Abschnürung vom Ausland und seine eigene Propaganda das deutsche Volk gegen jeden Versuch der Beeinflussung von aussen hinreichend immunisiere. Vielleicht ist der Goebbelsche Gegenangriff zum Teil auch dadurch hervorgerufen worden, dass King-Hall seine Briefe gerade auch vielen führenden Nazis zugeschickt hat, eine Herausforderung, die schwerlich unbeantwortet bleiben konnte.

Vor allem aber ist diese Pressekampagne offensichtlich nicht nur für den inneren Gebrauch in Deutschland bestimmt, sondern auch an die Adresse der Engländer gerichtet. Es war immer die Methode der Nationalsozialisten, ihre Gegner mit den niedrigsten Argumenten zu diffamieren. Dieselbe Methode, die nicht nur gegen unzählige Deutsche, sondern auch gegen Schuschnigg und Benesch mit so durchschlagendem Erfolg angewendet worden ist, wird auch gegen King-Hall ausprobiert. Wenn Goebbels versucht, King-Hall lächerlich zu machen und zu verdächtigen, so will er damit vor allen Dingen verhindern, dass King-Hall Nachahmer findet und sein Beispiel Schule macht. Wenn das nicht gelingt, wenn King-Hall seine Aufklärungsarbeit fortsetzt und wenn sich andere Engländer finden, die sich ebenfalls nicht einschüchtern lassen, so ist damit eine weitere Bresche in die Mauer geschlagen, mit der das Regime das deutsche Volk umgeben hat. Mit je mehr Ausdauer diese Methode angewendet wird, umso grösser muss diese Bresche werden. Denn diese Arbeit wirkt in der Stille, während die deutsche Gegenpropaganda unmöglich auf die Dauer in der Lautstärke fortgesetzt werden kann, die gegen King-Hall angewendet worden ist.

Ueber die Wirkung der King-Hall-Briefe äussert sich erst ein Teil der Berichterstatter.

Württemberg: In Heilbronn sind die sogenannten englischen Briefe in grosser Zahl in den Briefkästen gefunden worden. Ebenso in Stuttgart. In Stuttgart wurde wegen dieser Sache, wie wir von der Polizei selbst wissen, eine weitere Anzahl von Gestapobeamteten angefordert. Aus Stuttgart wird weiter berichtet, dass solche englischen Briefe sogar in den Betrieben bei den Arbeitern von Hand zu Hand gegangen sind.

Oesterreich: In der vergangenen Woche fanden viele Einwohner in X. in ihren Briefkästen eine Reihe von Flugblättern und Briefen. Es waren King-Hall-Briefe, wobei aber nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, ob es sich in allen Fällen um diese Briefe gehandelt hat. Die Folge davon war, dass eine ganze Reihe von Leuten ziemlich wahllos verhaftet wurde. und zwar hauptsächlich Leute, die früher in anderen politischen Parteien als Funktionäre tätig gewesen sind. Der grösste Teil der Verhafteten war früher in der Arbeiterbewegung, insbesondere in der Arbeitersportbewegung tätig. Auch in Feldkirch erfolgten Verhaftungen, hier aber in der Hauptsache unter Anhängern der katholischen Kirche.

Ein Teil dieser Verhafteten befand sich nach 14 Tagen noch immer in Haft.

Baden: Wir haben von diesen Briefen erst Kenntnis erhalten aus dem Krach, den die Zeitungen geschlagen haben.

Die Wirkung der King-Hall-Briefe ist natürlich verschieden, je nach der Einstellung zum System. Die Anhänger des Systems reden von einer englischen Frechheit. Diese englische Frechheit müsse unbedingt erwidert werden, man müsse also ebenfalls solche Briefe an das englische und französische Volk senden. Umgekehrt freuen sich die Nicht-Nazis über den Streich, wie eben über alles, was den Nazis Schwierigkeiten macht. Und selbst da, wo man erst durch den Krach, den Goebbels geschlagen hat, von den Briefen Kenntnis erhielt, ist man überzeugt, dass die Briefe wohl gegessen haben müssen, da sich Goebbels so darüber aufregt.

Goebbels Antwort wird von den Gegnern des Systems nur belächelt. Die allgemeine Meinung ist, dass die Engländer nun wirklich mal etwas von den Nazis gelernt haben. Denn jeder, der einigermaßen mit der Politik vertraut ist, ist überzeugt, dass Deutschland überall seine Hand im Spiel hat, wo irgendwo in der Welt Krach ist. Sei es nun bei den Arabern oder den Indern, oder sei es im übrigen Afrika. Ja, es gibt viele -und gerade Nazis-, die fest davon überzeugt sind, dass die Attentate der Irländer ebenfalls von Deutschland finanziert werden.

Oberschlesien: Von den King-Hall-Briefen an das deutsche Volk hat die Bevölkerung erst aus Goebbels Polemik dagegen erfahren. Die Einstellung der Bevölkerung dazu hängt natürlich von der Einstellung zum Regime ab. Aber allgemein ist die Meinung, dass solche Mittel, wie die King-Hall-Briefe, nicht geeignet sind, dem System wesentlich zu schaden. Die Nazis sind gerade im Rausch der Aufrüstung und vor allem angesichts der militärischen Vorbereitungen im Grenzgebiet der festen Ueberzeugung, dass die Welt Furcht vor einem deutschen Angriff hat und, wenn es gegen Polen geht, dass dann Deutschland im Recht ist. Wenn man nicht die Vernichtung Deutschlands plane, warum gebe man ihm dann nicht die Kolonien und die abgetretenen Gebiete zurück? King-Hall, so sagen die Nazis,

habe von Goebbels die richtige Antwort erhalten. Unsere Freunde haben aber auch die Feststellung machen müssen, dass selbst Gegner des Systems zu der Ueberzeugung kommen, wenn es um Deutschland gehe, dann könne man nicht fragen, ob es von Hitler oder einem anderen geführt werde. Es fehlt auch nicht an Stimmen, die da sagen, dass alles, was man jetzt dem deutschen Volke sagt, hätte man ihm früher sagen sollen, dann wäre uns Hitler erspart geblieben.

Anders ist die Beurteilung der King-Hall Briefe in der Arbeiterschaft. Hier ist in den Betrieben eine eifrige Nachfrage nach dem Original. Der Inhalt wird, soweit er aus den Radiosendungen und vor allem aus den Teilauszügen in der Nazipresse bekannt ist, begrüsst. Endlich wird doch auch Goebbels in seiner Wut gegen King-Hall gezwungen, zuzugeben, dass man im Ausland anders denkt, als es in der deutschen Berichterstattung dargestellt wird. Wie gross oder gering auch immer die Wirkung dieser Briefe sein mag, Goebbels Gegenaktion beweise, dass die Nazis doch vor der Beeinflussung des deutschen Volkes durch das Ausland Sorge haben. Offenbar fürchtet man, dass mit der Zeit selbst eine Zersetzung in die Reihen der gläubigen Nazis hineingetragen werden könnte. Das gilt besonders, wenn solche Dinge aus England kommen, das immer noch auch bei den Nazideutschen hoch in Kurs steht, trotz der scharfen Nazipropaganda gegen England in den letzten Wochen.

Auch heute noch fragt man in Bekanntenkreisen nach, ob jemand schon das Original des King-Hall-Briefes gesehen hat, weil man den ganzen Inhalt kennen lernen will. Man fragt auch Nazis, mit denen man gut bekannt ist und umgekehrt haben auch Nazis gefragt, ob nicht jemand einen solchen Brief besitzt. Denn man möchte doch gern wissen, was drin steht, dass sich Goebbels so darüber aufregt hat. Aus einer Gleiwitzer Redaktion ist uns bekannt, dass neben den Anweisungen für die Behandlung der Sache in den Berichten des DNB auch noch telefonisch Anordnungen darüber gegeben worden sind, wie der Artikel gegen King-Hall placiert werden muss.

Auch über den Aufruf des Labour-Councils liegen bis jetzt erst Berichte aus zwei Landesteilen vor:

Oberschlesien: Der Aufruf der Labour Party an das Deutsche Volk ist zunächst aus den deutschen Sendungen des englischen Rundfunks bekannt geworden. In den Betrieben herrscht eine rege Nachfrage nach dem Aufruf. Der Inhalt wird allgemein gutgeheissen, wenn auch als zu gemässigt betrachtet. Gegen die Nazis muss man schon eine viel schärfere Sprache führen und sich nicht scheuen, in den gleichen Ton zu verfallen, wie ihn die Nazis lieben. Jede andere Behandlung bleibt bei den Nazis ohne jede Wirkung. Die Nazis aber sind es, die in erster Linie bekehrt werden müssen, denn die Gegner des Systems braucht man ja nicht mehr zu belehren.

Unter den Gegnern des Regimes herrscht allgemein die Meinung, man müsste diese Wahrheiten den Nazis möglichst jede Woche in anderer Form sagen. Die Arbeiterschaft begrüsst diesen Aufruf, weil dieser Aufruf den Beweis erbringe, dass die Nazis das Volk betrügen; wenn sie behaupten, dass die ganze Welt gegen das deutsche Volk eingestellt wäre. Gerade in den Arbeiterkreisen ist das wichtig, weil man hier auf England nicht besonders gut zu sprechen ist, da man München noch nicht vergessen hat.

Danzig: Der Aufruf der Labour Party ist noch nicht allgemein bekannt. Die einmalige Verlesung im britischen Rundfunk genügte natürlich nicht, und die illegale Drucksache ist noch nicht genügend rund gegangen. Wer ihn gelesen hat, war im allgemeinen zufriedener. Nur wurde oft bemängelt, dass die Formulierungen zu schwach seien. Diese Ansicht haben nicht nur unsere Genossen, sondern auch Bürgerliche vertreten, die den Aufruf in die Hand bekamen. Insbesondere hat mir das ein recht kluger Zentrumsmann gesagt. Er war der Meinung, dass in dem Aufruf unbedingt eine ideologische Auseinandersetzung mit den Nazis gefehlt hätte.

Die Wirkung der ausländischen Radio-Sendungen in deutscher Sprache ist unverändert stark. Wir haben zuletzt darüber in Heft 5/1939 (Seite A 39) berichtet. Inzwischen sind uns folgende neue Berichte zugegangen:

Schleswig-Holstein, 1. Bericht: Die englischen Rundfunksendungen in deutscher Sprache werden im allgemeinen als sehr gut bezeichnet und werden viel abgehört. Es wird der Wunsch geäußert, dass eine gleiche Sendung um die Mittagszeit eingelegt wird. Es darf nicht vergessen werden, dass ein grosser Teil der arbeitenden Bevölkerung in Nachtschichten oder in zweiten und dritten Schichten beschäftigt ist. Diesen Leuten ist die Möglichkeit, die englischen Sendungen zu hören, genommen.

Die Sprecher werden im allgemeinen als sehr gut bezeichnet.

2. Bericht: In unserer Gegend werden die ausländischen Rundfunksendungen sehr viel gehört. Es ist besonders beachtet worden, dass seit einiger Zeit nicht nur England, sondern auch Polen deutsche Nachrichten gibt. Die Sendungen sind in unserer Gegend sehr gut zu hören, wenn auch in der letzten Zeit verschiedentlich Störungsversuche bemerkt worden sind. Es scheint sich bei diesen Störungsversuchen um Störsendungen von Marinesendern zu handeln, die nicht auf der gleichen Welle arbeiten.

Die Sendezeiten der einzelnen Sender sind inzwischen durch mündliche Uebermittlung allgemein bekannt geworden.

Hamburg: Die deutschen Sendungen des englischen Rundfunks werden viel gehört. Ueber Störungen war bisher nicht zu klagen. Nach Auffassung der Leute eignet sich der englische Langwellensender Droitwich, der mit 150 KW auf Welle 1.500 sendet für diese Störungen sehr gut. Er ist auch am Tage sehr gut zu hören. Neben den Vorträgen, die im allgemeinen als sehr gut angesehen werden, könnten am Tage neueste Nachrichten und Richtigstellungen der deutschen Schwindelmeldungen durchgeführt werden.

Die Vorträge über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der englischen Arbeiter werden sehr günstig aufgenommen, weil sie ja auch eine Grundlage zu sachlichen Unterhaltungen bieten können. (Für uns ist dieses Gebiet besonders wichtig, weil ja in Deutschland eine ganze Generation herangewachsen ist, die von der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr viel weiss.) Bemerkenswert ist, dass auch auf dem Lande die deutschen Sendungen der ausländischen Sender sehr viel gehört werden. Auch dieses Gebiet darf man daher nicht vernachlässigen. Uns Norddeutschen liegt der ruhige und sachliche Vortrag des Engländers besser als der -fast immer mit einem gewis-

sen Pathos verbundene- des Franzosen.

Der Kurzwellenempfang ist allerdings für den Anfänger schwierig. Der Empfang ist sehr oft in den einzelnen Stadtteilen ganz verschieden, so dass es schwierig ist, über diese Fragen allgemeine Berichte zu geben. Eine Einstellung dieser Kurzwellensendungen wird aber nicht für empfehlenswert angesehen, da eine eventuelle Störung durch deutsche Störsender schwierig ist. Die meisten neueren Rundfunkempfänger, auch die verhältnismässig billigen, z.B. Telefunken zu 175,- RMk. haben schon seit Jahren einen Kurzwellenteil.

Man bedauert allgemein, dass es 5 Jahre gedauert hat, ehe man sich im Ausland entschloss, diese Vorträge zu halten. Man hofft, dass die Vorträge nicht nur beibehalten, sondern möglichst ausgebaut werden.

Rheinland-Westfalen: Innerhalb unserer vier Wände können wir ungehindert Radio hören. Wir hören die deutschen England-Sendungen, Strassburg und Luxemburg. Die Sendungen aus England finden viel Beifall; Moskau ist weniger beliebt. Die Radiobereiche werden -mit der gebotenen Vorsicht- auch besprochen. Der Empfang ist gut, wir haben über Störungen kaum zu klagen.

Südwestdeutschland: Was die Radiosendungen anbelangt, so ist immer wieder darauf hinzuweisen, dass Sendungen auf der mittleren Welle am Abend früher kommen sollten, also vor 21 Uhr. (vor allem England). Der beste Beweis hierfür ist, dass der Strassburger Sender wohl am meisten gehört wird. Dann noch die Luxemburger Sender und die Schweizer. Alle hören diese Sender abends um 8 Uhr. Mittags ist es auch nicht anders. Wo man hinkommt und hinhört, werden eben zu Mittag um halb ein Uhr diese Sender abgehört.

Dass diese Sendungen den Nazis Sorgen bereiten, ergibt sich einwandfrei daraus, dass vor 14 Tagen erneut alle Wirte und Hotelbesitzer von der Gauleitung ihrer Fachgruppe darauf aufmerksam gemacht wurden, dass es verboten ist, in öffentlichen Lokalen fremde Sender einzuschalten. Zuwiderhandelnde werden in Zukunft als Volksschädlinge angesehen und mit Geldstrafen belegt. Sollte dadurch keine Besserung erzielt werden, so könne auch die Konzession entzogen werden.

Oberschlesien, 1. Bericht: Es ist nicht zu bestreiten, dass unter den Radiosendungen, die besonders hier im Industriegebiet abgehört werden, England am meisten begehrt und gehört wird. Man sagt, dass die Störungen im allgemeinen erträglich sind.

2. Bericht: Im Grenzgebiet werden, soweit das unsere Freunde beobachten und in den Betriebsdiskussionen feststellen können, die englisch-deutschen Sendungen am meisten gehört. Sie sind, mit wenigen Ausnahmen, was auf Störungen zurückzuführen ist, gut hörbar. Auch der Sprecher ist in jeder Hinsicht einwandfrei, aber gegen die Nazis zu vornehm. Ferner werden die deutschen Sendungen aus Paris und Strassburg viel gehört, aber man klagt, dass sie zu sehr gestört werden. Die deutschen Sendungen aus Polen sind in den letzten Wochen so sehr gestört worden, dass nur unwesentliche Teile verstanden werden konnten. Die polnisch-deutschen Sendungen werden insbesondere von den Arbeitern begrüsst, während

man von den polnischen Sendungen im deutschen Radio keine Notiz nimmt. Die russischen Sendungen in deutscher Sprache werden nur wenig, und wenn, dann -soweit festgestellt werden konnte- meist von den Nazis gehört.

Danzig, 1. Bericht: Die Meinung über den Nachrichtendienst des britischen Rundfunks in deutscher Sprache ist bis jetzt die gleiche geblieben. Man ist sehr zufrieden und die englischen Sender werden von vielen gehört. Ueber die Sendungen auf den Mittelwellen wird geklagt, weil diese häufig stark gestört werden. Man glaubt aber nicht, dass es sich dabei um systematische, sondern nur um atmosphärische Störungen handelt. Sehr begrüsst würde es werden, wenn der englische Sender aus der 300-Meter-Zone herausgehen könnte, weil hier zu viel Sender liegen und der Sender manchmal von Berlin nicht leicht zu trennen ist. Auch stört die Nähe des polnischen Senders in Posen. Die Zeit 10,15 Uhr ist auch für den Arbeiter noch gut gewählt. Die Arbeiter können um diese Zeit kurz vor dem Schlafengehen noch gut die Sendungen hören. Allgemeine Zufriedenheit herrscht auch in bezug auf die Londoner Sonderberichte.

Von Strassburg wird die Verlegung der Nachrichtensendung auf 10,45 Uhr gewünscht, damit der englische Sender vor dem Erscheinen Strassburgs zu Ende gehört werden kann. Vor allem wird um grössere Pünktlichkeit bei den französischen Sendungen gebeten.

Der Moskauer Sender wird sehr viel von Beamten, Nazis und unpolitischen Leuten gehört.

2. Bericht: Die polnischen Sendungen in deutscher Sprache sind ausgesprochen schlecht. Anfangs wurden sie sogar in schlechtem Deutsch vorgetragen, das hat sich allerdings geändert. Aber inhaltlich sind sie nichts weniger als werbend. Im Gegenteil, sie sind in einem anmassenden arroganten Ton gehalten und bringen nicht einmal interessante Sachen. Ausserdem machen sie grosse Dummheiten. Glaubt man, mit Geschichten von der Schlacht bei Tannenberg bei Deutschen Sympathien erobern zu können? Das ist nur ein Beispiel. Und wenn der Sprecher von dem "geschätzten deutschen Volk" spricht, dann klingt das manchmal fast wie Ironie. Das mag alles sehr gut gemeint sein, aber es ist zum mindesten schlecht gekonnt. Die Sendungen sollen werbend gehalten sein, und die Opposition in Deutschland soll aus ihnen Mut schöpfen können, das kann doch nur der Sinn solcher Sendungen sein. Und dieser Sinn wird in den polnischen Sendungen leider nicht erfüllt.

b) Deutsche Propaganda im Auslande

Es darf nicht vergessen werden, dass die ausländische Propaganda in Deutschland nur ein -reichlich spät ergriffener- Akt der Notwehr gegen die deutsche Propaganda im Ausland ist. So scheint es sich z.B. auch im Falle der King-Hall-Briefe zu verhalten. Uns ist schon vor längerer Zeit die Abschrift eines anonymen Briefes zugegangen, der aus Deutschland an eine Engländerin gerichtet war. Diese Engländerin hatte einer Deutschen einen Brief geschrieben, der offen-

bar von der deutschen Postkontrolle geöffnet und dann von "einem deutschen Volksgenossen" beantwortet wurde. Diese Antwort ist sehr umfangreich und beginnt:

"Berlin, den 24. April 1939.

Der Zufall spielt mir einen Brief in die Hand, den Sie an eine deutsche Volksgenossin richten. Ich habe denselben mit viel Interesse gelesen und abschliessend kann man nur sagen: "Nachtigall, ick hör Dir trappsen". So geschickt geschrieben, so plump doch die damit gewollte Propaganda. Glaubt Ihr Engländer denn allen Ernstes noch daran, uns deutsche Männer, oder gar uns deutsche Mütter mit solch pazifistisch-bolschewistisch-jüdischem Geschwätz noch einmal hinter das Licht führen zu können? Wir haben uns 1918 und in den folgenden Jahren bestens davon überzeugen können, was Eure Versprechungen und Worte wert sind..Tusw.

Der Brief schliesst -nicht sehr logisch zum Anfang passend- mit folgender Nachschrift:

"P.S. Man' kann nur bedauern, dass eine Engländerin ihren guten Namen unter solch Geschreibsel eines politischen Emigranten (politischen Verbrechers, der wusste, warum er ausriss), oder eines getürmten Juden setzen konnte."

Ueber deutsche Druckschriften-Propaganda im Auslande haben wir schon wiederholt berichtet. Vor kurzem wurde eine Broschüre über Danzig, die vom Danziger Propagandachef und zwei anderen Nazis verfasst worden ist, in französischer Uebersetzung Franzosen durch die Post zugestellt. Deutschen in Frankreich werden reichsdeutsche Nazi-Zeitungen kostenlos ins Haus geliefert. Auf Seite A 24 geben wir den Kopf einer solchen Zeitungssendung wieder. Er ist mit einer Siegelmarke versehen, die die Aufschrift trägt:

"Stuttgarter NS-Kurier - Patenschaft für Auslandsdeutsche Heimatgruss aus Württemberg geleistet von Industrie und Handel sowie den Stadt und Landgemeinden Württembergs."

Die deutschen Sendungen in ausländischen Sprachen sind seit Anfan Juli durch Sendungen in polnischer und ukrainischer Sprache erweitert worden. Die polnischen Sendungen werden über die Reichssender Königsberg und Breslau, die ukrainischen über den Reichssender Wien gegeben. Ueber die polnischen Sendungen liegt folgender Bericht vor der in bemerkenswertem Gegensatz zu dem auf Seite A 22 wiedergegebenen Urteil eines Danziger Berichterstatters über die polnischen

Ueber die als "Grenzlandecho" aufgemachten Sendungen des Reichsenders Saarbrücken, die für Elsass-Lothringen bestimmt sind und auf die wir wiederholt eingegangen sind, (zuletzt im Vormonat, Heft 6/1939, Seite A 30) wird neuerdings berichtet:

In letzter Zeit bringt das "Grenzecho" auch allgemeine deutsche Pressestimmen, die sich mit Frankreich befassen. So wurde am 12. 6. ein Artikel aus dem "Völkischen Beobachter" zitiert, in dem auf die Liller Ausstellung hingewiesen wird. Darin kam der Satz vor, Frankreich schwimme im schmutzigen Kielwasser der englischen Einkreisungspolitik. Am gleichen Abend wurde eine kommunistische Stimme über die Ursachen der Krise zitiert. Am 17. Juni wurde ein Artikel aus der sozialdemokratischen "Freien Presse", Strassburg, verlesen, der sich mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit im Grenzgebiet beschäftigt.

Am 29. 6. machte sich Saarbrücken Sorgen wegen eines Dekrets der französischen Regierung, nach dem Betriebsgründungen von Ausländern unter bestimmten Voraussetzungen gefördert werden sollen. Einwendungen von Kreisen, die vor der Schaffung neuer Konkurrenz warnen, wurden zitiert, um zu beweisen, auf welchem verhängnisvollen Weg sich die französische Regierung begeben hätte. Am 30. Juni wurde die Zeitung "Neue Welt" wegen des zu geringen Besuchs der Deutschen anlässlich der 500 Jahrfeier des Strassburger Münsters zitiert. Das Grenzecho hätte diese Zeitung sehr leicht darüber aufklären können, dass nicht die französische Regierung, sondern die deutschen Pass- und Devisenschikanen daran schuld sind.

Am 4. Juli befasste sich das Grenzecho mit einem angeblich vom Mülhausener Abgeordneten Fega stammenden Vorschlag, die erwerbslosen Elsass-Lothringer nach dem Innern zu schaffen. Am 7. Juli wurde auf einen Artikel der "Neuen Zeitung" hingewiesen, der aufs schärfste kritisiert, dass die ausländischen Aerzte bevorzugt würden. Die Not im elsass-lothringischen Gebiet wurde wieder einmal am 8. Juli behandelt und zur Abwechslung wurde auf die demokratisch eingestellte Zeitung "Metzer freies Journal" verwiesen. Am 11. Juli befasste sich der Saarbrücker Sender sehr eingehend mit dem Geburtenproblem in Frankreich und zitierte neben der "Forbacher Bürgerzeitung" auch eine "deutsche Stimme".

Am 19. Juli konnte das Grenzecho Saarbrücken triumphierend die "Elz" zitieren, die angeblich nachweist, dass die Zeitungen der westlichen Demokratien unverantwortlich zum Krieg hetzen. Am 25. Juli wurde sogar die in Strassburg erscheinende Metallarbeiterzeitung zitiert, weil sie angeblich in "der ihr eigenen rauhen Art" die gegenwärtige Krise behandelt und dabei auch einige Worte der Kritik an die Regierung richtet. In Deutschland würden die verantwortlichen Redakteure für eine solche Kritik ins Zuchthaus kommen.

Wer sich die bekannten, von der kostenlosen Zusendung deutscher Informationen profitierenden Blätter in Elsass-Lothringen ansieht, kann einen interessanten Gegensatz feststellen. Auf der einen Seite erscheinen die französischen Meldungen und auf einer anderen Seite die im Widerspruch hierzu stehenden Informationen aus Deutschland und der kostenlose Bilderdienst. Die französische

Tendenz überwiegt jetzt allerdings. Aber die wenigen Ausnahmen werden fleissig ausgeschlachtet. Dazu kommt dann die Suche nach oppositionellen Äusserungen gegen die französische Regierung. Hier sind fleissige Leute am Werk. Sie finden aber auch alles und zitieren in letzter Zeit mehr Links- als Rechtsblätter. Die einmütige Haltung zur Landesverteidigung, die aus allen elsass-lothringischen Zeitungen zu entnehmen ist, wird allerdings verschwiegen und so bei denen, die nicht mit den Verhältnissen vertraut sind, eine gefährliche Täuschung hervorgerufen.

Von der holländischen Grenze wird berichtet:

In der holländischen Grenzgegend von Leer, Papenburg und Lingen an der Erms werden die aus Holland nach Deutschland gekommenen Arbeiter mit Freundschaftsbeteuerungen geradezu überschüttet. Zu diesem Zwecke wurde ein "Kreis der Freunde Deutschland-Holland" gebildet. Es soll ein eifriger Kontakt von Volk zu Volk propagiert werden und der deutsche Arbeiter besonders soll dem Ausländer zeigen, wie dankbar er dem Führer für den Wiederaufstieg Deutschlands und der Hebung seiner sozialen Lage ist.

Die Ausländer selbst sehen aber auch manches, was diesen Beteuerungen über den Wiederaufstieg widerspricht. Z.B., dass gewisse Arbeiten wegen des Pferdemangels infolge der Abgabe von Pferden zu den Wehrmachtübungen von Menschen ausgeführt werden müssen. Man sieht sehr oft solche Trupps ihre Fahrzeuge vom Feld in den Bauernhof ziehen. Das erinnert an die Zeit von 1917, wo die Kriegsgefangenen in dieser Weise verwandt wurden.

Ein guter Teil der nationalsozialistischen Auslandspropaganda vollzieht sich durch Beeinflussung der Jugend. Diese Beeinflussung erstreckt sich sowohl auf die auslandsdeutsche wie auf die ausländische Jugend. Vor kurzem sind sieben grosse Sommerlager für etwa 2.000 auslandsdeutsche Jungen und Mädels eröffnet worden, die aus aller Welt zusammengeholt worden sind. Diese Lager werden von der Hitler-Jugend veranstaltet und tragen die Bezeichnung "Wilhelm-Gustloff-Lager 1939". Sämtlichen teilnehmenden Jungen ist die Möglichkeit gegeben, während der Zeltlager die (wehrsportlichen) Leistungsabzeichen der Hitler-Jugend oder des deutschen Jungvolks zu erwerben.

Eine weitere Methode der Propaganda in der Jugend und durch die Jugend ist der Schüler- und Studentenaustausch. Darüber wird berichtet:

Berlin; 1. Bericht: In der Auslandspropaganda der Nationalsozialisten nimmt seit einiger Zeit der Austausch von Kindern mit verschiedenen Ländern eine wichtige Stelle ein. In diesem Jahr wird der Kinder-Austausch bereits mit 32 Ländern durchgeführt.

Bisher hatte man die Ortsgruppen der Auslandsdeutschen nur in wenigen Fällen auch in diese Kinderaustausch-Aktionen einbezogen. Aus zweierlei Gründen. Einmal sollten die Kinder-Aktionen nach

aussen völlig neutral gehalten werden und zweitens sind die Ortsgruppen der Auslandsdeutschen mit direkten politischen Aufgaben betraut, so dass diese indirekte Propaganda eine Belastung ist. Diese Rücksichten sind jetzt fallen gelassen worden. Man spricht auch schon offen von der propagandistischen Bedeutung der Kinderaustausch-Aktionen und ist stolz darauf, dass wiederholt diese Kinderaustausch-Aktionen die ersten Anlässe gewesen sind, mit anderen Ländern dauernde "familiäre" Verbindungen herzustellen. Der Kinderaustausch bietet Gelegenheit, die deutschen Leistungen auf dem Gebiet der Hitler-Jugend, ihre Einrichtungen und muster-giltigen Herbergen zur Schau zu stellen, Patenschaften zu schaffen, dauernde persönliche Verbindungen aufzubauen, die gerade bei den jetzt in Mode kommenden Brief-Aktionen wertvoll werden. Die bisherigen Erfahrungen lehren, dass diese Tätigkeit sich für Deutschland lohnt.

Besonders bemüht man sich jetzt um den Ausbau der Kinder-Aktionen im Norden. 1938 hatte man es bereits auf über 800 Austausch-schüler mit Schweden gebracht. 1939 hofft man die Zahl 1.500 zu erreichen. In Weimar soll ein Fest des Wiedersehens veranstaltet werden, zu dem man möglichst viele von den bisher insgesamt ausgetauschten 12.000 Schülern mit ihren Angehörigen erwartet.

Trotz der scharfen Pressefehde mit England werden die Kinderaustausch-Aktionen mit England fortgesetzt. Am 6. Juli wurde wieder eine Exkursion Berliner Handelsschüler über Belgien nach England geleitet.

2. Bericht: Es ist auffällig, dass der grösste Teil der in Berlin studierenden Ausländer sehr nazifreundlich ist. Oft hat man den Eindruck, dass Deutschland den ausländischen Studierenden einen ansehnlichen Teil der Kosten bezahlt, wofür diese sich natürlich erkenntlich zeigen müssen. Als jetzt die Ferien an der Technischen Hochschule in Charlottenburg begannen, ergab sich, dass von 212 Ausländern es nur 3 wagten, sich nicht zur Erntehilfe zu melden. Bei diesen ausländischen Studenten handelt es sich meist um Araber, Griechen, Inder, Iraner, was allein schon auf die Richtung der deutschen Politik schliessen lässt.

Der Hauptfeind im Propagandakrieg ist nach ~~wie~~ vor England. Die Pressefehde gegen Grossbritannien hat nichts an Heftigkeit eingebüsst. (Auf Seite A 28 bringen wir einige charakteristische Beispiele dafür.)

Es ist kein Wunder, dass eine derart massive Propaganda auch bei einem Volke, das den Krieg fürchtet, schliesslich nicht ohne Wirkung bleibt. Wir entnehmen darüber unseren Berichten:

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Seit Wochen tobt der Radio- und Zeitungskampf gegen England. Wie übereinstimmend berichtet wird, hat die englische Propaganda in Deutschland gewirkt und die täglichen Sendungen machen tiefen Eindruck auf alle Kreise der Bevölkerung, so dass die amtliche deutsche Propaganda gezwungen ist, den Versuch zu unternehmen, die englischen Mitteilungen zu widerlegen, wenn auch meist in demagogischer Weise und ohne zu überzeugen.

Holsteinischer Courier

General-Anzeiger für Neumünster



Tageblatt für den ehem. Kreis Bordschölm

Preisverordn.: 14. April 1924 nach dem Reichsbes. vom 20. April 1924 über die Höchstpreise für Zeitungsdruckerei. — Druck- und Verlagsanstalt: 20. Hofstraße, Neumünster. — Verleger: Carl Schöbber, Neumünster, Postfach 610/30.

Vertrieb: 14. April 1924 nach dem Reichsbes. vom 20. April 1924 über die Höchstpreise für Zeitungsdruckerei. — Druck- und Verlagsanstalt: 20. Hofstraße, Neumünster. — Verleger: Carl Schöbber, Neumünster, Postfach 610/30.

Nummer 165 im 68. Jahrgang

Herausgeber: Carl Schöbber, Neumünster i. Holst.
Verlagsleitung: Ferdinand Seebert, Neumünster.

Dienstag, 18. Juli 1939

Angelsächsische Heuchler ohne Maske

England die Haupttriebkraft der internationalen Kriegshetze
Eine herzerfrischende Lektion aus Schweden

Nummer 155 im 68. Jahrgang

Herausgeber: Carl Schöbber, Neumünster i. Holst.
Verlagsleitung: Ferdinand Seebert, Neumünster.

Donnerstag, 6. Juli 1939

England kauft Kanonennutter

John Bull als Sklavenhändler Europas — Viele Millionen Pfund für Leben und Blut anderer Völker — Riesengeschäft der Rüstungsfinanz mit der Einkreisung

Nummer 150 im 68. Jahrgang

Herausgeber: Carl Schöbber, Neumünster i. Holst.
Verlagsleitung: Ferdinand Seebert, Neumünster.

Freitag, 30. Juni 1939

Heuchlerischer Bluff statt Realpolitik

Englands Außenminister Lord Halifax will die Weltlage mit Verdrehungen und unfaßbaren Allgemeinplätzen meistern

9 — 63. Jahr

DEUTSCHER VERLAG / BERLIN SW 68 Fernruf: 2222-2222

Berlin, Freitag, 7. Juli

**AUTO-
MARKT**

Schamlose Eingeständnisse in London: Neue Kredite sind Kriegsvorbereitungen Die sogenannte Friedensfront enthüllt ihr wahres Gesicht

ersch. am 7. Juli 1939

„Wirtschaftliches Bulletin“

Paris und London versuchen
Amerika in den Krieg zu ziehen
weshalb enthüllt die schamlosen Niederlagen der Friedensfront

Die politische Freiheit: Größen-
(200) Jahre, 4. Juli, 1840
für verunglückten Genuß
des Weltfriedens nicht
noch nicht weiter
begrüßbar
10 11

So weit ist es gekommen:

**Jüdische Emigranten aus Deutschland
als Wortführer des britischen Volkes**

Zurück zu London am 7. Juli. Genetisch
3. Hälfte im Verhältnis einer Reihe nicht
widerstandsfähiger Kreise gegen
Frankreich. Die zu den Verurteilten
hinein die unerschütterliche Solidarität
von den britischen Kreisen auf der
22. englisch-amerikanischen Konferenz
in New York am 27. Juli.
Die Proteste im September
1939. Die 20. Juli 1939.
1. im Verhältnis zu den
2. im Verhältnis zu den
3. im Verhältnis zu den
4. im Verhältnis zu den
5. im Verhältnis zu den
6. im Verhältnis zu den
7. im Verhältnis zu den
8. im Verhältnis zu den
9. im Verhältnis zu den
10. im Verhältnis zu den

Einleitung: Die jüdische Emigration
aus Deutschland ist ein
wichtiges Kapitel der
europäischen Geschichte.
Die jüdischen Emigranten
aus Deutschland sind
in Großbritannien
als Wortführer des
britischen Volkes
aufgetreten.

Die jüdische Emigration aus Deutschland ist ein
wichtiges Kapitel der europäischen Geschichte.
Die jüdischen Emigranten aus Deutschland sind
in Großbritannien als Wortführer des britischen
Volkes aufgetreten. Die jüdische Emigration
aus Deutschland ist ein wichtiges Kapitel der
europäischen Geschichte. Die jüdischen Emigranten
aus Deutschland sind in Großbritannien als
Wortführer des britischen Volkes aufgetreten.

Auf den ersten Blick scheint es, als ob damit Goebbels einen Fehler beginge. Das ist jedoch nicht so. Denn die deutschen Propagandastellen haben keine Wahl. Wenn sie die Radiosendungen des Auslandes übergehen würden, so müsste das dazu führen, dass das Volk meinte, man könne nichts dagegen sagen. Da man aber auch das Abhören der Sendungen nicht verbieten kann, ohne sich der Gefahr auszusetzen, dass sie doch gehört werden, so bleibt nichts anderes übrig, als zu polemisieren und zu bestreiten, zu lügen und zu fälschen.

Wie ist nun die Wirkung auf das deutsche Volk? Soweit die Frage des sogenannten Lebensraums in Betracht kommt, haben bis jetzt die Argumente der amtlichen Propaganda auf weite Teile des deutschen Volkes erheblichen Eindruck gemacht. Jene bewusste Schwarzweiss-Methode, warum Deutschland nicht das dürfe, was England jahrhundertlang gemacht habe, warum die anderen Länder Kolonien haben dürften, nur Deutschland nicht, ist sehr erfolgreich gewesen. Da nun auch in der Darstellung der vielen kleinen Bonzen in ihren täglichen Versammlungen und Konferenzen die Lage immer wieder so geschildert wird, als ob nach Erfüllung der deutschen Forderungen die gegenwärtige Knappheit an Lebensmitteln überwunden würde, so finden viele die Eroberungsabsichten Hitlers als verständlich, wenn nicht gar gerecht. Die Masse denkt weder darüber nach, welche Konsequenzen die Politik Hitlers haben muss, noch ob sie gerechtfertigt ist. Das Volk weiss sehr wohl, dass es sowieso keinen Einfluss auf die Gestaltung der deutschen Politik hat, und infolgedessen macht es sich auch keine Gedanken darüber, was sich in der Welt ereignet.

2. Bericht: Das System sucht die Grenzbevölkerung, so gut es geht, gegen die ausländischen Meldungen immun zu machen. Eine Well von Reden geht über uns hinweg. England ist der Hauptfeind, der es jetzt mit der Methode der Ueberredung versuche. Man lasse sich jedoch nicht übertölpeln; weil England sich schwach fühle, darum rede es jetzt so sehr auf das deutsche Volk ein. Die Unsicherheit Englands zeige sich auch in seinem Bittgang nach Moskau. Englands Zeit sei überhaupt vorüber, seine Macht sei endrültig gebrochen. Den grossen Worten von London sei nicht ein Schein von Taten gefolgt. Man frage sich im Volke, warum mit einem Male ein so grosser Aufwand gegen England? Es ist tatsächlich so, dass das Volk vor der englischen Weltmacht einen grossen Respekt hat und ausserdem sieht es täglich die Herausbildung der ehemaligen Entente zu einer neuen mit fast derselben Kräfteverteilung. Unter diesem Gesichtswinkel macht die Entwicklung der letzten Monate auf die Massen einen grossen Eindruck. Niemand glaubt daran, dass es gelingen könnte, die neue Entente zu überwinden. Fast alle sehen die Niederlage voraus. 1914 - 1918 ist nicht vergessen. Wie können wir einen Krieg gewinnen gegen so viele Feinde, sagt sich das Volk, wo jetzt schon ein so grosser Mangel an allen möglichen Lebensbedarfsartikeln besteht.

An die entscheidenden englischen Feststellungen, dass es für England in der Danziger Frage kein Zurück gäbe, glaubt kaum jemand. England ist nach Meinung des Volkes in der viel wichtigeren Frage der Tschechoslowakei zurückgewichen, es wird es wegen Danzig nicht zum Krieg kommen lassen. Aber auch an ein mögliches Zurückweichen Hitlers glaubt die Mehrzahl der Leute nicht. Er hat bisher immer Erfolg gehabt. Tatsächlich ist die Spannung so

gross, dass es von dem Ausgang der Denziger Frage abhängt, ob England endgültig oder Hitler mindestens in grossem Masse sein Ansehen verlieren werden.

3. Bericht: Während man im allgemeinen die Lage so darzustellen sucht, als ob Deutschland unüberwindlich sei, wechselt man hin und wieder die Platte und macht das Volk bange vor der Zukunft. Wenn, so sagt man, das deutsche Volk trotz allem noch einmal auf den ausländischen Schmutz hereinfalle, so müsste das Ergebnis fürchterlich sein. Diese Darstellung macht auf den Durchschnittsbürger grossen Eindruck. Denn man weiss im Volk sehr wohl, dass ein neuer Friedensvertrag, der Deutschland auferlegt werden würde, schlimmer als Versailles sein könnte. Man hofft deshalb, dass der Krieg abgewendet werden könnte.

Südwestdeutschland: Die Propaganda, als ob das Ausland einen Ueberfall auf Deutschland plane, wird immer mehr verstärkt. Die Masse der Indifferenten fällt auf diesen Schwindel immer herein und wem sein Leben und seine Freiheit lieb sind, wird sich hüten, in der Öffentlichkeit etwas gegen diesen Schwindel zu sagen.

Nordwestdeutschland: In den Städten an der Nordseeküste wird eine besonders fanatische Propaganda gegen England getrieben. Es wird dem Volk eingehämmert, dass England wieder eine vollkommene Blockade plane und man lässt dabei die Bevölkerung auch nicht im Unklaren darüber, dass diesmal eine Blockade viel schneller die Masse des Volkes treffen würde als früher. Man betont dabei besonders, wie die unschuldigen Frauen und Kinder gemartert würden durch das brutale Vorgehen Englands. Die Wirkung dieser Argumentation bleibt nicht aus. Selten hört man Vorwürfe gegen das Nazisystem, das es soweit hat kommen lassen, meist wird auf Englands Raffgier geschimpft. Nur wenige bewusste Gegner des Regimes hoffen, dass eine derartige Blockade Revolten auslösen werde.

Pommern: Die Propaganda des Systems übt auf die Bevölkerung allmählich einen verheerenden Einfluss aus. Die grosse Masse nimmt kritik- und gedankenlos alles entgegen, was man ihr vorsetzt.

Das Gefährlichste in der Propaganda des Regimes ist unseres Erachtens der Hinweis darauf, dass doch alle Leute in Arbeit stehen und verdienen. Dabei wird natürlich nicht von der langen Arbeitszeit und den niedrigen Löhnen gesprochen. Man weist eben darauf hin, dass der Wochenverdienst immerhin sehr gut ist. Der Hinweis, oder die Frage, warum wurde das nicht auch früher so gemacht, sind nicht sehr selten.

Diejenigen allerdings, die nicht kritiklos alles hinnehmen und sich noch eine selbständige Meinung zu bewahren suchen, fragen sich mit Bangen, was werden soll, wenn dieses ganze Scheinmanöver der Arbeitsbeschaffung durch Aufrüstung einmal mit dem System zusammenbricht. Was sollen die Nachfolger aus diesem wirtschaftlichen Trümmerhaufen aufbauen? Da die ganze Arbeitsbeschaffung mit dem Kriegs- und Rüstungsproblem verbunden ist, sehen diese Leute keine friedliche Lösung des Problems. Die friedliche Lösung würde eine vollkommene Kehrtwendung der ganzen Wirtschaftspolitik bedeuten und darauf kann das System, wenn es sich nicht selbst aufgeben will, nicht eingehen.

3) Aus dem Memelgebiet

Ueber die Lage im Memelgebiet nach der Rückkehr zum Reich ist uns folgender Bericht zugegangen:

Wie in jedem einverlebten Gebiet die Begeisterung schnell abflaut, zeigt deutlich das Memelgebiet. Dabei war hier von vornherein verschiedenes anders als bei den anderen "Heimholungen ins Reich". Es gab zwar auch das Überwiegende deutsche nationale Empfinden, das sich gegen die Unterdrückung durch die Litauer wehrte. Es gab auch wie in anderen deutschen Minderheiten eine nationalsozialistische Partei, die ihr Dasein aus Reichsmitteln bestritt und kritiklos alle Weisungen befolgte, die aus Berlin erteilt wurden. Die Führung des Memeler Gebiets hatte aber weder in Berlin besonderes Gewicht, noch im Memelgebiet selbst. Das Streben zum Reich war erheblichen Schwankungen ausgesetzt. Man hatte das Gefühl, dass dieser Zipfel deutschen Gebiets nicht eine breitangelegte Kampagne rechtfertigte, und dass er nur ein Nebenschauplatz für gelegentlich vorwärtsgetriebene politische Kämpfe sei.

So war es nur natürlich, dass im März dieses Jahres eigentlich überhaupt niemand mit der Heimholung ins Reich zu diesem Zeitpunkt gerechnet hatte. Die nationalsozialistischen Führer des Memelgebietes jedenfalls wurden von Berlin bis in die letzten Tage im Unklaren über die schnellen Entschlüsse gelassen. Sie rechtfertigen nunmehr dieses Verhalten Berlins im engeren Parteikreis mit der Erklärung, dass Hitler selbst die Entscheidung über die Heimholung des Memelgebiets überraschend getroffen habe. Der Plan der Parteiführung wäre gewesen, Memel und Danzig in einer Aktion ins Reich einzugliedern. Diese Aktion sollte aber im Einverständnis mit Polen und Litauen auf Kosten Rumäniens erfolgen. Die Parteiführung hoffte, so wie sie die polnische Regierung zu gemeinsamen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei gewonnen hatte, werde es auch gelingen, Polen zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Rumänien zu gewinnen. Man verspreche den Polen in diesem Falle einen Zugang zum Schwarzen Meer über rumänisches Gebiet. Dafür sollte aber Polen an Litauen das Wilnagebiet zurückgeben. Die Häfen Danzig und Memel sollten denn Freihäfen werden mit wichtigen wirtschaftlichen Zugeständnissen an Polen und Litauen.

Die Hoffnung auf eine solche Lösung war in den Memeler Parteikreisen schon vordem allgemein verbreitet und auch in den Wirtschaftskreisen entsprechend kolportiert worden. Der gesamte Handel im Memelgebiet sah in einer solchen Regelung eine glänzende Perspektive. Alle Welt sah sich schon als Grosshändler und Schwerverdiener auf Kosten der Litauer. Dass, selbst wenn eine solche Regelung zustande gekommen wäre, sich in erster Linie Händler und Kaufleute aus dem alten Reichsgebiet an die neuen Pfünden gesetzt hätten, daran dachte kaum jemand. Alle sehen kurzsichtigerweise nur ihre Chance und gerade die wollten sie nicht verpassen: ran an die nationalsozialistische Parteikamarilla, rein in die Partei.

Nun ist die Ernüchterung da. Der Handel blüht nicht auf, sondern kommt langsam aber sicher immer mehr zum Erliegen. Die Bauern, einschliesslich der Grossgrundbesitzer sind die am meisten Geprüll-

ten. Nachdem der erste Raubzug von SA und SS vorbei war, hat man grosse Massen von Arbeitsdienstlern und Militär ins Gebiet gelegt.

Da nichts in der Welt umsonst ist, muss selbstverständlich auch die Heimholung ins Reich bezahlt werden. Das geschieht in der Form einer "Freiheitsspende". Das ganze Gebiet ist mit Blockwarten überzogen worden. Die Blockeinteilung ist wesentlich kleiner als im elten Reichsgebiet. Die Zeit erfordert, dass das Memelgebiet schnell auf die nationalsozialistische Weltanschauung ausgerichtet wird, sagt die Parteiführung. Das lässt sich am besten durch Spenden beweisen. Also verlangen die Blockwarte, dass Bauern und Geschäftsleute für die Einquartierungen keine Quartiergelder verlangen, für Soldaten und Arbeitsdienstler die Kost und für die Pferde das Futter bezahlen. Ausserdem werden Pferde und Fahrzeuge der Bauern beansprucht, aber auch Bezahlen denkt niemand. Die Grundstücksenteignung für irgendeinen Zweck erfolgt am laufenden Band.

Mit den Arbeitern geht man wieder anders um. Da Deutschland ihre Arbeitskraft braucht, will man sie nicht unnötig verbittern, sondern voll einsatzfähig machen. Auf Grund der Erfahrungen im Altreich hat man schon rechtzeitig die notwendige Aussonderung vorbereitet. Man führt nicht mehr Razzien in den einzelnen Orten durch, die auch bei den übrigen Bewohnern Sympathien mit den Opfern wecken, sondern bringt nur diejenigen Arbeiter in Haft, von denen man weiss, dass sie unverbesserliche Agitatoren sind. Ihnen legt man das Handwerk. Diese Exempel genügen als Abschreckung. Alle übrigen Arbeiter brauchen nur durch ihren Fleiss zu beweisen, dass sie zum Aufbau Grossdeutschlands beitragen wollen.

Dabei bleibt es freilich nicht dem Einzelnen überlassen, wo und zu welchen Bedingungen er seine Arbeitskraft einsetzen will. Massgebend dafür sind die allgemeinen Reichsrichtlinien, nach denen die sogenannten "Auskämmungsaktionen" stattfinden. Für den Juli ist eine generelle "Auskämmungsaktion" angesetzt worden. Dabei werden alle Berufsstände erfasst. Entsprechend der Eigenart der Beschäftigung im Gebiet sind es meist Handwerker, Fischer und Bernsteinsucher; die aus ihrem Beruf herausgerissen werden. Einem Friseur, der schon die 50 überschritten hat, wurde der Gehilfe weggenommen, weil die Arbeitskraft des Gehilfen nicht genügend ausgenutzt sei. Bei seinem Geschäft reiche die Arbeitskraft des Geschäftsinhabers vollkommen aus und für das Reich sei damit eine volle Arbeitskraft "freigesetzt". Es half nichts, dass der Gehilfe mit seinem Leben zufrieden war. Man versprach ihm eine Stelle in Königsberg, die wesentlich besser für ihn sei. Er kam aber nicht nach Königsberg, sondern muss als Kanalbauer in Elbing arbeiten.

Die Parteigarde macht selbstverständlich ihr Rennen. Sie bestand zum grössten Teil aus Jugendlichen. Nun sind schon mehr als 5.000 Burschen zur SS ins Altreich abberufen worden. Die Aushebung zum Militärdienst haben sofort in vollem Umfang eingesetzt und bis Anfang Juli waren bereits 30.000 Militärdiensttaugliche im Alter von 19 bis 26 Jahren aus dem Memelgebiet eingezogen. Diese Leute stammen zum grössten Teil aus der Landwirtschaft. Den Bauern fehlen dadurch ihre eigenen Arbeitskräfte aus der Familie. Diese müssen sie ans Reich als Soldaten abgeben, dafür setzt man ihnen Arbeitsdienstler und Soldaten auf die Nase, die die Bauern überwachen und arm fressen. Die Begeisterung der Einberufenen verfliegt ebenfalls rasch. Sie finden zwar das Land schön, auch manche Einrichtung nett, den "preussischen Schliff" aber ent-

II. Aus der Wirtschaft

1) Zwangswirtschaft, Rationalisierung und Rohstoffmangel

In einem Vortrag, den Dr. Landfried, der Nachfolger Brinkmanns als Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Mitte Juli vor der Reichsgruppe der deutschen Industrie gehalten hat, erklärte er, dass die Lenkung der Rohstoffzuweisung und der Arbeitskräfte, sowie die Verteilung von Betriebskapazitäten durch eine umfassende Auftragslenkung für die gesamte Industrie ergänzt werden müsse. Bisher war die staatliche Auftragslenkung auf zwei, allerdings besonders wichtige Gebiete der Kriegsindustrie beschränkt, auf das Bauwesen und den Maschinenbau. Mit dieser Aufgabe waren für das Bauwesen Dr. Todt, für die Maschinenindustrie Direktor K. Lange betraut worden. Von Dr. Landfried wird angekündigt, dass nunmehr auch auf anderen Gebieten das Auftragswesen gesteuert und die Programme aufeinander abgestimmt werden sollen.

Die staatliche Auftragslenkung ist ein Versuch, die Beanspruchung des Wirtschaftsapparates durch die Kriegsvorbereitung mit den der Erschöpfung nahen Menschen- und Materialreserven in Einklang zu bringen. Die Uebernachtfrage nach Arbeitskräften und Rohstoffen soll gebremst werden dadurch, dass kriegswichtige Aufträge hinter noch kriegswichtigere zurückgestellt werden (vgl. Heft 5/1939, Seite A 56 ff.)

Dr. Todt hat in der Zeitschrift "Vierjahresplan" vom Juni sein Programm entwickelt. Er will nicht mit Erteilung und Versagung von Bauerlaubnissen eingreifen, sondern sich auf den negativen Eingriff beschränken, der darin besteht, den Kontingentsträgern die Zuweisung von Materialien zu beschränken und sie für deren zweckmässige Verwendung verantwortlich zu machen. Um auch nur die Bauvorhaben im Werte von 1 Million Reichsmark und mehr zu prüfen, würden 13.000 Einzelprüfungen und dazu eine zentrale Prüfungsinstanz von grösstem Ausmass notwendig sein. Deshalb zieht man die indirekte Steuerung vor. Die neunzehn Kontingentsträger, in die die Auftraggeber von vordringlichen Bauvorhaben zum Zwecke der Materialzuweisung aufgeteilt worden sind, sind Wehrmacht, Vierjahresplanbetriebe, Landwirtschaft, Verkehrswesen und Reichspost "und schliesslich der deutsche Wohnungsbau." Allein infolge Kürzung der Rohstoffkontingente seien

bereits im 1. Halbjahr 1939 keine nichtdringlichen Bauvorhaben mehr begonnen worden.

Dennoch war dieses Programm wenige Wochen nach seiner Veröffentlichung teilweise bereits überholt. Mitte Juli erschien eine Anordnung Görings, dass strenger nachgeprüft werden soll, welche Bauvorhaben als staatspolitisch wichtig zu gelten haben und die Zuweisung von Dienstpflichtigen erfordern, und dass diese Entscheidung von Göring selbst getroffen wird.

Die Knappheit der Baumaterialien ist überwiegend durch Menschenmangel verursacht. Die Materialbeschaffung, sagte Dr. Todt in einer Rede auf dem ersten Grossdeutschen Baugewerbetag in Wien, (23.6.1939) werde nicht so sehr von Seiten der Baustoffprodukte als vielmehr von Seiten der Kohlenproduktion erschwert. Kohle gibt es aber in Deutschland reichlich. Die Kohlenausfuhr ist beträchtlich grösser als die Kohleneinfuhr. Die Kohlenversorgung ist nur unzureichend, weil es an geschulten Bergarbeitern fehlt und deshalb die Förderleistung immer weiter hinter dem rapid steigenden Verbrauch zurückbleibt. Hauptsächlich mit dem Kohlenmangel hängt der Rückgang der Ziegelproduktion zusammen. Nach Dr. Todt sind 1938 8 Milliarden Stück Ziegel erzeugt worden, 1939 würden dagegen um 2 Milliarden, also um 25% weniger produziert werden.

Holz wird von Dr. Todt als der knappste Baustoff bezeichnet. Er ist noch knapper geworden, obwohl die Annexionen Oesterreichs und der Tschechoslowakei das Reich um walddreiche Gebiete erweitert haben, der Holzeinschlag auf Anordnung Görings stark gesteigert worden ist und auch Brennholz als Nutzholz verwendet wird.

Nach einem Vortrag des Landforstmeister Storck vom Reichsforstamt, abgedruckt im "Deutschen Holzanzeiger" vom 29.10. 1938, war im Altreich der Einschlag von Nutzholz von 24,9 Millionen Festmetern 1927 (ohne Saarland) auf 45,1 Millionen Festmeter 1938 gestiegen und zugleich der Einschlag von Brennholz von 17,3 auf 14,5 Millionen Festmeter gesunken. Der Anteil des Brennholzes war also von 40 auf 24% herabgedrückt worden. Nach dem letzten Halbjahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung musste der Holzeinschlag, der 1938 auf Görings Befehl auf 50% über den Normaleinschlag gesteigert worden war, auf den Stand von 1937 zurückgeführt werden, weil sonst "die Waldsubstanz angegriffen", also der Raubbau am deutschen Wald noch weiter getrieben worden wäre.

Der nationalpolitische und nationalwirtschaftliche Aufbau, sagte Göring am 27. 6. 1939 auf der Grossdeutschen Reichstagung der Deutschen Forstwirtschaft, erfordere Holz in riesigen, ja geradezu

unvorstellbaren Mengen. Holz sei neben Eisen, Kohle und Steinen der wichtigste Rohstoff unserer industriellen Arbeit geworden, weil sich auf seiner Grundlage neue Industrien in schnellstem Tempo entwickelt haben. Die jährliche Holzerzeugung des deutschen Waldes decke aber nur zwei Drittel des Bedarfs. Man hilft sich damit, noch mehr als bisher Laubholz anstatt Brennholz in der Industrie zu verwenden. Aber diese Umstellung und die Vermehrung des Einschlags erfordern die Heranziehung menschlicher Arbeitskräfte, die nach dem Institut für Konjunkturforschung "nicht immer in gewünschter Masse zur Verfügung gestellt werden".

Neue Einschränkungen zur Einsparung von Holz sind erforderlich geworden.

Der Reichswirtschaftsminister hat am 30.6. 1939 angeordnet, dass ohne seine Genehmigung bestehende Unternehmungen nicht erweitert, neue nicht mehr errichtet werden dürfen, in denen Parkettstäbe und Tafelparkett, Zigarrenkisten und deren Halbzeuge hergestellt werden.

Das Holz, das zu Zellwolle verarbeitet wird, fehlt der Papierindustrie. Das zwingt zum äusserst sparsamen Umgang mit Papier. So hat der Reichsjägermeister den Dienststellen seiner Verwaltung befohlen, alle Bekanntmachungen kurz zu fassen, möglichst im Telegrammstil. Die Sammelstelle für amtliche Bekanntmachungen hat Anweisung erhalten, alle überflüssigen Sätze zu streichen.

Dem Zweck, Menschen und Betriebsstoffe zu sparen und zugleich die Industrie den Erfordernissen der Motorisierung der Armee anzupassen, dient die Typenbegrenzung in der Kraftfahrzeugindustrie (siehe Heft 5/1939, Seite A 63 ff.). Bis 31. Dezember 1939 sollen die Autotypen von bisher 335 auf 81 vermindert sein.

Inzwischen hat der mit dieser Umstellung beauftragte Oberst von Schell Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Typenbegrenzung erlassen. Darin wird zwischen Haupt-, Neben- und Sondertypen unterschieden und bestimmt, dass zu jeder Haupttype nur noch ein Nebentyp, statt bisher durchschnittlich drei hergestellt werden darf und dass die Fabrikation von Sondertypen, das sind z.B. Spezialfahrzeuge für die Feuerwehr, für Müllabfuhr und Strassenreinigung nur noch nach Einholung einer amtlichen Genehmigung erfolgen darf. Ferner ist genau gekennzeichnet, welche Änderungen am Haupttyp angebracht werden dürfen, ohne dass er die Eigenschaft als Haupttyp verliert. Das ist notwendig gewesen, damit die Begrenzung der Typen nicht durch willkürliche Veränderungen durchkreuzt werde.

Ferner ist die Begrenzung der Typen auf die Ersatz- und Zubehörteile der Kraftfahrzeuge ausgedehnt worden. Von bisher 5.381 Typen bleiben nur noch 739 übrig, also 14%. So ist z.B. die Zahl der Typen vermindert worden bei Anlassern von 113 auf 10, bei Glühlampen von 269 auf 26, bei Vergasern von 212 auf 19, bei Ge-

schwindigkeitmessern von 215 auf 7. Noch radikaler ist mit der Typenverminderung bei den Kraftträdern durchgegriffen worden. So sind z.B. nur noch zulässig Typen von: Hupen statt 25 eine, Rädern statt 200 neun, Sätteln statt 22 drei, Gelenkketten statt 26 fünf.

Die Vereinfachung der Produktion der Kraftfahrzeuge und ihres Zubehörs ermöglicht auch die Rationalisierung auch ihrer Vorindustrien. Sie ist nach der "Frankfurter Zeitung" vom 15.7. 1939 bereits vorgesehen. Man glaubt, durch Zusammenarbeit der Fabrikation der Fertigerzeugnisse mit den Schmieden und Giessereien bis zu 20% an Kosten und Material zu ersparen.

Eine einschneidende Umstellung anderer Art erfolgt in der Textilindustrie. Baumwolle und Flachs sollen nur noch für absolut wichtige Zwecke wie Berufskleidung, Bett- und Leibwäsche verarbeitet werden.

Am 1. Juli ist die Anordnung der Ueberwachungsstelle für Spinnstoffe vom 30.6. 1939 in Kraft getreten, wonach die Verwendung von Baumwolle und Leinen für eine Reihe von Artikeln verboten ist, die in einer Warenliste angeführt sind. Von diesem Tage an sind die Gespinste, die eine Mischung von Flachs, Baumwolle oder Wolle mit Zellwolle enthalten, abgeschafft und dort, wo sie bisher verwendet worden sind, nur noch die Verwendung von Zellwolle erlaubt.

Es ist geplant, die Produktion von Zellwolle, die 1938 200 Millionen Kilo betragen hatte, auf 325 Millionen Kilo zu steigern. Vorläufig wird auch Zellwolle in nur beschränkten Mengen zugeteilt. Auf der Reichstagung der deutschen Textilwirtschaft kündigte der Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium, Hans Kehrl, in einem Referat über die Aufgaben der Textilindustrie die Kürzung der Rohstoffkontingente an, weil die Erzeugung deutscher Zellwolle auf das Altreich zugeschnitten sei und nach Angliederung der neuen Gebiete nicht ausreiche, und weil es mit Rücksicht auf dringender benötigte Rohstoffe vermieden werden müsse, mehr Baumwolle, Flachs und Jute einzuführen. Daher müsse die Erzeugung überflüssiger Textilwaren weitgehend eingestellt werden. Auch die Möglichkeit, Arbeitskräfte zu sparen, sei in der Textilindustrie noch nicht erschöpft.

Es ist bekannt, dass diese immer mehr um sich greifende Zwangswirtschaft mit einer Unmasse von Schreibwerk und statistischen Arbeiten verbunden ist. Als ein Beispiel für diese Formularwirtschaft mag das auf Seite A 37 folgende Rundschreiben des Generalmajors von Hanneken, des Leiters des Wehrwirtschaftsstabes im Generalstab dienen, obgleich es schon über ein Jahr zurückliegt.

Dieses Rundschreiben vom vorigen Jahr ist nicht etwa nur an die Betriebe der Metallindustrie gerichtet, sondern an sämtliche Industriezweige, die Eisen, wenn auch nur in ganz geringen Mengen, z.B. zu Reparaturzwecken, auf Lager haben müssen. Solche bis ins

einzelne spezifizierete Materiallisten werden zu vielen Hunderten alljährlich ausgegeben; nicht nur Eisen und Stahl, auch die meisten anderen Rohstoffe sind ja kontingentiert.

Der Reichs und Preussische
Wirtschaftsminister
Abt. Eisenwirtschaft
II Es 3/5 Nr. 8784

Berlin W 8. 10. Juni 1938
Behrenstrasse 43

An die Betriebe der Wirtschaftsgruppe
....industrie

Betr. Erhebung über den Eisen- und Stahlverbrauch 1936/37.

Im Zusammenhang mit der Eisen- und Stahlbewirtschaftung ist es erforderlich geworden, bei den Betrieben einzelner Wirtschaftsgruppen durch eine einmalige Erhebung den Eisen- und Stahlverbrauch in den Jahren 1936/37 zu ermitteln. Diese einmalige Erhebung ordne ich hiermit an. Mit ihrer Durchführung habe ich die Reichsgruppe Industrie beauftragt.

Der Fragebogen für diese Erhebung, der nach eingehenden Besprechungen mit der Reichsgruppe Industrie und den beteiligten Wirtschaftsgruppen aufgestellt worden ist, wird ihnen durch ihre Wirtschaftsgruppe zugehen. Ich verpflichte alle Betriebe, die den Fragebogen erhalten, die verlangten Angaben gewissenhaft und vollständig zu machen, und den ausgefüllten Fragebogen termingemäss zurückzusenden. Die ordnungsgemässe Ausfüllung des Fragebogens liegt im eigenen Interesse jedes Betriebes.

I.A. gez.: von Hanneken
Generalmajor des Generalstabes

M a t e r i a l l i s t e
3. Ausgabe vom Juni 1938

I. Walzwerkserzeugnisse.

1. Halbzeug (einschliesslich Rohblöcke): Rohluppen, Rohschienen, Rohblöcke, Brammen, vorgewalzte Blöcke, Platinen, Knüppel, Tiegelstahl in Blöcken;

2. Eisenbahnmateriel: a) Eisenbahnbaustoffe, Eisenbahnschienen, Ausweichungs- Zahnrad-, Platt-, Flach-, Feldbahn-, Rillenschienen, Herzstücke, Kreuzungsstücke, eiserne Schwellen, Laschen- und Unterlegsplatten, Hakenplatten, Radlenker usw.
b) Rollendes Eisenbahnzeug, unbearbeitet: Eisenbahnschienen, -naben, -räder, -radreifen, -radgestelle, -radrätze (unbearbeitet)
c) Rollendes Eisenbahnzeug, bearbeitet wie obenstehend.

3) Formstahl, Formeisen: T-Träger, U-Eisen von 80 mm Höhe und darüber, Belageisen, Zoresisen, Breitflanschträger: Von Normalprofilen abweichende Träger, deren Flanschbreite bei Formen bis 30 cm Höhe mindestens der Steghöhe gleich ist oder bei Formen bei 30 cm und mehr Höhe mindestens 30 cm beträgt. Es gibt Träger mit geraden und geneigten Flanschen.

4) Stabstahl, Stabeisen: Rund- und Vierkantstahl von 55 mm und mehr Stärke in Stäben. Flachstahl von 10 - 150 mm Breite und mindestens 5 mm Stärke in Stäben; Halbrundstahl, Vier- und Vierkantstahl in Stäben. Kleines Formeisen unter 80 mm Stärke (Winkelisen, T-, Z-, m, I- und U-Stahl unter 80 mm, sonstiger Profilstahl oder Eisen in Stäben).

5) Breitflachstahl (Universaleisen): Breitflachstäbe sind Stahlstreifen, die im allgemeinen länger und schmaler sind als Bleche und entweder auf 4 Seiten in Kaliberwalzen oder auf der Universalstrasse warm gewalzt sind. Ihre Breite beginnt bei 150 mm und ihre Stärke bei 3 mm.

6) Spundwandeisen: Spundwandeisen sind gewalzte, gezogene, gepresste oder durch Nieten oder Schweißeisen zusammengesetzte oder sonstige hergestellte Stahlprofile, die zur Herstellung zusammenhängender Wände dienen.

7) Bandstahl, Bandeisen: a) Warmgewalztes Bandeisen einschliesslich Röhrenstreifen, Breite 10 mm und darüber, Stärke $3/4 - 8$ mm in einem entsprechenden Verhältnis zur Breite, Länge: grosse Walzen, gerollt, gebündelt oder auf Stäbe geschnitten, Walzung: Naturkantwalzen also nicht scharf rechteckig. b) Kaltgewalztes und veredeltes Bandeisen in allen Stärken und Breiten, auch in Stäbe geschnitten, mit scharfen Kanten, verzinkt, verzinkt, poliert, lackiert usw.

8) Grobbleche: (4,76 mm und stärker, Riffel-, Waffel- und Warzenbleche von 3 mm Grundstärke an).

9) Mittelbleche: 3 mm bis unter 4,76 mm.

10) Feinbleche: (unter 3 mm, Riffel-, Waffel- und Warzenbleche, unter 3 mm Grundstärke, Well-, Tonnen-, Dachpfannenbleche, Qualitätsbleche, verzinkte Bleche, Weissbleche) auch geschliffen, poliert, gebräunt oder sonstige künstlich oxidiert, auf mechanischen oder chemischen Wegen mit unedlen Metallen oder mit Legierungen aus unedlen Metallen überzogen, poliert, bearbeitet, (z.B. Kesselböden) gelocht, gebohrt, gedehnt, gewellt, gemustert und gestreckt.

11) Eisen- und Stahldraht: a) Walzdraht: Jede in Eisen und Stahl auf den Walzwerken herstellbare Abmessung von warmgewalzten Walzgut in Ringen, rund, vierkant, oval, halbrund, flach, Rhomboid, oder in beliebig anderen Profilen und Formen. (Walzdraht wird im allgemeinen nur von den Drahtziehereien bezogen, die daraus die handelsüblichen Drähte herstellen. b) Gezogener und veredelter Draht, Stahldraht: der handelsübliche Draht ist im allgemeinen gezogener Draht, da die Verarbeiter mit Ausnahme der Drahtziehereien vorwiegend gezogenen Draht verwenden, veredelt bedeutet: lackiert, oder mit unedlen Metallen oder Legierungen aus unedlen Metallen überzogen.

12) Rohre aus Stahl oder Schmiedeeisen: a) Nahtlose und geschweisste Rohre, einschliesslich Stahlflaschen. b) Formstücke Flanschen und Fittings.

13) Schmiedestücke roh und verarbeitet: a) Freiformschmiedestücke, rohgeschmiedete Stäbe, b) Gesenkschmiedestücke, c) schwarze rohgeschmiedete Ware (kommt nur in der Eisen- und Stahlwarenindustrie vor).

II. Giessereierzeugnisse:

- 1) Eisenguss roh und bearbeitet.
- 2) Temperguss roh und bearbeitet
- 3) Stahlguss roh und bearbeitet

Diese Materielliste weicht von der Anordnung 28 der Ueberwachungsstelle Eisen und Stahl, betreffend Lagerbuchführung insofern ab, als sie auch die kaltgewalzten bearbeiteten und Edelstäbe enthält.

Wie es unter den gegenwärtigen Verhältnissen in einem deutschen Grossbetrieb zugeht, lässt der nachstehende Bericht deutlich erkennen:

Sachsen: Die Auto-Union ist nach wie vor vollbeschäftigt. Sie hat aber aus verschiedenen Gründen Kapitalmangel und leidet sehr unter unzureichenden Rohstoffzuweisungen. Die Kapitalnot ist durch starken Exportrückgang, durch zu hohe Investitionen im Abzahlungsgeschäft und durch die dauernden Erhöhungen der Unfallprämien bedingt. Die vielen Unfälle werden zwar durch die Versicherungen gedeckt, die Versicherungsgesellschaften erhöhen aber infolgedessen fortgesetzt ihre Prämien, um einen Ausgleich schaffen zu können. Trotzdem wird bald der Stand erreicht sein, wo auch die Erhöhung der Prämien den Ausgleich nicht mehr sichert.

Es kommt vor, dass die zur Verfügung stehenden Mittel des Werkes nicht zur wöchentlichen Lohngeldauszahlung ausreichen. Es hat Wochen gegeben, wo kaum 50.000 Rmk zur Lohnauszahlung zur Verfügung standen. In solchen Fällen hilft sich die Betriebsleitung mit Abhebungen vom Konto des Personal-Unterstützungsfonds, der bisher immer auf 1,5 Millionen Mark gehalten worden ist, nun aber schon öfter bis zur Hälfte beansprucht wurde.

In der letzten Generalversammlung, die am 25. Mai 1939 stattfand, ging es wegen dieser Zustände sehr stürmisch zu. Ein Teil der Aktienbesitzer erhob ausserdem scharfe Angriffe gegen die Schönfärberei der Bilanz, die 2 Millionen Mark Gewinn auswies, und aus dem eine 6%ige Dividende zur Verteilung vorgeschlagen wurde. Die Kritiker behaupten, dass um diesen Gewinnabschluss herausrechnen zu können, die Abschreibungen viel zu niedrig angesetzt seien. Ein solches Geschäftsgebahren könne nicht länger geduldet werden und führe zum Ruin der Firma. Infolge des Dreischichtensystems sei seit Jahren Raubbau an den Maschinen getrieben worden. Wenn diese Art des Wirtschaftens noch eine Weile anhalte, könne man den Maschinenpark nicht erneuern und sei dann am Ende angelangt. Man könne sich in dieser Hinsicht nicht nach den Ratschlägen anderer Leute richten, die von der Branche nichts verstünden. Wenn auch diese Vorstösse keinen Erfolg hatten, so sind sie doch kennzeichnend. Die Aktienbesitzer ahnen langsam das Ende und lassen sich von ihren Ingenieuren beraten, wie am zweckmässigsten gegen die unwirtschaftlichen Methoden der Parteiwirtschaftler angegangen werden könne. In dieser Versammlung fiel sogar der Zwischenruf: "Was fehlt uns noch an der Enteignung."

Auch sonst gibt es in der Werksleitung dauernd Differenzen zwischen den Sachsen der Auto-Union und den Süddeutschen der Mercedes Benz. Die eine Gruppe der Werksleitung behauptet, dass das Werk bei der Rohstoffzuteilung benachteiligt wird, die andere will

immerfort den Beweis erbringen, dass die Leitung des NSKK (Generalmajor Hühnlein) das Werk bei der Auswahl der Rennwagen benachteiligt.

Die letzte Auffassung wird hauptsächlich auch von der Belegschaft geteilt, die in den Fragen der Werksgeltung den gleichen Standpunkt einnimmt wie die Betriebsleitung. So ist es verständlich, wenn bei jeder passenden Gelegenheit aus der Belegschaft heraus Anfragen an die DAF-Beamten gerichtet werden. Diese versuchen, die Anwürfe zu bagatellisieren, können aber nicht ganz bestreiten, dass vieles anders und besser sein könnte.

Unter den Parteigrößen, die mit dem Werk verbunden sind, wirft man sich seit langem Beschuldigungen wegen der Nebenbezüge an den Kopf, die man sich gegenseitig verschafft hat. Sowohl dem sächsischen Wirtschaftsminister Lenk als auch dem Chemnitz' Oberbürgermeister Walter Schmidt wird von ihrer eigenen Verwandtschaft nachgesagt, dass sie von der Auto-Union Bestechungsgelder bezogen haben und noch beziehen. Schmidt verstand aber, den Spiess rechtzeitig umzudrehen und wettete gegen die Steuerdrückebergerei gewisser Firmen. Er meinte damit natürlich die Auto-Union, um so den Angriff, der gegen ihn von bestimmten Leuten aus der Betriebsleitung in die Öffentlichkeit getragen worden war, zu parieren. Auch in anderer Weise mischte er sich in die Betriebsverhältnisse ein, nahm in untergeordneten Fragen zugunsten der Belegschaft Stellung, um sich dort Sympathien zu verschaffen und hatte zweifellos auch einen gewissen Erfolg damit. Daher ist für eine gewisse Zeit wieder stillschweigend Waffenstillstand in der Auto-Union geschlossen worden.

Der sächsische Wirtschaftsminister Lenk wiederum erwarb sich auf andere Weise das Wohlwollen zurück. Die Prager Firma, Ingenieur Janeček, die die Marke "Java" erzeugt, war ein starker Konkurrent für die DKW-Maschinen geworden. Lenk machte nun der Union die vertrauliche Mitteilung, dass der Konkurrent in wenigen Wochen verschwunden sein werde. Die Verhandlungen darüber, dass das Prager Werk nur noch für staatliche Aufträge arbeiten werde, ständen nahe vor dem Abschluss. Auch aus dieser Mitteilung ist zu entnehmen, dass die tschechische Wirtschaft vollkommen in die deutsche Rüstungsproduktion einbezogen und jedes Eigenleben ausgeschaltet wird.

Ueber ähnliche Belastungen durch ausserwirtschaftliche Kosten wie sie im vorstehenden Bericht erwähnt werden, wird auch aus einer sächsischen Papierfabrik berichtet:

Der Ammendorfer Papierfabrik bei Leipzig stehen gegenwärtig nur 62% der Rohstoffe zur Verfügung, die sie im Jahre 1932 verbraucht hat. Der deutsche Papierverbrauch in den ersten Jahren des Hitlerreiches sank von Monat zu Monat stetig ab. Seit einem Jahr ist aber der Papierverbrauch für Zeitungen ungefähr stabil. Das weitere Absinken geht ausschliesslich auf Kosten der Bücher.

Die Preise für Faserholzstoff sind von 1934 bis 1936 um 33% gesunken. Seit dieser Zeit gab es weitere Steigerungen um 18%. Die Preise für Papier sind aber fast noch auf gleicher Höhe wie 1933. Dieses Missverhältnis zwischen Rohstoff und Fertigprodukt ist darauf zurückzuführen, dass fast alle zu beliefernden Firmen Parteistellen oder Hitler selbst gehören. Bei der Ammendorfer Fabrik beträgt der Teil, der nicht an solche Stellen geliefert

wird, nur noch ein Siebentel. Die erhöhten Rohstoffpreise für Papier gehen daher fast vollkommen zu Lasten der Hersteller. Ihre Verdienstspanne ist wesentlich verringert. Dabei muss noch beachtet werden, dass die Papierfabriken infolge dieses ungesunden Abnehmerverhältnisses den Parteistellen einen Extrabeitrag leisten müssen. Man nennt ihn die "Schwarze Kasse".

So unterhielt eine Gauverlegsfirma allein im I. Quartal 1939 ein Spesenkonto für im Ausland weilende Sonderkorrespondenten im Betrage von rund 150.000 RMk. Aus diesem Fonds erhielten in diesem Zeitraum etwa 50 Vertreter Beträge in verschiedener Höhe.

Ueber die Wirkungen des Rohstoffmangels, besonders des Fehlens von Baustoffen, liegen folgende Berichte vor:

Norddeutschland, 1. Bericht: In der Reichsbahnwerkstatt Oldenburg wurden seit 3 Monaten die Reserveredeps an Ausbesserungsmaterial für Weichen und Schienenstränge nicht mehr aufgefüllt, was praktisch bedeutet, dass im September nicht einmal mehr die dringendsten Arbeiten gemacht werden können.

Dieselben Mängel werden aus X. an der Berlin-Hamburger Strecke berichtet.

2. Bericht: Bekanntlich darf Eisen nur für Beuten verwendet werden, die ausdrücklich von der Heeresverwaltung genehmigt sind. Darüber hinaus ist auch Holz und Zement von der Heeresverwaltung beschlagnahmt worden und es ist unmöglich, ohne Bezugsschein, der von der Heeresverwaltung gestempelt sein muss, auch nur ein Brett oder ein Pfund Zement zu bekommen. Die Zementfabrik Lägerdorf bei Itzehoe kann die Nachfrage kaum befriedigen. Morgens um 6 Uhr beginnt dort der Abtransport mit Lastautos, aber schon von 4 Uhr morgens an sind die grossen schweren Lastzüge, die 400 Sack mit einem Mal befördern können, vor der Fabrik aufgefahren und warten auf Ladung. Von dort geht es dann an die einzelnen Baustellen der Heeresverwaltung. Aber auch hierbei geht es sehr oft nicht anders zu wie während des Krieges. Die Fahrten gehen bis spät in die Nacht. Gelegentlich kommt es vor, dass ein solcher Lastzug bei furchtbarem Regenwetter spät nachts auf der Arbeitsstelle ankommt. Dann kann es passieren, dass die ganze Ladung einfach von den Wagen heruntergeworfen wird und bis zum nächsten Morgen im Regen liegen bleibt. Die Folge ist, dass am anderen Tag nur noch lauter Zementblöcke vorgefunden werden, da es sich um schnell bindenden Zement handelt.

3. Bericht: Besonders Baumwollwaren sind sehr knapp und werden im übrigen nur noch ausverkauft. Die Bevölkerung ist nervös und kauft zu jedem Preis. Eine Angestellte eines Textilwarengeschäftes erzählte mir folgendes: Vor kurzer Zeit boten wir baumwollene Bettbezüge zum Preise von 30,- RMk für das Stück und Bettlaken zum Preise von 7,- RMk für das Stück an. Trotz des hohen Preises ging die Ware reissend weg. Die Kundschaft kauft, weil sie genau weiss, dass sie in absehbarer Zeit überhaupt keine brauchbare Bettwäsche mehr bekommen wird. Gewöhnliche Frottiertücher kosten jetzt 2,50 RMk per Stück. Es ist uns gesagt worden, dass es keine wieder gibt, wenn die Ware ausverkauft ist.

Dem Personal ist es streng verboten, etwas von diesen Waren zu kaufen, weil man fürchtet, dass sonst für die Kundschaft überhaupt

nichts mehr bleibt. Die billige Bettwäsche ist reichlich vorhanden, wird aber nur im Notfall gekauft, weil man sie nicht kochen kann. Reichlich und gut sind die Kunstseidenstoffe. Wolle dagegen ist nicht haltbar und Herrenstoffe sind schlecht.

Südwestdeutschland: Der Mangel an Rohstoffen wird immer drückender. Auf dem Baumerkt sieht es einfach trostlos aus. Alle diejenigen, die seit einem Jahr ihre Baugesuche laufen haben, erhielten in den letzten Wochen eine neue Auflage. Da jetzt bei der Bewilligung von Bauten auch die Arbeitsämter mitzureden haben, müssen die Architekten ein zweites Baugesuch machen und zwar in vierfacher Ausfertigung. Jeder Ausfertigung müssen die Baupläne beiliegen, und dazu muss ein Fragebogen ausgefüllt werden, worin die genaue Arbeitszeit und Anzahl der notwendigen Bauarbeiter angegeben ist. Dann müssen noch drei Listen ausgefüllt werden:

1. Ueber den Bedarf an Zement, und zwar/ genaue Masse und bis auf das Kilogramm genaues Gewicht;
2. das notwendige Eisen; ebenfalls genaue Masse und Gewicht bis aufs Kilo.
3. der Holzbedarf, wo ausserordentlich genaue Angaben gemacht werden müssen. Jeder Meter Staubleiste, jede Schwelle, jedes Fensterbrett muss einzeln aufgeführt werden.

Von diesen Gesuchen müssen zwei Exemplare an das Bezirksamt und zwei an das Arbeitsamt gesandt werden. Ausserdem muss noch nachgewiesen werden, dass der Bau dringend ist. Wie lange es jetzt wieder dauert, bis die Antragsteller eine Antwort erhalten, das wissen die Götter. Es heisst, dass überhaupt so wenig wie möglich gebaut werden soll.

Besonders schwer ist es, gute Schuhe in den besseren Preislagen zu erhalten. Ein Fall: Ein paar schwarze Halbschuhe wurden für Pfingsten beim Schuhmacher bestellt, der auch Schuhe verkauft. Sie sind bis heute noch nicht geliefert. Bei der Bestellung wurde Lieferung in etwa 3 Wochen zugesagt.

Eine Firma, die nationalsozialistischer Musterbetrieb werden will, hat den Arbeiterinnen mitgeteilt, dass sie neue Arbeitsschürzen erhalten. Jetzt wurde ihnen bekannt gegeben, dass die Firma leider nicht in der Lage sei, die Schürzen zu liefern, weil sie den Schürzenstoff nicht erhalten könne. Nun müssen die Arbeiterinnen die alten Schürzen wieder mit nach Hause nehmen und flicken.

Mittelddeutschland, 1. Bericht: Hier war schon immer die Metallindustrie vorherrschend, daneben gibt es auch Möbelfabriken. Alles ist vollbeschäftigt. Es gibt keine Möbel zu kaufen, sie müssen bestellt werden, dann dauert es gut ein dreiviertel Jahr, bis man sie bekommt. Jede notwendige Reparatur ist eine Kalamität, weil es kaum noch Handwerker gibt.

2. Bericht: Der Baumerkt liegt vollkommen darnieder. Baumeister, die noch im vorigen Frühjahr mit ca. 200 Leuten beginnen konnten, haben dieses Frühjahr kaum Arbeit für 20 Leute. Die Baulustigen sind sehr selten, soweit der Wohnungsbau in Frage kommt, und Grossbauten können schon aus Mangel an Rohstoffen nicht projektiert werden. Z.B. steht der Esserpenbau in Gerdelegen für 5 Wochen still, bis alle benötigten Rohstoffe eingetroffen sein werden.

Anfang Mai kamen Bau-Facharbeiter aus der Eifel zurück nach Braunschweig. Sie müssen 3 Wochen aussetzen, bis der dortige Kasernenbau weitergeführt werden kann.

2) Die Ausfuhr

Die folgenden Berichte melden einen Rückgang der Ausfuhr, die zum Teil auf die infolge des Arbeitermangels verlängerten Lieferfristen, zum Teil auf Boykott des Auslands zurückgeführt wird.

Bayern: Die Porzellanfabriken in Selb und Rehu sind während der Dauer des Monats Juni zur Dreitageschicht übergegangen. Die Hoffnungen, die die Porzellanfabriken noch auf die Leipziger und Bresleuer Messe gesetzt hatten, haben getrogen. Beide Messen waren für die Porzellanindustrie ein vollkommener Misserfolg. Der Export nach Amerika ist ausserordentlich zurückgegangen. Die billigere Ware bezog bisher vorwiegend Polen. Infolge der politischen Differenzen mit Polen fällt nunmehr auch dieses Land als Kunde aus. Die Arbeiter unter 35 Jahren werden nach Stettin vermittelt.

Sachsen: In eine starke Absatzkrise sind die Chemischen Werke Heine & Co. in Leipzig-Riesa geraten. Die Belegschaft der Werke betrug zusammen mit dem Schwesterwerk Markscheffel in Merseburg noch im Oktober 1938 2.080 Leute. Die Produktion wurde damals 74% im Export abgesetzt. Die Hauptabnehmer waren Niederländisch-Indien und USA. Bis Ende April 1939 war der Export dahin um 63% gesunken. Es wurden zwar neue Absatzgebiete in Rumänien und Jugoslawien erschlossen, diese konnten aber nur bis zu 17% der Mengen aufnehmen. Auch dieser neue Markt war aber nur für 2 Monate gesichert. Die Firma musste sich deshalb entschliessen, den ursprünglich für August vorgesehenen Urlaub für die Belegschaft schon zu Pfingsten zu gewähren.

In einer Maschinenfabrik in X. wird in Vorträgen in Betriebsversammlungen gezeigt, wie die deutschen Arbeiter und Techniker allen Widerständen zum Trotz bemüht sind, die Boykottierung deutschen Waren zu durchbrechen. Die Firma bewarb sich um einen grossen Auslandsauftrag für eine Rüben verarbeitende Zuckerfabrik, für die eine Maschinenanlage zu liefern war, eine Arbeit, die der Fabrik für zwei Monate Beschäftigung brachte. 3 Monate dauerte das Feilschen um den Auftrag, da sich amerikanische und holländische Konkurrenz darum bewarb. Die Firma erhielt den Auftrag, weil die deutschen Agenten es in den 3 Monaten verstanden hatten, ihre Geldmittel zur Bestechung einzusetzen. Da aber auch die Preise für die Maschinen wesentlich herabgesetzt werden mussten, ist der Belegschaft von der Betriebsleitung erklärt worden, dass sie an diesem Verlust mit beteiligt werden müsse. Die Löhne dürfen nach den bestehenden Verordnungen nicht gesenkt werden. Also erfand man den Ausweg, der Belegschaft klar zu machen, dass sie pro Woche 2 Ueberstunden ohne Bezahlung zu leisten habe. Die Belegschaft besteht aus 1.400 Mann. Der niedrigste Stundenlohn beträgt 0,65 Rmk, der höchste 1,25 Rmk. Da in diesen 8 Wochen,

wo die Maschinenanlage für die Zuckerfabrik hergestellt wird, selbstverständlich auch nebenbei eine Reihe von anderen kleinen Aufträgen erledigt wird, kann man sich vorstellen, welches Geschäft die Betriebsleitung mit diesem Verfahren gemacht hat.

In den Montagebetrieben werden Vorbereitungen für grosse Spanien-Aufträge getroffen. In einem uns bekannten Betrieb wurde auf eine Anfrage aus der Belegschaft, ob denn die spanischen Aufträge schon gesichert seien, geantwortet, dass gegenwärtig noch Verhandlungen mit den zuständigen italienischen Stellen stattfänden, um eine genaue Interessenaufteilung vorzunehmen. Es sei aber sicher, dass langfristige Montagen in Spanien in Frage kämen, und freiwillige Meldungen für diese Arbeiten schon jetzt bei der Betriebsleitung erfolgen könnten.

Rheinland-Westfalen: Die Ausfuhr der Solinger Schneidwarenindustrie ist fast völlig zum Erliegen gekommen. Vor dem Kriege ging der Hauptanteil der Erzeugnisse ins Ausland, unmittelbar vor 1914 waren es 75%. Nach dem Kriege belebte sich das Auslandsgeschäft auch wieder sehr und in den Jahren 1926 - 1930 herrschte allgemein nicht nur eine gute Beschäftigung, sondern auch das Ausland kaufte sehr viel. Nach 1933 ging es mit dem Export ständig abwärts. Heute kann man kaum noch von einem Auslandsgeschäft reden. Vor allem seit dem vergangenen Jahre ist sehr deutlich der Boykott der Solinger Qualitätswaren zu merken. Besonders das Ueberseegeschäft ist völlig kaputt.

Ersatz bildet gegenwärtig die Aufrüstung. Seitengewehre, daneben die verschiedenen Messer der Hitler-Organisationen, machen den Hauptanteil der Produktion aus. Natürlich ist auch das sonstige Inlandgeschäft, das ja abhängig ist von der Beschäftigung der Massen, besser geworden. Im übrigen leidet die Industrie ebenfalls unter Facharbeitermangel.

Die Tuchindustrie am Niederrhein ist voll beschäftigt. Der Mangel an Rohstoffen ist fast ganz verschwunden. Den guten Bestand von Aufträgen aus dem Inland erklärt man sich aus dem Bestreben, des Publikums, sich mit den noch verhältnismässig guten Qualitäten einzudecken aus Angst davor, dass eine weitere Verschlechterung der Qualität bevorsteht.

Das Auslandsgeschäft verschlechtert sich angeblich, weil das Ausland Deutschland unfreundlich gegenübersteht.

Die Produktion leidet unter Arbeitermangel. Noch immer werden Männer, soweit sie irgendwie entbehrt werden können, aus den Betrieben herausgenommen und durch Frauen ersetzt. Das führt auch zu Stockungen in der Produktion.

3) Nahrungsmittelmangel und Nahrungsmittelpreise

Die Ernährungslage hat sich in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Weil Bauern und Landerbeiter zur Rüstungsindustrie abwandern, sinkt die landwirtschaftliche Erzeugung, wird besonders die Viehwirtschaft vernachlässigt. Grosse Mengen von Lebensmitteln und Lebensmittelrohstoffen werden dem Konsum vorenthalten, um als Vorräte für den Ernstfall aufgestapelt zu werden. In der Zeit von

Ende Mai 1938 bis Ende Mai 1939 waren die Bestände von Weizen und Roggen bei den Landwirten, in den Mühlen und Lagerhäusern von 3 auf 6,2 Millionen Tonnen gestiegen, hatten sich also mehr als verdoppelt. Im Rahmen des grossen Planes zum Bau von Getreidesilos gewährt das Reich an Bauherren, die Getreidespeicher nach aufgestellten Einheitstypen mit einem Fassungsraum von 300, 500 und 1.000 Tonnen errichten, einen Zuschuss von einem Drittel der Baukosten, ausserdem eine Bürgschaft bis zu 50% der Baukosten. Ausserdem gibt es Steuervergünstigungen.

Weil Weizen eingeführt werden muss, wird er soweit wie möglich durch Roggen ersetzt. Bisher war eine Einheitstypen für die Herstellung von Weizenmehl vorgeschrieben, die Type 815, der bisher 4% Kartoffelstärkemehl beigemischt werden mussten. Am 1. August tritt eine Verordnung in Kraft, wonach der Type 812 anstatt 4% Kartoffelmehl 10% Roggenmehl beigemischt werden und zur Brotherstellung eine zweite dunklere, also gröber ausgemahlene Type eingeführt wird, die gleichfalls 10% Roggenmehl enthält. Die Einführung der dunkleren Type hat den ausgesprochenen Zweck, den Verbrauch von der helleren Sorte 812 abzulenken. Es wird also hier auf doppelte Weise der Weizenverbrauch eingeschränkt; der Zusatz anderen Mehles wird erhöht und zugleich Weizen durch gröbere Ausmahlung gestreckt. Der Roggen, der für die Beimischung zum Weizenmehl mehr verbraucht wird, wird bei der Herstellung von Roggenmehl wieder eingespart. Im vorigen Jahr war der Zwang zur Beimischung von Kartoffelmehl zum Roggenmehl aufgehoben worden, um die Abwanderung vom Weizenmehl zum Roggenmehl zu begünstigen (siehe Heft 11/1938, Seite A 65). Vom 1. August an müssen dem Roggenmehl wieder 3% Kartoffelmehl beigemischt werden.

Nicht nur die Herstellung von Sahne ist verboten (siehe Heft 5/1939, Seite A 80), sondern nunmehr auf Anordnung des Reichsernährungsministers auch die Erzeugung von Kunstsahne, die ein anderes Fett als Milchfett enthält, weil das dafür verwendete Fett ausländischer Herkunft ist und dadurch der Einsparung von Devisen entgegengearbeitet wird.

Ueber den Nahrungsmittelmangel entnehmen wir unseren Berichten:-

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Während sonst am Ende des Frühjahrs, wenn das junge Gemüse auf den Markt kam, mehr Lebensmittel zu haben waren, ist in diesem Jahr die Knappheit noch grösser. Das mag zum Teil daran liegen, dass durch das schlechte Wetter das Wachstum verzögert wurde, aber das Wetter kann unmöglich allein an dem gerade jetzt auftretenden Mangel schuld sein.

Eier sind kaum noch zu haben. Nur auf dem Wege des Schleichhandels ist es möglich, Eier zum Einlegen für den Winter zu kaufen. Letzthin gab es auf dem Markt in X. nicht ein einziges Ei. So ist es überall. Durch Verordnung des Reichsnährstandes wurde der Eierpreis ab 12. Juni "neu geregelt". Bisher gab es drei verschiedene Preise im Jahre: den Sommerpreis, den Winterpreis und den sogenannten Uebergangspreis für den Frühling. Der Uebergangspreis ist nun weggefallen und es gibt nur noch den Sommer- und den Winterpreis. Die Eier Klasse A, also die grössten Eier, für die am 11. Juni nur 12 Pfennige bezahlt zu werden brauchten, kosteten bereits am 12. Juni 14 Pfennig. Der Sommerpreis gilt wohl zwei Monate länger, der Winterpreis aber volle vier Monate länger. Wir zahlen also praktisch im Winter vier Monate länger den höheren Winterpreis, während der billigste Preis im Frühjahr ganz wegfällt.

In allen Geschäften wird jetzt den Kunden, wenn sie Eier verlangen, ein Eierersatz angeboten. Die Geschäftsleute reden den Kunden ein, offenbar auf Anweisung, dass er so gut ist wie richtige Eier. Selbst grosse Geschäfte bieten diese Ersatzware an.

Das Brot wird immer schlechter. Bekanntlich ist es den Müllern verboten, die Anordnung über die Zusammensetzung des Mehles, die sie von ihrer Innung erhalten, zu verbreiten.

Ganz schlimm war es in der letzten Zeit mit dem Fleisch. In den zwei Wochen nach Pfingsten, besonders in der Fronleichnamwoche, gab es Samstag kein Schweine- und kein Rindfleisch. Die Woche darauf war es wieder etwas besser.

Salat war selbst in Gegenden, wie am Bodensee, von wo aus ungeheuer viel Salat versandt wird, und auch in den grösseren Städten kaum zu erhalten. Die Insel Reichenau lieferte ihren ganzen Bestand an Kopfsalat in Eilwagen in die Kasernen bis nach Norddeutschland. Es wurde auf den Wochenmärkten üblich, dass die Händler nur an diejenigen Salat abgeben, die auch Rettiche, Rhabarber usw. kauften. Die Polizei lässt diese Koppelungsverkäufe hingehen, obwohl gerade zu dieser Zeit in der Presse darauf aufmerksam gemacht wurde, dass Koppelungsverkäufe verboten sind und Kaufleute deshalb mit Schliessung ihres Geschäfts bestraft werden können. Es fehlen auch Gewürze, besonders Pfeffer, Anis usw. Schon seit längerer Zeit wird in den Hausfrauenzeitschriften behauptet, dass Pfeffer schädlich sei und durch verschiedene Kräuter ersetzt werden können. Ebenso sind Zitronen für Luxus erklart worden. Man könne sie ganz gut durch Rhabarber ersetzen, ohne dass die Speisen an Geschmack verlieren.

Kaffee wird immer rarer. Ich war Zeuge, als eine bessergestellte Frau in einem Kaffeegeschäft bat, sie möchten ihr doch diese Woche das ganze Quantum für zwei Wochen geben, damit sie das Viertelpfund ihrer alten Mutter nach Berlin schicken könne. Diese habe ihr geschrieben, sie habe jetzt in drei Wochen nur 50 Gramm erhalten. Sie selber verzichte gern auf den Bohnenkaffee, wenn sie nur ihrer alten Mutter einige Bohnen senden könne. - Nun soll

es auch mit dem Malzkafee losgehen. Den Kaufleuten ist von den Lieferfirmen mitgeteilt worden, dass es in Zukunft nur noch Halbpfundpakete gibt und dass eine Beschränkung der Lieferung zu erwarten ist. Schon 1938 wurde in der Zeit vom 1. Juni bis zur neuen Ernte nur noch ein Viertel des vorjährigen Bedarfs verteilt. Das machte sich damals nicht so fühlbar, weil es noch genügend Kaffee gab. Der Grund der Einschränkung soll sein, dass man wegen des nassen Wetters keine gute Getreideernte erwartet.

Dass der Mangel an Butter und Margarine unter diesen Umständen noch härter empfunden wird, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden.

2. Bericht: Gemessen an dem, was sich die Arbeiter leisten können, wird das Militär gut gepflegt. Wenn die Behauptung der amtlichen Statistik, dass der Fleischverbrauch gestiegen sei, überhaupt stimmt, dann kann das nur auf den Konsum der Armee und auf die Ansammlung von Vorräten in Form von Konserven zurückzuführen sein. Die Zivilbevölkerung merkt jedenfalls nichts davon. Hier werden die Rationen immer schmaler.

3. Bericht: Nachdem wochenlang ein geradezu beängstigender Mangel an lebenswichtigen Bedarfsartikeln bestand, ist gegenwärtig die Versorgung wieder besser. Wahrscheinlich müssen jetzt andere Gebiete wieder schwere Not leiden. Die Nazis haben den Leuten souffliert, das sei Bürckel zu verdanken, dass es jetzt wieder besser geht. Er ist halt doch ein Kerl und sorgt immer wieder für seine Saarpfälzer. Für die Stimmung zum Parteitag war dies von grosser Bedeutung. Er fand im Zeichen einer guten Lebensmittelversorgung statt. Normal ist der Zustand natürlich auch jetzt noch nicht, aber wenn es eine Zeitlang sehr schlecht war und dann etwas besser wird, flaut die Misstimmung ab.

Mitteldeutschland: Margarine ist kaum noch zu bekommen. Butter gibt es nur 60 gr pro Woche und Person. An Kaffee gibt es nur 1/8 kg pro Woche und Familie, ist aber nicht immer zu haben. Jüngst wurde sogar die Herstellung von Brausepulver zur Anfertigung von Limonade eingeschränkt, weil darin Weinstein säure enthalten ist, die aus dem Ausland bezogen werden muss. Im Kleinhandel ist verschiedentlich Tauschhandel üblich geworden.

Berlin: Die Lebensmittelversorgung hat nicht nur, wie es schönfärberisch ausgedrückt wird, Verknappungen und geringfügige Ausfälle, sondern es herrscht ein allgemeiner und sehr bedenklicher Mangel an den wichtigsten und erschwierlichen Volknahrungsmitteln. Dass jetzt aber bereits auch hochqualifizierte und nur für sehr zahlungsfähige Kreise zugängliche Nahrungsmittel nicht oder nur in ganz geringen Mengen zu beschaffen sind, das verraten die Speisekarten der besseren Restaurants. Wir haben zwei Wochenmärkte und ein gutbürgerliches Restaurant besucht und geben in folgendem wieder, was wir dort festgestellt haben.

Die Markthalle Acker- und Invalidenstrasse, nahe der Brunnenstrasse, im volkreichsten Berliner Norden hat an diesem Sonnabend, dem Haupteinkaufstage der Arbeiterfrauen, ihre schiebenden und drängenden Besuchermassen, die Stände und Waren aber bieten das traurige Bild der Schrumpfung und Leere, des sichtlich geduldeten Schleich- und Wucherhandels und des unvo-

stellbarsten Ersetzes. In den Reihen des Fleisch- und Fischhandels fallen sofort die Lücken auf: die unbenutzten, verschmutzten Verkaufstische und Bottiche zeugen davon, dass diese Händler nicht gelegentlich abwesend sind, sondern ihre Stände, wenn nicht gar ihre Geschäfte aufgeben mussten und für eine Neubesetzung keine Bewerbungen eingelaufen sind. Diese Lücken sind jedoch nicht die einzigen. In den Reihen der Kolonialwarenhändler sind sie nur kaschiert durch die zumist von Firmen installierten Verkäufer von Ersatz, wovon auf Tellerchen oder in Schälchen jedem Vorübergehenden dringend Kostproben empfohlen werden. Was aber die Fleisch-, Fisch-, Butter und Käse, Kolonialwaren-, Gemüse und Obst- und Kartoffelhändler an Warenbeständen aufliegen haben, ist in der Sortenauswahl wie in der Menge kümmerlich und völlig unzureichend. Wäre nicht überall das Geld knapp, so würden sich vor diesen dürftig ausgestatteten Ständen gewiss die wütesten Szenen abspielen.

Wenn die Hausfrau vor kurzen noch entsprechend den Marktkundigungen den Einkauf einigermaßen überlegen und einteilen konnte, so ist auch das nicht mehr möglich, weil die Marktbeflieferung vollkommen ungewiss ist. Die Notierungen sind verschwunden, dafür liest die sorgende Hausfrau aber Beschimpfungen und Vorhaltungen, dass sie gerade das auf den Tisch stellen wolle, was nun mal knapp oder überhaupt nicht vorhanden ist. Da fehlen in dieser Markthalle die meisten Fleischsorten, junges Gemüse und manches Obst, einige Fischarten. Für ein Stück Hammelfehrlippe, etwa gute 3/4 Pfund, waren denn 1,20 RMk zu zahlen, für 2 Bund alte Mohrrüben 55 Pfg., grüne Bohnen waren nur noch an einem Stand zu haben. (Pfd. 45 Pfg.) und Kohlrabi mit 60 Pfg. für das Bund zu 6 - 8 Knollen, für eine rechnende Hausfrau überhaupt nicht zu bezahlen. Für neue Kartoffeln wurden das Pfund 20, 25 und auch 35 Pfg. gefordert. Ein Glückszufall waren 100 Gramm durchwechener Speck für 50 Pfg. An Wurst gibt es wohl noch verschiedene Schwarz- und Leberwurst, und diese und jene Hartwurstsorte, aber die Preise schwanken zwischen 40 Pfg. das Viertelpfund für die allergeringsten Sorten, bis zu 80 Pfg. für die besseren. Guten Vollfettkäse sucht man ebenfalls vergebens, wie auch einige beliebte Käsearten "aus dem Handel gezogen" sind. Quark und Schmierkäse in der Preislage von 20 bis 35 Pfg. das Viertelpfund sind die einzige Ausnahme gewesen.

Der Wochenmarkt im Westen, der auf dem Wittenbergplatz, unterscheidet sich von der Markthalle in Berlin - N nur noch dadurch, dass der Hintenherumverkauf und die Wucherpreise ganz offen sind und dass der Fleischmangel ersetzt wird durch teuerstes Geflügel, Wild, Kaninchen. Da die Ausgaben hier weniger eine Rolle spielen, sind auch mehr Frischgemüse und Obst auf dem Markt. Die Käsehändler aber holen aus verdeckten Kisten und Körben die gewünschte Butter und die erbetenen Eier zu ungefragten Preisen hervor. Die Fleisch- und Fischstände haben nur sehr wenige, dafür aber nur ausgesuchte Kalb- und vereinzelte Rindfleischstücke und nur die feinsten Fischarten auf ihren Verkaufsplatten. Kalbskotelett 2,40 RMk bis 2,90 RMk, Kalbsschnitzel nicht unter 2,80 RMk das Pfund. Für ein Brathähnchen müssen aber wenigstens 3,50 RMk, durchschnittlich aber mehr angelegt werden. Knupperkirschen 1,25 bis 1,50 RMk das Pfund, Erdbeeren in kleinen Körben zu 1/2 l. - RMk bis 1,25 RMk. Zur Entrüstung über diese hohen Preise fehlt schon die Zeit, weil die meisten Händler lange vor Marktschluss ausverkauft sind und

man sich vordrängen muss, um etwas zu ergattern.

Danzig und Ostpreussen: In Danzig kursiert folgender Witz: Ein Danziger war in Marienburg zu Besuch, und als er zurück kam, erzählte er seinen Bekannten seine Erlebnisse. Er erklärte, dass auf ihn den grössten Eindruck die "Horst Wessel-Brühe" gemacht habe, die er getrunken habe: Auf die Frage, was das sei, erklärte er, das sei der deutsche Kaffee, auf jede Kanne eine Kaffeebohne, die anderen marschierten im Geiste mit.

In Danzig haben sich richtige Abonnements von Reichsdeutschen auf Kaffee und Butter eingebürgert. Danziger bestellen bei Danziger Geschäften für ihre Verwandten und Bekannten im Reiche pro Woche ein Viertelpfund Kaffee und ein halbes Pfund Butter. Die Geschäfte versenden diese Mengen in grosser Zahl nach dem Reich als Warenproben, während die Danziger Freunde die Rechnung begleichen.

In Königsberg werden jetzt pro Haushalt und Woche 30 Gramm Kaffee verkauft. Der Kaffee soll ausserdem sehr schlecht sein.

Die Grosshändler haben Anfang Juni den Kleinhändlern geraten, sich mit Kaffee einzudecken, da auch in Danzig der Kaffee bald knapp werden würde. Auf die Frage, ob das mit dem zu erwartenden "Anschluss" zusammenhänge, haben die Vertreter der Grosshändler erklärt, dass dieser Rat ganz unabhängig davon gegeben werde, weil in Danzig auch bald keine Devisen mehr für den Ankauf von Kaffee zur Verfügung gestellt würden. In Danzig ist Reis-Knappheit, weil die Behörden keine Devisengenehmigungen für den Ankauf von Reis ausgeben.

Wasserkante, 1. Bericht: Bei den grossen Fleischfabriken in Oldenburg, die immer sehr viel für die Wehrmacht zu tun hatten, haben sich plötzlich seit Anfang Juli die Aufträge um 30 Prozent vermindert. Man bringt diese Stockung mit Umgruppierungen in Zusammenhang. Es wurden deshalb überraschend in der ersten Julihälfte Urlaube gegeben. Ausserdem sind aber auch die entsprechenden Schweinemengen ausgeblieben. Es wird angenommen, dass jetzt erst einmal wieder die Privathaushalte stärker beliefert werden sollen.

In der grossen Spinnerei von Delmenhorst wurden 3 Säle geräumt und ein Lager für Konserven aus Oldenburg dort eingerichtet.

2. Bericht: Die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt sind in den letzten Monaten sehr schlecht und unbeständig. Von allen hört man, dass die Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln, wie Schweinefleisch, Eier, Fett, Butter, besonders aber mit Kolonialwaren, ausserordentlich schwankt. Eine Woche gibt es in Hamburg keine Eier, dafür Gefrierfleisch, zur gleichen Zeit in anderen Städten kein Fleisch, dafür einige Eier. Kaffee und Tee dürfen, soweit überhaupt vorhanden, nur in beschränkten Mengen abgegeben werden, Kaffee nur 1/8 Pfund.

3. Bericht: Die Knappheit an allen lebenswichtigen Dingen ist empfindlich. Fleisch, Ochsen- wie Schweinefleisch, ist nur in geringen Mengen zu haben. Wurstwaren sind dagegen reichlich vorhanden, weil die Schlachter, soweit es nur irgend gestattet ist, das Fleisch zu Wurstwaren verarbeiten, weil sie daran mehr verdienen.

Eier bekommt man überhaupt nicht mehr. Solange man noch ab und zu welche kaufen konnte, war ihre Qualität sehr minderwertig und die Zahl der verdorbenen unverhältnismässig hoch.

Die Milch ist sehr dünn, d.h. ihres Fettgehaltes fast völlig beraubt, Buttermilch kaum brauchbar. Dosenmilch findet sich kaum noch im Handel, es ist als Glücksfall zu bezeichnen, wenn man einmal eine Dose erwischt. Ausserdem ist auch diese nicht mehr im entferntesten so gut wie früher.

Butter bekommt man 1/4 Pfund in der Woche. Ebenso Margarine, soweit man zum Bezug der billigen Sorte berechtigt ist. Die teure zu 1,10 RMk ist selten zu haben. Tee ist schon seit langem wieder "deutscher Tee", Kaffee bekommt man 1/4 Pfund, wenn welcher vorhanden ist.

Die Mehlfabrikate sind, obgleich viel schlechter als früher, jetzt viel teurer. Mehl kostet 28 Pfg. Das war früher der Preis für allerbestes Auszugsmehl.

Auch Obst und Gemüse sind nur in kleinen Mengen vorhanden, und dabei sehr teuer. Nicht nur während des Winters waren die Gemüsegeschäfte fast leer, abgesehen von Kartoffeln und ein paar halbvertrockneten Suppenbündeln. Ab und zu gab es einmal ein paar Apfelsinen, aber sehr selten. Apfel oder sonstige Früchte konnte man viele Monate hindurch nicht kaufen. Auch in der Zeit, in der das junge Gemüse da sein sollte, war alles sehr sehr knapp und teuer. So kostete z.B. Spinat 90 Pfg. das Pfund. Spargel, der in den Vorjahren in grossen Mengen auf dem Markt war, war in diesem Jahr eine Delikatesse. Der billigste kostete 70 Pfg. das Pfund. Im Vorjahre konnte man schon guten Suppenspargel für 25 Pfg. das Pfund kaufen. Das Kettenstehen vor den Läden gehört wieder zum alltäglichen Strassenbild. Wenn man etwas ergattern will, muss man schon morgens gleich in die Geschäfte gehen; schlimm für die in Arbeit stehenden Frauen, die erst mittags oder abends einkaufen können, wenn sie überhaupt noch etwas bekommen, so nur schäbige Reste.

Auf dem Gemisemarkt kommt es unter den Händlern oft zu Schlägereien um die vorhandenen Waren. Die Schimpferei ist gross, und es kommen oft Verheftungen vor.

4. Bericht (Mecklenburg-Pommern): Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln war während des letzten Winters auch in unserem Gebiet ausserordentlich schlecht. Man hatte nun allgemein gehofft, dass im Frühling und Sommer die Zuteilung von Lebensmitteln an die Bevölkerung grösser werden würde. So rechnete man mit einer grösseren Portion Fett und Eier, besonders aber wurde die reichlichere Zuführung von Gemüse erwartet. Aber es gab eine allgemeine Enttäuschung. Hier sind die Rationen des Winters nicht erhöht worden. Die grössere Nahrungsmittelzufuhr vom Frühling und Sommer kommt nicht dem Verbraucher zugute, sondern wird als Vorrat aufgespeichert. Gemüse wird in ungeheuren Mengen konserviert.

Es entstehen in den verschiedensten Orten und Gegenden neue riesige Silo-Anlagen. In einigen Städten sind die Turnhallen beschlagnahmt und dienen zur Aufspeicherung von Lebensmitteln aller Art. Die Bevölkerung kommt mehr und mehr zu der Auffassung, dass auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung schon jetzt absolute Kriegswirtschaft herrscht und man fragt besorgt, wie es erst nach Kriegsausbruch werden soll, wenn die Versorgung mit Lebensmitteln jetzt schon so schlecht ist.

Die mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln führt natürlich auch heute schon zu ähnlichen Erscheinungen wie während des Krieges. Da die Fabrikanten der Rüstungsindustrie gut verdienen, und auch eine bestimmte Schicht von Arbeitern, wenn auch durch ungeheuer lange Arbeitszeit, mehr Lohn bezieht als der Durchschnitt, haben diese die Möglichkeit, höhere Preise anzulegen und sich dadurch eine etwas bessere Lebenshaltung zu sichern. Der Schleichhandel blüht.

5. Bericht (Schleswig-Holstein): Wir wohnen in einer der besten Gegenden Schleswig-Holsteins. Trotzdem mangelt es hier überall in den kleinen Städten an den notwendigen Lebensmitteln. Es klingt unglücklich und doch ist es so, dass hier in Oldenburg, Neustadt, Heiligenhafen, Lütjenburg usw. der Mangel an Fleisch grösser ist als in den Grosstädten. Rind- und Schweinefleisch ist fast nicht zu haben. Butter gibt es 1/4 Pfund, Margarine ist nur für die Inhaber von Karten erhältlich, und zwar pro Kopf 1/4 Pfund in der Woche, soweit der Vorrat reicht. Margarine zum Preise von 1, 10 RMk, die man im freien Handel soll kaufen können, ist seit längerer Zeit verschwunden. Echter Tee ist überhaupt nicht da. Es gibt einen Ersatz, der aber nicht zu geniessen ist. Kaffee wird, soweit vorhanden, 1/8-pfundweise abgegeben. Unter solchen Umständen blüht natürlich der Schleichhandel. Ich war vor einigen Wochen zu Besuch in Hamburg und war erstaunt, dass in den Schlachterläden dort mehr Fleisch ausliegt als bei uns. Ich machte meine Verwandten darauf aufmerksam. Die rieten mir, hineinzugehen und welches zu kaufen, ich würde dann höchstens ein halbes Pfund bekommen, das übrige hänge nur zur Reklame da.

Rheinland-Westfalen, 1. Bericht: Die Lebensmittel sind im allgemeinen knapp und nur abwechselnd ist einmal diese, einmal eine andere Sorte zu bekommen. Das Brot ist nur frisch geniessbar; nach zwei Tagen ist es strohtrocken. Das Fleisch ist teuer und selten. Die Schlachtschweine sind nicht mehr schwerer als 60 - 85 kg. An Fett und Butter herrscht grosser Mangel. Auch Margarine, die man auf Bezugsscheine bekommt, ist knapp. Für andere bezahlt man 0,90 bis 1,10 RMk das Pfund, aber auch zu diesen Preisen ist die Margarine knapp. Die Marmelade nähert sich in der Qualität wieder dem Rübenzerzeugnis aus der Kriegszeit, und überdies ist der Vorrat gering wie beim Gemüse, das ausserdem sehr teuer ist. Kartoffeln gibt es bei uns genügend. Bezieht man aber 3 Zentner besserer Qualität, dann muss man dabei einen Zentner schlechterer Sorte mit in Kauf nehmen. In diesem Frühjahr hat man im Industriegebiet angesäten Weizen wieder ungepflügt, weil die Saat erfroren ist, und dafür dann Roggen und Gerste gesät. Der Stand der Körnerfrüchte ist schlecht. Eier gibt es wenig; sie sind teuer, ebenso Obst. Eine Neuigkeit sind die "deutschen Zitronen", die man jetzt angebaut und auf den Markt gebracht hat. Diese deutschen Zitronen sind scheusslich bitter, und eine Limonade davon ist einfach ungeniessbar.

2. Bericht: Die Mangelerscheinungen dauern nun schon Jahre an, und es ist ein gewisser Gewöhnungszustand eingetreten. Spricht man mit jemanden, so klagt er wohl über den Mangel an Fleisch, Fett, Eiern, Kaffee und sonstigem. Aber meist setzt er hinzu: "Ich selbst komme ja noch immer zurecht. Ich bekomme schon mal bei meinem Kaufmann ein Viertel Butter extra, mein Fleischer legt mir

- 74 -

auch mal ein Stück Rind- oder Schweinefleisch zurück. Eier kriege ich von Verwandten auf dem Lande" usw. Der Hintenherum-Verkauf ist trotz aller Verbote und gesetzlichen Bestimmungen in schäbster Blüte und nimmt ständig an Umfang zu. Wer Geld hat, der kann auch heute noch im Dritten Reich kaufen, was er will.

Besonders beliebt sind die sogenannten Koppelungsverkäufe. Wer viel kauft, der bekommt auch von den knappen Waren genug. Die Kaufleute kümmern sich den Teufel um ihre "Stammkunden", d.h. die, die ständig bei ihm kaufen. Nur wenn sie Waren kaufen, die weniger gut Situierte nicht kaufen können, und die es in Hülle und Fülle gibt, können sie alles bekommen, auch mehr Butter und Kaffee, als ihnen zusteht. Wenn sie sich das nicht leisten können, haben auch grosse Familien das Nachsehen. Die vielen Höchstpreisverordnungen werden häufig überschritten. So musste der Polizeipräsident von Aachen folgende Bekanntmachung erlassen:

"Klagen aus Verbraucherkreisen und Feststellungen der Preisbehörde lassen erkennen, dass die Bestimmungen der Preisstoppverordnung, wonach die Preise für Güter und Leistung jeder Art nach dem Stande vom 17.10. 1936 ohne besondere Genehmigung nicht erhöht werden dürfen, von einem grossen Teil der Handwerkerschaft und Gewerbetreibenden nicht beachtet werden. Die Betroffenen berufen sich bei einem Einschreiten der Beamten der Preisbehörde meistens auf Unkenntnis der Bestimmungen. Es sei aber nochmals eindringlich vor unberechtigten Preiserhöhungen gewarnt..."

Die Geschäftsinhaber sind über diese Ankündigung nicht erfreut. Gerade in diesen Mittelstandskreisen ist eine gewaltige Ernüchterung eingetreten. Die Leute verdienen tatsächlich nicht allzuviel. Sie hatten sich von den Nazis soviel versprochen. Nun werden sie von ihnen bestraft, weil sie sich nicht mit einem geringen Verdienst zufrieden geben wollen. Ernüchtert sind diese Leute; wenn aber irgend ein Bonze kommt, so schreien sie, besonders wenn sie in Massen sind, kräftig "Heil Hitler".

Ein Beispiel für die zunehmende Verknappung der Eier findet sich in einem Bericht der Heinsberger Eierverwertungsgenossenschaft. Danach wurden im Geschäftsjahr abgesetzt: 1.230.761 Stück (im Vorjahre 1.852.215) Davon wurden von der Zentrale zugekauft: 159.949 (im Vorjahre 383.787). Von den Eiern waren deutsche Frischeier: 210.300, ausländische Frischeier: 621.000, deutsche Kühlhauseier: 35.168, ausländische Kühlhauseier: 126.818 Von den im eigenen Bezirk erfassten Eiern wurden 237.475 Stück von Mitgliedern angeliefert (im Vorjahr 266.181).

Dazu ist zu bemerken, dass zum Eiervertrieb eine Riesenorganisation in Bewegung gesetzt wird. Kein vorschriftsmässig verkauftes Ei darf ungestempelt sein. Nach den Verordnungen darf kein Ei mehr kosten als vorgeschrieben. Zählungen, Kontrollen, ein grosser Apparat ist aufgebaut. Und am Ende werden mehr Eier hintenherum verkauft, als kontrolliert werden können. Das Ergebnis ist eine allgemeine Verteuerung der Ware. So ist es auf allen Gebieten. Der Apparat läuft tadellos, nur muss das Volk immer mehr den Riemen enger schnallen.

- - - - -

III. Aus Handel und Gewerbe

1) Der Niedergang des gewerblichen Mittelstandes

Der selbständige deutsche Mittelstand und darunter ganz besonders die Besitzer von Klein- und Kleinbetrieben, hatten in Hitler den Retter aus der Krisennot gesehen. Sie sind durch die Wirtschaftspolitik der Nazis nach dem Umsturz bitter enttäuscht worden und stellen heute ein Hauptkontingent der Meckerer und Unzufriedenen.

Die grossen Industriekonzerne wurden nicht aufgelöst, die Warenhäuser nicht geschlossen, sondern beide amtlich gefördert. Dagegen begannen bereits in der ersten Zeit nach der Machtergreifung die Massnahmen gegen die Uebersetzung in Handwerk und Einzelhandel. Die Handwerker wurden zwangsorganisiert, und durch Einführung der Handwerkskarte, ohne die niemand ein Handwerk ausüben darf, wurde eine Handhabe geschaffen, um den Nachwuchs auszusieben. Im Einzelhandel diente dem gleichen Zweck die unbefristete Einrichtungs- und Erweiterungssperre für Einzelhandelsbetriebe.

Es handelte sich darum, überflüssige Rohstoffverbraucher auszuschalten, durch Verminderung der Verarbeiter und Verteiler der staatlichen Zwangswirtschaft die Arbeit zu erleichtern und mit Betrieben, die nicht rationell genug wirtschaften, zugleich ein Hemmnis der Produktionssteigerung und des Preisstops und damit der Aufrüstung zu beseitigen. Das Regime konnte es sich aber ersparen, die gesetzlichen Handhaben, die es sich zur "Reinigung" von Handwerk und Handel geschaffen hatte, mit aller Schärfe anzuwenden, weil die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik -Zwangswirtschaft. Autarkisierung und Aufrüstung- von selbst in der gleichen Richtung wirkte. Der Mangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die Benachteiligung der Kleinbetriebe bei ihrer Verteilung, die Schmälderung der Gewinnspanne, von der die Kleinbetriebe am schwersten getroffen wurde, trugen das Ihre dazu bei, einen grossen Teil von ihnen von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Mit welchen Schwierigkeiten, Kleinhandel und Gewerbe in den letzten Jahren in Deutschland in wachsender Masse zu kämpfen hatten, lässt der nachstehende zusammenfassende Bericht aus Berlin deutlich erkennen:

Die ersten, die die volle Wucht der mittelstandsfeindlichen Gesetze zu spüren bekamen, waren die Bäcker. Sie mussten mit dem Erscheinen der neuen Marktordnung für Getreide zuerst 2,- RMk, dann 3,- RMk für den Sack Mehl mehr bezahlen und durften die Preiserhöhung in ihren Verkaufspreisen nicht zum Ausdruck bringen. Dazu kam bald die Erhöhung der Margarinepreise auf mehr als das Doppelte. Auch diese durften sie nicht auf den Konsumenten abwälzen. Dann erschien die Verordnung über die Beimischung von Maismehl, des den Geschmack der Backwaren beeinträchtigte und dadurch den Absatz der Süßbackwaren verminderte, die bis dahin noch einen gewissen Ausgleich für die gesteigerten Gesteuerungskosten der anderen Backwaren ermöglicht hatten. Das Bäckergewerbe ist seit 1933 nicht mehr zur Ruhe gekommen, denn auch die Erleichterungen, die spätere Gesetze für die Ausmahlung des Getreides brachten, erhöhten nicht die Bäckereinkommen. Alle die Waren, an denen der Bäcker früher verdiente, kann er infolge des Mangels an Butter und Fetten nicht in ausreichendem Masse herstellen, und an den anderen Artikeln verdient er fast nichts.

Ebenso schlecht wie die Bäcker wurden die Fleischer behandelt. Auch sie durften die Erhöhung der Viehpreise, die man zu Gunsten der Landwirtschaft vorgenommen hat, nicht auf die Verbraucher abwälzen. So lange sie Fleisch in ausreichenden Mengen bekamen und für Wurstwaren noch keine Höchstpreise festgesetzt waren, konnten sie die Verluste, die sie beim Verkauf von Frischfleisch erlitten, durch Erhöhungen der Wurstpreise ausgleichen. Aber bald wurden auch für Wurstwaren Höchstpreise festgesetzt. Etwa gleichzeitig wurde das Fleisch knapp. Um überhaupt Frischfleisch an den Markt zu bringen, wurde nur noch ein bestimmter Prozentsatz für die Wurstverarbeitung freigegeben. Die Metzger versuchten, in die Qualitätsverschlechterung auszuweichen. Das hatte aber einen Rückgang des Wurstkonsums zur Folge. Es kamen neue Einkaufsbestimmungen, schwere Strafbestimmungen für die Umgehung der Verordnungen usw.

Der Schlächter ist heute nur noch Verteiler nach vorgeschriebenen Richtlinien. Er erhält auf dem Fleischmarkt sein Fleisch zugewiesen. Er hat genaue Vorschriften, wie er es zu verarbeiten hat. Einen bestimmten Prozentsatz darf er zu Wurst verarbeiten. Das anfallende Fett hat er an seine eingeschriebenen Kunden in bestimmten Quantitäten abzugeben. Alle Preise hat er auf einer vorgeschriebenen Preistafel zu verzeichnen. Wehe ihm, wenn er eine dieser Verordnungen nicht einhält. Für eine fehlerhafte Preistafel erhält er Geldstrafen von 20,- RM bis 200,- RM; bei Wiederholungen wird er in der Fleischzuteilung benachteiligt oder bekommt das Geschäft geschlossen. Einige grosse Metzger, die mit dem Gesetz nicht in Konflikt kommen wollten und durch die vielen Verordnungen verärgert waren, wollten ihre Geschäfte schliessen, aber das wurde ihnen nicht erlaubt. Am einschneidendsten für die Fleischer ist der chronische Fleischmangel, der eine richtige Bedienung der Kunden unmöglich macht. Wer nicht rechtzeitig kommt, erhält kein Fleisch. Viele Metzger versuchen, um überhaupt existieren zu können, die erste Qualität Fleisch für ihre Kunden, die nicht nach dem Preis fragen, zurückzuhalten. Das ist zwar sehr gefährlich, wird aber in grossem Umfange gemacht. Kommt man in diese Geschäfte und verlangt ein bestimmtes Stück Fleisch, so ist es in der Regel bestellt. Die angebotenen Stücke aber entsprechen auch nicht annähernd der Qualität des verlangten.

Die allgemeinen Lebensmittelgeschäfte leiden vor allem unter einem katastrophalen Warenmangel, besonders an den Waren, an denen früher sehr gut verdient wurde. Butter ist kontingentiert, Eier sind meist nicht zu haben, Gewürze sind so teuer, dass sie für einen grossen Teil der Haushaltungen nicht infrage kommen. Vor allem aber hat das Backen im Hause sehr stark nachgelassen, weil mit der Qualitätsverschlechterung des Mehls und dem Buttermangel die Herstellung von Backwaren für die Hausfrau sehr erschwert worden ist. Auch diese Geschäfte sind durch immer neue Verordnungen über Margarinescheine, Butterkarten, Eierverteilung, deren Ordnung und Einreichung bei den Aemtern usw., mehrere Stunden im Tag mit nichts einbringenden Arbeiten beschäftigt.

Süsswarengeschäfte leiden unter dem Mangel an Schokolade erster Qualität und unter der Verschlechterung der zweiten Qualität. Dadurch hat der Absatz sehr stark gelitten. Kakes dürfen nicht mehr mit Butter hergestellt werden. Sie bestehen eigentlich nur noch aus Zucker und Mehl, da auch Mandeln nicht zu haben sind. Einer der grossen Berliner Filialbetriebe, der auf bittere Schokoladen spezialisiert war, kann bittere Schokoladen kaum mehr herstellen und verliert dadurch seinen Ruf und seine Kundschaft, die er in Jahrzehnten herangezogen hatte.

Die Kaffeegeschäfte haben keine Ware. Der offizielle Einschränkungssatz ist zwar nur 35%, aber in Wirklichkeit wird nicht einmal ein Bruchteil der restlichen 65% für den Verkauf freigegeben. In den meisten Städten gibt es pro Familie in der Woche zur Zeit 62,5 bis 125 Gramm Kaffee. Dadurch wird der ganze Verkaufsapparat der Firmen unrentabel, da sich für Kaffee kein gleichwertiger Ersatz finden lässt. Kornkaffee, der heute wieder stark propagiert wird, lässt den Verkäufern auch nicht annähernd die Verdienstspanne, die sie bei Bohnenkaffee hatten, wodurch ihre Verdienstmöglichkeiten sehr stark gelitten haben. Auch die Bindung an einen Verkäufer hat insbesondere für die kleinen Geschäfte sehr grosse Nachteile, da sich ein grosser Teil der Kundschaft, der sonst gelegentlich auch bei ihnen kaufte, nun mit seinem ganzen Quantum an die Grossverkäufer gebunden ist. Das trifft nicht nur für Kaffee, sondern auch für Butter, Margarine, Fette, Eier usw. zu, kurz für alle Produkte, die knapp sind und für die man sich bei einem bestimmten Händler eintragen muss.

Die Tabakwarengeschäfte hatten bis zum letzten Jahr hauptsächlich die starke Beschneidung der Gewinnspanne zu beklagen. Während vor 1933 an Zigaretten etwa 35% verdient wurde, wird heute nur noch etwa 17 bis 20% verdient. Alle Zigarettenfabriken sind in einem Zwangskartell zusammengefasst, das vom Reich zur Sicherung seiner Steuern ins Leben gerufen wurde, das die Preise für alle Handelsstufen vorschreibt. Der Grosshändler hat seinen vorgeschriebenen Preis, seine Gewinnspanne beträgt etwa 2 - 3%. Der Kleinhandel ist in zwei Stufen eingeteilt. Die niedrige Stufe verdient an den gangbarsten Sorten zu 2,5 Pfg. und 3 1/3 Pfg. 15%, die höhere Stufe 18%, bei den übrigen Sorten sind die entsprechenden Verdienstspannen 17 - 20%.

Bis zum letzten Jahre hatte der Tabakhandel noch einen gewissen Ausgleich durch höhere Verdienste an Zigarren. Auch das ist jetzt weggefallen. Auch die Zigarrenindustrie hat ihr Kartell, das sehr

straff organisiert ist. Dieses hat neue Einkaufsbedingungen festgesetzt, und zwar in der Form, dass heute nur noch bei sofortiger Kasse innerhalb 14 Tagen ab Rechnungsdatum 2% Skonte gewährt wird. Früher waren Zahlungsziele von Dreimonatsakzept nach 3 Monaten in dieser Branche üblich. Diese langen Ziele ermöglichten dem Handel, die Zigarren ablagern zu lassen, was heute nur noch den sehr kapitalstarken Händlern möglich ist. Ausserdem ist die Belieferung mit Zigarren so schlecht geworden, dass der Fabrikant jede Bedingung stellen und jeden Preis verlangen kann und der Einzelhändler froh ist, wenn er überhaupt Ware bekommt. Dazu kommen die rigorosen Buchführungsbestimmungen, auf die ich zum Schluss noch eingehen werde, da sie für alle Branchen zutreffen. Die kleinen Geschäftsleute, die sich früher in der Tabakbranche betätigten, werden langsam, aber sicher aus dem Handel ausgeschlossen, ohne dass dazu die Bestimmungen, die den Ausschluss von Gesetzes wegen ermöglichen, angewendet werden müssen. Der Tabakhandel ist für alle Geschäfte mit einem Umsatz unter 2.000 Rmk im Monat unrentabel geworden. Früher aber hatte die Mehrzahl Umsätze unter 1.200 Rmk, die ganz kleinen von 600 bis 800 Rmk.

Bei Bekleidung und Schuhwaren sind beträchtliche Qualitätsverschlechterungen zu verzeichnen. Der Bekleidungshandel, wie auch der Schuhhandel haben ausserdem mit Warenknappheit in den begehrtesten Artikeln zu kämpfen. Der allgemeine Jammersehrei ist: wir verkaufen unsere gute Ware aus und erhalten Dreck herein. Die Preise der neuen Ersatzware sind ausserdem meist höher, als die der alten guten Ware. Die Lager sind heute viel kleiner geworden. Über allen schwebt die Angst, auf der schlechten Ware sitzen zu bleiben, wenn die Versorgung einmal besser werden sollte. Das passierte im Schuhhandel, als vor einigen Jahren mit Argentinien ein neuer Handelsvertrag zustande kam und die Rohstoffpreise in kurzer Zeit erheblich sanken, die Qualitäten aber stiegen. Die Umsätze sind in den letzten Jahren nicht in Geld, aber in der Menge gesunken, zugleich vor allem die Gewinnspannen. Ausserdem sind die Einkaufsbedingungen und die Zahlungsziele verschlechtert. Die Lieferungsstermine sind ungewöhnlich lang.

Der Grosshandel leidet in allen Branchen unter Warenmangel und an der zunehmenden Direktbelieferung der Klein Händler durch die Fabriken. Mit dem Rückgang der Sortierungen und der Lagerbestände ist die alte Funktion des Grosshandels: Lager- und Auswahlhaltung für den Einzelhandel in Wegfall gekommen. Die Fabriken suchen sich durch Direktbelieferung einen Ausgleich für die gestiegenen Rohstoffpreise zu sichern. Der Futtermittel- und Mehlhandel z.B., früher eine sehr stark jüdisch durchsetzte Branche mit einem typischen Mittelstandscharakter, hat seine alte Bedeutung völlig verloren. Auch die arischen Firmen können sich gegenüber der Mühlenkonkurrenz kaum mehr behaupten. Da die Preise vom Anfang der Saison an genau vorgeschrieben sind und keine Marktschwankungen auftreten, kann es dem Bäcker ganz gleichgültig sein, von wem er kauft. Auch der Textilgrosshandel ist völlig überflüssig geworden, weil der Fabrikant direkt liefert. In anderen Branchen sind die Grosshändler zu reinen Verteilern der Fabrikanten geworden. Sie führen gegen eine kleine Provision die Verteilung an den Einzelhandel durch. Für die Entfaltung neuer Energien ist kein Raum, weil die Kontingente nicht mit den Absatzmöglichkeiten wachsen und neue Kundschaft nur auf Kosten der alten beliefert werden kann.

Die Handwerker müssen für ihre Rohmaterialien heute höhere Preise bezahlen und erhalten schlechtere Qualitäten, so dass sie aus den Differenzen mit ihren Auftraggebern nicht herauskommen. Die Verdienstspannen sind sehr gedrückt. Das Hausreparaturgewerbe erhält nur schwer Rohmaterial und leidet an Auftragsmangel. Die Kleinen können sich an die Grossbauten nicht heranwagen und Kleinbauten werden nicht genehmigt. Die Rohrleger z.B. können keine Zentralheizungen ausführen, weil für Neubauten die entsprechenden Eisenmengen nicht bewilligt werden. Die Maler und Anstreicher dürfen keine Oelfarben verwenden, der Spengler erhält keine Bleche und der Schlosser kein Eisen. Alles ist für Rüstung reserviert.

Der Hausbesitz hatte fest mit einer Steuerentlastung gerechnet. Eine der Brüningsverordnungen hatte den langsamen Abbau der Hauszinssteuer festgelegt. Auch damit ist es nichts geworden. Er hatte ausserdem den Abbau der Mieterschutzgesetzgebung erwartet. An deren Stelle kam eine Verschärfung der Bestimmungen, so dass heute der Hausbesitzer den zugewiesenen Mieter nehmen muss, ohne eine Prüfung seiner Zahlungsfähigkeit vornehmen zu können.

Ueber diese Spezialsorgen der verschiedenen Branchen hinaus haben alle ein gemeinsames grosses Leiden: die neuen Steuern, die neuen Buchführungsbestimmungen und die Steuerkontrollen. Die Buchführungsbestimmungen dienen ausschliesslich dem Zweck, die Erfassung der Steuern bis zum letzten Pfennig zu ermöglichen. Jeder Einzelhändler hat ein Einkaufsbuch zu führen, in dem er jeden Einkauf verzeichnet mit Fakturenbetrag, eventuellen Rabatten, Skontis etc. unter namentlicher Aufführung des Namens und der Adresse des Lieferanten. Er hat ausserdem ein Tagebuch zu führen. In diesem hat er den Kassenbestand bei Geschäftseröffnung, alle Einnahmen, alle Ausgaben, alle Entnahmen anzuführen unter Nummerierung jedes einzelnen Belegs, die gesondert aufzuheben sind. Einzelne Branchen sind verpflichtet, die einzelnen Warengruppen nochmals zu unterscheiden, so z.B. der Tabakhandel. Er muss seinen Umsatz gesondert ausweisen nach: Zigaretten, Tabak und Zigarren und Sonstiges.

Durch diese Art der Buchführung ist eine nahezu lückenlose Kontrolle des Einzel- aber auch des Grosshandels möglich, da dieser ausser diesen Büchern auch noch ein Warenausgangsbuch führen muss. In diesem muss er jeden verkauften Warenposten mit Betrag, Namen und Adresse des Käufers angeben. Durch Vergleich der Bücher und entsprechende Stichproben bei dem Einzelhändler und dem beliefernden Grosshändler sind fehlerhafte Steuerangaben sofort festzustellen. Die Steuerstrafen lassen dann nicht auf sich warten.

Diese Bücher sind auch von dem kleinsten Handwerker zu führen. Diejenigen, die zur Führung der Bücher nicht im Stande sind und auch keinen Buchführungskursus nehmen wollen, müssen ihren Betrieb schliessen. Die Bestimmungen werden sehr rigoros durchgeführt. Bei besonders unbeliebten Leuten kommt die Kontrolle jede paar Wochen. Alle paar Jahre kommt sie zu jedem. Dann wird alles auf den Kopf gestellt, jeder Beleg wird verglichen, Stichproben bei den Lieferanten gemacht usw. Bei den Metzgern, Bäckern und sonstigen Lebensmittelhändlern gibt es ausser diesen Kontrollen noch zahllose andere Kontrollen z.B. für die Fettverteilung, für die Preistafeln, für die Listen der Margarinebezugsberechtigten usw.

Ebenso rigoros wie die Buchführungsbestimmungen wird die Steuereinzahlung gehandhabt. Steuerstundung gibt es nur noch in ganz besonderen Ausnahmefällen. Ist am 10. die Umsatzsteuer des Vormonats nicht bezahlt, so muss bereits eine Verzugsgebühr bezahlt werden, auch wenn noch keine Mahnung ergangen ist. Steuerungsverzug ist in Deutschland z. Zt. das teuerste Vergnügen, denn die Verzugsgebühren, Zinsen etc. sind so hoch, dass sie bei kleinen Steuerzahlern häufig an die Steuersumme herankommen. Hat ein Grosshändler z. B. sein Wareneingangsbuch oder das Wareneingangsbuch nicht formgerecht geführt, und mag er sonst die beste Buchführung haben und alle Geschäftsvorgänge aus seinen Büchern ersichtlich sind, so muss er statt ein halb Prozent Umsatzsteuer zwei Prozent bezahlen, wozu er meist gar nicht in der Lage ist.

Zu den Steuern kommen die sehr hohen Beiträge für die Verbände, denen der Gewerbetreibende angehören muss. Diese sind nach dem Umsatz gestaffelt. Beim Reichsnährstand sind mir Beträge bis zu 8.000 RM im Jahre bekannt. Der Beitragspflicht kann sich niemand entziehen, da die Zugehörigkeit zum Verband auf der Steuererklärung angegeben werden muss. Ohne Zugehörigkeit zum Verband gibt es keine Handelsgenehmigung.

Ueber allen aber schwebt die Reinigungsaktion des deutschen Einzelhandels. In der Öffentlichkeit erklärt man meist, dass diese Aktion im Interesse des Handels selbst durchgeführt werde. In Wirklichkeit handelt es sich aber um eine Massnahme, die nur ein höheres Steueraufkommen zum Ziel hat. Die kleinen Einzelhändler waren meist einkommensteuerfrei. An ihnen hat das Dritte Reich gar kein Interesse; sie sollen ihre Selbständigkeit aufgeben und als Arbeiter in die Fabrik gehen. Interessant sind nur die grossen Steuerzahler. Auch die mittleren Geschäfte sind uninteressant, weil sie in ihrem Steueraufkommen längst nicht so ergiebig sind wie die grossen Geschäfte. Durch Zusammenziehung der Umsätze und der Einkommen soll das Steueraufkommen gesteigert und dem Rüstungsbedarf des Staates angepasst werden.

Die Richtlinien für die Reinigungsaktion sind nach den einzelnen Branchen verschieden, auch die Zahl der Ausscheidenden. Welchen Umfang sie jedoch in einzelnen Branchen annimmt, ergibt sich z. B. aus den Ziffern der ausgeschiedenen Knochenmühlen, eines mittelständischen Kleingewerbes. Von 3.000 sind nur 500 Knochenmühlen übrig geblieben. Diese hohe Zahl ist nicht die Regel, aber immerhin ist im ganzen Reich mit vielen Zehntausenden ausscheidenden Einzelhändlern und selbständigen Handwerkern zu rechnen.

2) Die Auskämmung des gewerblichen Mittelstandes nach Arbeitskräften

Mit der Zunahme des Arbeitermangels hat der gewerbliche Mittelstand eine wachsende Bedeutung als Arbeiterreserve für das Regime bekommen. Auf der Suche nach Arbeitskräften sind die Machtheber darauf verfallen, die Masse der Kleinhändler und Gewerbetreibenden daraufhin zu sieben, wer von ihnen für die Arbeit in den Betrieben und auf den Baustellen in Frage kommt. Bei dieser Auskämmung der

Kleinbetriebe bedient sich das Regime folgender Methoden:

- 1) verschärfte Anwendung der gesetzlichen Handhaben zur Schliessung von Betrieben;
- 2) Verschickung auf Grund der Dienstpflichtverordnung;
- 3) Stellung von Anforderungen, die von Kleinbetrieben schwer erfüllbar sind und deren Nichterfüllung die Schliessung des Betriebes zur Folge haben kann.
 - a) durch rigorose Einschätzung und Eintreibung von Steuern;
 - b) durch Verpflichtung zur Ablegung von Prüfungen;
 - c) durch Verpflichtung zur amtlich vorgeschriebenen Buchführung.

a) Die Auskämmung des Handwerks

Nach Ministerialdirektor Dr. Münz vom Reichsarbeitsministerium waren bis Februar 1939 rund 104.000 Handwerker als Facharbeiter für die Industrie freigeworden. (vgl. auch Heft 2/1939, Seite A 55). Im Februar wurde von Reichswirtschaftsminister Funk die Anwendung des Lösungsverfahrens bei übersetzten Handwerkszweigen angeordnet und verfügt, dass aus der Handwerksrolle gelöschte Handwerker für die für sie in Aussicht genommene Tätigkeit ausgebildet werden können. Mitte Juli verfügte Funk, dass die Auskämmung des Handwerks beschleunigt und nunmehr von den Arbeitsämtern besorgt werden solle. Es genügt zur Löschung eines Betriebes nicht, dass er seinen Inhaber keine ausreichende Existenzgrundlage bietet, der Inhaber selbst muss auch fähig zum Arbeitseinsatz sein. (vgl. auch Heft 6/1939, Seite A 73).

Inzwischen wird die Einreihung der selbständigen Handwerker in die grosse Arbeitsarmee des Dritten Reiches vorbereitet. Der erste Schritt ist die Zwangsversicherung der selbständigen Handwerker. Sie müssen, soweit sie nicht bereits bei einer privaten Lebensversicherung versichert sind, Mitglieder der öffentlichen Angestelltenversicherung sein (Gesetz über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk vom 21. Dezember 1938, siehe Heft 5/1939, Seite A 94). Es handelt sich allerdings mehr um die Erschliessung einer neuen Quelle von Zwangspargeldern zur Finanzierung der Kriegsrüstung als um Altersschutz für die Handwerker. Immerhin will man ihnen damit den Entschluss zur Aufgabe ihres Betriebs und zur Abwanderung in einen Fabrikbetrieb dadurch erleichtern, dass man sie im selbständigen Beruf denselben Belastungen unterwirft wie im Anstellungsverhältnis.

Bedeutsamer ist die Ausdehnung der Arbeitsbuchpflicht, die bisher nur für Arbeiter und Angestellte gegolten hatte, auf die selbständigen Berufe (siehe Heft 6/1939, Seite A 49 und 50). Damit werden auch die selbständigen Handwerker mit den Angaben über ihre Person, Arbeitsqualifikation, berufliche Ausbildung usw. in der grossen Arbeitskartei registriert und können auf Grund der Dienstpflichtverordnung jederzeit auf den für sie bestimmten Arbeitsplatz berufen werden.

Es kommt offenbar häufig vor, dass Handwerker, die fürchten müssen, dass das Arbeitsamt die Schliessung ihres Betriebes anordnet, diesen vorher anderen übertragen. Um das zu verhindern, hat der Reichswirtschaftsminister Anfang Juni angeordnet, dass die Uebernahme eines noch nicht aus der Handwerksrolle gestrichenen Betriebs durch Pacht oder Kauf amtlich genehmigt, und dass vorher geprüft werden muss, ob es nicht zweckmässig ist, den Betrieb zu löschen und den Inhaber, wenn er arbeitsfähig ist, woanders anzusetzen. (Eine ähnliche Verfügung ist auch für den Einzelhandel ergangen).

Ueber die Art, wie die Auskümmung betrieben und wie sie von den Handwerkern empfunden wird, unterrichten die folgenden Berichte aus dem Reich:

Wasserkante: Viele kleine selbständige Handwerksmeister oder Gewerbetreibende haben ihre Selbständigkeit aufgeben müssen und sind in das Heer der Lohnarbeiter eingereiht worden. Wenn man nun dem Einzelnen sagt, nun hast Du ja erreicht, wovor Du früher, als die Sozialdemokratie noch in der Regierung war, solche Angst hattest, nun hat man Dir ja Dein Handwerk sozialisiert, werden sie natürlich wütend und schimpfen über das System, das sie betrogen hat. Allerdings gibt es auch einige, die zufrieden sind.

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Als es kurz vor Weihnachten so kalt wurde, dass die Bauarbeiten eingestellt werden mussten, haben sich die entlassenen Bauarbeiter beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet. Trotzdem den ganzen Sommer hindurch Beiträge bezahlt wurden, erklärte man nun den betreffenden Arbeitern, Maurern, Gipsern, Glasern, Malern, Bauschreibern, Handlangern usw., sie könnten keine Unterstützung bekommen. Entweder solle sie ihr Meister durchfüttern, oder wenn er dazu nicht im Stande sei, dann solle er die Bude zumachen und in einen Fabrikbetrieb gehen.

2. Bericht: Ein Schreinermeister in X., Inhaber einer grösseren Schreinerei, ging auf das Arbeitsamt und fragte, ob er seinen Leuten nicht einen höheren Lohn bezahlen dürfe, da ihm schon fünf Mann fortgelaufen wären, weil sie in der Industrie höhere Löhne erhielten. Das Arbeitsamt lehnte dies aber ab. Auf des Meisters Frage, wer ihm denn den Schaden ersetzen werde, und wie lange die

Industrie dieses Vorrecht haben werde, bekam er die lakonische Antwort: jedenfalls würden in dem Industriebetrieb die Leute notwendiger gebraucht als bei ihm.

3. Bericht: In Württemberg ist im letzten Jahre eine grössere Anzahl Schuhmachermeister, die ohne Gehilfen arbeiteten, aufgefordert worden, zum Volkskraftwagenwerk nach Fallersleben zu gehen, um dort als Polsterer umgeschult zu werden. Auch eine Anzahl Metzger, Bäcker und Friseure, die ihr Geschäft nicht mehr weiterführen konnten, wurden dorthin zur Umschulung verschickt.

4. Bericht: In verschiedenen Städten wurden schon zahlreiche kleinere Schuhmachermeister aufgefordert, sich zur Frage der Schliessung ihres Geschäfts zu äussern. Sie mussten auf dem Arbeitsamt erscheinen und konnten dort ihre etwaigen Einwendungen vortragen. Dort wurde ihnen die Umschulung in Aussicht gestellt, und zwar für das Metallgewerbe. Einem alten 69-jährigen Meister machte man den Vorschlag, die Kreispflegeanstalt werde ihm das Handwerkszeug und die Maschinen abkaufen, er selbst solle sich dann in die Anstalt begeben, dort erhalte er dann für den Rest seiner Tage freie Verpflegung und könne die Schuhe der Anstaltsinsassen reparieren. Diesen Vorschlag hat der Meister mit Enttäuschung abgelehnt.

Mitteldeutschland, 1. Bericht: Die kleinen Geschäftsleute befinden sich in einem Zustand dumpfer Verzweiflung. Diese Leute, denen das heutige System zum grossen Teil seinen Aufstieg verdankt, sind am allermeisten enttäuscht. Die Warenknappheit verhindert ihren Umsatz, sie können aber auch nicht durch Preiserhöhungen auf ihre Kosten kommen, weil die Preisverordnungen sie daran hindern. Die Handwerker klagen über Materialknappheit, die Schuster haben nicht Leder genug usw. Steuern und sonstige Abgaben wachsen. Der Zwang zu einer ins Einzelne gehenden Buchführung, die häufig kontrolliert wird, wirkt äusserst drückend. Dazu kommt, dass sich der Aerger der Verbraucher über nicht erhaltene Waren, nicht rechtzeitig ausgeführte Aufträge, oft in recht unangenehmer Weise entlädt. So herrscht ständig eine gereizte Stimmung.

Ist aber ein kleiner Handwerker so weit, dass ihn sein Geschäft nicht mehr recht ernähren kann, so sind die Behörden schnell bei der Hand, seinen Betrieb zu schliessen und ihn der Arbeitsvermittlung zu überweisen. Der Verlust der ausgebildeten Selbständigkeit und der Zwang zu einer unbekanntem, ungewohnten Arbeit, vielleicht an irgend einem fremden Ort, liegt immer wie eine Drohung über den kleinen Leuten und nimmt ihnen den Lebensmut. Von vielen unter ihnen kann man sagen, dass sie sich innerlich längst von dem System abgewendet haben und seinen Sturz begrüssen würden.

Nordwestdeutschland: Die Ankündigung, dass Handwerk und Handel nach vorhandenen "Leistungsreserven" durchgemustert werden sollen, die nicht genügend ausgenutzt werden und für den Vierjahresplan eingesetzt werden sollen, hat in den Kreisen des kleinen selbständigen Handwerks und Einzelhandels lebhafteste Aufregung verursacht. Es wird offen erklärt, dass es sich weniger darum handelt, unrentable Betriebe stillzulegen als Facharbeiter für die Grossindustrie freizumachen. Da der Facharbeitermangel aber durch die Löschung von einigen zehntausend Betrieben nicht behoben ist, befürchtet man weitere Stilllegungen. Obwohl die Vorarbeiten für die

Löschung von Betrieben noch kaum begonnen haben, ist die Aufregung sehr gross. Man sagt, dass die schwierige Lage manches Betriebes gerade durch die Ausführung öffentlicher Aufträge verschuldet sei, und bestürmt die Handwerkskammer und die Innungen mit Anfragen und Protesten. Die Beruhigungsversuche mit dem Hinweis, dass die Löschung ungesunder Betriebe auch im Interesse des Handwerks selbst liege, und dass nicht einmal 5% des Handwerks betroffen würden, haben keine Wirkung. Man hört viel von Handwerkern, dass die Nationalsozialisten, die das Handwerk hätten retten wollen, nun ihre Masken abgeworfen haben und offen als Vertreter der Grossindustrie auftreten, sie seien übler als die Marxisten; denn in der Praxis machten sie die Handwerker zu Industrieproleten.

Ostpreussen: Man sperrt dem Kleingewerbetreibenden und dem Handwerker das Material, um behaupten zu können, ihre Betriebe seien nicht mehr lebensfähig und müssten geschlossen werden. Diese Schichten versuchen, sich mit allen Kräften gegen das Absinken ins Proletariat zu wehren. Teilweise nähern sie sich den Arbeitern und zählen früher verachtete Marxisten zu ihren Freunden in der Not und diese bemühen sich, ihnen zu helfen, wo sich eine Gelegenheit findet.

Danzig: Die zahlreichen Einberufungen von jungen Leuten haben die ganze Danziger Wirtschaft ausser Rand und Band gebracht. Fast alle Arbeitgeber klagen über Arbeitermangel. Die AEG in Danzig hat über die Hälfte ihrer gesamten Belegschaft hergeben müssen. Ich kenne Handwerker, die nur einen einzigen Gesellen beschäftigen, und die auch diesen gehen lassen mussten, weil er eine Einberufung erhielt. So geht es vielen Schuhmachern und Schneidern. Gerade sie aber haben ausserordentlich viel Staatsaufträge, die sie zum bestimmten Termin fertig abliefern müssen. So beisst sich die Schlange in den Schwanz. Von den Handwerksmeistern wird verlangt, dass sie die Polizei-Uniformen bis zum 31. August oder auch bis zum 5. Oktober oder auch bis zum 15. September fertig haben sollen. Die Arbeiter, ohne die sie das gar nicht schaffen können, werden ihnen aber weggenommen. Einige Schneidermeister behaupten, dass das ganze nur ein Dreh sei. Man wolle die Meister mit ihren Lieferungen in Verzug bringen, um eine Begründung dafür zu haben, dass das Handwerk in seiner jetzigen Organisation leistungsunfähig ist, und um ein staatliches Heeres-Bekleidungsamt ins Leben rufen zu können. Die Schneider würden dann auf Grund der neuen Zivildienstpflicht einfach einberufen und zu Soldatenlöhnen beschäftigt werden.

Die Verpflichtung zur Buchführung ist für alle, auch die kleinsten Betriebe am 1. Januar in Kraft getreten. Sie soll als eine Art Auslese der Tüchtigen wirken. Die Finanzämter sollen auf Grund von Buchprüfungen, wie sie bei grösseren Unternehmungen schon lange üblich sind, jetzt auch die kleinen Betriebe zu höherer Steuerleistung heranziehen und Steuerdrückebergel verhindern können. Die Ausgaben des Handwerkers sollen nicht mehr vom Finanzamt geschätzt, sondern auf Grund der Bücher festgestellt werden können. Dadurch soll der Meister angespornt werden, rentabler zu wirtschaften und so seine Ausgaben

einzu-schränken. Die Geschäftsführung, Preiskalkulation, Rohstoffeinkäufe usw. sollen amtlich kontrolliert werden können und die Handwerker vor die Frage gestellt werden, entweder ihren Betrieb rentabler zu gestalten oder ihn schliessen zu müssen. Die kleinen Meister sind aber zumeist nicht imstande, dieser Vorschrift nachzukommen. Es fehlen ihnen dazu die Kenntnisse und meist auch das Geld und die Fähigkeiten, um sie sich in den von den Zwangsinnungen eingerichteten Buchführungskursen zu verschaffen. Wie gross die Anforderungen sind, die die Buchführungspflicht an die Handwerker stellt, zeigt der erste der folgenden Berichte:

Bayern: Für die Handwerker sind besondere Schwierigkeiten durch die neue Buchführungspflicht eingetreten. Jeder handwerkliche Betrieb und jeder Kleingewerbetreibende ist zur Führung von Geschäftsbüchern nach einheitlichen Richtlinien verpflichtet. Bisher bestand diese Pflicht nur für grössere Betriebe, jetzt soll restlos jeder Betrieb erfasst werden, auch wenn keine Angestellten beschäftigt werden und ein ganz geringer jährlicher Umsatz von wenigen hundert oder tausend Mark erzielt wird, z.B. auch Schausteller auf Jahrmärkten usw. Die Innungen schlagen ihren Mitgliedern die jeweils für ihre Branche günstigsten Buchführungsbücher und -Methoden vor, die unter genauer Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften hergestellt sind. Die Innungen veranstalten gleichzeitig Kurse, in denen die Betriebsinhaber oder die dafür vorgesehenen Angestellten geschult werden sollen. Die verlangte Buchführung ist ziemlich kompliziert und soll jeden kleinen Geschäftsvorgang erfassen. Für das Bekleidungs-gewerbe müssen z.B. folgende Bücher geführt werden:

- 1) Das Wareneingangsbuch, das bisher ja schon bestand und weitergeführt werden muss.
- 2) Ein Tagebuch, in dem alle Vorgänge eingetragen werden müssen: Jede Einnahme und jede Ausgabe, auch die Privatentnahmen, sind zu buchen.
- 3) Das Kassenbuch mit 20 Spalten Aufgliederung. Auf der Einnahmenseite im Kassenbuch gibt es u.s. Spalten für die Gesamteinnahmen, die umsatzsteuerpflichtigen Einnahmen, Kasse, Bankkonto, Postscheckkonto, ferner Weiteraufspaltung der Einnahmen in:

a) verkaufsfertige Waren,	b) Umarbeitungen und Umänderungen,
c) fabrikfertige Waren,	d) kleinere Einnahmen.

Auf der Ausgabenseite sind Spalten für die Gesamtausgaben, Rubrik Kasse, Bankkonto, Postscheckkonto und dann die Spezialaufgliederung: Lohn, Steuer, allgemeine Geschäftsunkosten, Ausgaben für Miete, Werkstoffe, Einkauf von verkaufsfertigen Waren usw.

- 4) Ein Lieferantebuch,
- 5) Ein Kundenbuch,
- 6) Ein Inventurbuch und
- 7) wenn Angestellte vorhanden sind, ein Lohnbuch.

Es ist nicht auszudenken, wie die kleinen Handwerksmeister und Gewerbetreibenden diese zusätzliche Arbeit bewältigen sollen. Sie arbeiten doch, nur um eine einigermaßen erträgliche Existenz zu haben, sowieso schon viel länger als 8 Stunden täglich. Wenn sie jetzt noch diese umfangreiche Buchführung führen müssen - und sie werden dazu gezwungen - dann müssen sie entweder noch länger arbeiten oder ihre Arbeitsleistung und damit ihr Einkommen muss zwangsläufig zurückgehen. Die grösste Schwierigkeit aber wird darin liegen, dass die einfachen Leute diese Dinge einfach nicht begreifen. In den Kursen sitzen 60 Jahre alte und noch ältere Handwerker, die noch nie im Leben so etwas wie Buchführung gemacht haben und die rein physisch nicht mehr in der Lage sind, beim Schreiben auf der gleichen Linie zu bleiben. Wie sie diese Schwierigkeiten bewältigen und die verschiedenen Bücher und Zwecke auseinanderhalten sollen, ist unbegreiflich. Es herrscht der allgemeine Eindruck vor, dass es in den ersten zwei Jahren ein heilloses Durcheinander geben wird, dass die Leute dann aber mit der Zeit doch dahinter kommen und schlecht oder recht ihre Buchführung machen werden. In den Innungen haben Versammlungen stattgefunden, in denen man Propaganda für diese Buchführung gemacht hat. Die Lieferanten haben die Einführung dieser Einrichtung damit motiviert, es sei ein Uebelstand, dass die Handwerker bisher vom Finanzamt eingeschätzt worden sind, sie hätten auf diese Weise viel zu viel Steuern bezahlt. Die Handwerker und Gewerbetreibenden bekämen durch die Buchführung einen Ueberblick über ihre Einnahmen und Ausgaben und seien deshalb in Zukunft davor gefeit, zuviel Steuern zahlen zu müssen.

In den Buchführungskursen der Innungen werden Buchführungsbeispiele gezeigt, und jeder Kurssteilnehmer muss 7 Musterblätter verschiedenen Buchhaltungsbücher erwerben, auf denen Scheinbuden verzeichnet sind. Diese 7 Probelblätter kosten 1,- Rmk, der Kursus selbst, der vier Abende zu je zwei Stunden umfasst, kostet 3,50 RM und wird vom Schriftführer des Innungsverbandes oder einem anderen Funktionär abgehalten. Die Kursgebühren von 3,50 Rmk behält nicht der Innungsverband, sondern sie werden an die Handwerkerkammer weitergeleitet, die während des letzten Sommers die Innungsfunktionäre geschult hat, so dass sie in der Lage waren, die Handwerksmeister und Gewerbetreibenden zu instruieren.

Auch in diesem Fall wird es wieder so sein wie bei verschiedenen anderen Neuordnungen, die das Regime vorgenommen hat. Der Grossbetrieb und auch die grösseren Betriebe mit mehreren Angestellten, können es sich leisten, für diese Buchführungszwecke eine geschulte Kraft anzustellen; der Kleine hat aber kein Geld dazu und eine besondere Kraft lohnt sich auch nicht und so kommen wirtschaftliche Schädigung, Leerlauf und Arbeitszeitverlust für den kleinen Betrieb hinzu.

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Die verschiedenen Innungen haben vor einiger Zeit ihre Hauptversammlungen abgehalten. In jeder Versammlung erschien ein Vertreter der Handwerkskammer oder der Kreishandwerksmeister und forderte die kleinen Meister auf, sich freiwillig zur Liquidierung ihres Betriebs und Einstellung in die Industrie zu melden. Als sich bei einer Versammlung der Schuhmachermeister in ... niemand freiwillig meldete, geriet der Vertreter in eine Mordswut und hielt eine Brandrede, die damit endete, dass er erklärte, in ... müssten allein 10 Schuhmachermeister ihren Betrieb einstellen; in den anderen Städten ebenfalls der Zahl der Meister

entsprechend mehr oder weniger. Es sind also für jeden Ort und Beruf Prozentzahlen festgesetzt, nach denen auskömmt werden muss.

Am gleichen Tage hatte auch die Friseur-Innung ihre Versammlungen angesetzt, in der der gleiche Vertreter der Handwerkskammer sofort mit seiner Brandrede loslegte und ankündigte, dass alle diejenigen, die in den letzten Jahre keine oder nicht viel Steuern bezahlt haben, verschwinden müssten. Es handelt sich also bei der Auskämmung nicht etwa nur um Beschaffung von Arbeitskräften, sondern auch um die Schaffung von wirklichen Steuerzahlern.

Tatsächlich wird die Zahl der Kleinmeister, die noch Steuern bezahlen können, immer kleiner. Seit dem vorigen Jahre ist jeder Handwerksmeister zur Buchführung nach amtlicher Vorschrift verpflichtet. Bis dahin hatten die Meister keinen Ausweis über die Höhe ihrer bei der Steuer abzugsfähigen Ausgaben. Jetzt können sie ihre Abzüge aus den Büchern belegen. Nach der Angabe eines höheren Finanzbeamten sind seit der Einführung der Buchführungspflicht die Steuerzahlungen der Handwerksbetriebe stark zurückgegangen. Man nimmt in den Kreisen des Handwerks an, dass auch aus diesem Grund die kleinen unwirtschaftlich arbeitenden Geschäfte verschwinden und ihre Besitzer in Lohnempfänger verwandelt werden sollen. Im übrigen wurden schon im letzten Herbst verschiedene Meister des Baugewerbes, die sich freiwillig gegen Arbeitslosigkeit versichert hatten, bei ihrer Meldung auf dem Arbeitsamt als arbeitslos behandelt und in die verschiedenen Betriebe verwiesen.

2. Bericht: Unter dem dauernd zunehmenden Materialmangel haben naturgemäss die Handwerker und Kleinhändler am schwersten zu leiden. Es mehren sich täglich die Fälle, in denen Kleinmeister freiwillig ihr Geschäft aufgeben und in die Fabrik gehen, um wenigstens noch eine Existenz zu haben. Dazu kommt noch, dass die Methoden der Finanzämter immer rigoroser werden. Die Steuerkontrolle anhand der Geschäftsbücher wird mit einer für die Kleinhandwerker unerträglichen Schärfe ausgeübt. Findet der Steuerkontrolleur bei einem Meister mal wirklich nichts zu beanstanden und zahlt der Meister nicht viel Steuern oder vielleicht gar keine, dann kann er von dem Beamten die Bemerkung hören, das Geschäft sei ja unrentabel und es wäre doch besser, wenn der Meister sich um einen Platz in der Industrie bemühe.

Die Handwerksmeister erklären übereinstimmend, dass Steuerkontrollen angewiesen sein müssen, sich solcher Kontrollmethoden zu bedienen, um die Kleinhandwerker vor die Entscheidung zu stellen, entweder sich freiwillig in einen Industriebetrieb einstellen zu lassen, oder, um seine selbständige Existenz zu behalten, mehr Steuern zu bezahlen als nach dem Gesetz notwendig ist.

Schlesien: Die Steuerbehörden haben angeordnet, dass jeder Gewerbetreibende vom Januar 1939 ab ohne Rücksicht auf die Art des Betriebes eine Buchhaltung führen muss. Nun ist für den ganzen Industriebetrieb angeordnet worden, dass alle Gewerbetreibende verpflichtet sind, an Buchführungskursen teilzunehmen. Wer sich diesen Kursen entzieht, dessen Steuerreklamationen werden nicht berücksichtigt mit der Begründung, dass der Reklamierende es versäumt hat, durch Einrichtung einer ordentlichen Buchführung für eine wirksame Vertretung seiner Interessen zu sorgen.

Die Pflicht zur Ablegung der Meisterprüfung ist in der III. Handwerksverordnung vom 18. Januar 1935 festgesetzt worden. Bis zum 31. Dezember 1939 sollten alle Handwerker dieser Pflicht genügt haben. Im November 1938 gab der Reichswirtschaftsminister in einem Schreiben an den Reichsverband des deutschen Handwerks bekannt, dass diese Frist auf keinen Fall verlängert würde, und dass diejenigen, die die Meisterprüfung bis dahin nicht abgelegt haben, aus der Handwerksrolle gelöscht werden und ihren Handwerksbetrieb einstellen müssen, damit "zur Behebung des Facharbeitermangels" auch im handwerklichen Sektor möglichst zahlreiche Kräfte für den Arbeitseinsatz freigemacht würden. Eine grosse Zahl von Prüflingen hat sich daraufhin zur Prüfung gemeldet, andere haben, wie zugegeben wird, erklärt, dass sie es vorziehen, ihren Betrieb aufzugeben. Schon lange vorher hat der Zwang zur Ablegung der Meisterprüfung zur Folge gehabt, dass viele jüngere Handwerker lieber darauf verzichten haben, Meister zu werden, als sich dieser Prüfung zu unterziehen. Eine Erhebung des Reichsstandes des deutschen Handwerks hat ergeben, dass seit 1933 allein die Zahl der unter 30 Jahren alten selbständigen Handwerker von 267000 auf 140000 zurückgegangen ist, weil "sich für junge selbständige Handwerker die Möglichkeit bot, bei mangelnder Existenzmöglichkeit in eine Stelle als Geselle, Facharbeiter oder Werkmeister zurückzukehren" und auch weil "dem Zustrom von jungen Menschen zum Handwerk durch das Erfordernis der Meisterprüfung ein Riegel vorgeschoben wurde". Die Folge ist die Verschiebung im Altersaufbau der selbständigen Handwerker zugunsten der alten Meister. Der Anteil der über 60 Jahre alten Handwerker ist von 14,1 auf 18,7 % gestiegen und damit auch diese Arbeitskraftreserve unergiebig geworden.

Nach der Schätzung des Reichswirtschaftsministers sind noch 150.000 Handwerker nicht geprüft. Als Facharbeiterreserve kommen sie aber in nur sehr geringem Masse in Betracht. Nach einem in der Zeitschrift "Deutsches Handwerk" veröffentlichten Bericht des Reichsverbands des deutschen Handwerks war gerade in den Berufen, für die ein besonderes Mass nicht leicht erlernbarer Fachkenntnisse oder zur Eröffnung eines Betriebes verhältnismässig viel Kapital notwendig ist, der Anteil der Nichtgeprüften am kleinsten, z.B. bei Feinmechanikern 4%. Dagegen entfielen 112.000 Handwerker, also fast die Hälfte aller, die die Meisterprüfung nicht abgelegt haben, auf die für Kleinbetriebe typischen Berufe wie Schneider, Friseure, Schuh

nacher. Um sie für die Kriegsindustrie verwendbar zu machen, müssten sie, soweit sie überhaupt für schwerere Arbeiten zu gebrauchen sind, umgeschult werden. Die Meisterprüfung wird vor allem dazu benutzt, Gesellen daran zu verhindern, selbständige Handwerker zu werden, und sie der Industrie zuzutreiben. Dass schon aus diesem Grunde sehr streng geprüft wird, zeigen die folgenden Berichte:

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Alle diejenigen, die nicht am 1. Januar 1932 in der Handwerkerrolle bei der Handwerkskammer eingetragen waren und vor dem 1. Januar 1900 geboren sind, müssen bis zum 31. Dezember 1939 die Meisterprüfung machen. Bestehen sie diese nicht oder weigern sie sich, sie zu machen, dann wird ihr Betrieb polizeilich geschlossen. Der Vorsitzende der Handwerkskammer Karlsruhe sagte in der Versammlung beinahe wörtlich: "Wir haben viel zu viel Kleinmeister, in der Industrie dagegen fehlen die Leute. Diejenigen, die die Meisterprüfung nicht machen oder nicht bestehen, können dann in die Fabrik gehen!"

Die Vorkurse und Kurse, die ein solcher Meister durchmachen muss, kosten 200 bis 600 RMk, je nach der Entfernung des Wohnorts vom Kursort. Einzelne Berufe können ihre Kurse nur in Freiburg, Karlsruhe, Baden-Baden oder Mannheim machen. Die Kurse dauern vier bis acht Wochen. Nun sagen die Meister: die machen ja das, was sie immer den Kommunisten vorgeworfen haben, sie ruinieren den Handwerkerstand und machen die Meister zu Proleten.

2. Bericht: Bei der Meisterprüfung für das Schuhmachergewerbe haben von 25 Prüflingen nur vier die Prüfung bestanden. Alle anderen 21 fielen glatt durch.

Bei den theoretischen Prüfungen sind auch Fragebogen zu beantworten, die neben wenigen Berufsfragen hauptsächlich Fragen über Staatskunde und politische Fragen enthalten. So lautet eine Frage: "Wann und wo ist Hitler geboren?" Dann kurze Angaben über Hitler. "Welches sind die Merkmale der arischen Rasse?" - "Warum sind die Juden keine vollwertige Rasse?" usw.

Unter denen, die bei den Meisterprüfungen im Malergewerbe durchfielen, war auch einer, der 14 Tage vorher aus den Reichsberufswettkämpfen als erster Gaussieger von Baden hervorging und jetzt im Wettstreit um den Reichssieger in Köln mitmacht. Dieser Mann, der auch Scharführer bei der SS ist, hat sich nun beschwerdeführend an Hitler gewandt und dabei geschrieben, dass die Prüfungskommission eine alte verkalkte Gesellschaft sei. Das Resultat ist noch nicht bekannt.

Bis zum 31. Dezember 1939 müssen alle diejenigen Handwerksbetriebe schliessen, deren Besitzer bis dahin nicht die Meisterprüfung bestanden hat und nicht vor dem 1. Januar 1900 geboren und bereits am 1. Januar 1932 in die Handwerkerrolle eingetragen war. Davon werden natürlich fast nur die Kleinmeister betroffen.

3. Bericht: Die Hauptauskämmung des Handwerks setzt in grossen Masstab jetzt erst ein. Die Meisterprüfung, die jeder Geselle ablegen muss, der selbständiger Handwerker werden will, sind so schwer, dass es kaum möglich ist, sie zu bestehen. So hatten die Meisterprüfung für das Malerhandwerk von 42 Kandidaten nur 3 bestanden, die übrigen 39 hat man durchfallen lassen. Ähnlich ist es in anderen Berufen.

Die Misstimmung der Handwerker gegen die zunehmende Bedrückung hat vorläufig kaum eine politische Spitze. Es handelt sich ja auch um Schichten, denen bisher schon politisches Denken fremd war. Von der Auskämmung wird ausserdem nur ein Teil der Handwerker betroffen, die kleinen unter ihnen, die am wenigsten widerstandsfähig sind und auf die das Regime, weil sie auch die am wenigsten leistungsfähigen sind, am wenigsten Rücksicht zu nehmen braucht. Die Auskämmung verschärft die Differenzierung unter den Handwerkern. Ein Teil von ihnen kommt dadurch zu Schaden, der andere zieht den Nutzen daraus. Daher kommt es nur selten zu geschlossenem Widerstand. Der Fall, der in dem folgenden Bericht aus Danzig geschildert wird, zeigt, dass ein Widerstand bei geschlossenem Vorgehen erfolgreich sein kann.

Vor einiger Zeit fand in Danzig die Quartals-Innungs-Versammlung der Danziger Bäcker-Innung statt. Die Bäckermeister vertraten dort die Meinung, dass der Mehlpriß untragbar hoch sei, und dass sie unter den heutigen Verhältnissen nur noch sehr schwer existieren könnten. Es fanden sich unter den Bäckermeistern aber Nazis, die den Mehlpriß verteidigten; darunter der Schriftführer der Innung, Bäckermeister Ehnke. Der Obermeister Böhlke nahm gegen Ehnke Stellung und schnitt diesem kraft Führerprinzip das Wort ab. Ehnke zog aber sofort Hut und Mantel an und verliess wutschnaubend die Versammlung. Nach recht kurzer Zeit kehrte er mit dem Vizepräsidenten des Senats, Huth, zurück.

Niemand erhob sich vom Platz, wie das sonst üblich geworden ist, wenn ein hohes Tier erscheint. Huth verlangte von dem Obermeister sofort das Wort. Böhlke unterbrach aber den gerade sprechenden Redner nicht und Huth wartete auch tatsächlich so lange, bis sein Vorredner geendigt hatte. Dann ging es los, eine wüste Schimpfkanonade ergoss sich über die Bäckermeister. Es hagelte nur so "Schweine" und "Schweinehunde". Eine ganze Weile hörten sich das die Bäckermeister an, bis die Wut doch zu hoch gestiegen war, der Obermeister sich von seinem Vorstandssitz erhob und den Saal laut hörbar verliess. Seinem Beispiel folgten unter lautem Gemurmel 400 Bäckermeister, so dass Huth mit nur 10 Leuten, darunter Ehnke, zurückblieb. Etwas derartiges hatte er wohl noch nicht erlebt. Er hörte mit seinem Vortrag auf und verliess ebenfalls die Sitzung, nachdem er noch auf die Zurückgebliebenen, die echten Nazis, weiter geschimpft hatte.

Einige Wochen darauf wurde eine neue Innungsversammlung der Bäcker einberufen. Es waren aber nur Personen eingeladen, die der Partei, der SA, der SS oder dem NSKK angehören. Huth erklärte in seinem Referat, dass auf seinen Wunsch nur Parteimitglieder anwesend seien, weil von den Vorgängen in der letzten Versammlung in der Danziger Bevölkerung übertriebene Darstellungen verbreitet worden seien, und er das Vertrauen habe, dass sich Parteigenossen solche Entstellungen nicht zu schulden kommen lassen würden. Im übrigen war seine Rede aber ein Rückzugsgefecht. Er versicherte, dass der Senat Massnahmen ergreifen würde, durch die die Verdienste für die Bäcker beim Brot auf irgend eine Weise erhöht werden solle. Die Rede endete damit, dass er die Wiedereinsetzung des

alten, von ihm kürzlich abgesetzten Vorstandes der Innung unter Beifall der ganzen Versammlung ankündigte. Tatsächlich hat Huth Wort gehalten, am nächsten Tage hat der alte Vorstand wieder seine Bestallung erhalten. Schliesslich hat der Senat sein Versprechen erfüllt, freilich auf Kosten anderer. In einer weiteren Innungsversammlung machte der Landwirtschaftssenator folgende Mitteilungen:

Die Danziger Bäckermeister seien zurzeit mit rund 1.153.000 Gulden an die Mühlen verschuldet, wozu noch etwa 500.000 Gulden hypothekarischer Belastung kämen. Die Mehrverschuldung soll durch Einrichtung einer Inkassostelle verhindert werden, da jede Neubestellung von Mehl innerhalb von 5 Tagen bezahlt werden muss. Ausserdem ist eine langsame Entschuldung der alten Forderungen vorgesehen. Das Ziel soll erreicht werden, indem der Preis für die Erzeugung von 36,90 auf 36,- Gulden gesenkt werden soll. An die Inkassostelle sollen die Bäcker 1 Gulden je Sack zahlen, die Mühlen 50 Pfg. je Sack, was einen entsprechenden Nachlass der Mühlen auf die alten Schulden der Bäcker bedeutet; und schliesslich die Grosshändler 20 Pfg. je Sack. Auf diese Weise sollen die Bäcker innerhalb von drei Jahren schuldenfrei dastehen.

Trotzdem es sich hier im Grunde wirklich um ein Entgegenkommen gegenüber den Bäckern handelt, sind diese keineswegs zufrieden und schimpfen wie die Rohrspatzen, weil sie nach ihrer Meinung die in dem neuen Entschuldungsabkommen vorgesehenen Bedingungen nicht einhalten können.

b) Die Auskämmung des Einzelhandels

Im Einzelhandel überwiegt der Anzahl der Geschäfte nach der Kleinhandel bei weitem. Nach einer Umsatzstatistik der Wirtschaftsgruppe "Einzelhandel", die sich auf die abgestuften Beitragszahlungen der Mitglieder stützt, hatten 57% aller Einzelhandelsunternehmungen einen Jahresumsatz von weniger als 20.000 RMk. Auf sie entfielen allerdings nur 14% des Umsatzes aller Einzelhandelsgeschäfte. 86% aller Unternehmungen mit einem Anteil von nur 36% am Gesamtumsatz setzen jährlich nicht mehr als 40.000 RMk um. Besonders in der Zeit der Krise wurden viele Arbeiter und Angestellte Händler, um sich vor den Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen. Die Einführung der Genehmigungspflicht für die Errichtung oder Uebernahme von Kleinhandelsgeschäften nach dem Umsturz diente als Handhabe, um diese Berufsumschichtung wieder rückgängig zu machen. Viele Arbeiter gaben freiwillig den Handel auf, weil sie nun in der Industrie sichereres und zum Teil auch höheres Einkommen erreichen konnten. Besonders unter dem Kohlenhandel, den Milch- und Gemüseläden, vor allem in dem sogenannten ambulanten Gewerbe, unter Hausierern und Strassenhändlern, wurde aufgeräumt.

Wie der Gauamtsleiter der NSDAP, Hamburg, Bartholatus, in einer Ortsgruppenversammlung mitteilte, ist in Hamburg die Zahl der Milch- und Nahrungsmittelgeschäfte so stark reduziert worden, dass dort 200 Läden leerstehen.

Durch die "Bereinigung" im Handel mit Rundfunkapparaten und Rundfunkgeräten sind nach der Mitteilung, die von Dr. A. Kaumann, Hauptgeschäftsführer der Fachgruppe "Rundfunk" der Wirtschaftsgruppe "Einzelhandel" auf der "Reichsarbeitsstagung 1939" der Reichsrundfunkkammer Ende März gemacht wurde, im letzten Jahr 4.000 Einzelhändler ausgeschaltet worden. Die Zahl der zugelassenen Händler sei "vorläufig" von 31.500 auf 27.500 reduziert worden. Es handelt sich hier hauptsächlich um sogenannte "Rucksackhändler", die ihr Gewerbe im Umherziehen betrieben.

In anderen Branchen des Einzelhandels, besonders unter den Textilgeschäften, hat die Ausmerzung der Juden ein Übermass von Konkurrenten beseitigt. Nur bei dem kleineren Teil der Geschäfte lohnte die Arisierung.

In Berlin war das jüdische Element besonders stark vertreten im Handel mit Wein, Spirituosen, Tabak und Textilien. Von 3.750 jüdischen Einzelhandelsgeschäften waren 1.200 zur "Arisierung" geeignet, aber auch davon sind nur 700 von Nichtjuden übernommen worden; für die übrigen 500 waren teils keine Bewerber vorhanden, teils waren die Geschäfte für die Gründung einer selbständigen Existenz nicht geeignet. (Frankfurter Zeitung vom 27.12.1938.)

Bei der Auswahl der Kleinbetriebe, die am Leben bleiben und derjenigen, die durch "Arisierung" selbständige Kaufleute werden durften, wurden natürlich Parteigenossen bevorzugt.

Die "Reinigung" im Einzelhandel erfolgte bisher hauptsächlich, um den Verbrauch von Rohstoffen und Lebensmitteln zu zügeln und die amtliche Preiskontrolle zu erleichtern. Nunmehr wird auch bei der Auslese im Einzelhandel strenger vorgegangen, weil es vor allem gilt, Arbeitskräfte für die Kriegsrüstung freizumachen.

Die Errichtungssperre wird schärfer gehandhabt als bisher. Das geht aus einem Bericht hervor, den Dr. Leonhardt in der letzten Beiratssitzung der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf gegeben hat. Im ersten Quartal 1938 waren bei der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf 178 Anträge auf Zulassung zum Einzelhandel gestellt worden, davon wurden 112 befürwortet, gegen 38 Bedenken geäußert und 5 Fälle abgelehnt. Im ersten Quartal dieses Jahres gingen nur 132 Anträge ein; nur 60 davon wurden befürwortet als bedenklich angesehen und 27 abgelehnt, weil in diesen Fällen kein Bedürfnis oder Uebersetzung vorlag. Bei einer grossen Zahl von Anträgen wurde die Entscheidung zurückgestellt, weil zunächst festgestellt werden muss, ob die Geschäfte unter die Bereinigungsordnung fallen.

Am 16. März 1939 hat der Reichswirtschaftsminister eine Verordnung zur Beseitigung der Uebersetzung im Einzelhandel erlassen, wonach die Schliessung eines Geschäftes verfügt werden kann, wenn der Inhaber in den letzten zwei Jahren während mindestens 3 Monaten Wohlfahrts- oder Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, oder wenn er seinen privaten und öffentlichen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte. Die Bezeichnung der Verordnung "zur Bereinigung der Uebersetzung im Einzelhandel" ist nicht ganz zutreffend, denn es handelt sich hier weniger darum, unrentable Betriebe auszumerzen, als eine letzte Arbeitskraftreserve zu mobilisieren. Der Betrieb darf nämlich, auch wenn die angeführten Voraussetzungen gegeben sind, nur geschlossen werden, wenn 1) der Betrieb nicht zur ausreichenden Versorgung der Verbraucher erforderlich ist und wenn 2) der Inhaber des Geschäftes für den Arbeitseinsatz geeignet ist. In diesem Falle kann er auch einer berufsfremden Arbeit zugeführt werden.

Brauchbare Arbeitskräfte sind aber unter den Kleinhändlern nur in sehr geringem Masse zu finden. Der Leiter des Reichsausschusses für Leistungssteigerung, Seebauer, warnt in einem Aufsatz der "Nachrichten des Reichskuratorium für die Wirtschaftlichkeit" davor, sich von der Häufigkeit der Fälle, in denen wirtschaftliche Ueberflüssigkeit eines Betriebes und Arbeitseinsatzfähigkeit seines Inhabers zugleich gegeben sind, übertriebene Vorstellungen zu machen.

So hat z.B. eine Untersuchung des Seifen- und Bürstenhandels, also eines typischen Kleinhandelszweiges, ergeben, dass von den Inhabern 22% nicht voll erwerbsfähig waren, 44% waren Frauen, und von diesen und von den männlichen Inhabern waren etwa die Hälfte älter als 50 Jahre.

Dem Kleinhandel widmen sich ja zumeist Personen, die für andere Berufe nicht oder nicht mehr in Frage kommen. Ueberdies ist gerade ein grosser Teil der kleinen Verkaufsläden keineswegs überzählig, nämlich die kleinen Geschäfte auf dem Lande, die von Landwirten als Nebenerwerb betrieben werden und für die Dorfbewohner unentbehrlich sind.

Auch der Einzelhandel ist seit dem 1. Januar 1939 ausnahmslos zur Führung von Büchern verpflichtet. Die Mindestanforderungen, die an die Einzelhändler dabei gestellt werden, sind von der Wirtschaftsgruppe "Einzelhandel" festgesetzt worden. Sie sind für viele

kleine Ladeninhaber eine unerträgliche Belastung. Für das Regime aber ist die allgemeine Buchführungspflicht als Mittel des Preisdrucks und als Kontrolle des Rohstoffverbrauchs unentbehrlich. Jeder Einzelhändler muss führen: ein Geschäftstagebuch, ein Wareneingangsbuch, besondere Kassenberichte über den täglichen Kassenverkehr, laufende Aufzeichnungen über Forderungen und Schulden und die Aufstellung von Jahresinventuren und Jahresabschlüssen. Diese Mindestanforderungen sollen "auf die besonderen Verhältnisse mittlerer und kleinerer Fachgeschäfte abgestellt" sein. Tatsächlich konnten sich bisher kaum grössere Einzelhandelsgeschäfte eine solche ausgiebige Buchführung leisten.

Da es im Einzelhandel mehr auf Verkaufstalent als auf Fachkenntnis ankommt, ist hier eine Auslese durch Fachprüfung schwierig. Für die Genehmigung zur Errichtung eines Einzelhandelsbetriebes genügt bisher der Nachweis einer abgeschlossenen kaufmännischen Lehrzeit und einer mehrjährigen Tätigkeit als Gehilfe. Das reicht jedenfalls aus, um all jenen den Zugang zum Einzelhandel zu sperren, die im Handel Erwerb suchen gerade deshalb, weil sie keinen Beruf gelernt haben oder den erlernten nichtkaufmännischen Beruf nicht ausüben können.

In letzter Zeit sind auch bei der Sachprüfung im Einzelhandel nach den Düsseldorfer Ausführungen des Dr. Leonhardt die Anforderungen "zur Durchführung der notwendigen stärkeren Auslese nach dem Leistungsprinzip" erhöht worden.

Nicht nur ist die mündliche Prüfung erschwert worden, es wird jetzt auch die schriftliche Ausführung einiger Aufgaben verlangt. Im ersten Quartal 1938 haben von 41 Prüflingen 23, also mehr als 50% die Prüfung bestanden, im ersten Vierteljahr 1939 hatten sich nur 28 zur Prüfung gemeldet und davon nur 10, also nur etwas mehr als ein Drittel, bestanden.

Man will mit dieser Auslese nicht nur die Zahl der Geschäfte reduzieren, sondern auch das Leistungsniveau des Einzelhandels erhöhen. Der Einzelhandel im ganzen soll rationalisiert werden, damit er mit weniger Menschen auskommt und mehr Menschen für die Rüstungsproduktion freimachen kann.

Ein Sonderfall ist die Auslese im Handel mit Kraftfahrzeugen, die mit der allgemeinen Rationalisierung der Kraftfahrzeugindustrie zusammenhängt. (siehe Heft 5/1939, Seite A 63 ff.) Die Verringerung

der Typenzahl ermöglicht die Vereinfachung des Verteilungsapparates und die Verkleinerung der Warenlager.

Der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrzeugwesen, Oberst von Schell, kündigte auf der Reichstagung des Kraftfahrzeughandels, die Mitte Juni in Hamburg stattgefunden hatte, an, dass es notwendig sein werde, die Zahl der Händler zu verringern. Es gebe im Kraftfahrzeughandel 6.813 selbständige Händler und 168 Werkfilialen, diese vereinigten aber auf sich 20% des Bruttoumsatzes und man könne sie nicht als überflüssig bezeichnen. Wie der Kraftfahrzeughandel sich mit dem neuen Typenprogramm abzufinden haben wird, sei noch nicht ganz zu übersehen, man müsse sich aber darüber klar sein, dass nicht lebensfähige Existenzen auf keinen Fall durchgeschleppt werden könnten.

Ueber die Lage des Einzelhandels wird berichtet:

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Die Kolonialwarengeschäfte haben einen Fragebogen erhalten, in welchem sie angeben müssen, wie hoch der monatliche Umsatz ist, ob die Familie noch andere Einnahmequellen hat, wie gross die Zahl der Familienmitglieder und die Zahl der Kunden ist. Hier kommt nun auch das Ausfeigen.

2. Bericht: Die Machtheber zwingen uns in unzähligen Fällen, auf Gutscheine unserer Kundschaft Lebensmittel abzugeben. Das Geld bekommen wir oftmals erst viele Monate später, und dann kommt es noch recht oft vor, dass uns die feinen Herren bei den Behörden noch 2 bis 3 RMk für irgend einen nationalen "Schwindel" abziehen. Es ist gar keine Seltenheit, dass irgend eine Nazigrösse unseren Ort besucht. Da muss dann geschmückt, geflaggt und neuestens auch noch ein Ehrenwein kredenzt werden. Vor allem muss aber dieser Bonze ein Geschenk bekommen, womöglich auch seine Frau. Das wird uns dann abgezwickelt, oder durch einen frechen und gemeinen Bettel eingetrieben. Die Steuern werden immer drückender und müssen pünktlich bezahlt werden. Jede Verzögerung bedeutet Zwangseintreibung und Sonderkosten. Wir sind gründlich enttäuscht. Ich gestehe es, dass ich selbst auch Nazi war und an eine Besserung unserer Lage glaubte. Mein Warenlager ist leer, und ich habe keine Freude mehr, in die Werkstatt zu gehen.

Mitteldeutschland: Bei den kleinen Geschäftsleuten ist es die Sorge um das eigene Schicksal, die sie zu Gegnern des Systems macht. Das herrschende System macht ihnen, so meinen sie, zunächst durch seine Massnahmen die selbständige Existenz unmöglich, dann stösst es sie ins Proletariat, indem es ihnen die Fortführung des Geschäftes verbietet und sie selber als Arbeiter verwendet. Die Angst vor dem Verlust der Selbständigkeit macht diese Leute so kopfscheu, dass sie eine Aenderung des Zustandes mit Freude begrüssen würden.

Danzig: Der Senat hat Ende 1938 eine Verordnung erlassen, durch die die bereits bestehende Genehmigungspflicht zur Errichtung von Handels- und Handwerksunternehmungen noch erweitert wird. Zunächst ist für die Genehmigung nicht mehr der Senat, sondern die Industrie- und Handels- bzw. die Handwerkskammer zuständig. Der Senat bleibt Berufsinstanz. Neu ist, dass den Einzelhandelsgeschäften in

Zukunft gleichgestellt sind: die Verteilungsstellen von Konsumvereinen, in denen Waren zum Weiterverkauf an den Grosshandel oder den Grossabnehmer angekauft werden, sowie Annahmestellen für Bestellungen auf Lieferung von Waren im Einzelhandel oder gewerbliche Leistungen. Genehmigungspflichtig sind ferner auch geschäftliche Ausstellungsräume. Ferner ist die Einsetzung von Stellvertretern in Einzelhandelsgeschäften oder Handwerksbetrieben genehmigungspflichtig. Von besonderer Bedeutung ist ein Paragraph, der bestimmt, dass Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe geschlossen werden können, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Führung des Betriebes in einer Weise erfolgt, die den Interessen der Allgemeinheit offensichtlich in grober Weise widerspricht.

3) Die Lage des Fremdengewerbes

Ein Sonderfall ist das Fremdenverkehrsgewerbe. Auch dieser Gewerbe-
bezweig ist um die Hoffnungen betrogen worden, die er -im Altreich
an die Machtergreifung Hitlers, in den neu erworbenen Gebieten an
den Anschluss- geknüpft hatte. Der Verkehr in Bädern und Sommerfri-
schen steht im Zeichen der Kriegsvorbereitung und geht in diesem
Zeichen zurück. Die Ausländer meiden deutsche Bäder, weil sie fürch-
ten, vom Kriegsausbruch in Deutschland überrascht zu werden und
weil man sie mit polizeilicher Beobachtung und Versuchen politi-
scher Beeinflussung belästigt. Auch der KdF-Besuch geht zurück,
weil die Arbeiter mehr gezwungen als freiwillig, ihren Urlaub ver-
schieben, um Ueberstunden zu machen, weil sich viele weite Reisen
nicht mehr leisten können, und weil die Reichsbahn nicht mehr im
gleichen Masse wie früher KdF-Massentransporte bewältigen kann.

Ueber den Rückgang des Fremdengewerbes und über die Klagen, die
die Geschäftsleute dabei führen, wird aus verschiedenen Gegenden
des Reiches berichtet:

Oesterreich und Bayern, 1. Bericht: In der Gegend von Bad Ischl,
Bad Gmunden und Aussee fanden in letzter Zeit wiederholt Razzien
statt. Man versucht die Zellen der illegalen legitimistischen
Bewegung aufzuspüren und zu vernichten. Diese Massnahmen haben
zur Folge, dass sowohl Ausländer wie einheimische Besucher es
vorziehen, nach kurzer Zeit die Gegend zu verlassen. Früher als
Reaktionäre verschrieene und bekannte Persönlichkeiten, die schon
seit 30 Jahren regelmässig ins Gebiet zur Kur kamen, gelten nun
als Staatsfeinde und versuchen sich den Schikanen, denen sie
während ihres Kuraufenthalts ausgesetzt sind, durch baldige Aus-
reise wieder zu entziehen.

2. Bericht: Das Salzkammergut und Oberbayern waren schon immer besondere Anziehungspunkte für die Fremdenindustrie. Seitdem aber der Führer seinen Sitz in Berchtesgaden genommen hat, hoffte man dort auf eine besondere Hochkonjunktur. Das ist aber schon wieder vorbei. Es gab dieses Jahr einen denkbar schlechten Start. Die neugierigen Ausländer, die der Führersitz angelockt hatte, blieben in diesem Jahr bisher aus. 12 neue Hotels warten vergeblich auf die Auslandsgäste. Drei Baustellen, auf denen ebenfalls neue Hotels errichtet werden sollten, sind seit April wegen der plötzlichen wirtschaftlichen Stagnation stillgelegt worden. Für weitere Neubauten sind besondere Genehmigungen erforderlich, die nur die Führerkanzlei ausstellen darf. Man will die Gegend von Berchtesgaden, einem besonderen Wunsch des Führers entsprechend, vor "Ueberflutung mit Fremden" schützen. Nur für die Wehrmacht gelten diese besonderen Vorschriften nicht.

Hat sich ein Ausländer einmal in diese Gegend verirrt, so bemüht man sich von allen Seiten, ihn zu beeinflussen. Jedes Gespräch wird sofort auf die Einkreisungspolitik gebracht. Man versucht zu beweisen, dass Deutschland an dieser Verschlechterung der internationalen Situation schuldlos ist. Die Ausländer weisen darauf hin, dass eine Urteilsbildung durch die deutschen Zeitungen schwer möglich sei. Früher habe man diese Möglichkeit gehabt, sich im nahen Oesterreich die notwendige freie Presse zu verschaffen, aber nun sei auch dieser Weg versperrt. Die Ausländer nehmen eine festere Haltung gegenüber diesen Beeinflussungsversuchen ein und bringen ihre Argumente vor, während sie in den vergangenen Jahren sich ziemlich kritiklos der Propaganda ergaben, zumindesten während ihres Aufenthaltes im Lande nicht viel debattierten. Diese festere Auftreten der Ausländer hat neue Ueberwachungsmassnahmen veranlasst.

Am 1. April mussten von Bad Aibling alle Ausländer weg, weil diese Gegend Hauptdepot der Bombenflieger geworden ist. Es werden aussergewöhnlich viel Nachtübungen durchgeführt, an denen sich auch in grosser Zahl Italiener beteiligen. Die Verfügung hat bei den Besitzern der Hotels und Pensionshäuser fast eine Panik ausgesetzt. Sie wissen, dass sich eine solche Verfügung schnell herum-spricht und dass dann auch die Reichsdeutschen einen solchen Platz, wo man besonderer Beobachtung oder vielleicht sogar Gefährdung ausgesetzt ist, meiden. Die Hoteliers verlangten nun, dass die Gäste aus befreundeten Staaten zugelassen würden. Das wurde mit der Begründung abgelehnt, man könne solche Unterschiede in der Ausländerbewertung nicht machen, weil sonst aus den nichtbefreundeten Staaten überhaupt keine Kurgäste und Besucher nach Deutschland mehr kämen. Den Luxus könne man sich nicht leisten und deshalb müsste jede unnötige Provokation vermieden werden. Das Hotel- und Fremden-gewerbe von Bad Aibling muss sich deshalb in das Unvermeidliche fügen.

In den bayerischen Kurorten hat sich aber nicht nur die Zahl der Ausländer stark vermindert, sondern auch die der KdF-Fahrer. Im Salzkammergut treffen Absagen über Absagen ein. Die Pfingst-woche z.B. brachte ins Salzkammergut nur 67% der KdF-Besucher von 1938. Dabei war in der Pfingstwoche noch das günstigste Ergebnis zu verzeichnen. Im Vorjahr strömte alles in dieses Gebiet, - es war etwas Neues gewesen. Dieses Jahr fahren dieselben Leute in die westböhmisches Badeorte. Im wesentlichen ist aber das Ausbleiben der KdF-Fahrer damit zu begründen, dass das verschärfte

Arbeitstempo in den Betrieben die Arbeiter so ermüdet, dass sie sich nicht mehr zu Reisen aufraffen. Sie wollen einfach nur zu Hause einige Tage ausruhen.

Ein Tankstellenwart in K., nahe der ehemaligen Österreichischen Grenze, der 1934 in diese Stelle als treuer Anhänger Hitlers und verdienter Parteigenosse gekommen war, beklagte sich kürzlich: "Die ersten Jahre nach der Machtergreifung waren gut. Es war viel Betrieb hier. Das ist jetzt alles schon vorbei. An Privatfahrer darf ich nur 5 Liter Benzin auf einmal verkaufen. Meine Vorräte werden ausgebeutet von den Bonzen. Sie können beliebig tanken und zahlen mit Gutscheinen. Trinkgeld fällt bei ihnen weg. Ab und zu nur spendet einer einmal eine Zigarette. Dabei weiss man immer nicht einmal, ob man sie nehmen kann oder nicht. Offiziell ist die Annahme von irgendwelchen "Geschenken" verboten. Im Streitfall sind Zigaretten auch Geschenke, also muss man sich auf seine Menschenkenntnis verlassen, ob man einen Provokateur oder einen Spender vor sich hat. - So bescheidene Leute sind wir schon geworden. Unsere Konjunktur lag in den Jahren von der Machtergreifung bis zur Besetzung Oesterreichs. Die Betätigung in der illegalen Zeit hat uns Trinkgelder und Verdienste gebracht. Die österreichischen Illegalen kamen entweder zu Fuss über die Grenze und mussten mit einem Auto ein Stück landeinwärts gefahren werden, oder sie wurden vom Landesinnern herkommend hier kurz vor der Grenze wieder abgesetzt. Jetzt gibt es nur noch einen legalen Partei- und Militärbetrieb, bei dem man nur eine Nummer ist, die auch ohne jede Entschädigung zu funktionieren hat.

3. Bericht: Die Stimmung im Hotel- und Fremden-gewerbe im Gebiet von Bad Gastein ist dieses Jahr denkbar schlecht. Im Jahre 1937 ging das Geschäft verhältnismässig gut. 1938 wurde trotz aller Propaganda und allen Betriebes wenig verdient. Das Jahr 1938 brachte nur annähernd 60% der Umsätze von 1937. Einige Hoteliers, die mehr umsetzen konnten, hatten die entsprechend höheren Steuern zu zahlen, so dass der Mehrbetrieb vom Standpunkt des Einkommens nur Leerlauf gewesen ist.

Karlsbad und Marienbad waren für Gastein schon immer Konkurrenzorte. Dieses Jahr wirkt sich das aber ganz besonders aus. Die Gasteiner nehmen an, dass der grösste Teil ihrer deutschen Besucher ins böhmische Bäderdreieck abgezogen worden ist. Ein weiterer Grund ist die Grenznähe Gasteins. Vielen früheren regelmässigen Besuchern ist bekannt geworden, dass das Gebiet stark mit Militär belegt worden ist. Alles ist nervös.

Sachsen: Die kleine Stadt Lausigk bei Leipzig hat an den Reichsstatthalter von Sachsen eine Denkschrift gerichtet, worin sie sich darüber beschwert, dass durch die starke Bevorzugung der Ostmark und des Sudetengaus als Kurgebiete die kleinen Badeorte im Altreich ruiniert werden. Es sei kein Ausgleich für diesen Verlust, wenn auch die kleinen Badeorte mit einigen KdF-Gästen "beehrt" würden. Es wird in der Denkschrift bewiesen, dass an den KdF-Gästen überhaupt nichts verdient werden kann. Es sei bestenfalls geschäftlicher Leerlauf, oft sogar Verlustgeschäft.

Mitteldeutschland, 1. Bericht: Die Kleinbürger, Kleinrentner usw. unseres Gebietes haben gegen die Beschlagnahme der jüdischen Vermögen nichts einzuwenden. Sie werden von den Millionenziffern angeblich zusammengeschobenen jüdischen Besitzes beeindruckt. Man lehnt nicht die Beschlagnahme selbst ab, sondern nur die Methoden der Plünderung und die Schikanen, denen die Juden ausgesetzt sind. "Das nimmt kein gutes Ende für Deutschland und auch für uns selbst", sagen die Herren, die es nun seit Jahren schon am eigenen Geschäft spüren, dass die Vertreibung der Juden aus ihren Kurorten ihnen nur Nachteile gebracht hat. Als 1933 und 1934 überall gewünscht wurde, dass die Kurorte keine Juden mehr aufnehmen sollen, waren die Harzer freudig dabei, diesen Aufforderungen Folge zu leisten. War ihnen doch zugesichert worden, dass dann umso mehr Arier ihre Kurorte aufsuchen würden. Mehr Besucher sind auch in den Harz gekommen, aber fast ausschliesslich KdF-Leute. Heute wäre ein grosser Teil der Kurhausbesitzer und Pächter froh, wenn die kaufkräftigeren Juden da wären. Ebenso die übrigen Geschäftsleute. Die Kurhausbesitzer sind schlechte Bezahler geworden und die Geschäftsleute kommen als ihre Lieferanten in der Regel erst nach 4 bis 5 Monaten zu ihrem Gelde. Die Kurhausbesitzer haben kein Bargeld, sondern Schulden und möchten ihre Häuser los werden. Es stehen deshalb gegenwärtig im Harz eine Masse Häuser zum Verkauf, aussergewöhnlich billig. Wären Zwangsversteigerungen zugelassen, so würde in manchen Orten mehr als die Hälfte der Häuser unter den Hammer kommen. Sie sind auch oft in schlechtem Zustand. Mit der in den ersten Jahren nach der Machtergreifung so stark propagierten Hauserneuerung ist schon seit 1936 radikal Schluss gemacht worden. Erst fehlten die Zuschussmittel und gegenwärtig fehlen Baumaterialien und Arbeitskräfte. In den ersten Jahren legte die neue Herrschaft Wert darauf, dass eine gute Fassade des Hausbesitzer gezeigt wurde, jetzt verzichtet man auch darauf. Was macht schon der innere Verfall noch aus, wenn das Reich immer grösser wird.

2. Bericht: Der Anschluss des Sudetenlandes mit seinen schönen Weltbadeorten geht in diesem Jahr zu Lasten anderer Badeorte und Sommerfrischen im Altreich. Das thüringische und das Harz-Gebiet spüren schon jetzt die Folgen. War in diesen Gegenden in den letzten Jahren auch kein Bade- und Fremdenbetrieb im früheren Sinne zu verzeichnen, so hatte doch durch KdF- und Betriebsausflüge in diesen Orten eine gewisse Belebung stattgefunden. Die Arbeiter aus Berlin, der Niederlausitz und anderen nahe liegenden mitteldeutschen Gebieten konnten zu kurzen Urlauben nach dem Harz und nach Thüringen gebracht werden. Jetzt ist man völlig hoffnungslos. Überall gibt es nur hängende Köpfe. Die Frauen haben sich schon vorsorglich um Heimarbeit bemüht, um nicht vollständig auf dem Trockenen zu sitzen. Jeder Vertreter, der das Gebiet bereist, kann bittere Worte in allen Varianten hören. Die Bibelforscher bekommen hier eine neue Konjunktur.

In Friedrichroda wird man dieses Jahr nicht einmal ein eigenes Kurorchester unterhalten können. Hierher kamen in den letzten Jahren viele Beamten, die wegen der Devisenschwierigkeiten nicht nach Frenzenbad oder Marienbad gehen konnten. Nun gehen sie wieder in die beliebteren Sudetenbäder. Die böhmischen Knödel, das Pilsner Bier und der Abstecher nach Prag locken allzu sehr.

Auch Trambach-Dietharz hatte bis Mitte Mai erst ein Viertel der Anmeldungen des Vorjahres. Einige der Pensions- und Hotelbesitzer Thüringens wollten die Konjunktur auf andere Weise ausnützen und bemühten sich um Ankäufe in den böhmischen Kurorten. Auch diese Hoffnung wurde enttäuscht. Der Parteiführerklüngel versorgt seine ganze Verwandtschaft, die anderen gehen leer aus. Umgekehrt haben aber die Parteiorganisationen die Unverfrorenheit, der Bevölkerung der so benachteiligten Gebiete jetzt noch zuzumuten, Sudetendeutsche unentgeltlich aufzunehmen, die von der NSV gastfreundlich eingeladen worden sind.

Pommern: Das Gebiet ist seit 1933 belebt worden. Allein seit 1934 sind der gesamten Provinz 412.000 Arbeiter vermittelt worden. Wohl keine Provinz hat soviel Militärbauten gehabt wie Pommern. Eine Reihe von kleinen Städten wurde: neue Garnisonen. Eine Reihe von Orten erhielt Fliegerhorste. Neue Truppenübungsplätze wurden erstellt, mehrere Rüstungsfabriken gebaut. Obwohl der Kleinstadt-Charakter der Provinz erhalten geblieben ist, haben Geschäftsleute aller Art durch Militär- und Rüstungsindustrie bessere Umsatzmöglichkeiten gegenüber früher erhalten. Trotzdem mehren sich in letzter Zeit die Klagen. Eigenartige Tauschgeschäfte kommen zustande. Uns wurde eine Reihe von Fällen bekannt, wo Soldaten aus der Gegend von Siegen und Solingen bei Gastwirten ihre Zechen mit Bestecks bezahlen, da es ihnen an Bargeld mangelte. Da die Kundschaft nur aus Soldaten und Rüstungsarbeitern besteht, muss die Verdienstspanne gering gehalten werden, sonst können sie nichts kaufen. Auf ein grosses Pumpgeschäft können sich die Geschäftsleute auch nicht einlassen, da Soldaten und Arbeiter oft versetzt werden, und die Wirte denn das Nachsehen haben. Die Spenden- und Steuerbelastungen sind aber enorm, so dass die Geschäftsleute, namentlich die Gastwirte zu der Ueberzeugung kommen, dass der Verdienst trotz erhöhtem Umsatzes immer geringer wird.

Die Geschäftsleute an der Küste und auf der Insel Rügen machen dieselben Feststellungen. Eine Reihe von Geschäftsleuten aus Mölln, Tilzow, Zingst, Garz, Binz und Putbus berichten, dass der ihnen aus dem Geschäftsjahr 1938 verbleibende Reinertrag nicht die Hälfte des Ueberschusses von 1933 erreicht habe, obwohl die Besucherzahl im letzten Jahre wesentlich höher war als 1933. Nur wenige Geschäftsleute können wie in früheren Jahren im Winter von dem Erlös des Sommergeschäftes leben. Es gibt in solchen Notfällen zwar Einbeziehung in die Winterhilfeaktion. Dieses Spiel ist aber verlustreich. Diese Geschäftsleute würden, wenn die Spendenschröpfungaktionen des Sommers in Wegfall kämen, von den so ersparten Beträgen wesentlich mehr haben, als ihnen nun durch die Winterhilfeaktion sozusagen zurückerstattet wird. Ausserdem erwachsen den Geschäftsleuten Ausgaben aus den vielen Wettbewerben, denen sich niemand entziehen kann, wenn er nicht die Boykottierung seines Geschäftes riskieren will. So wurde im vergangenen Jahr auf Rügen eine Sonderaktion um das schönste Dorf durchgeführt. Jeder Hauswirt musste dafür 50 bis 100 RM aufbringen, obwohl sich fast nur KdF-Fahrer auf der Insel aufhielten. Resigniert sagen die Hausbesitzer, immer mehr Arbeit und immer weniger Geschäft.

Schleswig-Holstein: In den letzten Wochen hat ein wahrer Pilgerstrom von Hamburgern in das Gebiet von Dithmarschen eingesetzt. Sie verbringen ihren Urlaub dieses Jahr bei den dortigen Bauern, helfen ihnen bei den Erntearbeiten und hoffen sich dadurch für den Fall weiterer Lebensmittelverknappung ihre "Beziehung zum Land" zu sichern. Die Pensionen auf den Nordsee-Inseln, soweit sie nicht aus strategischen Gründen für den Kur- und Badebetrieb überhaupt gesperrt sind, warten dagegen vergeblich auf ihre gewohnten Gäste. Die als Gäste angekündigten SA- und SS-Familien sind ebenfalls ausgeblieben. Absage über Absage trifft ein. Die Begründung ist immer, dass neue dienstliche Verpflichtungen leider zur Zeit einen Urlaub nicht gestatten.

Rheinland-Westfalen: Während in den ersten Jahren des Hitlerregimes die rheinischen Hotel- und Gastwirte sich vom Nationalsozialismus einen grossen Aufschwung versprochen, klagen jetzt dieselben Kreise über ein erhebliches Nachlassen des Verkehrs. Besonders in diesem Sommer ist der Hotelbetrieb sehr zurückgegangen. Es ist kein Zweifel, dass die Leute mit ernstesten Verwicklungen rechnen und deshalb lieber zuhause bleiben. Bezeichnend ist auch, dass selbst die "Kraft-durch-Freude"-Fahrten in diesem Jahr längst nicht so zahlreich sind wie in den Jahren 1936/37 und 1938. Es ist anzunehmen, dass, abgesehen von der allgemeinen Unsicherheit mancher sich diese Fahrt trotz der erheblichen Verbilligung nicht mehr leisten kann. Denn die sonstigen Unkosten können viele nicht auf sich nehmen. Und schliesslich war KdF einige Jahre grosse Mode. Die Kleinbürger, die früher diese Fahrten mitmachten, haben sich diese Mode inzwischen abgewöhnt. Sie sind wieder zurückgekehrt zu ihren Wochenendfahrten in die Umgegend ihrer Heimat und verzichten auf "grosse Fahrt" mit KdF.

Alle diese Erscheinungen haben ein merkliches Nachlassen des Sommerbetriebes im Hotelgewerbe bewirkt.

Danzig: In Danzig macht man sich grosse Sorgen wegen des Ausbleibens der Kurgäste in den Danziger Seebädern, namentlich in Zoppot. Zoppot lebte früher von den meist jüdischen Kurgästen, die aus Polen dorthin zur Erholung kamen. Diese Gäste hat es allerdings schon im Vorjahre nicht gegeben. Ersetzt wurden sie, allerdings nur zum geringen Teil, durch reichsdeutsche Kurgäste, soweit sie Devisengenehmigungen erhielten. Immerhin war der Ausfall wenigstens zum Teil gedeckt. Auch KdF sorgte für ein wenig Betrieb, wenn an diesen Gästen auch nur sehr wenig zu verdienen ist. In diesem Jahre sind bis jetzt so gut wie überhaupt keine Kurgäste in Zoppot. Eine Anzahl von Zimmervermietern - und fast alle Zoppoter vermieten Zimmer- hat bereits im Mai von ihren Stammgästen aus dem Reich Nachricht erhalten, dass diese nicht kommen könnten, weil sie in diesem Jahre keine Devisengenehmigungen erhielten.

Bereits für Mai und Juni waren auch eine Reihe von KdF-Transporten angekündigt. Bis jetzt ist nicht ein einziger eingetroffen, und es wird in Danzig davon gesprochen, dass das Reich alle KdF-Transporte nach Danzig wegen der unsicheren politischen Lage gestoppt habe, was glaubhaft klingen könnte. Die Leute sind allerdings der Meinung, dass die KdF-Transporte deshalb nicht nach Danzig kommen dürfen, weil das Reich keine Devisengenehmigung erteilt. Die Zoppoter machen jedenfalls in diesem Jahre sehr lange Gesichter.

IV. Die Judenverfolgungen

Wir haben zuletzt in Heft 2/1939 (Seite A 78 - 101) über die Judenverfolgungen in Deutschland Bericht erstattet. Seither sind die Tschechoslowakei und Memel okkupiert worden. Die Aussicht darauf, irgendwo in der Welt eine neue Existenz gründen zu können, hat sich damit für zahlreiche deutsche Juden aufs neue verringert. Wer Hoffnungen auf ausländische Verwandte und Freunde -früher in Oesterreich, dann in der Tschechoslowakei- gesetzt hat, kommt jetzt in die Lage, diesen von einem Tag auf den anderen entrechteten Menschen seinerseits beizustehen und ihnen über die erste Zeit des fassungslosen Entsetzens hinwegzuhelfen.

Obgleich so die Möglichkeit, aus eigener Kraft einen Ausweg zu finden, für die in Deutschland und den besetzten Gebieten lebenden Juden noch weiter verringert worden ist, und obgleich sich das Dritte Reich durch seine neuen Okkupationen wiederum kräftig an den bisherigen jüdischen Vermögenswerten bereichert hat, wird der Druck, das Land zu verlassen, von Monat zu Monat gesteigert und zugleich die Habe, die auswandernde Juden mitnehmen dürfen, immer mehr beschränkt. Man ist sogar dazu übergegangen, Juden -vor allem aus Danzig- zwangsweise auf Schiffe zu verladen, die ihre "Fracht" nirgends an Land setzen können und monatelang auf den Meeren umherirren. Viele tausend Juden, denen die Verhaftung droht, wenn sie das Reich nicht verlassen, ziehen selbst die ungewisse Fahrt mit diesen Schiffen einem längeren Verbleiben in Deutschland vor, wo ihnen jede Existenzmöglichkeit entzogen ist.

1) Das Schicksal der Juden in den okkupierten Gebieten

a) B ö h m e n

In der gesamten Tschechoslowakei lebten bis zum Münchner Abkommen im September 1938 rund 375.000 jüdische Einwohner, die 2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung bildeten und volle Gleichberechtigung genossen. Der Einmarsch der Hitlerschen Okkupationsarmee am 15. März 1939, der in den frühen Morgenstunden erfolgte, überraschte die Einwohnerschaft buchstäblich im Schlaf. Die Juden, vor allem auch die, die aus dem Reich und aus den im Herbst 1938 besetzten Sudetengebieten

nach Prag geflüchtet waren, sahen sich über Nacht in die Hände ihrer Todfeinde gegeben. Seither ist gegen sie derselbe Vernichtungsfeldzug geführt worden, der die Juden im Reich allmählich, die Juden in Oesterreich in wenigen Wochen an den Rand des Abgrunds geführt hat.

Paragraph 2 der von Hitler auf dem Hratschin erlassenen Verordnung über das mährisch-böhmische Protektorat lautete:

"Die Deutschen, die im Protektorat wohnen, werden Reichsbürger; sie werden damit den Vorschriften zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Rassengesetz) unterworfen."

Damit war von vornherein die Gleichstellung der im Protektorat lebenden deutschen Juden mit den Reichsjuden vollzogen.

Unmittelbar nach den Okkupationstruppen hielt die Gestapo in Böhmen ihren Einzug. Eine Verhaftungswelle ging über das Land. Tschechische und deutsche Demokraten und Sozialisten, tschechische und deutsche führende Juden, Emigranten, die sich nach der Tschechoslowakei geflüchtet hatten, wurden gefangen gesetzt, misshandelt und z.T. in deutsche Konzentrationslager abtransportiert.

Nie hat man die wahre Zahl der Verhaftungen erfahren, nie auch die Ziffer der Selbstmorde, die sich in diesen Tagen in Böhmen ereignet haben.

In Prag selbst sind offene antisemitische Ausschreitungen im allgemeinen unterblieben, zumal die tschechische Bevölkerung Exzessen dieser Art ablehnend gegenübersteht. Dagegen waren mehrere Bombenanschläge auf jüdische Häuser zu verzeichnen, denen auch Menschen zum Opfer fielen. Zu anti-jüdischen Ausschreitungen nach reichs-deutschem Muster kam es in den Provinzorten mit deutschem Einschlag, so in Mährisch-Ostrau, Pilsen, Brünn, Pardubitz usw.

Im ganzen Protektorat wurden die Synagogen entweder abgebrannt oder von den Gemeinden beschlagnahmt. Da die tschechischen Feuerwehren die Gewohnheit, Brände zu löschen, noch nicht abgelegt haben, und aus diesem Grunde die Regie nicht überall klappte, gab die Prager Gestapo einen Geheimbefehl heraus, der allen Feuerwehren im gesamten Protektorat untersagte, die in Synagogen oder jüdischen Gemeindegemeinschaften entstehenden Brände zu löschen. Die Brände seien in solchen Fällen nur zu lokalisieren. Völlig niedergebrannt wurden u. a. die Synagogen in Bronn, Iglau, Witkowitz, Falkenau, Mährisch-

Ostrau, Zabreh a.O., Oderfurt bei Mährisch-Ostrau und Friedeck. In verschiedenen Orten vernichtete man auch die Gemeindehäuser, in Mährisch-Ostrau wurde das von Juden besuchte Kaffee Opera in Brand gesteckt.

Wir erhalten hierzu folgenden Bericht:

Die Synagogen in Mistek-Frydek, Witkowitz und Mährisch-Ostrau sind durch Brandstiftungen vernichtet. Erst kam die Synagoge in Mährisch-Ostrau an die Reihe, hier gelang es der Feuerwehr einzuschreiten, man löschte den Brand. Aber bereits nach drei Tagen, am 2. Juni wurde wieder ein Brand "entdeckt", es war sofort SA-Mannschaft zur Stelle, und die Feuerwehr durfte nicht mehr eingreifen. In Witkowitz überwachten SA-Leute den Brand und am 12. Juni kam auch die Synagoge in Mistek-Frydek dran. Es gibt unter der Bevölkerung nur eine Meinung: dass es sich hier um von den Nazis organisierte Brände handelt. Es ist bekannt, dass man in der Synagoge in Witkowitz bereits am 23. bzw. 24. Mai den ersten Versuch machte, wobei dem Brand die gesamte Inneneinrichtung zum Opfer fiel, dann folgte später der Brandangriff auf das Gebäude, das heute nur noch einen Trümmerhaufen bildet. Zwar werden diese Synagogenbrände von der Bevölkerung scharf verurteilt, aber man nimmt all das als Tatsachen hin, mit denen man sich abzufinden hat.

Die Versicherungsgesellschaften weigerten sich, für die entstandenen Schäden zu haften. Dagegen erhielten mehrere jüdische Gemeinden, z.B. die von Brünn, die Aufforderung, die ausgebrannten Synagogen auf ihre Kosten wieder aufbauen zu lassen und die Schaufenster der jüdischen Geschäfte zu reinigen, die mit antisemitischen Losungen beschmiert worden waren.

Die jüdischen Friedhöfe wurden den jüdischen Gemeinschaften in vielen Fällen entzogen. So beschloss die Stadtverwaltung in Pardubitz, den aus dem Jahre 1642 stammenden alten jüdischen Friedhof in eine öffentliche Parkanlage mit Kinderspielplatz umzuwandeln und den Juden den Zutritt zu verbieten. Der jüdische Friedhof in Prerau wurde vom Bauamt beschlagnahmt.

Im Mai schon wurden aus dem Protektorat die ersten "judenrein gemachten" Städte gemeldet, u.a. Falkenau, wo zuvor mehrere hundert Juden gelebt hatten.

Vor allem tobte sich der Rassenwahn der Eroberer auf wirtschaftlichem Gebiet aus. Es geschah das Gleiche wie in Oesterreich: alle zurückgedrängten Neidinstinkte gegen die Juden brachen hemmungslos durch und führten zu einer Vorwegnahme der erst allmählich in Kraft tretenden Verordnungen und Gesetze.

Eine vollständige und nach dem zeitlichen Ablauf exakte Darstellung der Massnahmen gegen die Juden kann auch heute noch nicht gegeben werden. Im ersten Vierteljahr ist der Reihe nach etwa das Folgende geschehen:

Eine Verordnung der deutschen "Protektoren" verhängte eine Sperre über alle jüdischen Bankkonten. Kein Jude durfte bis auf weiteres Geld abheben. Der Verkauf von Wertpapieren ist den Juden erst seit der zweiten Hälfte Juni wieder gestattet.

Das Radio kündigte bereits in den ersten Tagen an, dass in aller nächster Zeit für alle jüdischen Geschäfte "Kommissare" eingesetzt werden würden, was später auch nach und nach geschah.

Die den Juden gehörigen Hotels und Pensionen in den Bädern und Kurorten wurden in arische Verwaltung übernommen. Der Bürgermeister von Karlsbad liess 60 in jüdischem Besitz befindliche Hotels und Kurhäuser offiziell zum Verkauf ausschreiben.

In Brünn wurde eine für ganz Mähren geltende Verordnung erlassen, nach der zwar jeder eigenmächtige Eingriff in jüdisches Vermögen untersagt, zugleich aber eine Sperre über das jüdische Eigentum verhängt wurde, das von da an -auch geschenkweise- nicht mehr übertragbar war.

Die 40 in Böhmen erscheinenden jüdischen Zeitungen und periodischen Zeitschriften wurden samt und sonders verboten. Erst im Juli hat man wieder eine einzige Zeitschrift, das Organ der jüdischen Gemeinde in Brünn, "Hadoar" zugelassen.

Am 22. März fasste der Landesausschuss Böhmen den Beschluss, alle jüdischen Landesangestellten zu entlassen. Gleichzeitig wurden die Aerzte aus dem Dienst der öffentlichen Krankenkassen in Böhmen ausgeschlossen.

Die Prager Stadtverwaltung entliess ihre jüdischen Angestellten fristlos. Ebenso erfolgten Massenentlassungen von Juden aus privaten Unternehmungen.

Sämtliche jüdische Verlagshäuser -darunter der bekannte Melantrich-Verlag in Prag und der Verlag Kittl in Mährisch-Osttau- wurden arisiert, und zwar unter gleichzeitiger Entlassung aller jüdischen Angestellten.

Der unter deutscher Kontrolle stehende Verband tschechischer Anwälte forderte sämtliche jüdischen Mitglieder auf, binnen 24 Stunden ihre Kanzleien an arische Verwalter zu übergeben.

Die Ingenieurkammer gab ihren jüdischen Mitgliedern bekannt, sie hätten ihre Unternehmungen "freiwillig" zu liquidieren und der Kammer eine Liste derjenigen Deutschen zu unterbreiten, denen die Liquidation anvertraut werde. Die Aktion müsse bis Anfang April beendet sein.

Die Versicherungsanstalten stellten sämtliche Zahlungen an Juden ein, für die keine besondere behördliche Erlaubnis vorgelegt werden konnte.

Der Prager Magistrat verbot den Juden, mit Lichtreklame für ihre Geschäfte zu werben.

Sämtliche jüdische Institutionen in Böhmen und Mähren wurden von der Gestapo geschlossen, auch die einzige jüdische Ausspeisung in Prag. Alle jüdischen Wohlfahrtsinstitutionen mussten ihre Tätigkeit einstellen, die Leiter wurden zum Teil verhaftet, die Kassen wurden beschlagnahmt, die Räume versiegelt. Die wohlhabenderen Juden hatten nur geringe Möglichkeiten, der Not zu steuern, weil ihre Bankkonten gesperrt waren.

Die Prager Stadtverwaltung beschloss einstimmig, alle Kontrakte mit jüdischen Firmen auf Deutsche zu übertragen.

Die Bibliothek der jüdischen Gemeinde in Prag wurde von der Gestapo geschlossen.

Die tschechischen Sportorganisationen schlossen alle jüdischen Mitglieder aus.

Die Stadtverwaltung Aussig konfiszierte zur Feier von Hitlers 50. Geburtstag die Parkanlagen der Bankiersfamilie Petschek und machte sie der Gemeinde zum Geschenk.

Am 1. Mai verloren rund 150.000 tschechische Staatsangehörige, in der Hauptsache Juden, ihr Bürgerrecht. Sie hatten sich nach dem Anschluss des Sudetengebietes nicht zur gesetzlich angeordneten Überprüfung aller Naturalisierungen seit 1918 gemeldet. Den auf diese Weise Ausgebürgerten wurde auferlegt, die Tschechoslowakei sobald wie möglich zu verlassen.

Die "Protektoratsbehörden" eröffneten ein besonderes Amt für die Arisierung jüdischer Geschäfte.

Mit der eigentlichen Judengesetzgebung ging es zunächst nicht recht vorwärts. Wer den Gang der Ereignisse verfolgt hat, kann sich kaum des Eindrucks erwehren, dass hier von tschechischer Seite eine unverhüllte Obstruktion getrieben worden ist. Die tschechische "Partei der nationalen Einheit" setzte eine "Kommission zum Studium der Judenfrage" ein, die zugleich für den Entwurf des geplanten Judengesetzes verantwortlich sein sollte. Mehrere tschechische Minister sprachen sich gegen die Lösung der Judenfrage auf rassischer Grundlage aus und wollten sie als rein wirtschaftliches Problem behandelt wissen. Die Kommission beschloss zunächst, es sollte nur der als Jude gelten, der vor dem 30. Oktober 1918 jüdischer Religion war. Auch sollte es eine Art Ehrenarier geben, das heißt Juden, denen "besonderer Verdienste wegen die Zugehörigkeit zur arischen Rasse zuerkannt wird". - Im Mai unterbreitete Neureth, der mit dieser Regelung natürlich nicht einverstanden sein konnte, dem Präsidenten Hacha die "Wünsche" der deutschen Regierung zur tschechischen Judengesetzgebung. Unmittelbar danach wurden sämtliche Mitglieder der "Kommission zum Studium der Judenfrage" durch neue ersetzt. Etwa eine Woche später unterbreitete die neu zusammengesetzte Kommi

sion Herrn Neurath vier Entwürfe zum Judengesetz, die als zu milde verworfen wurden. Nach weiteren 14 Tagen entschloss sich Reichsprotector v. Neurath, selbst eine "Verordnung über die Entjudung der Wirtschaft in Böhmen-Mähren" herauszugeben. Diese Verordnung vom 21. 6. 1939 besagt u. a.:

§ 1 (1) Juden, jüdische Unternehmen und jüdischen Personenvereinigungen sind die Verfügung über Grundstücke, Rechte an Grundstücken, wirtschaftliche Betriebe und Beteiligungen an solchen, Wertpapiere aller Art, sowie die Verpachtung von Grundstücken und wirtschaftlichen Betrieben und die Uebertragung von Pacht-rechten dieser Art nur mit besonderer schriftlicher Genehmigung erlaubt. Das gleiche gilt für die Verpflichtung zu Verfügungen über die genannten Gegenstände.

§ 2 (1) Die Genehmigung nach § 1 erteilt der Reichsprotector...

§ 3 Juden, jüdische Unternehmen und jüdische Personenvereinigungen haben die in ihrem Eigentum oder Miteigentum stehenden oder von ihnen gepachteten Land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücke bis zum 31. Juli 1939 beim zuständigen Oberlandrat anzumelden.

§ 4 (1) Juden, jüdischen Unternehmen und jüdischen Personenvereinigungen sind der Erwerb von Grundstücken und Rechten an Grundstücken, von Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmungen und von Wertpapieren sowie die Uebernahme und Neuerrichtung wirtschaftlicher Betriebe und die Pachtung von Grundstücken verboten.

...

§ 5 (1) Juden, jüdische Unternehmer und jüdische Personenvereinigungen haben die in ihrem Eigentum oder Miteigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin und Silber sowie Edelsteine und Perlen bis 31. Juli 1939 bei der Nationalbank oder den von ihr bestimmten Stellen anzumelden.

(2) Ihnen sind der Erwerb, die Veräußerung und die Verpfändung der in Absatz 1 aufgeführten Gegenstände verboten.

(3) Das gleiche gilt für sonstige Schmuck- und Kunstgegenstände, soweit der Wert für den einzelnen Gegenstand oder eine Sammlung von Gegenständen den Betrag von 10.000 Kč übersteigt.

§ 9 (1) Der Reichsprotector kann in ihm geeignet erscheinenden Fällen Treuhänder bestellen, die seiner Aufsicht und Weisung unterliegen.

§ 10 (1) Wer dieser Verordnung oder den zu ihrer Durchführung erlassenen Bestimmung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen belegt. Ebenso wird bestraft, wer die Bestimmungen dieser Verordnung oder die zu ihrer Durchführung erlassenen Bestimmungen umgeht...

(4) Neben der Strafe kann auf Einziehung des Vermögens erkannt werden, soweit es Gegenstand der strafbaren Handlung war. Kann keine bestimmte Person verfolgt werden, so kann auf Einziehung des Vermögens auch selbständig erkannt werden...

(6) Die Untersuchung und Aburteilung dieser Straftaten liegt den deutschen Gerichten ob, die nach dem allgemeinen Reichsrecht zuständig sind...

§ 12 (1) Diese Verordnung tritt mit dem Tag ihrer Bekanntmachung in der Prager Tageszeitung "Der Neue Tag" in Kraft.

(2) Die Vorschriften der §§ 1, 2 und 4 gelten rückwirkend vom 17. März 1939 an mit der Massgabe, dass in der Zwischenzeit geschlossene genehmigungspflichtige Geschäfte rechtsunwirksam sind, solange nicht die Genehmigung nachträglich erteilt ist...

Diese Verordnung ist nachträglich noch verschärft worden. Am 24.

Juni meldete die reichsdeutsche Presse:

"In der Verordnung des Reichsprotectors über die jüdischen Vermögen in Böhmen und Mähren war bestimmt worden, dass alle seit dem 17. März 1939 abgeschlossenen Geschäfte mit jüdischem Besitz überprüft und neu abgewickelt werden müssen. Dieses Datum ist auf den 15. September 1935 zurückverlegt worden."

(Zitiert nach der "National Zeitung", Essen.)

Dass die für Geschäfte mit Juden erforderliche Genehmigung allein vom Reichsprotector erteilt werden kann, hat einen besonderen Sinn, den die "Volkdeutsche Zeitung", Brünn, am 5. 7. enthüllt:

"Wir Deutschen im tschechischen Protektorat tragen kein Verlangen nach dem Vermögen der Tschechen, aber wir werden es nicht zulassen, dass sich das tschechische Volk durch die Arisierung jüdischen Besitzes bereichert. Wir fordern, dass bei diesem Geschäftstransfer die Deutschen in erster Reihe berücksichtigt werden. Wir bewundern die Klugheit des Führers, der den Reichsprotector ermächtigt hat, die Arisierung jüdischer Geschäfte zu überwachen."

In der Tat haben -genau wie zuvor im Sudetengebiet- nicht allein die in Böhmen ansässigen Deutschen, sondern auch reichsdeutsche Firmen bei der Arisierung ein gutes Geschäft gemacht.

Im Übrigen sind nach Neuraths Verordnung im Juli noch einige Bestimmungen herausgegeben worden, die dazu dienen, die Lage der Juden noch verzweifelter zu machen. So hat man z.B. den jüdischen Anwälten und Aerzten, die ihre Praxis nicht weiter ausüben dürfen, untersagt, ihre Angestellten vor Ende des Jahres 1939 zu entlassen. Die jüdischen Juweliere müssen ihre Geschäfte offen halten und dürfen die Löhne ihrer Angestellten nicht kürzen, obwohl ihnen verboten ist, Gold- und Silberwaren zu verkaufen.

Auch die deutschen Gerichte im Protektorat haben ihre Tätigkeit aufgenommen und tragen zur Verfolgung der Juden das ihre bei. Die ersten Rassenschandurteile sind ergangen.

Der aus Hohensalza stammende jüdische Arzt Dr. Levy, der mit seiner jetzigen Frau, einer Arierin, aus Berlin geflüchtet war und sich 1936 hatte in Russland trauen lassen, ist zu 2 1/2 Jahren, seine Frau zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Der 67-jährige jüdische Arzt Dr. Julius Lehrer aus Troppau, der seit 1924 mit einer Arierin zusammenlebte und angeklagt war, die Beziehung auch nach Einführung der Nürnberger Gesetze im Sudetenland fortgesetzt zu haben, erhielt 3 1/2 Jahre Gefängnis.

Bezeichnend ist ferner das Racheurteil gegen den ehemaligen jüdischen Leutnant der tschechoslowakischen Armee Josef Fischer aus Pilsen, der zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, weil er angeblich seinerzeit sudetendeutsche Soldaten seiner Kompanie "öffentlich getadelt hat". Dieses Urteil ist von einem deutschen Militärgericht im Protektorat gefällt worden.

Der Zwang zur Auswanderung der Juden wird systematisch verschärft. Nach den vom Statistischen Amt der tschechischen Regierung bekanntgegebenen Auswanderungsziffern sind vom Oktober 1938 bis zum 1. Juli 1939 rund 24.000 Personen, darunter 22.684 Juden aus dem Gebiet des Protektorats regulär ausgewandert. Dabei sind allerdings die Flüchtlinge nicht mitgezählt.

Beim Reichsprotektor v. Neurath ist eine "Zentralstelle für die jüdische Auswanderung" geschaffen worden, die unter der Leitung des Gestapo-Beamten Dr. Stahlecker steht. Juden, die aus dem Protektorat auswandern wollen, müssen ihre Gesuche ausnahmslos an dieses Zentralamt richten.

Daneben hat die Gestapo der Prager jüdischen Gemeinde die Gründung eines zentralen jüdischen Auswanderungsamtes in Prag mit einer Filiale in Brünn genehmigt. Kurz nach der Gründung ist dieser Stelle durch die Gestapo mitgeteilt worden, dass innerhalb des nächsten Jahres mindestens 70.000 Juden aus dem Protektorat auswandern müssen.

Uns ist Ende Juli ein weiterer Bericht aus Mährisch-Ostau zugegangen, der deutlich macht, wie diese Auswanderungen von den deutschen Machthabern vorbereitet und erzwungen werden.

"Aus dem früheren Magazingefängnis in der Marxgasse in Mährisch-Ostau hat man jetzt die politisch Verdächtigen abgeführt, sie ins Polizei- oder Bezirksgefängnis überstellt und dort die reichen jüdischen Geschäftsinhaber und Juden untergebracht, denen man anheimstellt, auszuwandern. Nur unter dieser Bedingung haben sie Aussicht, freizukommen. Der bekannte Warenhausinhaber Rix wurde Anfang Juni mit einem Handwagen wiederholt durch die Stadt geführt, weil er sich weigerte, schriftlich auf sein gesamtes Vermögen zu verzichten. Nun scheint er Ende Juni sich dennoch entschlossen zu haben, dem Willen der Gestapo zu folgen, und nach dem Verzicht auf sein Vermögen wurde er in das Anhaltelager für Juden nach dem Magazin in der Marxgasse überführt. Ähnlich erging es anderen jüdischen Geschäftsinhabern. Die Nürnberger Gesetze werden in Mährisch-Ostau jetzt streng durchgeführt, die jüdischen Vermögen sind ohne Ausnahme beschlagnahmt."

b) Slowakei
- - - - -

In der Behandlung der Judenfrage unterscheidet sich die Slowakei insofern von Böhmen, als die tschechische Bevölkerung dem Pogrom-Antisemitismus ablehnend gegenübersteht, während es dem deutschen Einfluss in der Slowakei schon seit längerer Zeit gelungen ist, eine jüdenfeindliche Bewegung zu erzeugen. Exekutivorgan dieser Bewegung ist die berüchtigte Hlinka-Garde. Die Zahl der Verhafteten geht in die Tausende. Grosse Scharen von Juden haben versucht, das nackte Leben über die polnische Grenze zu retten. Sie sind zum Teil von der polnischen Grenzwehr zurückgeschickt, aber in die Slowakei nicht wieder eingelassen worden. Tausende von slowakischen Juden irren gänzlich mittellos im Niemandsland umher.

Wir geben auch für die Slowakei einen gedrängten Ueberblick über die Geschehnisse nach dem 15. März:

Am 1. April hat die slowakische Regierung ein Judengesetz verabschiedet, das den Juden u.a. verbietet, sich als Juristen und Notare zu betätigen.

Durch ein am 1. Mai erlassenes Gesetz wurden 300.000 Juden der slowakischen Staatsangehörigkeit beraubt. Es handelt sich um Menschen, die erst nach 1918 naturalisiert worden sind, aber oft aus alteingesessenen Familien stammen.

Anfang Mai teilte der slowakische Ministerpräsident Tiso der Presse mit, dass alle Juden aus den öffentlichen Stellen in der Slowakei entfernt seien. Es gebe nur mehr wenige Aerzte und Advokaten mit einer rein jüdischen Klientel. In Handel und Industrie gehe die "erfolgreiche Arisierung" rasch voran.

Fast alle jüdischen Geschäfte in der Slowakei wurden mit der Aufschrift "Jude" (Žid) und dem Davidstern beschmiert. Nichtjüdische Kunden wurden mit Gewalt am Betreten der Geschäfte gehindert.

Die Synagogen in Kásmark (Kezmarok) Swatijur und Gölnitz wurden niedergebrannt, die Synagoge in Priešov wurde mit Bomben in die Luft gesprengt. Die Synagoge in Dobruska wurde in ein Kirchenmuseum umgewandelt. In Pezinok hat man die Juden gezwungen, ihre Synagoge selbst anzuzünden.

In der slowakischen Hauptstadt Bratislava sind Juden auf der Strasse von Hlinka-Gardisten und deutschen SA- und SS-Leuten schwer misshandelt worden. Es kam auch zur Plünderung jüdischer Geschäfte.

Auch in Bardejow, St. George und Swatijur sind Juden misshandelt worden.

Am 1. Mai wurden Haussuchungen in zahlreichen jüdischen Wohnungen der Slowakei veranstaltet, wobei beträchtliche Geldsummen "beschlagnahmt" worden sind.

An fast allen Parkeingängen wurde die Aufschrift angebracht: "Juden Eintritt verboten!"

In der ganzen Slowakei wurde die jüdische Makkabi-Sportorganisation aufgelöst.

In sämtliche jüdische Unternehmungen setzte man "Kommissare". Tausende von jüdischen Angestellten wurden entlassen.

Nach dem 23. Juni übernahm die Slowakei die Neurath-Verordnung. Innerhalb 60 Tagen mussten die Juden, auch die ausländischen, getauften und Halbjuden, eine Erklärung über ihr Vermögen abgeben, über das sie bis auf weiteres nicht frei verfügen dürfen.

Juden dürfen in der Slowakei keine Apotheken mehr besitzen.

Am 3. Juli haben mehr als 1.000 Juden auf Donauschiffen Bratislava verlassen. Sie wurden von slowakischen Polizeibeamten bis zum Schwarzen Meer eskortiert.

Aus dem Städtchen Belus ist die ganze jüdische Gemeinschaft ausgetrieben worden, nachdem man die Juden vorher gezwungen hatte, ihr gesamtes Vermögen der "Kontrolle" der Hlinka-Garde zu unterstellen.

Die aus der slowakischen Armee entlassenen etwa 500 jüdischen Offiziere und Soldaten sind in Armeearbeitslagern untergebracht worden und müssen ohne ausreichende Verpflegung und bei übermässiger Arbeitsdauer ausserordentlich schwere Arbeiten verrichten.

c) M e m e l g e b i e t

Nach der Okkupation von Böhmen wusste die Judenschaft in Memel, dass die Besetzung auch ihrer Heimat nur noch eine Frage von Tagen sein würde. Es setzte eine Massenflucht nach Litauen ein. Von den insgesamt 5 - 6.000 Memeler Juden befanden sich am Tage vor dem deutschen Einmarsch am 23. März 1939 nur noch etwa 2.000 in der Stadt, von denen etwa 1.500 noch in letzter Stunde entkommen konnten. Aus den letzten Flüchtlingszügen am Morgen des 23. März wurden einige Leute von der SS verhaftet. Das Gepäck der Reisenden wurde durchsucht und jedem Juden nur ein Gepäckstück überlassen. Die übrigen Stücke wurden "konfisziert". Lastwagen, die jüdische Habe nach Litauen schaffen wollten, wurden an der Grenze gezwungen, nach Memel zurückzukehren.

Einige der grössten Tabak-, Textil- und Schokoladenfabriken Memels, ferner Engros-Handlungen und Warenhäuser fielen den Nationalsozialisten in die Hände.

Die Räumlichkeiten der jüdischen Gemeinde und aller jüdischen Organisationen wurden sofort von den Sturmscharen besetzt. Drei

Synagogen wurden zerstört, viele jüdische Wohnungen demoliert.

In den Provinzorten des Memellandes wurden gleichfalls alle Synagogen vernichtet, die Thora-Rollen auf die Strasse geworfen, zerrissen und mit Füßen getreten. SA und SS besetzte alle jüdische Fabriken und Geschäfte. Es kam zu schweren Misshandlungen.

Am 30. März veröffentlichte der "Treuhänder für das jüdische Eigentum in der Stadt Memel" im "Memeler Dampfboot" die folgende Konfiskations-Verordnung:

"Durch Verfügung des stellvertretenden Ueberleitungskommissars für die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich vom 27. März 1939 bin ich zum Treuhänder für das gesamte jüdische Eigentum in der Stadt Memel bestellt. Ich bestimme daher folgendes:

Es sind mir sofort schriftlich zu melden: 1. Sämtliche jüdische Guthaben bei Banken, Sparkassen und ähnlichen Instituten. 2. Sämtliche Zahlungen, die Firmen oder Personen an jüdische Betriebe, Geschäfte und Privatpersonen zu leisten haben. 3. Alles Eigentum, soweit es sich noch in jüdischem Besitz und alles jüdische Eigentum, das sich noch in anderen Händen befindet. 4. Durch die Hausbesitzer, sämtliche Betriebs-, Geschäfts- und Lagerräume, soweit sie an jüdische Gewerbetreibende vermietet waren oder noch sind. 5. Alle Forderungen an jüdische Betriebe, Geschäfts- und Privatpersonen.

Zahlungen an jüdische Gläubiger dürfen nicht erfolgen. Bei Nichtbefolgung obiger Anordnung ist Bestrafung zu erwarten.
W. Betke."

Alle noch in Memel lebenden Juden mussten bis zum 31. Mai ihren gesamten Schmuck abliefern. Sie durften nur je eine silberne Uhr, ein silbernes Essbesteck und falsche Gebisse behalten.

Beim Amtsgericht in Memel ist eine "Beratungsstelle für Arierungsfragen" errichtet worden. Bei den Banken hat man Sonderkonten eröffnet, auf die alle Arier die Beträge einzahlen müssen, die sie den Juden schulden.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Truppen kam Gestapo nach Memel, die etwa 100 Personen, meist litauische Juden, unter Spionageverdacht verhaftete.

Der Memeler jüdische Arzt Dr. Henemann, ein litauischer Staatsbürger, ist -bis jetzt ohne Veröffentlichung der Gründe- von einem deutschen Gericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

d) O e s t e r r e i c h

In Oesterreich wird der Vernichtungsfeldzug gegen die Juden systematisch fortgesetzt.

Nach dem amtlichen Bericht der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde aus dem Juni 1939 sind von den rund 300.000 österreichischen Juden bis jetzt 88.000 ausgewandert. Diese Zahl bezieht sich aber nur auf die Glaubensjuden.

Nach dem in Wien erscheinenden "Weltblatt" vom 24.7. 1939, das sich amtlicher Angaben bedient, haben seit März 1938 99.672 Juden Oesterreich auf dem regulären Auswanderungswege verlassen. Da in dieser Ziffer die emigrierten Halb- und Vierteljuden, sowie alle jene fehlen, denen Privatpersonen zum Verlassen Oesterreichs verholfen haben, könne man -so schreibt das "Weltblatt"- mit Sicherheit annehmen, dass in den letzten 15 Monaten rund 200.000 Voll-, Halb- und Vierteljuden Oesterreich verlassen haben.

Trotz dieser hohen Ziffern und trotz der völligen Verarmung der noch nicht emigrierten Juden wird die antisemitische Propaganda fortgesetzt.

In der anthropologischen Abteilung des naturhistorischen Museums in Wien ist eine Sonderschau eröffnet worden: "Das körperliche und seelische Erscheinungsbild der Juden". Der Leiter dieser Abteilung hat erklärt, es gelte aufzuzeigen, "wie verschieden" die jüdische Rasse von der arischen sei.

Durch ein Dekret Bürckels ist den deutschen und staatenlosen Juden das Betreten des Praters verboten worden.

Die Massenausreibungen der nach Polen zuständigen Juden nehmen immer krassere Formen an.

Eine neue Wendung in der Behandlung der Judenfrage scheint der Arbeitermangel im Dritten Reich herbeizuführen. Wir haben bereits im Vormonat (Heft 6/1939, Seite A 76) einen Bericht aus Mitteldeutschland gebracht, aus dem hervorging, dass auch Juden zum Arbeitseinsatz im alten Reichsgebiet herangezogen werden. Weiter berichtet das angesehene englische Aerzte-Organ "Lancet", die österreichischen Behörden seien wegen des Mangels an Aerztpersonal gezwungen, einer Anzahl jüdischer Aerzte wieder die Ausübung der Praxis zu gestatten. Nunmehr liegt uns ein Merkblatt der Wiener Auswanderungs-Hilfsaktion "Gildemeester" vor, das körperlich kräftige Juden auf Verdienstmöglichkeiten im Reich aufmerksam macht.

Wir reproduzieren dieses Dokument nachstehend:

"GILDEMEESTER"

Auswanderungs-Hilfsaktion
Wien I., Wollzeile 7

**ARBEITSMÖGLICHKEIT FÜR CHRISTLICHE UND KONFESSIONSLOSE
NICHTARIER.**

Gesunde, kräftige Männer im Alter zwischen 18 und 50 Jahren, die nicht zur Ausreise befristet sind, finden Arbeitsmöglichkeit im Reichsgebiet gegen normale Bezahlung und Bedingungen.

Die Auswanderungsmöglichkeit bleibt in der Weise gewahrt, dass jeder, der in den Besitz einer Einreisebewilligung gelangt, innerhalb weniger Tage nach Wien zurückkehren kann, um seine Ausreise vorzubereiten.

Wer sich und seiner Familie eine Verdienstmöglichkeit sichern will, wird aufgefordert, sich umgehend in der Auskunftsabteilung Wollzeile 7, I. Stock, zu melden.

Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, dass die Anmeldung eine freiwillige ist, dass aber nach erfolgter Anmeldung, der Einberufung zur ärztlichen Untersuchung und zur Aufnahme der Arbeit, unbedingt Folge geleistet werden muss.

Wir fordern alle jene Männer, auf die die obigen Bedingungen zutreffen auf, sich umgehend zur Arbeit zu melden, um den Beweis der Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der Nichtarier zu erbringen.

Eine ähnliche Meldung kommt aus Prag. Dort wurde jüdischen Ingenieuren und Chemikern, die im Auswanderungsamt der Gestapo erschienen, mitgeteilt, sie könnten in Deutschland in ihrem Fach Arbeit finden. Die Juden, die auf das Angebot eingingen, sind grösstenteils nach Hamburg vermittelt worden.

e) D a n z i g

Ueber die Lage der Danziger Juden erhalten wir folgende Berichte:

1. Bericht:

In Danzig ist am 4. März im Gesetzblatt eine Verordnung erschienen, in der bestimmt wird, dass alle noch in Danzig wohnenden Juden, gleich welcher Staatsangehörigkeit, zu einer Haftgemeinschaft zum Zwecke der Finanzierung der jüdischen Auswanderung zusammenschlossen werden. Dadurch werden die Juden insgesamt verpflichtet, die Kosten der Auswanderung für mittellose Juden aufzubringen.

In der Praxis werden zu dieser Haftgemeinschaft^A -93-

nur solche ausländische Juden mit Beiträgen herangezogen, die in Danzig Grundbesitz haben. Auf die polnischen Juden bezieht sich die Verordnung allerdings nicht, da das den Danzig-polnischen Verträgen widersprechen würde. Die Formel "ohne Unterschied der Staatszugehörigkeit" ist deshalb wohl nur aus propagandistischen Gründen gewählt worden. Die Leute sollen sehen, über welche Macht der Danziger Senat verfügt, dass er auch einfach über das Vermögen der ausländischen Juden disponieren kann.

Zur Durchführung der Verordnung ist eine besondere Dienststelle beim Senat eingerichtet worden.

Am 3. März verliess ein Transport Danziger Juden -im ganzen etwas über 500 Menschen- Danzig. Die Fahrt ging mit Autobussen über die ostpreussische Grenze nach Marienburg. Von dort wurden die Juden -so jedenfalls war es vorgesehen- mit einem Sonderzug nach Deutschland und Italien bis Triest befördert, wo sie einen griechischen Dampfer besteigen sollten, der sie nach Palästina bringen sollte. Sämtliche Teilnehmer an der Fahrt besaßen keine Einwanderungserlaubnis nach Palästina.

2. Bericht:

Nachdem auch die letzte Danziger Synagoge, die Danziger Haupt-synagoge, abgebrochen wird, haben die noch in Danzig lebenden Juden keine Möglichkeit mehr, in einem Gotteshaus Gottesdienste abzuhalten. Von Augenzeugen erfahre ich, dass etwa 70 bis 80 Danziger Juden mitten aus der Betandacht, die sie zu Pfingsten in den frühen jüdischen Speisesälen auf der Pfefferstadt abhielten, von der politischen Polizei verhaftet und zum Polizeipräsidium abgeführt worden sind. Sie mussten zu dreien antreten und wurden in diesem Aufzug durch die ganze Stadt geführt, begleitet von Beamten der politischen Polizei und von Schutzpolizisten. Es heisst, dass man den Juden einen Prozess wegen des Verstoßes gegen das bestehende Versammlungsverbot machen will. Viel Geld wird man von ihnen allerdings nicht mehr erben können, denn es sind vorwiegend ärmere Juden, die noch in Danzig sind. (Die Danziger Juden hatten, nachdem ihnen jedes Gotteshaus genommen worden ist, von der Polizei die Erlaubnis erhalten, die oben erwähnten ehemaligen Speisesäle für Betandachten zu benutzen. Zu Pfingsten, da kein Sonnabend war, haben sie, nach Ansicht der Polizei, keine Erlaubnis zur Benutzung der Räume gehabt.)

3. Bericht:

Die Danziger Synagoge wird abgebrochen. Man hat es für richtig gefunden, hoch oben an der Front des Hauses ein weit-hin sichtbares Schild anzubringen: "Die Synagoge wird abgebrochen" An den Zaun, der nunmehr die Abbruchstelle umgibt, hat man in grossen Lettern geschrieben: "Komm lieber Mai, und mache uns jetzt von Juden frei!" Forster hat bereits vor einem Jahr behauptet, dass ca. 3.000 Juden aus dem Freistaat exmittiert worden sind, es waren damals in der Tat schon 5.000. Inzwischen sind durch Sammeltrans-porte noch, man kann wohl sagen, die letzten Juden aus Danzig aus-gewandert. Umso unverständlicher ist es, das mit den oben angeführ-ten Parolen noch weiter operiert wird.

Man hielt es ausserdem für ratsam, den Beginn der Abbrucharbeite an der Danziger Synagoge durch Filmaufnahmen festzuhalten, die in Danziger Kinos gezeigt wurden.

2) Die Juden im Reich

Die wirtschaftliche Vernichtung des deutschen Judentums ist soweit gediehen, dass immer mehr Wirtschaftszweige als "judenrein" gemeldet werden können. So hat z.B. der "Reichsstand des deutschen Handwerks" im April mitgeteilt, dass die Juden nunmehr aus dem deutschen Handwerk völlig ausgeschaltet seien. (Nach den statistischen Ermittlungen waren im Dezember 1938 im alten Reich noch 5.822 jüdische Handwerksbetriebe in der Handwerksrolle eingetragen; in der Ostmark gab es im März 1938 noch 9.538 jüdische Handwerksbetriebe.)

Hierzu wird berichtet:

Berlin: Von der "Arisierungsaktion" sind lt. offiziellen Angaben im Kleinhandel 3.767 jüdische Geschäfte betroffen worden. Wegen der allgemeinen Uebersetzung des Kleinhandels blieb ein grosser Teil davon ganz ausgeschlossen, etwa zwei Drittel. Von der Weiterführung ausgenommen waren von vornherein die Geschäfte, die nach dem Boykott im November 1938 bis zum 1. Januar 1939 noch nicht wieder geöffnet worden waren. Die anderen Geschäfte befanden sich in beschädigtem Zustand und mussten auf eigene Rechnung der Inhaber wieder hergestellt werden. Die Unternehmungen waren alle ruiniert, und die Erlöse bei der Arisierung mussten minimal sein, zumal nur reine Warenwerte bezahlt wurden. Die offiziellen Angaben besagen weiter, dass in Berlin 2.650 jüdische Handwerksbetriebe arisiert wurden, darunter:

976	Schneidereien
364	Kürschnereien
248	Putzmachereien
137	Schustereien
114	Uhrmacherwerkstätten
49	Gold- und Silberschmieden
56	Friseure
53	Glasereien
23	Fleischereien
15	Bäckereien

Am 5. Juni meldete die "Essener National-Zeitung", dass auch die deutsche Bekleidungsindustrie im Reich von Juden völlig frei sei, und dass in der Ostmark "jeder Tage eine stetig zunehmende Bereini-gung bringt".

Aber der Kampf gegen die Juden geht weiter. Wir verzeichnen zu-nächst die amtlichen Massnahmen, die seit unserem letzten Ueberbli-ergriffen worden sind.

a) Behördliche Massnahmen

In unserer vorigen Zusammenstellung (Heft 2/1939, Seite A 85) haben wir irrtümlich mitgeteilt, dass bei der Ablieferung der Wertgegenstände aus jüdischen Besitz auch "Eheringe und kleine Erinnerungsstücke" abgegeben werden müssten. Inzwischen hat es sich herausgestellt, dass folgende Gegenstände von der Zwangsablieferung ausgenommen waren:

- a) die eigenen Trauringe und die eines verstorbenen Ehegatten;
- b) silberne Armband- und Taschenuhren;
- c) gebrauchtes Tafelsilber, und zwar je 2 vierteilige Essbestecke, bestehend aus Messer, Gabel, Löffel und kleinem Löffel, je Person;
- d) darüber hinaus Silbersachen bis zum Gewicht von 40 g je Stück und einem Gesamtgewicht bis zu 200 g je Person;
- e) Zahnersatz aus Edelmetall, soweit er sich im persönlichen Gebrauch befindet.

Kurz vor dem Ablieferungstermin hat das Reichswirtschaftsministerium bestimmt, dass den auswandernden Juden die Mitnahme von Wertgegenständen erlaubt werden könne, wenn für den Gegenwert nicht anbiebungspflichtige Devisen an das Reich abgeliefert werden, die bis spätestens Ende Oktober bei der Reichsbank einzuzahlen sind. Die deutschen Juden selbst besitzen natürlich längst keine "nicht anbiebungspflichtigen Devisen" mehr. Dem Regime kam es vielmehr darauf an auf diese Weise aus freiwilligen Zuwendungen von Verwandten und Freunden der deutschen Juden eine zusätzliche Deviseneinnahme zu erzielen.

Durch einen Erlass des deutschen Reichsinnenministers vom 3. April 1939 ist den Bürgermeistern aufgegeben worden, die Juden von allen Gemeindevorteilungen auszuschliessen.

Eine im April veröffentlichte Verordnung des Reichswirtschaftsministers dehnt das Verbot der Rechtsvertretung von Juden durch arische Anwälte auf die Beratung der Juden in Devisenangelegenheiten aus.

Im amtlichen Teil der Zeitschrift "Adresse und Anzeige", Berlin, ist am 12. April mitgeteilt worden, dass eine Aufnahme von Juden in Adressbüchern nicht mehr in Betracht komme.

Am 21. April hat der deutsche Reichswirtschaftsminister einen neuen Runderlass über die jüdische Auswanderung herausgegeben. Danach darf der Auswanderer nur solche Sachen als Umzugsgut mitnehmen, die er bereits vor dem 1. Januar 1933 besessen hat. Wenn ein Auswanderer sich zu einem späteren Zeitpunkt etwa neue Kleidungsstücke gekauft hat, so kann die Erlaubnis zur Mitnahme davon ab-

hängig gemacht werden, dass er einen Betrag in Höhe des Anschaffungspreises an die Reichskasse zahlt.

Im Reichsgesetzblatt vom 4. Mai 1939 ist ein "Reichsgesetz über die Mietverhältnisse mit Juden" veröffentlicht worden, das den Behörden einerseits die Möglichkeit gibt, Juden auch gegen ihren Willen aus "deutschen Wohnstätten" zu entfernen, und das andererseits die Besitzer jüdischer Häuser verpflichtet, die obdachlos gewordenen Juden bei sich aufzunehmen. Ausser der Befugnis zum zwangsweisen Abschluss von Miet- und Untermietverträgen zwischen Juden steht der Gemeindebehörde das Recht zu, die Anmeldung solcher Räume zu verlangen, die an Juden vermietet sind oder für die Unterbringung von Juden in Frage kommen, Jüdische Vermieter oder Untervermieter können Verträge, die auf Verlangen der Gemeindebehörde abgeschlossen sind, nur mit deren Genehmigung kündigen. Auch die Neuvermietung von Wohnungen in jüdischen Häusern muss von der Gemeinde genehmigt werden.

Zwar ist in den Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz betont worden, die neuen Bestimmungen dürften "nicht zu einer unerwünschten Ghettobildung führen", aber die Ansätze dazu sind bereits gemacht. So hat z.B. die Stadt Magdeburg das Hotel "Amsterdam" zur Aufnahme jüdischer Familien und Einzelpersonen übernommen, die auf anderen Wohnungen der Stadt entfernt worden sind. Eine Erweiterung des Gebäudes ist geplant. Weiter wird der Ghettobildung durch das Bestreben Vorschub geleistet, die Juden aus den besseren Wohnvierteln aller Städte zu entfernen. Z.B. sind in Berlin folgende Strassenzüge und Wohnviertel für Juden gesperrt:

Potsdamer Strasse, Lützow-Platz, Tiergarten-Viertel, Hansaviertel, die Häuserblocks in unmittelbarer Nachbarschaft der grossen Moabitser Kasernen, die grossen Strassenzüge des Berliner Westens, Taubentzenstrasse, Kleiststrasse, Kurfürstendamm, sowie das Bayerische Viertel.

Die Bewegungsfreiheit der Juden wird auch sonst in jeder Weise eingeengt, z.B. durch das Verbot, gewisse Strassen, Plätze und Parks zu betreten. Wir reproduzieren auf Seite A 97 ein Originalschreiben der NSDAP-Ortsgruppe Schlageter, Hindenburg/Oberschles., in dem eine derartige Verfügung bekanntgemacht wird.

Im Mai sind die jüdischen Reisevermittler aus dem Reisevermittlungsgewerbe ausgeschlossen worden. Ausnahmen können bewilligt werden, wenn eine Förderung der jüdischen Auswanderung in Betracht kommt.

Sondertransporte von jüdischen Auswanderern dürfen, wie die Reichsverkehrsgruppe "Hilfsgewerbe des Verkehrs", Berlin, im Mai mitgeteilt hat, künftig nur noch mit Genehmigung des Chefs der Sicherheitspolizei zusammengestellt werden. In der Begründung heisst es, man wolle verhindern, das geschaltete Dampfser mit den Auswanderern längere Zeit auf See herumfahren. Dadurch entstünden Devisenverluste und Störungen in der Auswanderung. In der Zwischenzeit hat es sich allerdings schon herausgestellt, dass diese Massnahme wenig wirksam ist, da weiterhin zahlreiche Juden das Reich verlassen, ohne Einreisegenehmigungen für andere Länder zu besitzen.

Am 21. Juni hat der Reichsminister des Innern neue Richtlinien für den Aufenthalt von Juden in Bädern und Kurorten erlassen. Die jüdischen Kurgäste werden auf bestimmte Hotels mit weiblichem

NSDAP.-Ortsgruppe
Schlageter

Hindenburg den 17. April 1939

An alle Volksgenossen und Volksgenossinnen .

Nachstehend geben wir Ihnen eine Verfügung des Polizeipräsidenten des Oberschl. Industriebezirks bekannt, wonach J u d e n folgende Gebiete nicht betreten dürfen, d.h. die Bannmeile ausgesprochen wurde.

Waldbad - Mathesdorf und den umliegenden Wald, Hüttenpark, Skagerrak-Park, Adolf Hitler Stadion, Friesenwiese, Friesenbad und Volkswiese an der Kampfbahnallee, Steinhoffpark, Legerwiese im Guidowald, Schwimmbad des Alten Männerturnvereins auf der Beuthener-Str., Stadtbad am Schecheplatz, Botanischer Garten an der Michaelstr. und den "Admiralspässt."

Wir bitten, darauf zu achten und evtl. vorkommende Ueberschreitungen dieser Anordnung unverzüglich der Polizei zu melden.

Heil Hitler !
gez. L i p i n s k i
Ortsgruppenleiter
m.d.L.b.

Personal nicht unter 45 Jahren beschränkt, müssen sich an besondere Trink- und Badestunden halten, werden von den übrigen Kuranlagen ausgeschlossen etc. Es wird kein Unterschied zwischen Juden deutscher und fremder Staatsangehörigkeit gemacht, eine Ausnahme kommt nur für Personen in Frage, die in Deutschland als Diplomaten beglaubigt sind.

Nach der "Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz" vom 4. Juli 1939 (RGBl.I., Seite 1097) wird eine "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" gebildet, die ihren Sitz in Berlin hat. Als örtliche Zweigstellen dienen die jüdischen Kultusvereinigungen. Die Reichsvereinigung hat die Aufgabe, die Auswanderung zu fördern, und ist Träger des jüdischen Schulwesens und der freien jüdischen Wohlfahrtspflege. Ihr gehören zwangsweise alle staatsangehörigen und staatenlosen Juden an, die im Reichsgebiet wohnen.

Der Reichsminister des Innern kann die Eingliederung bisher selbständiger jüdischer Vereine, Organisationen und Stiftungen in die Reichsvereinigung anordnen. In diesem Fall fällt das Vermögen der betroffenen Einrichtungen an die Reichsvereinigung, die andererseits aber auch mit ihrem gesamten Vermögen für die Verbindlichkeiten der ihr zwangsweise eingegliederten und unter Umständen in wirtschaftlicher Not befindlichen Einrichtungen haftet. Jüdische Kinder dürfen nur die Schulen der Reichsvereinigung besuchen. Die Reichsvereinigung hat für die Aus- und Fortbildung der Lehrer zu sorgen. Als Träger der jüdischen Freien Wohlfahrtspflege hat die Reichsvereinigung

"nach Massgabe ihrer Mittel hilfsbedürftige Juden so ausreichend zu unterstützen, dass die öffentliche Fürsorge nicht einzutreten braucht. Sie hat Vorsorge zu treffen, dass für anstalts-
pflegebedürftige Juden ausschliesslich für sie bestimmte Anstalten zur Verfügung stehen."

b) Judenfeindliche Rechtsprechung

Der "Stürmer" veröffentlicht eine Aufstellung, nach dem im Jahre 1938 allein in Hamburg 119 Personen wegen "Rassenschande" verurteilt worden sind. Wir geben eine Liste der uns bekannt gewordenen Urteile wieder, die seit dem März 1939 vom Hamburger Landgericht gefällt worden sind.

Verurteilungen wegen Rassenschande

<u>Name</u>	<u>Wohnort</u>	<u>Strafmass</u>
Isaack, Hermann,	Hamburg,	12 Jahre Zuchthaus
Dr. Jacobsen, Ernst,	Hamburg	15 Jahre Zuchthaus
Kainer, Erwin,	Hamburg,	15 Jahre Zuchthaus
Kohn, Jonny,	Hamburg,	5 Jahre Zuchthaus
Marcus, Kurt,	Wien	5 Jahre Zuchthaus
Müller, Hans,	Hamburg,	15 Jahre Zuchthaus
Rosenfeld, Arthur,	Hamburg,	7 Jahre Zuchthaus

Es wurde also innerhalb eines halben Jahres von einem einzigen deutschen Gericht in drei Fällen die Höchststrafe für Rassenschande verhängt.

In Köln wurde ein Jude, der in einem Gesuch an die Behörde den Zwangs-Vornamen Israel ausgelassen hatte, gerichtlich mit 50 RMk Geldstrafe belegt. Bestrafungen dieser Art sind schon wiederholt erfolgt.

Die "Hagener Zeitung", Hagen i. Westf. veröffentlicht das folgende Urteil unter der Ueberschrift: "Der Jude kann das Handeln nicht lassen":

"Der Jude Samuel Israel Münzer aus Hagen stand am 6. April vor dem Schöffengericht. Ihm war auf Grund der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben in eindeutiger Weise eröffnet worden, dass er sich jeder Verfügung über sein Wirtschaftsvermögen zu enthalten habe. Zur Abwicklung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde ein Abwickler bestellt; der Münzer auch darauf aufmerksam machte, dass er nichts mehr vom Warenlager und keine Einrichtungsgegenstände verkaufen dürfe. Trotz dieses Verbots verkaufte der Jude von der Ladeneinrichtung zwei Schränke, für die er 160 RMk erhielt. Vor Gericht erklärte er, er habe im guten Glauben gehandelt. Der Umstand, dass durch den Verkauf keine Gläubiger geschädigt wurden, rettete den Angeklagten vor einer Freiheitsstrafe. Die Geldstrafe wurde auf 150 RMk, hilfsweise 30 Tage Gefängnis, festgesetzt."

c) Berichte aus dem Reich

Noch bis in die letzte Zeit hinein sind uns Berichte über die November-Pogrome zugegangen. Diese Aktion lässt die öffentliche Meinung nicht zur Ruhe kommen und hat dem Regime einen schweren Prestigeverlust auch innerhalb des deutschen Volkes eingetragen. Wir halten dieses Berichtsmaterial für wichtig genug, um es auch jetzt noch zu veröffentlichen.

Einer unserer Freunde hatte Gelegenheit, bei einer ausländischen Regierungsstelle amtliche Berichte über die Judenverfolgungen im November v.J. einzusehen, die ein ausländischer Diplomat von hohem Rang verfasst hat. Diese Berichte lauten in der Uebersetzung:

1. Bericht:

"Durch Zufall fiel meine Reise in mehrere deutsche Provinzen mit dem Ausbruch der Judenverfolgungen zusammen. Ich unterbrach meine Tour mehrere Male, um mich an Ort und Stelle zu erkundigen. Aus erklärlichen Gründen sprach ich niemals mit Juden, sondern stets mit Ariern, manchmal mit Geistlichen beider Konfessionen, aber auch mit Amtsträgern, darunter uniformierte Mitglieder der regierenden Partei. Ich habe niemanden getroffen, der die Verkommnisse verteidigt hätte. Mehrere der nationalsozialistischen Amtsträger schienen in ihrer Entrüstung ehrlich zu sein.

In Ulm, einer alten Stadt an der Donau, wurden in der Nacht vom 9. zum 10. November alle Juden aus ihren Häusern getrieben und vor der brennenden Synagoge versammelt. Der 60-jährige Rabbiner, ein herzkrankter Mann, wurde vor der Synagoge von sehr jungen Nazis so geschlagen, dass man die Absicht, ihn nach Dachau zu bringen, aufgeben musste. Er wurde einem Hospital zugeführt. Dasselbe Schicksal hatte ein Rechtsanwalt. Die anderen Juden wurden nach Dachau gebracht. Ein angesehenener Nationalsozialist erzählte mir, es sei eine schreckliche Szene gewesen. Die Juden seien von vielen sonst harmlosen Einwohnern bespuckt und mit Schmutz beworfen worden. Sinnlos ist die Schliessung von Heimen für jüdische Kinder und alte Leute, auch die Einkerkierung junger Juden, die für Landwirtschaft umgesiedelt werden. Es ist herzbeugend zu sehen, wie solche Heime, aber auch viele private Familien aufgelöst werden. Einer der Naziwürdenträger in einer bayerischen Stadt erzählte mir, dass eine ihm bekannte christlich-arische Familie vor fast 20 Jahren ein Baby adoptiert habe. Jetzt stelle sich heraus, dass der Junge Halbjuden sei. Die Adoptiveltern mussten sich von dem Jungen trennen. Als Halbarier ist der Junge verpflichtet, im deutschen Heere zu dienen, aber er darf nicht bei seinen Adoptiveltern leben und darf weder eine Arierin noch eine Jüdin heiraten. Das ist nur ein Beispiel der besonders unglücklichen, nicht-ari-schen Christen. Wir sollten in der Presse mehr auf das Los dieser armen Menschen hinweisen. Ein anderer Fall: Ein bayerischer Militärarzt erzählte mir von einem jungen Mann, dessen Vater Jude sei und dessen Mutter katholisch ist. Er konnte wochenlang einen Fuss nicht behandelt bekommen, weil er als Halbjuden nicht zu einer

erischen Doktor, und als Halbarier nicht zu einem jüdischen Doktor gehen durfte. Es habe ihn schliesslich ein Militärlazarett aufgenommen. Ich traf nicht einen einzigen Deutschen, der mir nie ähnliche Dinge mit Abscheu erzählte.

In München gab es vor dem 9. November ein jüdisches Hospital und zwei Synagogen. Die Hauptsynagoge war schon im Juni zerstört worden. Ausserdem waren zwei jüdische Altersheime, ein Kinderheim eine Suppenküche und eine jüdische Schule vorhanden. Die zwei Synagogen wurden am 9. November niedergebrannt. Zur Zeit meiner Anwesenheit gab es in der grossen Stadt, die amtlich die Hauptstadt der Bewegung heisst, kein Gebäude, das jüdischen Gottesdien möglich gemacht hätte. Auch die jüdische Schule ist zerstört, da sie mit der Synagoge verbunden war. Die Suppenküche wurde mitten in der ärgsten Not geschlossen, jedoch sagte mir ein hoher Nazi-beamter, dass sie wieder eröffnet werden sollte. Im Augenblick könne aber niemand gegen die "wilden Kerle" angehen. Besonders traurig ist der Untergang des Kinderheimes.

In München war viel weniger Zerstörung von Eigentum und Miss-handlung der Juden als in Nürnberg. Andererseits wurden alle männlichen Juden nach Dachau geschickt. Nach einigen Tagen wurden Jungen von etwa 16 Jahren und alte Herren über 60 Jahre wieder en lassen. Amtlich wurde mir mitgeteilt, dass im Dezember 12.000 Juden in Dachau waren und etwa 3.000 politische Gefangene. Bei der Ankunft wurde den Juden mitgeteilt, dass sie seit Monaten erwartete würden und ihre "Uniformen" bereit lägen. Die Juden trugen einen ganz dünnen Baumwollanzug mit Unterwäsche, die kaum diesen Namen verdient. In der kalten Witterung hatten sie von 6 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags im Freien zu bleiben. Viele ältere Juden konnten das nicht aushalten. Zahlreiche Kranke wurden notdürftig behandelt. 20 starben in der ersten Woche. In der nächsten Woche waren 5 Todesfälle zu verzeichnen. Jetzt ist die Sterblichkeit "normal".

In Nürnberg und der kleineren Schwesterstadt Fürth leben noch 3.000 bis 3.500 Juden mit etwa 400 Kindern. Viele Kinder sind schon ins Ausland gebracht worden. In Nürnberg gingen am 9. November SA-Banden mit Listen von Haus zu Haus und zerstörten alle Einrichtungen in jüdischen Wohnungen mit Beilen. Das Vorgehen zeigte nicht nur Plan, sondern grosse Übung. Einer der örtlicher Nazibeamten, der die Vorgänge beklagt und sich sehr bitter über Herrn Streicher aussprach, sagte mir, dass gewisse Trupps schon seit 1933 auf die Zerstörung von Wohnungen gedrillt seien. In einigen Distrikten der Stadt gingen die Banden übrigens "menschlicher" vor. Es hing das von den Führern ab. Im allgemeinen brachen die SA-Trupps morgens gegen 3 Uhr in die Wohnungen ein, trieben Männer und Frauen mit Lederriemen aus dem Bett, gaben ihnen manchmal Zeit, sich notdürftig anzuziehen und dann wurden sie mit Schlägen auf die Strasse gejagt. Einer meiner Informatoren, ein angesehener Bürger und überzeugter Nazi, hat selbst auch Frauen gesehen, die die Spuren der Lederriemen im Gesicht trugen. Die Leute hatten auf der Strasse zu warten, bis die Wohnung zerstört war. Die Vernichtung war gründlich. Auch die Betten wurden aufgerissen und die Bettfedern mit Marmelade etc. vermischt. Die Juden und Jüdinnen mussten ärztliche Behandlung suchen, die aber schwer zu erlangen war, weil ja auch die Aerzte terrorisiert wurden. In mehreren Fällen wurden schreiende kleine Kinder gezwungen die Misshandlung ihrer Eltern mit anzusehen. Das jüdische Hospi-

tal in Fürth mit 50 Betten hatte über 100 Verwundete. In Fürth wurde sehr wenig Schaden getan. Juden, einschliesslich Frauen, Kindern und Säuglingen wurden nachts auf die Strasse getrieben; viele waren nur halbbedeckt; sie glaubten, ihre letzte Stunde sei gekommen. In Nürnberg wurden die Kinder nachts aus dem jüdischen Waisenhaus vertrieben, durften aber später zurückkehren.

In Würzburg wurde verhältnismässig wenig Schaden getan. Es lebten noch 900 Juden dort. Zwei Drittel der nach Dachau und Buchenwald Verschiedenen kamen bald wieder zurück. Das grösste Problem ist die Wohnungsfrage. Verhungern werden die Juden nicht, da sie immer noch Fonds haben und auch viele Arier ihnen helfen. Aber viele Juden wissen nicht, wo sie wohnen sollen, da sie immer wieder aus Häusern und auch aus Ortschaften vertrieben werden. Ein Arier in München zeigte mir einen gebrechlichen jüdischen Greis, der aus drei Dörfern nacheinander vertrieben worden war und jetzt von einer christlichen Familie heimlich unterhalten wird. Von mehreren amtlichen deutschen Stellen erfuhr ich, dass Landbürgermeister, die von der bevorstehenden Aktion gehört hatten, jüdische Familien rechtzeitig warnten. Die Juden verliessen innerhalb weniger Minuten in solchen Fällen ihre Wohnung und reisten nach München, wo sie sich tagelang in der Kälte, in den Strassen und in Parks herumdrückten, bis sie von jüdischen Wohlfahrtsanstalten aufgenommen wurden.

Ich fand übrigens genau dieselben Bedingungen in Ostpreussen das bekanntlich durch die polnische Provinz Pomorze von Deutschland getrennt ist. Viele Juden sind geflohen. Die verbleibenden Juden haben sich mindestens zweimal wöchentlich der Polizei vorzustellen. Während der Novembertage wurden alle Männer verhaftet, auch solche unter 17 und über 80 Jahren. Die Frontkämpfer und die Greise über 70 wurden bald wieder entlassen. In Elbing hatten alle jüdischen Familien sich in das Gemeindehaus begeben. Ihre Wohnungen wurden weggenommen.

Ich würde mich nur wiederholen, wenn ich über weitere Gebiete berichtete. Die Juden in Deutschland sind verloren, wenn sie nicht auswandern können. Ich unterstütze alle Bestrebungen, die wenigstens den Kindern sehr schnell ein neues Land erschliessen möchten. Gegenüber gewissen politischen Befürchtungen möchte ich feststellen, dass nach amtlichen Naziangaben nur wenige der jetzigen jüdischen Auswanderer mit radikalen Bestrebungen in Verbindung stehen. Politisch neigen sie eher zum Konservatismus, religiös zur Orthodoxie. Das ist natürlich nur ein sehr allgemeines Urteil, aber ich berichte es, wie es mir gegeben wurde. Vielleicht trifft es mehr die kleineren Orte zu als auf die Grossstädte.

2. Bericht:

Der Schrecken, der unter den Juden herrscht, ist natürlich in hohem Masse auf die Gewalttaten in der Pogromnacht vom 10. zum 11. November 1938 zurückzuführen, die, wie jedermann weiss, sorgfältig organisiert waren. So wurde z.B. bemerkt, dass fast alle Angreifer ihre Dienstatiefel trugen, obgleich sie Parteiuniform und -abzeichen abgelegt hatten.

In den Städten besuchte ich alle jüdischen Geschäfte, die demoliert worden waren. Plünderungen seien selten gewesen, sagte man mir. Zu Beginn des Dezember waren viele Geschäftsfrenten wieder instand gesetzt und die Geschäfte teilweise nach der "Arisierung"

neu eröffnet worden. Alle Synagogen hat man mit den anschliessenden Gemeindehäusern abgebrannt. Auch die Friedhofskapellen in Leipzig mit zwei oder drei Toten, die darin der Beerdigung harrten. Grabsteine sind niedergerissen worden. In einigen Städten drangen die Pogromisten in jedes Privathaus ein, anderwärts nur in einige. Gewöhnlich wurden die wertvollen Gegenstände mit der Axt zerschlagen, und oft wurde alles Zerbrechliche bis auf die letzte Teetasse zerstört. Einige Häuser sind unbewohnbar gemacht worden, aber häufig sind Frauen und Kinder darin zurückgeblieben. Den Männern wurde nur gestattet, sich anzukleiden. Dann führte man sie davon, ohne dass sie mehr mitnehmen durften als das, was sie auf dem Leibe trugen. In Erfurt und Dresden wurden die weitaus meisten Männer verhaftet, in Leipzig etwa 1.100, in Chemnitz über 200. Selbst die Aerzte aus dem jüdischen Hospital in Leipzig hat man abgeholt. Das Altersheim in Leipzig ist besetzt und durchsucht worden, aber die darin lebenden Greise wurden nicht verhaftet. Sie erhielten am nächsten Tag den Besuch eines "arischen" Arztes, der freiwillig seine Hilfe anbot. Einige Männer entgingen der Verhaftung durch die Flucht oder durch Abwesenheit von ihrem Heim. Sie versteckten sich in einigen Fällen in christlichen Häusern, aber sie kehrten nach und nach zurück und wurden dann meist nicht verhaftet. In Dresden sind mehrere Frauen als Geiseln festgenommen und gefangen gehalten worden, bis ihre Männer sich selbst stellten. Fast alle Männer aus den genannten Städten wurden in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar gebracht. Einige hat man auch in den allgemeinen Gefängnissen festgehalten.

In einer Anzahl von Fällen (besonders bei den Angehörigen freier Berufe, Aerzte, Anwälte usw.) hätte ich, dass die Verhaftungen höflich und mit Ausdrücken des Bedauerns vorgenommen wurden. Aber oft war die Behandlung roh. In Erfurt wurden die verhafteten Männer in der Halle eines Schulhauses versammelt und dort, bevor man sie ins Lager überführte, geschlagen. In Chemnitz wurde ein Mann in seinem eigenen Haus erschossen, und der Rabbiner wurde geschlagen und ernsthaft verwundet, als er versuchte, die heiligen Bücher aus der brennenden Synagoge zu retten. Er befindet sich im Gefängnis-hospital. Ein Jugend-Schulungslager bei Halle wurde überfallen, viele der jungen Männer wurden verwundet, zwei getötet. In Leipzig hat man eine Gruppe verhafteter Männer zu einem Kanal geführt und sie mit Erschiessen bedroht, wenn sie nicht ins Wasser sprängen. Aber die Schreie der Frauen aus den benachbarten Häusern beendeten dieses "Spiel". In Bautzen, wo nur noch etwa ein Dutzend jüdischer Familien leben, wurden alle Frauen und Männer gezwungen, den ganzen Tag über auf offener Strasse vor einem ihrer Häuser zu stehen. Sie trugen Schilder um den Hals und wurden durch judenfeindliche Lieder und Rufe verhöhnt.

Verbote wie die Sperrung gewisser Läden, Restaurants und Vergnü-gungsstätten oder die Beschränkung auf bestimmte Bänke in den Parks sind zwar schlimm, werden aber, verglichen mit den grösseren Leiden, wenig beachtet. Die Kinder sind alle ohne Schulunterricht. Es bestand während meines Aufenthalts einige Hoffnung, dass die Schule in Leipzig wieder eröffnet werden dürfte. Viele Familien hatten den Bescheid erhalten, dass sie ihr Heim in wenigen Wochen verlassen müssten. Von vielen wurde verlangt, dass sie im Voraus eine Garantiesumme für Gas oder Elektrizität erlegten, weil sie "jeden Tag emigrieren könnten". Da sie nicht imstande waren, die Summe aufzubringen, wurde ihnen der Strom abgeschnitten. So

geschah es z.B. in Leipzig. Es gab viele ängstliche Unterhaltungen über die Schwierigkeit, neue Wohnungen zu finden. Man erwartete im allgemeinen nicht, dass regelrechte Ghettos errichtet werden würden, obgleich man gewisse Strassen oder Stadtteile wohl für Juden sperren wird. Der nächste Schritt sollte die Teilung der grösseren Häuser wohlhabender Juden in Wohnungen für arme Familien sein und dann, wenn nötig, die Errichtung hölzerner Baracken durch die Juden selbst. Die Männer, die nun alle ohne Arbeit sind, fürchten die Einrichtung von Zwangsarbeitslagern.

Es ist nicht erstaunlich, dass die Gedanken vieler derart Gequälter ständig um den Selbstmord kreisen. Das wurde mir immer wieder erzählt, und ein Berliner Arzt sagte mir, dass kaum ein Tag verginge, ohne dass er über die einfachste Methode befragt würde. Aber der Lebenswille ist gewöhnlich doch stärker als die Verzweiflung, und die Anzahl der wirklichen Selbstmorde in diesen Städten ist niedriger als ich dachte. Ich hörte von einigen Fällen -z.B. von dem einer Frau und ihrer Tochter in Chemnitz-, wo die Frauen sich einen Tag, nachdem der Mann verhaftet worden war, mit Gas vergiftet hatten. In Plauen hat sich ein Mann an dem Tage erhängt, an dem ich diesen Ort besuchte. Er war am Tage zuvor aus dem Konzentrationslager zurückgekehrt. Die Schwierigkeit der Situation wird durch die Tatsache illustriert, dass die nötigen Papiere für die Beerdigung auf dem jüdischen Friedhof nicht zu erhalten waren, weil alle Rabbiner und Gemeindebeamten den Ort verlassen hatten. Ich konnte etwas Hilfe leisten, indem ich die vorübergehende Adresse der Rabbinersfrau in einer anderen Stadt angab, die vielleicht die Möglichkeit hatte, in diesem Fall etwas zu tun. Ich traf immerfort Leute an, die gerade eine Beerdigung vorbereiteten.

Im Konzentrationslager Buchenwald waren Mitte November 10.000 Juden inhaftiert. Die Lebensbedingungen waren sehr schlecht. Das Lager war unfertig und für eine derartig hohe Zahl von Häftlingen gänzlich ungenügend. Zuerst mussten viele Männer nicht nur den ganzen Tag im Freien stehen, oft in Hab-Acht-Stellung, sondern auch im Freien oder doch ohne Betten schlafen. Die sanitären Einrichtungen und die Wasserversorgung waren ganz unangemessen. Selbst für Trinkzwecke war Wasser nur "löffelweise" zu erhalten, und Durst war eine der ärgsten Qualen. Es war ein Glück, dass das Wetter in den ersten Wochen gut und recht milde war, aber ein kräftiger Regen wurde des Wassers wegen begrüsst, das aufgefangen werden konnte. Die Männer hatten weder Hemden noch Socken zum Wechseln, und die, die sie trugen, waren nach einigen Wochen in einem entsetzlich schmutzigen Zustand. Einige Frauen sandten Pakete ins Lager, aber diese erreichten die Männer nicht immer. Die meisten Häufige durften nach vierzehn Tagen eine offizielle Postkarte an ihre Frauen schreiben. Was Berichte über Misshandlungen und Morde im Lager anlangt, so muss man, glaube ich, vorsichtig sein. Gewöhnlich hörte man Erzählungen von zwanzig Toten an einem Tag oder es wurde berichtet, der Wald beim Lager sei mit Leichnamen übersät. Aber das glaube ich nicht. Ich sprach mit etwa sechs Männern, die entlassen worden waren, ich habe es mir jedoch zur Regel gemacht, diese Leute nie direkt nach der Behandlung zu fragen. Einige sagen nichts und andere geben aus freien Stücken einen Bericht (so wie den oben wiedergegebenen), aber sie sprechen nicht von körperliche Misshandlungen. Andererseits kommen einige Männer verwundet aus dem Lager, mit zerrissenen Kleidern, und in Chemnitz haben mindestens vier Frauen die brutale Anfrage erhalten: "Wo wünschen Sie

die Asche Ihres Mannes ausgeliefert zu erhalten?" Es gibt ein Krematorium im Lager, das teilweise dazu dienen mag, zu verhüllen, ob solche Männer durch Gewalttat, Selbstmord oder an Krankheit gestorben sind. Nach ein oder zwei Wochen litten die Männer weniger durch ständiges Stehen im Freien als durch die Folgen harter und für viele von ihnen ungewohnter Arbeit.

Während der Zeit meines Besuches wurden die Männer in Gruppen von 2 bis 300 Häftlingen täglich aus dem Lager entlassen. Am 5. Dezember war die Zahl der Gefangenen auf etwa 6.000 reduziert. Zuerst wurden die Männer über 60 und die Kranken entlassen. In X. fand ich, dass nur 3 Männer zurückgekommen waren und alle lagen schwer krank im Bett. Einer konnte kaum sprechen. Die nächsten Entlassungen waren solche, die bereits Visa für die Emigration in der Hand hatten oder doch Aussicht darauf, sie rasch zu erhalten. Dann die Kriegsveteranen, die zufällig ihre Auszeichnungen oder andere Beweise mitgenommen hatten. Zuletzt wurden einige junge Leute aus dem jüdischen Schulungslager entlassen. Eine Anzahl der Freigelassenen ist zwei oder drei Tage völlig unfähig, irgend etwas zu tun. Täglich erwartet eine Gruppe jüdischer Frauen die Entlassenen auf dem Weimarer Bahnhof mit irgendeinem Vorrat von reinen Socken, Handtüchern usw. Sie fassen die Leute zusammen, geben ihnen Kaffee und versuchen, ihre Sachen ein wenig zu säubern, ehe sie in verschiedenen Zügen nach ihrer Heimat abreisen. Im Erfurter Bezirk mussten alle entlassenen Männer eine Zusicherung unterschreiben, dass sie Deutschland binnen drei Wochen verlassen würden. Im Falle der Nichterfüllung drohe ihnen neue Inhaftierung. Die Leute hofften darauf, dass dies nur eine Drohung sei, die nicht wahr gemacht werden würde. In anderen Städten stellte man diese Bedingung nur solchen Leuten, die ihre Emigration bereits eingeleitet hatten.

Ich erkundigte mich überall, wie die Familien heute, da kein Mitglied verdienen kann, ihr Leben fristen. Offiziell war die öffentliche Fürsorge für Juden, die sich in Not befanden, noch zuständig, wenn auch nur in den niedrigsten Stufen und ohne die Zuschüsse der Winterhilfe. In Wahrheit entschieden die lokalen Behörden, ob sie zahlen wollten oder nicht. In Dresden wurde im allgemeinen gezahlt, in Leipzig nur in einigen Bezirken, in Erfurt gar nicht. Mir wurde der offizielle Brief des Bürgermeisters in einem kleinen Ort gezeigt, der besagte, dass einige jüdische Familien ohne alle Mittel am Ort lebten und dass die Juden der nächsten Stadt sie unterhalten müssten. Wenn dies nicht geschähe, würde man sich an ihr Besitztum halten. Die Summen, die von der öffentlichen Fürsorge gezahlt werden, sind ungefähr aus den Zahlen ersichtlich, die ich von einer Frau aus X. erhielt. Für sie selbst ihren Mann und das 10-jährige Mädchen erhielt sie wöchentlich 15,70 RM. Nachdem der Mann inhaftiert worden war, wurde der Beträ auf 10,50 RMk gesenkt. Ausserdem wurde ihr auf die Monatsmiete von 35,- RM eine Ermässigung von 20,30 RMk bewilligt. So blieben ihr, wenn sie die Miete zahlte, nur 7,- RMk wöchentlich für sich und das Kind. Im allgemeinen zahlte in solchen Fällen die jüdische Wohlfahrt das Mehr an Miete und bewilligte Zuschüsse aus ihrer eigenen Winterhilfe. Jetzt sind die jüdischen Wohlfahrtsinstitutionen allerdings geschlossen und ihre Fonds konfisziert worden. Trotzdem beschaffen die Juden noch Nahrung für ihre Armen. In den sächsischen Städten ist die Belastung geringer als zu erwarten, weil so viele polnische Juden ausgewiesen worden sind. In Leipzig

wo etwa noch 9.000 Juden lebten - zu drei Vierteln unterstützungsbedürftig - ist vorübergehend eine Fürsorgeorganisation gegründet worden, die regelmässige Sammlungen veranstaltete. Eine Volksküche, die seit vielen Jahren bestand, konnte fortgeführt werden. Sie gibt an 150 bis 200 Personen täglich ein Mittagmahl aus, für das einige gar nichts zahlten, andere verschiedene Beträge bis zu 30 Pfg. Ein Gast dieser Volksküche sagte mir: "Wir hungern aber wir verhungern nicht."

In den anderen Städten lebten die Leute von ihren heimlichen Ersparnissen, und die Bessergestellten trugen zur Milderung der schlimmsten Nöte bei. Die noch Mittel hatten, konnten allerdings nicht so wirksam helfen, wie sie es gern getan hätten, da sie von der Bank monatlich nur eine bestimmte Summe abheben durften, entsprechend ihren Lebensumständen. Jeder Bezirk war ganz auf seine eigenen, lokalen Hilfsmittel angewiesen. Ich erwog die Möglichkeit, Mittel vom Ausland heranzuschaffen, wurde aber überall gebeten, das nicht zu tun, sondern alle Fonds für die Emigration zu reservieren. Die Leute konnten nicht abschätzen, wieviele Wochen oder Monate sie so durchkommen würden, zumal bereits die Sperrung aller öffentlichen Mittel angekündigt war. Erst wenn alle eigenen Mittel erschöpft sind, dürfen die Juden wieder um Hilfe nachsuchen. Es bestanden einige Hoffnungen, dass die beschlagnahmten Wohlfahrtsfonds zurückerstattet werden würden. Besonders hart war der Mangel an Butter, Fett und Eiern im Frankfurter Bezirk. Es wurde auch befürchtet, dass den Juden bei steigender Lebensmittelnot die Butterkarten entzogen oder wenigstens die Rationen erheblich gekürzt werden würden. Dann würden Pakete aus dem Ausland eine grosse Hilfe sein.

Es besteht gegenwärtig keine ernsthafte Schwierigkeit, in den grossen Städten die nötigen Einkäufe zu erledigen. In kleineren Städten vielleicht. Eine Sozialfürsorgerin aus Eisenach erzählte mir, dass dort kein Geschäft an Juden etwas abgebe. Auf meine Frage, wie sie dann einkaufen könnten, antwortete sie mir: "Oh, sie haben alle mindestens einen arischen Freund, der ihm das Nötige beschafft".

Ich machte es mir zur Aufgabe, in den meisten Städten, die ich bereiste, wenigstens einen Pfarrer aufzusuchen oder einen anderen Sympathisierenden, der den sogenannten Nichtarischen Hilfe bringen konnte, und ich besuchte selbst einige derartige Opfer. Die "Bekennende Kirche" hat sich solcher Fälle nunmehr energisch angenommen und hat in vielen Kreisen Vertreter, die sich an der Emigrationshilfe beteiligen. Die nichtarischen Christen sind in besonderer seelischer Not. Sie haben häufig in der ersten Zeit den Terror am eigenen Leibe erfahren, und ihre christlichen Freunde verlassen sie oft - wenn auch nicht immer. In Sachsen scheint es sich häufig um Angehörige freier Berufe zu handeln, übrigens um sehr schätzenswerte Leute.

Die nachstehenden Berichte bringen erneut Material darüber bei, dass die Pogrome von der weitaus überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt wurden.

Rheinland-Westfalen: Die Pogrome gegen die Juden im November vorigen Jahres haben die Menschen, besonders die Frauen, sehr erschreckt. Viele arische Frauen haben geweint, als sie das mit ansehen mussten. Diejenigen von der SA, die damals diese Schweinerei mitgemacht haben, schämen sich heute ihrer Taten. Ich habe einen Bekannten in der SA, der erzählte mir wie es kam, dass er bei der Aktion mitmachen musste. Er kam spät abends nach Hause und da sagte ihm seine Frau, dass soeben ein telefonischer Anruf gekommen sei, er solle sich zum Stellplatz begeben, aber in Zivilkleidung. Mit einem Lastwagen wurden dann die SA-Leute zur Synagoge gebracht und sie bekamen den Befehl, diese anzuzünden. "Da", so sagte der SA-Mann, "wussten wir erst, was gespielt wurde." Ich lief von Entsetzen gepackt, weg. Glauben Sie mir, ich konnte mich nicht daran beteiligen und ich habe es auch nicht getan.

Besonders tragisch war das Schicksal des Pferdehändlers X. und des Rechtsanwalts Y. Sie mussten ihre eigenen Möbel in die Volme schmeissen, die an ihrem Haus vorbeifliesst. Nichts blieb heil. Zwei Spiessbürger, die vorbeikamen, sagten laut genug, dass es andere hören konnten: "Himmel, schlimmer hätten es die Kommunisten auch nicht machen können." Am anderen Tag beobachtete ich eine Frau mit einem achtjährigem Mädels. Das Kind sagte zu seiner Mutter: "Sieh, Mutter, das haben schon wieder die Juden gemacht?" Die Mutter aber meinte: "Komm hier weg, das waren keine Kommunisten, aber die Nationalsozialisten haben es getan." Dabei kamen ihr die Tränen. Die Bevölkerung lehnte die Pogrome im allgemeinen aufs schärfste ab.

Südwestdeutschland: Die fast 6-jährige "Rassenaufklärung" hat noch nicht die gewünschte Wirkung gehabt. Das zeigte sich am besten im Verhalten der Bevölkerung vor und nach dem Novemberpogrom. Ich durfte als Kriegsteilnehmer meine ärztliche Praxis zunächst weiter ausüben und wurde erst 1937 aus der Reihe der Kassenärzte gestrichen. Aber was nun geschah - und andere Kollegen haben dasselbe erlebt - muss als rühmendes Zeugnis für die Anständigkeit und Unverdorbenheit des deutschen Volkes festgehalten werden. Die Leute kamen weiter in die Sprechstunde und erklärten sich sogar bereit, die Kosten für die Behandlung zu bezahlen. Das Vertrauen zu ihrem Arzt war stärker als die Furcht vor dem Terror, und auch die Gefahr, die Leistungen der Krankenkasse zu verlieren, wirkte nicht abschreckend. Ich hatte bis zum 9. November 1938, also dem letzten Tag vor dem Pogrom, eine gut frequentierte Praxis. Selbstverständlich musste man in vielen Fällen Entgegenkommen zeigen oder ganz auf die Honorare verzichten, aber das war kein Opfer angesichts des Risikos, das auf den Leuten lastete. In einem Fall wurde einem Arbeiter die Entlassung angedroht, wenn er weiter einen jüdischen Arzt besuche. Aber das schreckte ihn nicht ab, und er wurde tatsächlich entlassen. Infolge des Arbeitermangels kam er aber rasch wieder unter.

Als man uns am 10. November durch die Stadt prügelte, zollte auf dem ganzen Weg dieser Schande niemand Beifall, als die zu diesem Zweck abkommandierten Leute. Die Masse der Bevölkerung liess ihre Abneigung gegen dieses Vorgehen sehr deutlich erkennen. Aus ihrem Verhalten, aus ihren Blicken sah man, dass sie uns saugen wollten: "Wir können nichts dafür, wir haben damit nichts zu

tun, wir verurteilen diese Handlungen.

Was für unsere Familien in diesen Tagen der Verzweiflung von anständigen Menschen getan wurde, gehört zum Schönsten, was menschliche Güte und Nächstenliebe bisher geleistet haben. Vielen Juden wurde durch diese geheime Hilfe in Wahrheit das Leben gerettet. Nicht nur, dass man sie vor dem Verhungern bewahrte, es wurden auch Verfolgte versteckt gehalten, denen dann nichts mehr geschah, als der erste Lärm verklungen war.

Jetzt wissen natürlich alle noch in Deutschland lebenden Juden, dass ihr Schicksal besiegelt ist. Vielfach sind mehrere Familien beisammen oder helfen einander, bis die vorhandene Substanz aufgezehrt ist. Mit Ungeduld warten alle auf Nachrichten aus dem Ausland, wo Familienangehörige oder Bekannte sich bemühen, eine Auswanderungsgelegenheit ausfindig zu machen.

Hannover: Mitglieder der NSDAP erzählen in Hannover, dass zwei SS-Leute, die ersten Mitglieder der Partei im Vorort Limmer, zu je 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden seien, weil sie bei dem Pogrom aus einem Juweliergeschäft in der Adolf Hitler-Strasse Schmucksachen von erheblichem Werte gestohlen hätten. Die beiden SS-Leute sind tatsächlich nicht mehr zu sehen, aber es wird die Möglichkeit zugegeben, dass jenes Gerücht in Umlauf gesetzt wird, um die in weiten Kreisen herrschende Empörung über die November-Ausschreitungen zu beschwichtigen.

Ueber die Ausschreitungen in Hannover seien noch folgende Einzelheiten nachgetragen:

Sie begannen in der Nacht zum Donnerstag, dem 10. November um 2,30 Uhr gleichmässig in allen Stadtteilen. Die jüdischen Geschäfte wurden nicht nur im Zentrum, sondern in allen Stadtgegenden zerstört, ebenso viele Privatwohnungen. Die Zerstörungsarbeit wurde ausschliesslich von uniformierten SS-Truppe mit Beilen und Spitzhacken durchgeführt, die johlend durch die Stadt zogen. Viele Läden, vor allem Konfektionsgeschäfte, wurden geplündert und die Waren auf die Strassen geworfen. Vor dem Konfektionshaus Herzfeld, Grosse Packhofstrasse und vor einem grossen Schuhwarengeschäft am Neustädter Markt fuhren Lastwagen der NSV vor und beschlagnahmten die Waren angeblich für das Winterhilfswerk.

Um dieselbe Zeit, pünktlich 2,30 Uhr brach der Brand in der Synagoge aus. Das Feuer war weithin sichtbar, und es wurden viele Feuermelder in Tätigkeit gesetzt. Feuerwehr rückte an, sowie SA, SS und Technische Nothilfe. Die Feuerwehr machte jedoch keinen Versuch, das Feuer zu löschen, sondern beschränkte sich darauf, ein Uebergreifen des Feuers auf die benachbarten baufälligen alten Häuser zu verhindern. Morgens gegen 7 Uhr stellte sich heraus, dass das Feuer weniger Verwüstungen angerichtet hatte, als man erwartete; nur ein Teil der Synagoge war ausgebrannt. Um das Zerstörungswerk zu vollenden, nahm die Technische Nothilfe Sprengungen vor und riss die Wände des Gebäudes nieder, so dass nur ein Trümmerhaufen übrig blieb.

Ausschreitungen, wie sie anderwärts vorkamen, und bei denen kein einziges jüdisches Geschäft und kaum eine Privatwohnung verschont blieb, hat man in Hannover nicht erlebt. Nazis rechtfertigen den Umfang der Zerstörung damit, dass Grünspan aus Hannover stamme. Man machte also die hannoverschen Juden in erster Linie für Grünspans Tat verantwortlich. Ausserdem gab man sich Mühe,

nachzuweisen, dass Grünspan mit illegalen politischen Kreisen Verbindung gehabt habe.

Die Empörung über das Vorgehen war ausserordentlich gross, und es wurde ihr auch vielfach deutlich Ausdruck gegeben. Nationalsozialisten diskutierten offen mit Leuten, die sich darüber entrüsteten, und sie führen als "Entschuldigung" an, dass Hitler die Pogromaktion nicht gebilligt habe, ja dass sie gegen seinen Willen geschehen sei. Sie erzählen, dass Himmler und Goebbels ihm von antisemitischen Einzelaktionen in Hessen-Nassau berichtet hätten. Hitler hätte von ihnen strengstens verlangt, dass diese Aktionen lokalisiert werden und nichts davon der Öffentlichkeit bekannt werden solle. Gegen Hitlers Willen hätten also Goebbels und Himmler die Ausschreitungen veranlasst. Diese Erzählung hörte man immer wieder; es scheint, dass die Partei eine Anweisung zu ihrer Verbreitung gegeben hat. Man weiss zu gut, dass nichts gegen Hitlers Willen geschehen kann, als dass die so versuchte Entlastung Hitlers Erfolg haben könnte.

Schliesslich liegen noch folgende Berichte über die Enteignung des jüdischen Vermögens vor:

Bayern: Am 22. April fand in München, organisiert von der Partei, eine Versteigerung aller Silbergegenstände statt, die im November beim Judenpogrom gestohlen worden waren. Jeder Münchner Händler musste vor der Versteigerung mitteilen, bis zu welchem Betrage er sich an der Versteigerung beteiligen wolle. Der Mindestbetrag war 100,- RMk, der Höchstbetrag 15.000 RMk. Die Gesamtsumme des Ertrages ist nicht bekanntgeworden. Wertgegenstände aus Gold sind direkt nach Berlin weitergegeben worden, soweit diese Wertgegenstände den Weg aus den Taschen der SA in die Zentralparteistelle gefunden haben.

Schlesien, 1. Bericht: Als die jüdischen Geschäftsleute gezwungen wurden, ihre Unternehmungen zu liquidieren, führten sie Ausverkäufe durch, an denen sich besonders die Kinderreichen rege beteiligten. Die Käufer ahnten damals nicht, dass die Photographie die gemacht wurden, als sie ins jüdische Geschäft einkaufen gingen, ihnen zum Verhängnis werden sollten. Jetzt werden alle die Familien, die ermittelt werden konnten, zur Volkswohlfahrt geladen. Ihnen wird bekannt gegeben, dass sie, die bisher von der Winterhilfe oder von der Unterstützung für Kinderreiche Nutzen gezogen haben, bis auf weiteres keine Unterstützung mehr erhalten würden, nachdem sie bei Juden eingekauft hätten.

2. Bericht: Nach der Wegnahme der Schmuck- und Wertsachen werden jetzt in Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen Nachforschungen von der SS und SA geführt, ob noch irgendwo Wertsachen vorhanden sind.

Grundstücks- und Hausbesitzer werden genötigt, den jüdischen Bewohnern sofort die Wohnungen zu kündigen.

Diejenigen Juden in Oberschlesien, die sich zur Auswanderung verpflichtet haben, als sie nach der Novemberaktion aus dem Konzentrationslager entlassen wurden, müssen sich wieder alle drei Tage bei der Polizei melden. Aus Breslau wird dasselbe berichtet. Von dieser Meldepflicht werden in Oberschlesien nur die Juden erfasst, die bereits Angehörige im Ausland haben.

In Beuthen und Gleiwitz wurden jüdische Hausbesitzer Anfang Mai aufgefordert, ihren Besitz sobald wie möglich zu verkaufen, sonst würden die Behörden diesen Verkauf, gleichviel zu welchem Preis, selbst vornehmen. In Hindenburg bot man einem Juden für sein Grundstück, das einen Wert von über 400.000 RMk hat, 75.000 RMk. an. Nach dem Verkauf dieses Grundstücks hat man Nachversteuerungen durchgeführt, so dass dem Besitzer nur 15.000 RMk auf der Stadtparkasse gutgeschrieben wurden, die er wiederum nur in Raten von 250 RMk monatlich abheben darf, während der Mietseinnahmebetrag monatlich 4.000 RMk betragen hat, da es sich um ein Geschäftshaus handelt.

Bei Juden, die Auslandspost erhalten, wird diese Post vielfach erst auf der Polizei ausgehändigt, wobei man über den Inhalt der Briefe Auskünfte einfordert und auch die Empfänger mit Strafen bedroht, wann etwas Nachteiliges gegen das Regime in diesen Briefen enthalten ist.

d) Bericht aus Dachau

Ein österreichischer Jude, der während des November-Pogroms nach Dachau gebracht und dort über ein halbes Jahr in Haft gehalten worden ist, berichtet über seine Erlebnisse im Konzentrationslager:

Unsere Familie war seit vielen Jahrzehnten in einem österreichischen Landstädtchen ansässig. Wir hatten auch nach der Annexion Oesterreichs vonseiten der Bevölkerung kaum unter Antisemitismus zu leiden. Am 13. November erschienen Beamte der örtlichen Gendarmerie bei uns und baten mich in der höflichsten Weise mitzukommen. "Sie brauchen kein Gepäck mitzunehmen. Es handelt sich sicher nur um ein paar Fragen." Ich bin noch heute überzeugt, dass die Leute keine Ahnung hatten, was uns bevorstand. Auf der Gendarmeriestation erwartete uns SS. Von allen Seiten, auch aus den Nachbarorten, wurden verhaftete Juden eingeliefert. Man stellte kein Verhör mit uns an, sondern transportierte uns sofort nach Wien. Die meisten Verhafteten waren -wie ich- nie politisch tätig gewesen. Wir wurden auf dem Transport herumgestossen und angeschrien und schlimmer als eine Viehherde behandelt.

Wir wurden zuerst in das Gebäude der SS Rosauer Lände gebracht dann auf die Gestapostelle Hahngasse. Von unserer Zelle aus konnte ich in den Hof sehen. Dort wurden Menschen gestossen, geschlagen, mit Fauststößen traktiert. Das ging jeden Tag so bis in die späten Abendstunden. Nach vier Tagen brachte man uns zur ärztlichen Untersuchung. Der Arzt schaute jeden nur an und rief dem Protokollanten zu: "Haftfähig! Haftfähig!" Es wurde von jedem ein Protokoll aufgenommen, wir mussten viele Fragen beantworten. Die Ergebnis, das Schriftstück durchzulesen, erhielten wir nicht, wir mussten es ungelesen unterschreiben. Ein höherer Gestapobeamter fällte das Urteil: "Dachau!" Oder "Zurück!" Es war unmöglich, dabei irgendein System zu erkennen. Frontkämpfer - Invaliden mit einem Bein - Leute, die ein Auslandsvisum in der Tasche hatten - Familienväter und ganz junge Burschen- wurden ins Konzentrationslager geschickt, andere entliess man wieder ohne ersichtlichen Grund, auch unverheiratete, kräftige junge Leute. Ein junger

Mann wurde eingeliefert, dessen beide Augen mit Blut gefüllt waren, so dass er sich nur vorwärts tasten konnte. Sie hatten ihn auf der Gestapo-Hauptstelle Morzinplatz so zugerichtet. Er konnte weder stehen, noch sitzen, noch essen, wurde aber für "dachaureif" erklärt. Ein höherer Polizeibeamter, der ihn zu sehen bekam, hat sich weggewandt und ich habe deutlich gesehen, dass er weinte.

Am vierten Abend wurden wir mit dem sogenannten "grünen Heinrich" nach dem Westbahnhof gefahren. Dort empfing uns SS mit Gewehr, Bajonett und Stahlhelm. Alte Leute, die nicht schnell genug nach dem Bahnsteig laufen konnten, wurden mit Kolbenschlägen vorwärtsgetrieben. Es stand ein Zug für uns bereit mit langen Schnellzugswaggons. Jedes Abteil, das für 8 Personen bestimmt war, wurde mit 13 Mann belegt, fünf auf jeder Bank, drei am Boden. Vor jedem Abteil im Gang stand ein SS-Mann mit geladenem Gewehr. Wir fuhren von 6 Uhr abends bis 7 Uhr früh. Unser Bewachungsmann war etwa 16 Jahre alt. Er hatte Befehl, uns ständig ins Licht schauen zu lassen. Das war eine arge Tortur, man fühlte sich nach einiger Zeit wie betäubt und bekam Kopweh. Der SS-Junge befühlte sich, glaube ich, nicht mal wohl in seiner Rolle. Er bemühte sich sogar, auf seine Weise nett zu uns zu sein. Aber als ein Vorgesetzter vorbeikam, hat der Sechszehnjährige ganz unvermittelt einen älteren Häftling in unserem Abteil geohrfeigt.

In den anderen Wagen ist es viel schlimmer zugegangen. Dort wurden Kolbenstöße ausgeteilt, und mit der Begründung, die Gefangenen hätten "gemeutert" verübte die SS schwere Misshandlungen. Ich weiss genau, dass auf der Fahrt mindestens acht Mann erschlagen und erschossen worden sind. Möglich, dass es mehr waren.

Um 7 Uhr früh kamen wir in Dachau an. Dort erwartete uns deutsche SS. Die Fahrt nach dem Lager ging in Güterwagen vor sich. "40 Mann oder 6 Pferde". Wir waren 200 in unserem Wagen. Alle Lüftungsklappen waren geschlossen. Obgleich die Fahrt nicht lange dauerte, kam es zu entsetzlichen Szenen, weil viele schon von der Reise völlig zerrüttet waren. Zwei Mann in unserem Wagen wurden wahnsinnig, recht bei Sinnen war keiner von uns. Dann kam der Befehl: "Aussteigen!" Die zwei Irrsinnigen weigerten sich. Sie wurden von SS-Leuten aus dem Wagen gezerrt und fortgeschleift. Der Vertreter des Lagerkommandanten Kannschuster -Grünwald- hielt uns eine Rede:

"Ihr wisst, warum Ihr hier seid. Ihr braucht nicht zu glauben, dass Ihr hier als Menschen behandelt werdet. Ihr seid keine Menschen."

Aus den Reihen sprang ein jüdischer Häftling heraus und schrie:

"Lasst das nicht zu! Wir sind Menschen! Wir sind Menschen!"

Ein SS-Offizier ging langsam auf den Mann zu. Der rief ihm entgegen: "Ich gehe nicht lebend ins Lager, ich bin Frontkämpfer, ich habe für Deutschland gekämpft und bin für Deutschland verwundet worden."

Der SS-Offizier versuchte, den Mann anzupacken. Als sich dieser wehrte, wurde er sofort niedergeschossen und weggeschleift, ebenso ein zweiter, der gleichfalls etwas rief, was ich nicht verstehen konnte, und auf den Offizier zusprang.

Wir wurden durch das Tor ins Lager geführt. Es war ein unvorstellbares Gedränge. An diesem Tage sind 2.000 Juden in Dachau

eingeliefert worden. Wir mussten zur Namensverlesung antreten. Einer, der nicht sofort "Hier!" gerufen hatte, wurde auf einen Bock geschnallt und bekam 25 Stockhiebe. Gleich darauf ein Zweiter. Der hob die Hand -ich weiss nicht, ob zur Abwehr oder um den SS-Mann anzugreifen. Er wurde zu weiteren 25 Hieben verurteilt. Ich wundere mich heute noch, dass er am Leben geblieben ist.

Nach dem Namensaufruf standen wir viele Stunden umher. Kleine Trupps wurden abgeholt, ins Bad geführt, eingekleidet und auf ihre Blocks verteilt. Früh gegen 8 Uhr waren wir angekommen, nachmittags gegen drei hiess es: "Wer etwas zu essen mit hat, darf essen". Für 2.000 Leute wurde ein einziger Kübel Wasser gebracht. Bis abends 6 Uhr standen wir so. Einige fielen um und wurden mit Wasser angeschüttet. Unter uns war der junge Mann, der von der Wiener Gestapo so zugerichtet worden war und von dem ich anfangs schon erzählt habe. Der ist umgefallen und war sofort tot. Ein bekannter Wiener Arzt, der auch mit uns gemeinsam verhaftet worden war, hatte Gelegenheit, ihn rasch zu untersuchen. Er stellte u.a. mehrere Rippenbrüche fest. Die SS-Leute luden den Leichnam auf einen Wagen und führten ihn fort. Einer von den zwei Irrsinnigen aus unserem Wagen lief frei auf dem Hof herum. Er ging auf den Ausgang zu und verstand offenbar gar nicht, warum die Wachen ihn anriefen. Er ist von einem Maschinengewehrturm aus erschossen worden.

Endlich führte man uns in den Duschaum. Wir wurden gewogen, gemessen und der üblichen flüchtigen "ärztlichen Untersuchung" unterzogen. Dann erhielten wir die Monturen. Juden und auch die sudetendeutschen Häftlinge, bekamen die sogenannten "Sommermonturen", Hemd, dünnen Wollweater, Drillichhose. Im übrigen hat jeder Gefangene sein Zeichen. Ich will sie hier aufzählen, weil man daran gleichzeitig die Zusammensetzung der Belegschaft erkennt:

Es gibt auf die Spitze gestellte Dreiecke in verschiedenen Farben, und zwar bedeutet:

rot	politischer Häftling
violett	Bibelforscher
blau	Rückwanderer
weiss mit schwarzem Rand	Ressenschänder
rosa	Homosexueller
schwarz	von der Gemeinde als arbeitsscheu eingelieferter
braun	Asozialer
grün	Krimineller

Die Juden tragen ein rotes Dreieck auf der Spitze, darunter ein gelbes auf der Basis. Ueber dem Dreieck ein Streifen in gleicher Farbe bedeutet: rückfällig; ein roter Punkt in weissem Feld: fluchtverdächtig, ein roter Punkt auf weissem Feld: Strafkompagnie.

Am meisten litten wir in der ersten Zeit nach unserer Einlieferung unter der Ueberfüllung des Lagers. Je 200 Mann wurden in einer Stube untergebracht, die im Höchstaufalle, wenn die Betten drei Etagen stehen, für 78 Mann bestimmt ist. Eine "Stube" besteht jeweils aus Tages- und Schlafraum, 4 Stuben bilden einen Block. Ein "Block" ist eine Baracke von etwa 100 Meter Länge. 30 solcher Baracken befinden sich im Lager. Je zwei Stuben

benützen gemeinsam Eingang, Waschraum und Klosetts. In dieser Zeit der Ueberfüllung standen für 400 Mann etwa 8 "Springbrunnen" im Waschraum zur Verfügung und etwa 8 Klosetts. Also alles völlig unzulänglich. Die Ueberfüllung dauerte bis Mitte Januar, dann leerte sich die Stube langsam, und als wir vor meiner Entlassung mehr Raum und auch mehr Decken hatten, erschien uns alles erträglicher.

Die Tageinteilung sah so aus:

Um 5 Uhr früh aufstehen, Frühstück: schwarzer Kaffee ohne Zubiss.

1/4 7 - 1/2 7 Uhr Zählappell und Arbeitseinteilung. Anfangs arbeiteten nur die Arier im Aussendienst, die Juden wurden in die Blocks zurückgeführt, in kleine Gruppen eingeteilt und mussten bis 1/2 12 Uhr exerzieren. 200 Häftlinge hatten jeweils Küchendienst, ausserdem gab es 2 bis 3 SS-Köche.

1/2 12 Uhr Essenausgabe. Die Kost war nicht schlecht zubereitet, aber völlig unzureichend. Es gab meist Hülsenfrüchte, Erdäpfel usw., manchmal Fischgulasch, sehr selten Fleisch.

1/2 2 Uhr aufmarschieren, 1 Stunde exerzieren.

1/2 3- 5 oder 6 Uhr Arbeit.

Zwischen 5 und 6 Uhr (je nach der Jahreszeit) Abend-Zählappell, dann eine Stunde Freizeit, Essen in der gleichen Qualität wie mittags, um 8 Uhr Nachtruhe.

Wir waren ständig hungrig. Wer Geld hatte, konnte in der Kantine allerlei kaufen, und zwar zu den normalen Tagespreisen. Die Häftlinge haben sich bemüht, gerecht untereinander zu teilen. Während das Lager überfüllt war, bekamen wir sehr wenig Brot, später hat sich das etwas gebessert.

Zunächst haben nur die Arier im Aussendienst gearbeitet. Die sogenannten "Wirtschaftskommandos" waren in Bäckerei, Küche, Schneiderei, Schreinerei, Kesselhaus usw. beschäftigt. Erst etwa im Februar begann man auch Juden im Aussendienst zu verwenden. Bis dahin hatten sie viele Lagerarbeiten zu verrichten, Schneeschaufeln, Baracken reinigen, Löcher auf den Lagerstrassen auffüllen usw. Die Arbeit selbst war erträglich, wenn nicht gerade ein besonders unangenehmer SS-Aufseher die Arbeitenden antrieb und peinigete. Bei solchen Gelegenheiten ist auch öfters geschlagen worden, nicht nur von SS-Leuten, sondern auch von arischen Mitgefangenen, meist Kriminellen. Die Vorarbeiter, die sogenannten Kappos waren überhaupt in mehr als einer Beziehung gefürchteter und gehasster als die SS selbst.

Dicht neben dem Konzentrationslager befindet sich ein grosses SS-Lager. Dort geht es ganz militärisch her, die Leute werden sehr gedrillt, und wir hatten den Eindruck, dass sie durchaus nicht zufrieden sind. Die meisten Bewachungsposten haben keine Freude daran, Menschen zu quälen. Fünf bis sechs Schinder mag es im ganzen gegeben haben. Misshandlungen -so wie wir sie in den ersten Tagen nach der Einlieferung und bei der Einlieferung selbst erlebt haben- waren im allgemeinen selten.

Eine besondere Strafe war das Anbinden. Dabei wurden die Häftlinge, mit den Händen nach rückwärts, an einen Pfahl oder

Baum gefesselt, möglichst so hoch, dass sie nur auf den Fussspitzen stehen konnten. Dieses Anbinden besorgte ein krimineller Häftling, der gleichzeitig Aufseher im Bunker war. Die arischen Gefangenen erzählten, er sei ein Lustmörder. Jedenfalls nannten wir ihn allgemein so. Natürlich will ich mir diese Behauptung nicht zu eigen machen, ich habe sie nicht nachprüfen können. Ich weiss nur eines bestimmt: dass der "Lustmörder" entlassen werden sollte und gebeten hat, ihn im Lager zu behalten, das er "sich im bürgerlichen Leben nicht mehr zurechtfinde". Er genoss unerhörte Begünstigungen. Uebrigens pflegte er auch die Tiere des Lagerkommandanten, einen Hund und einen Affen, zu denen er sehr gut war.

Neben dem "Anbinden" gab es noch die Bunkerstrafe, das ist Dunkelhaft in Einzelzellen, Strafoxerzieren, Strafstehen (vor allem in der Freizeit), Essenentzug, bei scharfer Kälte stehend im Freien essen usw. Wie es den Leuten im Bunker ergangen ist, weiss ich nicht. Der Bunker liegt abseits hinter der Küche, wir sind nicht mit den Leuten in Berührung gekommen. Ich weiss aber, dass auch SS- und SA-Leute strafweise dort waren.

Ich sagte schon, dass die Bewachungsmannschaft keine ausgesprochene Freude am Quälen hatte, Bezeichnend für die Einstellung dieser Leute erscheint mir der Ausspruch eines jungen SS-Mannes. Er wurde von den Häftlingen gefragt, ob man einem Mithäftling nicht gewisse Erleichterungen gewähren könne. Der Mann sei Frontkämpfer gewesen, er sei alt und krank. "Helfen Sie ihm in Nemen der Menschlichkeit!" sagte ein jüdischer Gefangener. Der SS-Mann antwortete in schnarrendem Ton: "Bei uns gibt es keine Menschlichkeit; bei uns gibt es nur Disziplin. Ihr braucht nicht zu glauben dass wir besser behandelt werden."

Gelegentlich kommt es sogar vor, dass so ein junger SS-Bursche den Wunsch verspürte, uns eine Freundlichkeit zu erweisen. So ganz ohne einen Funken "Menschlichkeit" waren die Leute also doch nicht, wenn sie es auch selbst nicht wahr haben wollten. Auf dem Appellplatz hustete z.B. ein Häftling sehr stark. Als der SS-Posten auf ihn zuging, versuchte er den Husten ängstlich zu unterdrücken. Der SS-Mann trat heran und fragte: "Du bist verkühlt?" - "Ja, starken Husten und Schnupfen." Darauf gab ihm der Posten ein Handvoll Hustenbonbons und ging dann möglichst schnell weg. - Ein andermal sind wir beim Turm vorbeimarschiert. Die Dienstfreien spielten in der Stube Karten. "Abteilung halt! Habt Ihr Hunger?" "Jawohl!" - "Stehen bleiben!" Und sie reichten uns ihr Brot zu. Solche Ausnahmefälle wurden von den Häftlingen mit masslosem Staunen quittiert, und ich hatte den Eindruck, dass die jungen SS-Leute über sich selbst genau so erstaunt waren wie die Häftlinge.

Es existierte ein Befehl des Lagerkommandanten: "Wenn ein Häftling sich des Leben nehmen will, so ist es bei Strafe verboten, ihn davon abzuhalten." - Einmal sah ich an einem Wintermorgen einen jüdischen Häftling einsam über den Appellplatz gehen. Ein SS-Mann kam auf ihn zu: "Was machst Du da?" - "Herr Blockführer, ich will nicht mehr; ich habe keine Chance, entlassen zu werden, ich gehe nach dem Turm und lass mich erschiessen." - "Kehrt Euch Marsch, nach Haus." Der Mann machte wirklich befehlsgemäss kehrt und der junge SS-Mann blieb sehr lange auf dem Fleck stehen und sah ihm nach. Ich weiss nicht, was in ihm vorgegangen ist, ich weiss aber, dass der Häftling ohne sein Dazwischentreten der

Todesweg bestimmt fortgesetzt hätte. Einige Lebensmüde haben während meiner Haftzeit diesen Weg des Selbstmordes gewählt. Er war am sichersten und am einfachsten.

Sehr schlecht waren die Kranken daran, und Kranke gab es im Lager Ubergengug. Vor allem war in den kältesten Monaten die Kleidung viel zu dünn. Nur vorübergehend bekamen wir Mäntel, die uns ebenso wie die Wollwesten gleich nach Weihnachten wieder abgenommen wurden. Eine Zeitlang gab es in der Kantine Ohrenschützer zu kaufen. Dann wurde das Tragen dieser Ohrenschützer verboten und sie mussten abgeliefert werden, natürlich ohne dass jemand das Geld zurückbekam, das die SS in der Kantine dafür kassiert hatte.

Mitte Dezember hatte schon die Hälfte der Gefangenen teils leichte, teils mittelschwere Erfrierungen. Grippeerkrankungen gab es natürlich in Massen. Wer sich krank fühlte, musste sich beim Rapportführer melden. Der entschied, ob er einen Kranken oder einen "Simulanten" vor sich hatte. Der Mann hatte keine Ahnung von medizinischen Fragen. Wer am Rapportführer glücklich vorbei war, kam im Spital erst mal zu einem jungen SS-Mann, den niemand von uns für einen Arzt hielt, obgleich er es gewesen sein mag. Der schaute die Kranken wieder nur an und "siebte" wieder. Wer sich krank meldete, kam frühestens am Morgen des folgenden Tages zu einem Lagerarzt. Wer aber das Pech hatte, Freitag Nacht oder Samstag zu erkranken, der sah den Arzt keinesfalls vor Montag früh.

Ich weiss, dass Leute mit 40 Grad Fieber so lange als "Simulanten" bezeichnet worden sind, bis sie zusammenbrachen. Ein Mithäftling bekam eine Geschwulst am Halse mit starker Eiterung. Der SS-Arzt, der ihn untersuchte, sagte: "Es liegt nichts vor." Der Mann hat die ganze Nacht in der Baracke schwere Erstickungsanfälle gehabt. Am nächsten Tag hat ihn ein Universitätsprofessor, der auch unter den jüdischen Häftlingen war, mit den primitivsten Instrumenten operiert. Der Mann wäre sonst zugrundegegangen wie viele andere, die in den Baracken elend und ohne ärztliche Hilfe verendet sind. Sie wurden am Morgen auf Wagen gepackt und weggeführt. Man sagt, die Leichname seien alle verbrannt worden.

Eine Zeitlang versuchten die im Lager inhaftierten Pfarrer und Rabbiner zu den Sterbenden vorzudringen, die nach ihnen verlangte. Das wurde aber untersagt. Ebenso war es den Christen verboten, am Sonntag Gottesdienst abzuhalten, und den Juden, am Freitag Abend zu beten.

Ich selbst bin dadurch freigekommen, dass ich mir beim Straferzieren eine schwere Verletzung am Knie zuzog, die mich arbeitsunfähig machte und mich heute noch am Laufen hindert. Da wir uns im Schlamm herum niederverwerfen mussten, war die Wunde schon am selben Abend schwer verschmutzt. Ich kam aber wie üblich erst am zweiten Tag zum SS-Arzt, der kaum hinsah, nur etwas Salbe auf die Wunde schmierte und mich verbinden liess. Am vierten Tag sah das Bein sehr schlimm aus, und der SS-Arzt konstatierte: "Schlamperei des Häftlings. Morgen amputieren." Wieder kam Salbe auf die Wunde, und wieder wurde ich entlassen. Auch mich hat ein Mithäftling, ein ausgezeichnete Arzt, heimlich behandelt mit sehr primitiven Instrumenten. Es hat arg weh getan, aber am nächsten Tag verkündete der SS-Arzt stolz: "Es muss nicht amputiert werden, den Mann haben wir gerettet." Ich glaube, er hat wirklich nicht gemerkt, dass ein anderer Arzt die Wunde behandelt hatte.

In Wien auf der Gestapo musste ich vor meiner Ausreise nochmals zum Verhör. Ein Beamter liess sich die Wunde zeigen und sagte: "Na, alsdann. Wir haben's schon lieber, wenn solche Leute wie Sie im Lager sterben. Die draussen glauben Euch Juden zwar eh nix mehr - aber wenn einer halt was zeigen kann..." Damit meinte er die Wunde. Er hat das alles ganz freundlich und mit der grössten Selbstverständlichkeit gesagt. Es war der letzte Eindruck, den ich aus Deutschland mitnahm.

3) Flüchtlinge ohne Asyl

Für die Juden, die den Verfolgungen in Deutschland glücklich entronnen sind, ist der Leidensweg gewöhnlich nicht zu Ende. Die anderen Länder wehren sich dagegen, die völlig Mittellosen aufzunehmen und bestrafen die illegal Eingereisten mit Ausweisung und Gefängnis. Einige überseeische Staaten haben die Einreise völlig gesperrt.

a) Juden im Niemandsland

Bereits in unseren Berichten aus dem November und Dezember 1938 (Heft 11/1938, Seite A 23 - 26, Heft 12/1938, Seite A 27/28) haben wir das tragische Schicksal der aus Deutschland vertriebenen Juden polnischer Herkunft geschildert. Im Dezember-Bericht hiess es u.a.:

"Von den Juden polnischer Herkunft, die von den Nationalsozialisten in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober über die polnische Grenze abgeschoben worden sind, sitzen noch heute hunderte in elenden Notquartieren an der polnischen Grenze bei Zbaszyn. Man lässt sie nicht ins Innere Polens, und nach Deutschland gibt es natürlich kein Zurück. Die Unglücklichen leiden Hunger und Kälte; zwölf von ihnen sind wahnsinnig geworden und mussten in eine Anstalt überführt werden. Epidemien haben Todesopfer gefordert."

Inzwischen hat sich die Not der Vertriebenen ständig gesteigert, und es sind ständig neue hinzugekommen. Im Flüchtlingslager Zbaszyn befanden sich Anfang Juni 3.600 Juden. Im sogenannten Niemandsland zwischen der deutschen und der polnischen Grenze irren gleichfalls tausende von Juden umher. Der englische Abgeordnete Stokes nannte am 6. Juli im Unterhaus die Ziffer 4.000. In Polen befinden sich zur Zeit 16.000 Juden, die seit September 1938 aus Deutschland vertrieben wurden und von denen rund 12.000 auf Unterstützungen angewiesen sind. Die Kassen der Warschauer Flüchtlingskomitees sind völlig erschöpft.

Wir haben folgenden Bericht aus Schlesien erhalten:

Jüdische Familien im Industriegebiet erhielten in den letzten Tagen wiederholt Besuche der Polizei oder mussten sich bei der Gestapo melden. Man befragte sie, wann sie endlich aus Deutschland auswandern wollen. Hatte die eine oder andere Familie nichts in der Hand, um nachweisen zu können, dass man sich um eine Auswanderung bemüht, so wurde ihnen aufgegeben, dass sie sich bereit halten sollten, da sie in den nächsten Tagen über die Grenze abgeschoben würden. Bei dieser Gelegenheit verwies man sie darauf, dass sie nicht berechtigt sind, in der bisherigen Wohnung zu verbleiben. Sie sollten zusehen, dass sie ausserhalb der Ortschaft Aufenthalt fänden, sonst werde man sie einfach vor die Stadt setzen.

Seit Mitte Juni kann man entlang der polnischen Grenze solche Judentransporte, Männer und Frauen, Kinder und Greise, beobachten, die man gewaltsam über die Grenze nach Polen zu vertreiben sucht. Man macht auch von Waffen Gebrauch, teils ist es eine Mannschaft der SA oder des sogenannten Grenzschatzes, teils aber auch Polizei. Solche Gewalttransporte wurden festgestellt bei Lubkinitz mit etwa 100 Personen, an der Beuthener Grenze nach Chorzow zu mit etwa 200 Personen, bei Beuthen nach Radzionkau zu mit ca. 80 Personen, bei Kunzendorf in der Nähe von Hindenburg 150 Personen, in der Rybniker Gegend mit etwa 80 Personen; alles im Juli.

Nur wenige Personen konnten in Polen Aufenthalt finden, die meisten jüdischen "Auswanderer" wurden von der polnischen Polizei wieder auf deutsches Gebiet zurückgeschickt.

Es spielten sich hierbei Schreckensszenen ab, denn auf deutscher Seite wurden die Juden mit Prügeln und Schüssen empfangen. Schliesslich liess man sie an der Grenze liegen, ohne sie irgendwie zu versorgen. Man fing sogar die Deutschen -meist Landfrauen- ab, die diesen Vertriebenen Speisen und Wasser bringen wollten.

b) Die Flüchtlingschiffe

In eine andere Art "Niemandland" geraten die jüdischen Flüchtlinge, und zwar abermals zu vielen tausenden, auf hoher See. Aus allen Häfen gejagt, ausserstande, ihre verzweifelte menschliche Fracht wimmernd immer in der Welt an Land zu setzen, kreuzen die "Geisterschiffe" auf den Meeren. Lebensmittel, Trinkwasser und Kohle werden knapp, die Passagiere werden von ansteckenden Krankheiten befallen, die Selbstmorde mehren sich. Hilferufe werden nach allen Seiten gefunkt, aber nur selten wird Hilfe gewährt. Einige Beispiele:

Flandre hatte etwa 100 Flüchtlinge aus Deutschland an Bord. Cub und Mexiko verweigerten die Landung. Am 19. Juni ist das Schiff nach wochenlanger Irrfahrt im Hafen von St. Nazaire (Bretagne) gelandet.

St. Louis, ein Hapag-Dampfer mit 937 Flüchtlingen an Bord, konnte in Cuba nicht landen, weil die cubanischen Visa der Passagiere sich nicht als gültig erwiesen. Amerika lehnte eine sofortige Aufnahme dieser Flüchtlinge ab. Endlich, nach einer wochenlangen Irrfahrt des Schiffes erklärten sich die Regierungen von England,

Frankreich und Belgien damit einverstanden, dass die Passagiere auf ihre Länder verteilt würden.

Orinoko befand sich mit 200 jüdischen Flüchtlingen etwa um die gleiche Zeit auf der Fahrt von Deutschland nach Cuba. Im Hafen von Cherbourg erreichte sie aus Berlin der funkentelegrafische Befehl: "Sofort zurück nach Hamburg!" Mehrere Flüchtlinge versuchten, ins Meer zu springen. "Orinoko" ist das erste Schiff, das zwangsweise nach Deutschland zurückbeordert worden ist, und zwar unter Hinweis auf das Aufsehen, das das Schicksal der St. Louis erregt hat.

Usaramo irrte mit 500 jüdischen Flüchtlingen, darunter mehrere Aerzten, Anwälten, Schriftstellern, sechs Wochen auf dem Meer umher und nahm dann Kurs nach Shanghai. Die Unterbringung auf dem Dampfer war denkbar schlecht. Die Flüchtlinge durften die Baderäume nicht benutzen.

Orbita mit 68 jüdischen Flüchtlingen durfte in Ecuador nicht landen und lag lange Zeit in Balboa, Panama-Kanal-Zone, in Quarantäne. Endlich bekamen die Passagiere die Erlaubnis, in Panama an Land zu gehen, wo sie für drei Monate Aufenthaltsbewilligung erhielten. Nach Ablauf dieser Frist müssen sie, sofern sie nicht von Amerika aufgenommen werden, nach Europa zurückkehren.

Cap Norte hat mit 15 Flüchtlingen an Bord am 28. April Hamburg verlassen, und zwar mit dem Ziel Südamerika. Paraguay, Uruguay, Argentinien verweigerten die Landung. Am 26.6. landete das Schiff in Boulogne sur mer. Die Passagiere wurden vorübergehend in Frankreich aufgenommen.

Auf dem Motorschiff Monte Olivia der Hamburg-Südamerika Linie befanden sich 78 jüdische Passagiere, die eine Einreiseerlaubnis nach Paraguay hatten. Aber Uruguay verweigerte Landung und Durchreise. Die Passagiere durften nach wochenlanger Unsicherheit am 15. Juni in Buenos Aires an Land gehen, wo sie Aufenthaltsgenehmigung für 20 Tage erhielten. Schliesslich nahm Chile sie auf.

Prosula mit 65 Flüchtlingen, meist aus der Tschechoslowakei stammend, verliess am 25. Juni den Hafen Sulina (Donaumündung) mit dem Ziele Shanghai. Unterwegs gingen Geld und Lebensmittel aus. Das Schiff lief den ersten besten Hafen an, und zwar den nordlibanesischen Seehafen Tripoli. Die Behörden des Libanon beschlossen Mitte Juni, die Passagiere zuzulassen.

Dora ein alter griechischer Kohlendampfer, verliess unter der Flagge von Panama reisend mit 500 jüdischen Flüchtlingen an Bord am 17. Juni Amsterdam, angeblich um nach Siam zu fahren. Tatsächlich irrt er heute noch auf dem Meer umher. Unter den Passagieren die zum grössten Teil deutsche Juden sind, befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder.

Auf dem italienischen Dampfer Frossula, der 658 tschechisch-jüdische Flüchtlinge an Bord hat, brach die Pest aus. Zwei Passagiere starben daran. Der französische Hochkommissar für Syrien gestattete der Frossula für kurze Zeit im Hafen von Beirut in Quarantäne zu gehen. Nach der Desinfektion des Schiffes wurden die Passagiere, die vorübergehend an Land gegangen waren, sofort wieder auf den Dampfer zurückgebracht. Die Abreise wurde auf Ende Juli festgesetzt. Das weitere Schicksal der Frossula-Flüchtlinge ist ungewiss.

Orisis mit 600 Flüchtlingen ankert gegenwärtig vor der syrischen Küste. Sechs Wochen lang hat das Schiff nach einer Landung, gelegenheit gesucht. Die Lebensmittelvorräte waren schon lange erschöpft. Bis jetzt ist noch keine Entscheidung über das Schicksal der Passagiere gefallen.

Thessalia mit 550 Flüchtlingen ist vor Beirut von einem libanesischen Küstenwachtboot gestellt und gezwungen worden, die syrischen Hoheitsgewässer zu verlassen. Tripoli verweigerte die Landung. Der Dampfer irrt weiter auf hoher See umher.

Am 2. März 1939 sind 424 Danziger Juden in plombierten Waggons nach einem rumänischen Hafen überführt worden. Ein kleiner griechischer Dampfer sollte sie illegal nach Palästina bringen. Britisches Militär hat die Landung verhindert. Speisevorräte und Trinkwasser waren zu jener Zeit schon sehr knapp. 13 Wochen lang irrte das Schiff auf dem Meer umher. Endlich sind die Vertriebenen auf der griechischen Insel Kreta abgesetzt worden. Sie sind ohne Kleidung und Schuhwerk, leiden unter Hunger und epidemischen Krankheiten, werden von Hatten und Ungeziefer fast zerfressen. Einige Flüchtlinge sind bereits gestorben.

Am 28. Juli meldete die "Times":

Etwa 900 jüdische Flüchtlinge aus Mitteleuropa, die vor 3 Wochen auf einem jugoslawischen und einem ungarischen Dampfer in Rustschuk, Bulgarien, ankamen und denen die Landungserlaubnis verweigert wurde, sind jetzt auf denselben Schiffen nach Sulina, Rumänien, abgereist. Sie hoffen, dass sie von dort aus imstande sein werden, irgendwo im Mittelmeer einen Zufluchtsort zu finden.

T e i l B

(Abgeschlossen am 1. August 1939)

Perspektiven der deutschen Wirtschaft

Seit der Machtübernahme durch Hitler und bis in die letzte Zeit hinein sagten einige Beobachter der deutschen Wirtschaft den baldigen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Experiments voraus. Andere wurden dagegen immer mehr in ihrem Glauben an das "Deutsche Wirtschaftswunder" gestärkt und halten jede ernsthafte Krise der Wirtschaft des Dritten Reiches für ausgeschlossen. Die dritten versuchen die Entwicklung dieser Wirtschaft nach den Grundsätzen der Konjunkturbeobachtung zu erfassen und sehen, wenn keine Katastrophe, so mindestens den Umschlag eines gigantischen Aufschwungs in eine schwere Krise kommen. Nun ist der so oft und manchmal für die allernächste Zukunft vorausgesagte "Zusammenbruch" nicht gekommen, und man weiss auch nicht recht, welche konkreten Erscheinungen man sich darunter vorstellen soll. Andererseits wird es heute in Deutschland selbst nicht mehr bestritten, dass die deutsche Wirtschaft mit grossen Schwierigkeiten zu ringen hat und dass sie ernsthaften Gefahren ausgesetzt ist, wobei darüber natürlich nur mit grosser Vorsicht und in einer mehr oder weniger verschleierten Form gesprochen wird.

Allerdings lassen sich diese Schwierigkeiten und Gefahren nicht als Stockungen des Konjunkturablaufs verstehen. Die vorliegende Abhandlung versucht, die heutige deutsche Wirtschaft in ihrer Besonderheit als eine Wirtschaft sui generis zu betrachten und aus dieser Betrachtung zwar keine Voraussagen, aber wenigstens einige Perspektiven für die weitere Entwicklung dieser Wirtschaft abzuleiten. Dabei muss auch zu der Frage Stellung genommen werden, wie man sich die Umstellung der deutschen Wirtschaft, d.h. die Ueberführung der heutigen Kriegswirtschaft in eine Friedenswirtschaft vorstellen soll. Es kann sich dabei natürlich nur um eine in starkem Masse hypothetische Behandlung des Problems handeln. Je länger die Entwicklung in der eingeschlagenen Richtung weitergeht, umso komplizierter wird das Problem und umso grösser wird die Gefahr, dass

die Machthaber des Dritten Reiches schliesslich keinen anderen Ausweg mehr sehen, als den Aufbau der Kriegswirtschaft durch einen Krieg zum logischen Abschluss zu bringen.

1) Disproportionalität der industriellen Produktion

Die leicht feststellbare und in der Tat oft genug festgestellte Tatsache, dass in Deutschland in den letzten Jahren die Beschäftigung in den Produktionsmittelindustrien unvergleichlich stärker zugenommen hat als die in den Konsumgüterindustrien, gibt Anlass zu vielen Missverständnissen und falschen Urteilen über die Lage und Problematik der deutschen Wirtschaft. Diese Tatsache wird nämlich oft als eine Erscheinung der konjunkturellen Entwicklung angesehen, d.h. als typische Erscheinung der Disproportionalität zwischen verschiedenen Zweigen und Phasen des wirtschaftlichen Kreislaufs, also eine Disproportionalität, wie sie sich im Verlauf eines konjunkturellen Aufschwungs auszubilden pflegt. Wäre aber diese Betrachtungsweise richtig, so hätten die deutschen Produktionsmittelindustrien schon längst in die grössten Absatzstockungen geraten müssen, und die schwerste Krise wäre schon da. Das ist aber nicht der Fall, und wenn die deutschen Produktionsmittelindustrien mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so nicht deshalb, weil es für sie schwierig wäre, Absatzmärkte zu finden, sondern im Gegenteil, weil die Nachfrage, die sie zu befriedigen haben, ihre Erzeugungsmöglichkeiten ständig überschreitet. Von einer relativen "Ueberproduktion" die infolge einer viel zu starken Zunahme in der Erzeugung von Produktionsgütern im Vergleich zu der der Konsumgüter hätte entstehen müsse, kann also keine Rede sein. Die Produktionsmittelindustrien sind vielmehr ausserstande, sogar den dringendsten Anforderungen der Konsumwirtschaft in vollem Masse nachzukommen. Es scheint also - in krassem Widerspruch zu allen Statistiken - eher eine umgekehrte Disproportionalität zu bestehen: die Erzeugung und die Erzeugungskapazität der Produktionsmittelindustrien scheinen gegenüber der Produktionsentwicklung bei den Konsumgüterindustrien im Rückstand zu bleiben!

Diese Schlussfolgerung, mag sie noch so paradox erscheinen, ist nichtsdestoweniger völlig zutreffend, wenn man den wirtschaftlichen Kreislauf betrachtet, in dem sich die konjunkturelle Entwicklung abwickelt. Das scheinbare Paradox erklärt sich im Grunde sehr ein

fach: in der heutigen deutschen Wirtschaft gehören die Produktionsmittelindustrien zum grösseren Teil nicht zu dem gleichen wirtschaftlichen Kreislauf wie die Konsumgüterindustrien. Der Absatz von Textilmaschinen und Textilstoffen wird durch die Beschäftigung der Textilindustrie bestimmt und also letzten Endes durch die Nachfrage nach den Textilstoffen. Der Wohnungsbau, soweit er privatwirtschaftlich betrieben wird, wird bestimmt durch die Rentabilitätsersparungen, also durch die Abschätzung des voraussichtlichen zahlungsfähigen Bedarfs. Die Ueberschätzung der zu erwartenden Nachfrage führt in beiden Fällen zu einer relativen "Ueberschätzung", die auf der anderen Seite als relative "Unterkonsumtion" erscheint. Das gilt aber nicht für Kanonen, Maschinengewehre, für den Bau von Befestigungen oder strategischen Strassen etc. etc. Der Staat ist hier der einzige Abnehmer. Er bestimmt den Umfang der Produktion, er schreibt den Ausbau von Kapazitäten vor. Zum grossen Teil sind es auch keine Produktionsmittel, die da erzeugt werden, sondern "Konsumgüter" besonderer Art, Güter des militärischen Konsums, Rüstungsgegenstände und Produktionsmittel für die Erzeugung dieser Gegenstände. Könnten wir vom statistischen Durcheinander, das unter dem Namen "Produktionsgütererzeugung" angeführt wird, die Erzeugung von Produktionsmitteln absondern, der für den Markt im üblichen Sinne bestimmt ist, so würden wir feststellen, dass diese Erzeugung in Deutschland seit 1933 nicht einmal mit der schwachen Zunahme der Konsumgütererzeugung Schritt gehalten hat. Unter diesen Umständen entsteht keine relative Ueberschätzung bei den Produktionsmittelindustrien. Es kann nur dann "zu viel" Maschinengewehre geben, wenn sie privatwirtschaftlich für den Markt des Waffenhandels produziert werden.

Da nicht nur keine Statistik der deutschen Rüstungsproduktion veröffentlicht wird, sondern auch die Rüstungsausgaben geheimgehalten werden, so sind auch keine auch nur annähernden Berechnungen über den Umfang des "Rüstungssektors" der deutschen Industrie möglich. Die Richtigkeit unserer Ueberlegung wird aber erstens durch die Tatsache bestätigt, dass, wie es in Deutschland selbst oft genug zugegeben und ausgesprochen wird, die Konsumgüterindustrien ihren Investierungsbedarf nur in geringem Masse befriedigen können. Soweit es sich nicht um Produktion für die Ausfuhr handelt, werden ihnen die Rohstoffe erst nach Befriedigung des sogenannten "vor-

dringlichen" Bedarfs zugeteilt, und das gilt auch für die Erzeugung von den für die Konsumgüterindustrien erforderlichen Produktionsmitteln. Es wird oft genug davon gesprochen, dass viele Betriebe gezwungen sind, mit einer stark abgenutzten Ausrüstung zu arbeiten. Wir können unsere Feststellung aber auch durch eine einfache statistische Operation erhärten.

Nach dem Produktionsindex des Reichsamtes für wehrwirtschaftliche Planung gestaltete sich die Entwicklung der deutschen industriellen Produktion seit 1933 wie folgt:

	<u>Gesamte Industrie</u>	<u>Produktionsgüter</u>	<u>Verbrauchsgüter</u>
1933	100,0	100,0	100,0
1934	130,8	144,9	114,2
1935	149,5	177,3	116,5
1936	168,9	206,7	124,0
1937	187,2	231,1	135,1
1938	205,1	255,6	145,1

Der Tempounterschied ist ausserordentlich stark. Die Frage ist noch, in welchem Masse die gestiegene Erzeugung von "Produktionsgütern" sogenannte "zusätzliche Produktion" darstellt, wie eine der im Dritten Reich üblichen schamhaften Bezeichnungen lautet. Mit anderen Worten: in welchem Mass handelt es sich um die Rüstungsindustrie, um die Erzeugung der Produktionsmittel für Rüstungsbetriebe, um militärische Bauten, um den Ausbau der Kapazitäten im Rahmen des Vierjahresplans, der auch zum grossen Teil ausserhalb der Konsumwirtschaft liegt, um die Bauten, die den Ruhm des Systems verewigen sollen usw.? Zwar ist keine genaue Berechnung möglich, wenn wir aber den Anteil dieser "zusätzlichen Produktion" mit 50% nicht der gesamten industriellen Produktion, sondern nur der sogenannten "Produktionsgütererzeugung" annehmen, so ist er damit sicherlich nicht überschätzt, sondern eher wesentlich unterschätzt. In diesem Falle würden wir aber für den übrigen Teil der Produktionsgütererzeugung für das Jahr 1938 die Indexzahl von 127,8 (255,6 : 2) haben, gegenüber 145,1 für die Verbrauchsgüter. Eigentlich hätte aber die Steigerung bei den "normalen" Produktionsgütern bedeutend stärker sein müssen als bei den Verbrauchsgütern, weil während der Krise die Erzeugung von Produktionsgütern viel stärker zurückgegangen war.

Setzt man 1928 gleich 100, so stand nämlich 1932 der Produktionsindex für Produktionsgüter auf 47,3 und für Verbrauchsgüter auf 74,1.

Auf diese Weise bekommt man zwar noch keine exakte Vorstellung von den Relationen zwischen den verschiedenen Gebieten der deutschen industriellen Produktion, aber es wird wenigstens klargelegt, dass die Produktionsstatistik keineswegs auf die relative Ueberproduktion von Produktionsgütern schliessen lässt. Es kann keine Rede davon sein, dass das Angebot die vorhandene Nachfrage übersteigt. Im Gegenteil reichen die vorhandenen Kapazitäten (und nicht nur die Rohstoffmengen) nicht aus, um die vorhandene Nachfrage zu befriedigen. Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau, Otto Sack, hat das im "Vierjahresplan" vom Januar 1939 offen zugegeben: "In den letzten Jahren musste trotz des ständigen Wachsens der Eisenerzeugung die der Maschinenindustrie für Inlandsaufträge zur Verfügung stehende Eisenmenge beschränkt werden. Andererseits begannen die Aufträge sich an einzelnen Stellen in ausserordentlichem Ausmasse zu häufen und die Produktionskapazität der Lieferbeträge zu übersteigen". Es gibt also sozusagen zwei Phasen der Unterproduktion. Einerseits reicht die Rohstoffherzeugung für die Befriedigung des Bedarfs der eigentlichen Produktionsmittelindustrie nicht aus. Andererseits reicht die Produktionskapazität dieser Industrie an verschiedenen Stellen nicht aus, um den vorhandenen Bedarf an Produktionsmitteln zu befriedigen. "Es musste daher", fährt Herr Sack fort, "sowohl das Eisen nach der Wichtigkeit und Dringlichkeit der einzelnen Arbeitsgebiete und Besteller verteilt als auch für einen Beschäftigungsausgleich gesorgt werden."

Es ist nicht schwer, zu erraten, welche Arbeitsgebiete und Besteller bevorzugt werden. Von den Rüstungsaufträgen spricht Herr Sack nicht. Aber "diejenigen Fachgruppen bzw. Formen des Maschinenbaus, deren Erzeugnisse für die Durchführung des Vierjahresplans grundlegend sind, werden so reichlich mit Eisen und Stahl versorgt, dass ihre -zum Teil erhöhte und noch im Ausbau begriffene- Produktionskapazität stets voll ausgenutzt werden konnte." Von den Fachgruppen, die im Endeffekt der Konsumwirtschaft dienen sollen, wird die Landmaschinenindustrie bevorzugt. "Weil die Landwirtschaft zur Erreichung der deutschen Nahrungsfreiheit so weitgehend wie nur möglich mit Maschinen versorgt werden musste, erhält die Landmaschinenindustrie soviel Eisen und Stahl geliefert, wie sie mit vorhandenen Arbeitskräften und Produktionsanlagen überhaupt verarbeiten konnte". Im übrigen ist die Lieferung von Maschinen für die Konsumgüterin-

industrie grundsätzlich eingeschränkt worden. "Denn in der Konsumgüter-industrie kommt es heute nur darauf an, die vorhandenen Anlagen dem allmählich steigenden Verbrauch des deutschen Volkes anzupassen und alle technischen Fortschritte zu verwerten, um auf diese Weise Arbeitskräfte für andere Wirtschaftszweige freizumachen." Nach einer Statistik der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau betrug der Durchschnittsindex für den gesamten Maschinenbau (berechnet auf der Basis 1928 = 100) 107 für Mitte 1938. Für die Wäschereimaschinenindustrie wurde aber eine Indexzahl von nur 56 errechnet, für die Nahrungs- und Genussmittelmaschinen-Industrie von 65, für Druckereimaschinen von 70, für Papierherstellungsmaschinen von 76, während auf der anderen Seite Zweige, "die von der Entwicklung der letzten Jahre besonders begünstigt wurden", bei Indexzahlen von mehr als 120, ja zum Teil fast von 150 angelangt sind. ("Frankfurter Zeitung" vom 22. Januar 1939). Dies ist eine konkrete Illustration zu den Ausführungen von Sack.

Es erscheint demnach völlig berechtigt, von einer starken Disproportionalität zu sprechen. Aber nur unter der Bedingung, dass man diesen Ausdruck nicht in dem besonderen Sinne gebraucht, den er bei der Beobachtung einer konjunkturellen Entwicklung erhält. Es handelt sich bei der deutschen Wirtschaft nicht um diese "klassische" Disproportionalität, die zum Ausgangspunkt eines konjunkturellen Zusammenbruchs werden könnte. In diesem Punkt haben die Wirtschaftler des Dritten Reichs recht: die Entwicklung der heutigen deutschen Wirtschaft kann nicht mehr als eine konjunkturelle Entwicklung beschrieben und verstanden werden.

Wie stellt man sich eine konjunkturelle Krise vor? Die Waren bleiben unverkauft, die Lager sind überfüllt, die Preise stürzen. In Deutschland aber liegen die Dinge ganz anders. Man fürchtet ständig, dass man nicht genug "Waren" produzieren können, dass die Lager-vorräte viel zu stark erschöpft werden und dass die Preise nicht stürzen, sondern steigen könnten. Trotzdem besteht die Disproportionalität und bereitet den deutschen Machthabern schwere Sorgen. Es ist nur eine andere Disproportionalität, und die Krise, die befürchtet wird, würde eine ganz andere Krise sein, als eine Krise, in die ein konjunktureller Aufschwung umzuschlagen pflegt. Die vorhandene Disproportionalität tritt in Erscheinung nicht als eine relative.

Ueberproduktion, sondern als eine relative Unterproduktion bei gleichzeitiger absoluter Ueberproduktion der sogenannten "Produktionsgüter."

2) Absolute Ueberproduktion

Wir brauchen keine theoretischen Betrachtungen über die Bedingungen anzustellen, unter welchen die Produktion überhaupt "zu gross" oder "zu gering" sein kann. Hier genügt uns die einfachste Formel. Man kann von relativer Ueberproduktion sprechen, wenn die Produktion die Nachfrage übersteigt, und von relativer Unterproduktion, wenn die Produktion hinter der Nachfrage zurückbleibt. Dagegen bedarf der Ausdruck "absolute Ueberproduktion" einer Erläuterung. Es handelt sich um eine Erscheinung, für die heute in Deutschland verschiedene Bezeichnungen gebraucht werden, wie "Ueberbeschäftigung", "Ueberbeanspruchung der Kapazitäten" usw. An sich kann die Produktionskapazität nicht überbeansprucht werden, weil sie eben die oberste Grenze der möglichen Produktion kennzeichnet. Das gilt aber für die theoretische Kapazität, die von der wirtschaftlichen zu unterscheiden ist. Die wirtschaftliche Kapazität liegt immer unter der theoretischen. Die letztere kann normalerweise nicht voll ausgenutzt werden oder höchstens nur vorübergehend in irgendwelchen Ausnahmefällen, was dann durch eine nachträgliche "Schonung" der Kapazität kompensiert werden muss. Der reibungslose Ablauf der Produktion erfordert das Vorhandensein von Kapazitätsreserven, die z.B. im Fall von Reparaturen oder Umstellungen eingesetzt werden können. Die wirtschaftliche Kapazität wird bestimmt nicht durch die höchste theoretische und auch nicht allein durch die normale technische Kapazität des Betriebes, sondern durch die Gesamtheit der vorhandenen Voraussetzungen. Sie hört dort auf, wo z.B. der Raubbau an der Arbeitskraft beginnt oder es notwendig wird, zu minderwertigen Roh- und Hilfsstoffen zu greifen. Man kann daher von "absoluter Ueberproduktion" oder von Ueberbeschäftigung sprechen, wenn die Grenze der wirtschaftlichen Kapazität überschritten wird, wenn also die notwendigen Kapazitätsreserven ausgeschöpft werden, wenn die menschliche Arbeitskraft überspannt wird, wenn die Produktionsmittel abgenutzt werden, ehe sie ersetzt werden können, wenn schliesslich die Produktionssteigerung aus diesen oder jenen Gründen von einer Verschlechterung der Qualität be-

gleitet wird.

Alle diese Erscheinungen sind in der deutschen Wirtschaft vorhanden, und es wäre möglich, noch mehrere andere anzuführen. Hier kommt es aber vor allem darauf an, die Gesamtwirkung aller Erscheinungen der absoluten Ueberproduktion festzustellen. Einmal entsteht daraus der Zwang zu immer weitergehender staatlicher Regulierung. Damit nicht die gefährlichen "Mangellagen" und "Engpässe" entstehen, muss alles reguliert und namentlich kontingentiert werden - die Verteilung der Rohstoffe, der Energie, der menschlichen Arbeitskräfte. Sonst besteht ständig die Gefahr, dass einzelne Werke oder Produktionszweige ihren Bedarf auf unerwünschte Weise auf Kosten der anderen befriedigen. Deshalb setzt Herr Sack auseinander, dass im Maschinenbau "sowohl das Eisen nach der Wichtigkeit und Dringlichkeit der einzelnen Arbeitsgebiete und Besteller verteilt als auch für einen Beschäftigungsausgleich gesorgt werden musste". Der gleiche Verfasser schreibt an einer anderen Stelle seines Artikels: "Immer stärker wächst die Notwendigkeit einer Lenkung der Maschinenproduktion. Diese Aufgabe ist bei dem grossen Umfang und den vielfach sich überschneidenden Aufgaben der Maschinenerzeugung besonders schwierig.. Es werde daher allgemein begrüsst, dass der Reichswirtschaftsminister das geschäftsführende Präsidialmitglied der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau, Karl Lange, unter Erteilung der erforderlichen Vollmachten mit der beschleunigten Ausweitung der Erzeugung und Hebung der Produktivität der Maschinenbauindustrie in ihren lebenswichtigen, d.h. wehrwirtschaftlich und vierjahresplanmässig bedeutungsvollsten Zweigen, beauftragt hat." Bei der vorhandenen absoluten Ueberproduktion bedeutet aber die Ausweitung der Produktion an einer Stelle ihre Einschränkung an der anderen und erfordert deshalb eine Reihe von staatlichen Eingriffen auf anderen Arbeitsgebieten. Jede Verstärkung der Lenkungsmassnahmen auf irgendeinem Gebiet hat die Tendenz, sich zu verallgemeinern.

Die ständige Verschärfung der Preiskontrolle ist eine weitere notwendige Folge der absoluten Ueberproduktion, sowie übrigens auch einer relativen Unterproduktion. Es entstehen zweierlei Tendenzen zum Preis-uftrieb. Einerseits ist die Beschäftigung, die über die Grenzen der wirtschaftlichen Kapazität hinausgeht, mit höheren Unkosten verbunden, die natürlich in die Preise einkalkuliert werden. Darüber hinaus wird aber versucht - und im Grunde völlig berechtigt-

bei den Preisfestsetzungen auch die zu erwartenden künftigen Stockungen zu berücksichtigen. Andererseits birgt schon allein die Tatsache, dass die Produktion hinter der Nachfrage zurückbleibt, eine starke Tendenz zur Preissteigerung in sich. Die Auftraggeber müssen um die Ausführung ihrer Aufträge kämpfen, sie sind bereit, höhere Preise zu zahlen, um die Ausführung zu beschleunigen oder überhaupt zu sichern. Das gilt nicht nur für die privaten, sondern auch für die staatlichen Auftraggeber. In der deutschen Wirtschaftspresse wird bitter darüber geklagt, dass gerade die Auftraggeber der öffentlichen Hand oft geneigt sind, die überhöhten Preise zu zahlen, was die Erhöhung der staatlichen Ausgaben zur Folge hat. Also ergibt sich auch von dieser Seite her die Notwendigkeit der verschärften und verallgemeinerten Regulierung. Man muss nämlich erstens alle Aufträge auf ihre Wichtigkeit und Dringlichkeit überprüfen und zweitens alle Preiskalkulationen sorgsam kontrollieren, um zwischen den durch die höheren Kosten begründeten und den durch andere Motive bedingten Preiserhöhungen zu unterscheiden.

In zwei Punkten erscheinen die Folgen der absoluten Ueberproduktion für die Wirtschaftler -und vor allem für die Wehrwirtschaftler!- des Dritten Reiches besonders bedenklich. Die Ausnutzung der Kapazitätsreserven führt, wenn sie gewisse Grenzen überschreitet, zur Verminderung des wirtschaftlichen Kriegspotentials. Wird der Produktionsgrad dauernd über die wirtschaftliche Kapazität hinaus angespannt, so droht die allmähliche Verminderung der Gesamtkapazität der Wirtschaft. Dass diese Gefahr droht, wird auch in der "Deutschen Volkswirtschaft" (1939, No 17) angedeutet:

"Die Notwendigkeit starker wirtschaftlicher Reserven, eines hohen wehrwirtschaftlichen Potentials", das in einem möglichen Ernstfall die vorhandene militärische Rüstung unterhalten, ergänzen und vervielfachen muss, ist eine Grundforderung der Wehrwirtschaft...Dieses wehrwirtschaftliche Potential, d.h. der Steigerungsspielraum, welcher der obersten Wirtschaftsführung für einen möglichen Ernstfall (bei bestenfalls -+ gleichbleibendem Volks-

+) Der Chef des Wirtschaftsstabes im Oberkommando der Wehrmacht, Generalmajor Thomas, schliesst diesen günstigsten Fall ausdrücklich aus. Er schreibt im "Deutschen Volkswirt" vom 26. Mai 1939: "Zu berücksichtigen ist, dass die auf den Krieg ausgerichtete Kapazität der deutschen Wirtschaft die Friedenskapazität unterschreiten wird."

einkommen und Sozialprodukt) im geldwirtschaftlichen Bereich noch inbezug auf Uebertragung von Kaufkraft aus dem privaten in den öffentlichen Sektor durch Steuern, Arbeiten usw., sowie im güterwirtschaftlichen Bereich inbezug auf Uebertragung von Betriebskapazität, Rohstoffen und Arbeitskräften auf den Rüstungssektor zur Verfügung steht, ist im Falle friedensmässiger Ueberbeanspruchung der Wirtschaft für öffentliche Zwecke nur wenig ausdehnungsfähig.

Dieselben Folgeerscheinungen hat der bereits friedensmässig erfolgende staatliche Eingriff in das Nationalvermögen, welcher einer augenblicklichen Mangellage abhilft, aber Güter und Werte verbraucht, deren Verlust schon während weniger Jahre zu einer Schrumpfung der Erzeugungsmöglichkeiten führen kann. Ueberbeanspruchung der Produktionsmittel, Abbau der Lagervorräte der Wirtschaft und der nur knapp vorhandenen Bodenschätze, Preisgabe vorhandener Gold- und Devisenreserven, welche in einem möglichen Ernstfall einfach unersetzlich wären, gehören hierher."

(Dr. Gerold von Minden, Möglichkeiten und Grenzen der Wehrwirtschaft)

3) Unterproduktion der Verbrauchsgüter

Das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung (frühere Abteilung VII -Industrielle Produktionsstatistik- des Statistischen Reichsamtes) errechnet die bereits erwähnte Indexziffer für die Entwicklung der Produktion seit 1933, die wir der Uebersichtlichkeit halber an dieser Stelle noch einmal wiedergeben:

	<u>Produktionsgüter:</u>	<u>Verbrauchsgüter:</u>
1933	100,0	100,0
1934	144,9	114,2
1935	177,3	116,5
1936	206,7	124,0
1937	231,1	135,1
1938	255,6	145,1

Der Unterschied in der Entwicklung der beiden Gruppen ist offensichtlich und braucht nicht besonders betont zu werden. Die Entwicklung des eigentlichen Rüstungssektors wird aber durch diese Statistik noch nicht in vollem Umfange wiedergegeben, da von den Verbrauchsgütern wiederum diejenigen in einem stärker zunehmenden Masse produziert werden, die dem militärischen Bedarf dienen. Wenn z.B. die Produktion in der Bekleidungsindustrie und in der Schuhindustrie besonders stark zugenommen hat, so ist das offenbar nicht auf einen besonders starken Absatz an die Zivilbevölkerung zurückzuführen, sondern auf die Befriedigung des militärischen Bedarfs. Ebenso werden die Gegenstände des "Wohnungsbedarfs" nicht nur für die privaten

Wohnungen produziert, sondern auch z.B. für die Kasernen. In der Gruppe der pharmazeutischen Erzeugnisse sind die Vorräte für den Fall des Krieges enthalten usw. Wäre es möglich, in den beiden Gruppen der Produktion den Anteil der Erzeugung für den militärischen oder überhaupt für den staatlichen Bedarf auszusondern, so würde die Unterschiedlichkeit der Entwicklung noch viel krasser in Erscheinung treten.

Die beiden Indexreihen interessieren aber noch in einer anderen Hinsicht. Sie lassen nämlich erkennen, dass sich der Tempounterschied zwischen den beiden Gruppen verringert: die Zunahme der Produktionsgütererzeugung verlangsamt sich und die der Verbrauchgütererzeugung wird stärker. Diese Entwicklung wird deutlich, wenn wir für jedes Jahr die Zunahme der Produktion im Vergleich zum vergangenen Jahr errechnen, also für 1934 die Zunahme im Vergleich zu 1933, für 1935 im Vergleich zu 1934 usw. In Prozenten ausgedrückt, betrug die jährliche Zunahme in den beiden Gruppen:

	<u>Produktionsgüter:</u>	<u>Verbrauchsgüter:</u>
1934	44,9%	14,2%
1935	22,3%	2,0%
1936	16,6%	6,4%
1937	11,8%	9,0%
1938	10,6%	7,3%

Geht man von den ersten vier Monaten jedes Jahres aus, so kann man den Vergleich auch für das laufende Jahr fortführen:

	Zunahme gegen Vorjahr	
	<u>Produktionsgüter:</u>	<u>Verbrauchsgüter:</u>
Januar bis April 1938	9,1%	8,9%
" " " 1939	9,5%	9,9%

Hier zeigt sich zum ersten Mal bei den Verbrauchsgütern sogar eine stärkere Zunahme als bei den Produktionsgütern. Das ist eine neue Erscheinung, die der Aufklärung bedarf.

In seiner sechsten erschienenen ersten Veröffentlichung "Die deutsche Industrie, Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik" gibt das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung folgende Interpretation seiner Indexziffer:

"Der gewaltige Anstieg der industriellen Gütererzeugung lässt sich in drei Abschnitte gliedern. Der erste ist gekennzeichnet durch die Massnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und

umfasst etwa die Jahre 1933 und 1934. Die beiden folgenden Jahre 1935 und 1936...standen im wesentlichen im Zeichen der Wehrhaftmachung, während im dritten Abschnitt, etwa seit Anfang 1937, die rohstoffwirtschaftlichen Aufgaben des zweiten Vierjahresplans neben den Rüstungsaufgaben "Richtung und Ausmass der industriellen Gütererzeugung entscheidend beeinflusst haben."

Im ersten Abschnitt vollzog sich die Produktionssteigerung in der Hauptsache in der Sphäre der Produktionsgüter, in der Verbrauchswirtschaft wurde lediglich "durch gewisse Sondermassnahmen (Förderung der Eheschliessungen usw.) eine leichte Entspannung erreicht". Im zweiten Abschnitt, der im Zeichen der Aufrüstung stand, "konzentrierte sich die Belegung der deutschen Produktion... verhältnismässig noch stärker als bisher auf die Produktions- und Investitionsgüterindustrien." "Die zusätzlichen und dringlichen Anforderungen für die Erzeugung deutscher Roh- und Werkstoffe im Rahmen des Vierjahresplans führten dann zusammen mit den weiteren Ansprüchen der Wehrhaftmachung auf vielen Gebieten zu einer Höchstbeanspruchung der industriellen Produktionsmöglichkeiten und damit auch zu einer weiteren Steigerung der Investitionen...Das Schwergewicht der Produktionssteigerung lag auch weiterhin im Sektor der Produktions- bzw. Investitionsgüterindustrien." Aber "auch die Verbrauchsgüterindustrien konnten infolge der sich mehr und mehr steigernden Konsumkraft der breiten Masse etwas aufholen."

Nach dieser Darstellung hängt die Produktionslage der Verbrauchsgüterindustrien ausschliesslich von der "Konsumkraft der breiten Masse" ab; zwischen der Zunahme der Konsumkraft und der Produktionssteigerung soll demnach eine genaue Proportionalität bestehen. Soweit aber das Arbeitseinkommen in Frage kommt, lässt sich eine solche Proportionalität nicht feststellen. Vergleichen wir die jährliche Zunahme des Arbeitseinkommens mit der Produktionssteigerung der Verbrauchsgüterindustrie, so ergibt sich vielmehr folgendes Bild:

	Zunahme gegen <u>Arbeitseinkommen</u>	Vorjahr <u>Verbrauchsgütererzeugung</u>
1934	12,4%	14,2%
1935	10,5%	2,0%
1936	9,3%	6,4%
1937	10,3%	9,0%
1938	9,8%	7,3%

Die Steigerung des Arbeitseinkommens ist ziemlich gleichmässig, die Produktionssteigerung bei den Verbrauchsgütern ist dagegen sehr

unterschiedlich. Bei einer ungefähr gleichen Steigerung des Arbeitseinkommens in den Jahren 1935 und 1937 hat die Verbrauchsgütererzeugung im ersten Fall um nur 2% und im zweiten um 9% zugenommen. Warum? Die Schätzungen des Volkseinkommens sind immer sehr zweifelhaft, soweit es sich um die absoluten Grössen handelt, sie sind dagegen zuverlässiger, soweit sie die Entwicklung des Volkseinkommens wiedergeben. Wir stellen daher auf die gleiche Weise die jährliche Zunahme des gesamten Volkseinkommens der Produktionssteigerung bei den Verbrauchsgütern gegenüber:

	<u>Volkseinkommen:</u>	<u>Verbrauchsgütererzeugung:</u>
1934	13,3%	14,2%
1935	11,2%	2,0%
1936	10,7%	6,4%
1937	9,4%	9,0%
1938	8,5%	7,3%

Auch diese Reihen verlaufen keineswegs parallel. Ja, es scheint eher eine umgekehrte Proportionalität vorhanden zu sein: Die Produktionssteigerung von Verbrauchsgütern verstärkt sich, während sich die Steigerung des Volkseinkommens verlangsamt. Die angewandte Methode kann gewiss beanstandet werden, denn sie berücksichtigt weder die Verteilung des Volkseinkommens noch die Struktur des Verbrauchs. Die entsprechenden Korrekturen würden aber unsere Beweisführung nicht entkräften, sondern bekräftigen. So müsste der Teil des Volkseinkommens ermittelt werden, den der Staat an sich zieht. Denn die Massenkaufkraft wird nicht durch die Höhe des Einkommens bestimmt, sondern durch die Quote, die der Staat für den Verbrauch übrig lässt. Im Dritten Reich übt der Staat einen Zwang zum Sparen aus, um die Ersparnisse an sich zu ziehen. Dieser Zwang wird nicht zuletzt dadurch ausgeübt, dass die Verbrauchsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Wenn nun die Produktionssteigerung bei den Verbrauchsgütern etwas stärker würde, so würde das bedeuten, dass der Staat den Zwang zur Verbrauchseinschränkung etwas gemildert hat. Es erscheint aber sehr merkwürdig, dass der Staat den Verbrauchsgüterindustrien ausgerechnet in der Zeit etwas mehr Raum gibt, wo Produktionsstörungen wegen der Rohstoffknappheit und des Arbeitermangels entstehen. Dafür müssen schon sehr gewichtige Gründe vorhanden sein.

Wir haben bereits festgestellt, dass die sogenannten "Produktionsgüter" der heutigen deutschen Wirtschaft zum grösseren Teil in keiner Beziehung zum Produktionsprozess der Verbrauchsgüterindustrie

stehen. Trotzdem stehen die beiden Sektoren der deutschen Wirtschaft zueinander in Beziehung, nur kommt diese Beziehung von einer anderen Seite her zustande. Alle Beschäftigten in der Rüstungswirtschaft und überhaupt im staatlichen Sektor der Wirtschaft sind Konsumenten, deren Kaufkraft als Nachfrage in der Konsumwirtschaft in Erscheinung tritt. Von dieser Seite kommt auch die Disproportionalität der Entwicklung zur Geltung. Bleibt die Produktionssteigerung der Verbrauchsgüter zu stark hinter der Produktionssteigerung der sogenannten "Produktionsgüter" zurück, so bedeutet das, dass die erstere früher oder später auch im Verhältnis zur Zunahme der Kaufkraft zu schwach wird. Darin besteht eben eine relative Unterproduktion in der Konsumwirtschaft.

Ist nun einmal die Nachfrage grösser als das Angebot, so entsteht die Tendenz zur Preissteigerung. Um die Zunahme der Kaufkraft in möglichst engen Grenzen zu halten, wird in Deutschland eine Politik der stabilen Löhne getrieben, d.h. werden Lohnerhöhungen grundsätzlich nicht zugelassen. Die strenge Durchführung dieser Politik wird aber durch den Zustand der "Ueberbeschäftigung" ausserordentlich erschwert, ja zum Teil unmöglich gemacht. Nicht nur deshalb, weil eine Jagd nach Arbeitskräften entstanden ist, sondern auch weil Lohnzuschläge notwendig werden, um zur Leistungssteigerung anzuregen. Schliesslich hat auch die erhöhte Anspannung der Arbeitskraft einen erhöhten Verbrauch zur Folge. Kann die Konsumwirtschaft dem erhöhten Bedarf nicht entsprechen, so wird das Festhalten des Preisniveaus zu einer unendlich schwierigen Aufgabe, zumal die Steigerung der Verdienste offenbar auch eine Steigerung der Produktionskosten hervorruft. Nun musste Ministerialdirektor Mansfeld bereits vor einiger Zeit feststellen, dass der Staat die Kontrolle über die Löhne und überhaupt über die Einkommen "teilweise" verloren hat. Würde auch den Preisen eine grössere Bewegungsfreiheit gegeben, so würden neue und allgemeine Lohnerhöhungen unvermeidlich, und dann begänne die bekannte Schraube ohne Ende der Inflation.

Um den Zusammenbruch des ganzen "Systems der stabilen Löhne und Preise" zu verhüten, war daher der Staat gezwungen, den Konsumgüterindustrien etwas mehr Raum zu geben und zeitweise die Einfuhr von Lebensmitteln steiger zu lassen.

Im Einklang mit unseren Schlussfolgerungen steht auch die Entwicklung des Nahrungsmittelverbrauchs, wie sie sich aus der amtlichen Statistik ergibt.

Nahrungsmittelverbrauch je Kopf der Bevölkerung

	<u>nach dem Gehalt an</u>			
	<u>Kalorien</u>	<u>Eiweiss</u>	<u>Fett</u>	<u>Kohlehydraten</u>
1932	100,0	100,0	100,0	100,0
1933	99,1	100,5	96,3	100,4
1934	100,5	102,1	96,3	102,2
1935	100,6	103,4	95,7	102,2
1936	103,0	104,9	98,8	104,3
1937	104,7	107,4	97,7	107,4
1938	105,0	107,7	100,7	105,6

Die deutsche Verbrauchsstatistik ist zweifellos viel zu optimistisch. Wir wissen nicht, ob sie bewusst gefälscht wird. Die statistisch erfassten Verbrauchsmengen wurden aber schon aus dem einfachen Grunde grösser, weil sie von der Statistik vollständiger erfasst wurden. Es liegt auf der Hand, dass in einer Zwangswirtschaft der Verbrauch viel genauer statistisch ermittelt werden kann als in einer freien Wirtschaft. Dazu kommt noch, dass die Vorräte für den Fall des Krieges, die geheim gehalten werden, statistisch in den verbrauchten Mengen enthalten sind. Umso schwerer fällt es ins Gewicht, wenn sogar nach dieser Statistik eine nennenswerte Steigerung im Vergleich zu 1932 erst seit 1936 sichtbar wird. Der Fettverbrauch hat sogar erst 1938 die Höhe von 1932 erreicht, und dies bei vollständiger statistischer Erfassung, so dass er aller Wahrscheinlichkeit nach effektiv noch immer unter dem Verbrauch von 1932 liegt. Im amtlichen Kommentar wird bemerkt, dass die seit 1933 anhaltende Aufwärtsbewegung sich im Jahre 1938 zwar verlangsamt habe, dass sie aber "darauf zurückzuführen ist, dass schon 1937 ein ausserordentlich hoher Ernährungsstandard erreicht war". ("Wirtschaft und Statistik" 1939, No. 12) Das ist natürlich nichts als Schönfärberei. Denn dem Kaloriengehalt nach lag der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung 1937 und 1938 nach einer, wie gesagt, zu optimistischen Berechnung um rund 5% höher als 1932, d.h. als im Jahre der tiefsten Krise, als die Erwerbslosen mit ihren Familienangehörigen nahezu ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten. Bei der gegenwärtigen Vollbeschäftigung und bei den Anforderungen, die an die menschliche Arbeitskraft heute gestellt werden, muss der durchschnittliche

"Ernährungsstand", der bestenfalls um einige wenige Prozente über dem von 1932 liegt, als völlig unzureichend angesehen werden.

Auch aus diesem Grunde wird daher der Staat gezwungen, die Konsumwirtschaft etwas zu stärken, weil sich sonst die erreichte Produktionshöhe einfach physisch nicht aufrecht erhalten lässt. Was aber bis jetzt geschehen ist, sind nur halbe Massnahmen mit geringer Wirkung. Die Unterproduktion in der Verbrauchswirtschaft bleibt, und das bedeutet, dass die zusätzliche Beanspruchung der menschlichen Arbeitskraft nicht durch einen entsprechenden Mehrverbrauch kompensiert wird. Es steht aber "ausser Zweifel, dass eine berufliche Ueberanstrennung zu vorzeitiger Erschöpfung der körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte des arbeitenden Menschen führen muss. Sie vermag sich im vorgerückten Alter in einem jähen Absinken der quantitativen und qualitativen Leistung und in frühzeitiger Arbeitsunfähigkeit auszuwirken. Auch wird das Erlahmen der physischen und psychischen Widerstandskräfte gegen Krankheiten begünstigt... Es ist aber in den nächsten 20 Jahren infolge des Geburtenausfalls in den Kriegs- und Nachkriegsjahren mit zahlenmässig starken älteren Jahrgängen zu rechnen" (Rudolf Krausmüller, "Um die Leistungskraft der Zukunft", in "Die Deutsche Volkswirtschaft", 1939, No. 16.)

Die relative Unterproduktion in der Verbrauchswirtschaft verstärkt die Wirkungen der absoluten Ueberproduktion von sogenannten "Produktionsgütern". Auch nationalsozialistische Wirtschaftler sehen die Perspektive "einer Schrumpfung der Erzeugungsmöglichkeiten". Andererseits bedroht, wie wir es oben dargelegt haben, die wirklich vorhandene Disproportionalität das relative Gleichgewicht, das in der Wirtschaft des Dritten Reichs durch sein Regulierungssystem und um den Preis schwerer Entbehrungen und einer für die Zukunft überaus gefährlichen Verschwendung der wirtschaftlichen Substanz erreicht wird.

4) Das Problem der Umstellung

Jede Erörterung des Problems der Umstellung der deutschen Wirtschaft auf friedliche Beschäftigung stösst auf eine Reihe von unbekanntem Grössen und muss von einer künftigen Situation ausgehen, die sich sehr schwer und nur mit einer sehr begrenzten Wahrscheinlichkeit voraussehen lässt. Gleichwohl lassen sich einige wichtige

und vielleicht entscheidende Elemente des Problems schon aus der heutigen Situation heraus verhältnismässig klar erkennen. Um mehr als eine relative Konkretisierung der Problemstellung kann es sich allerdings nicht handeln.

Die erste unbekannte Grösse ist der Anteil der Arbeit für die Rüstungen an der gesamten deutschen industriellen Produktion. Es gibt in Deutschland keine Statistik, in der man irgendwelche Angaben über die Rüstungsindustrie finden könnte. Die industrielle Statistik ist heute "wehrwirtschaftliche Industriestatistik" geworden, und die wichtigsten Angaben werden grundsätzlich geheim gehalten. Im Vorwort zu der mehrfach erwähnten Publikation des Reichsamtes für wehrwirtschaftliche Planung ("Die deutsche Industrie") wird dieser Grundsatz ganz offen formuliert:

"Während auf anderen Gebieten der Statistik die Veröffentlichung vielfach das Hauptziel der ganzen Arbeit ist, liegt es bei der wehrwirtschaftlichen Industriestatistik aus verständlichen Gründen gerade umgekehrt. Der Schwerpunkt liegt hier bei den internen, den Blicken der Öffentlichkeit naturgemäss entzogenen Auswertungsarbeiten. Veröffentlichungen können nur die Rolle von Nebenprodukten spielen."

Die gesamte Rüstungsindustrie wird durch die Produktionsstatistik erfasst, aber sorgfältig verschleiert. Es ist z.B. unmöglich, in der ausführlichen Uebersicht des Reichsamtes irgend eine Spur des Flugzeugbaus zu finden. Der Motorenbau ist im "Sonstigen Maschinenbau" enthalten, lässt sich aber nicht absondern. Auf diesen "sonstigen Maschinenbau" entfallen von den 556.000 Arbeitern und Angestellten, die 1936 insgesamt im Maschinenbau beschäftigt waren, rund 253.000! In der Abteilung "Chemische Industrie" versteckt sich die Rüstungsproduktion hinter Rubriken wie "Industrie der anorganischen Schwerchemikalien", "Industrie der organischen Chemikalien und Teerfarben", "Sonstige chemische Industrien". In einer speziellen Veröffentlichung über die Kraftfahrzeugindustrie ("Wirtschaft und Statistik" 1939, No. 3.) entfällt fast ein Drittel des Absatzes in den beiden letzten Jahren auf den Posten: "Sonstiges einschliesslich Reparaturen"!

Gleichwohl ist es möglich, Anhaltspunkte für den Anteil aller Lieferungen an die öffentliche Hand an der gesamten industriellen Produktion zu gewinnen. Das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung gibt in seiner Publikation den Gesamtwert der deutschen industriellen Produktion im Jahre 1938 mit 39,6 Milliarden RMk an.

Diese Zahl erscheint auf den ersten Blick als überraschend niedrig. Bisher waren allgemein höhere Schätzungen im Umlauf. Indessen wendet das Reichsamt die einzig richtige Methode an, um die sonst unvermeidlichen Doppelzählungen zu eliminieren. Es berechnet nämlich den "Nettoproduktionswert", der sich für jede Industrie nach dem Abzug des Wertes sämtlicher verbrauchten Rohstoffe, Halbfabrikate Kraftstoffe usw. ergibt. Für das laufende Jahr darf man für sicher halten, dass dieser Netto-Produktionswert der Industrie 40 Milliarden nicht unwesentlich überschreiten wird. Nach den bisherigen Ergebnissen kann man mit einer Produktionssteigerung um 6 - 7% gegenüber dem Vorjahr rechnen, und ausserdem muss man berücksichtigen, dass sich die Berechnung des Reichsamtes nur auf das alte Reichsgebiet bezieht. Infolgedessen kann man den Produktionswert im laufenden Jahre auf etwa 45 Milliarden schätzen.

Auf der anderen Seite lassen sich annähernd die Summen abschätzen, die der Staat für die industriellen Lieferungen ausgeben wird. Es wird nämlich angenommen ("Die Deutsche Volkswirtschaft", 1939, Nr. 15), dass an die Industrie Steuergutscheine mindestens in Höhe von 8 Milliarden RMk abgegeben werden sollen. Da die direkten und indirekten Lieferungen an den Staat im allgemeinen zu 40% mit Steuergutscheinen bezahlt werden, so ergibt sich daraus, dass die industriellen Lieferungen an die öffentliche Hand mindestens 20 Milliarden RMk betragen. Die gleiche Zeitschrift hat ein anderes Mal (Nr. 10) für den Gesamtbetrag der Steuergutscheine eine Größenordnung von 9 bis 10 Milliarden RMk genannt, was dem Wert von Lieferungen von 22,5 bis 25 Milliarden RMk entsprechen würde. Selbst bei vorsichtiger Schätzung kann man also annehmen, dass -dem Werte nach- ungefähr die Hälfte der industriellen Produktion an die öffentliche Hand abgeliefert wird. (Da bei den sogenannten Produktionsgütern der Anteil dieser Lieferungen viel stärker ist, als bei den Verbrauchsgütern, rechtfertigt auch diese Feststellung unsere Annahme (vgl. Seite B 4), dass der Anteil des staatlichen Sektors an der Produktionsgütererzeugung mehr als die Hälfte beträgt.) Da nach den Berechnungen des Reichsamtes für wehrwirtschaftliche Planung auf jeden Beschäftigten jährlich ein Produktionswert von durchschnittlich 4.300 RMk entfällt, so handelt es sich bei den Lieferungen an den Staat um die Arbeit von etwa 5 Millionen Menschen

Im Jahr 1932 waren insgesamt 4,36 Millionen Arbeitskräfte in der Industrie beschäftigt, im Jahre 1938 insgesamt 8,3 Millionen. Rund 60% aller Arbeitskräfte in der Industrie sind also heute für staatliche Aufträge tätig.

In Wirklichkeit ist der Kreis der für Staatslieferungen Beschäftigten noch grösser. Die Unternehmungen, die an den Staat liefern, sind gezwungen, ihre Investitionen auf dem Wege der Selbstfinanzierung oder -zum geringeren Teil- durch die Auflegung von Industrieanleihen zu finanzieren. In jedem Jahr wird nur ein Teil dieser Ausgaben in den Preis der abgelieferten Waren einkalkuliert. So werden z.B. für die Durchführung des Vierjahresplans die Reserven von vielen Unternehmungen verbraucht, und die aus diesen Mitteln bezahlte Arbeit gehört daher mittelbar ebenfalls zu dem Sektor der Staatslieferungen. Eine genaue Berechnung ist auch hier unmöglich. Immerhin vermitteln unsere Feststellungen eine ungefähre Vorstellung von dem Umfang, den der Umstellungsprozess haben müsste. Diese Umstellung müsste damit beginnen, dass die Aufträge fortfallen, mit deren Ausführung heute mindestens 5 Millionen Menschen beschäftigt werden. Die Frage ist zunächst, ob und in welchem Umfang für diesen Ausfall ein Ersatz vorhanden sein wird oder geschaffen werden kann.

Einige Ersatz-Aufgaben werden sich automatisch ergeben. Viele Betriebe, die heute ausschliesslich oder hauptsächlich für Rüstungen arbeiten, werden stillgelegt und dann wiederum neu ausgerüstet werden müssen. Das wird im Grunde ein Prozess der Demobilmachung sein. Einige Aufgaben werden an sich bestehen bleiben, wie z.B. die Erneuerungen bei der Reichsbahn, die schon längst fällig sind. Weiter hat die Industrie, die ausserhalb des bevorzugten Sektors liegt, einen sehr starken Erneuerungsbedarf. Und schliesslich könnte die Beschäftigung der Verbrauchsgüterindustrien sofort erhöht werden, ebenso wie die Beschäftigung z.B. im Wohnungsbau. Es wäre also eine Nachfrage vorhanden, die an sich ausreichen würde, einen neuen und diesmal konjunkturellen Aufschwung anzuregen. Das entscheidende Problem ist nur, wie dieser Aufschwung finanziert werden könnte.

Das bisherige System der staatlichen Finanzierung müsste im Fall der Umstellung versagen, und zwar nicht nur aus psychologischen

Gründen, d.h. nicht nur deshalb, weil es unmöglich sein würde, der Bevölkerung die gleichen Entbehrungen für privatwirtschaftliche Zwecke aufzuerlegen, wie bisher für die "Wehrhaftmachung". Das bisherige Finanzierungssystem, auch wenn angenommen wird, dass es fortgesetzt werden kann, ohne zum Ausbruch der offenen Inflation zu führen, wird seinem Wesen nach völlig ungeeignet für die Finanzierung der neuen Aufgaben sein. Es ist aufgebaut auf der Einschränkung des Konsums, auf dem erzwungenen "Sparen" auf Kosten des Konsums. Es führt zwangsläufig zum Stagnieren der Konsumgüter-Industrie zu einer relativen Unterproduktion von Verbrauchsgütern. Es wird aber im Prozess der Umstellung notwendig sein, die Verbrauchsquote zu erhöhen und eben die Unterproduktion von Verbrauchsgütern zu beseitigen. Man wird auch damit rechnen müssen, dass viele private Konsumenten ihre Spereinlagen abziehen werden, um den jahrelang unbefriedigt gebliebenen Bedarf endlich decken zu können. Das in den Sparkassen gesammelte Spargeld wird aber heute so angelegt, dass es sehr fraglich ist, ob die Sparkassen dann über genügende Liquidität verfügen würden. Es muss auch berücksichtigt werden, dass, wenn auf der einen Seite gewisse Kaufkraftreserven vorhanden sein werden, andererseits aber ein Ausfall an Kaufkraft infolge der unvermeidlichen Stilllegungen eintreten wird. Ebenso wird die Industrie die ihre Reserven in starkem Masse verbraucht hat, Kredite in grossem Umfange brauchen. Das schwierigste Problem ist also nicht der Ersatz des Rüstungsbedarfs, sondern die Finanzierung des neuen Bedarfs. Wahrscheinlich wird die Frage, in welchem Ausmass die Aufnahme von Auslandsanleihen möglich sein wird, für die ganze Umstellung entscheidende Bedeutung haben.

Eine günstige Chance liegt dagegen darin, dass die deutsche Industrie ihre Ausfuhr wird verhältnismässig schnell steigern können -vorausgesetzt natürlich, dass der deutsche Umstellungsprozess nicht in eine Periode der Depression auf dem Weltmarkt fallen wird. Was die Einfuhr anbetrifft, so wird zweifelsohne eine Steigerung der Nahrungsmiteleinfuhr notwendig sein. Der Rohstoffbedarf wird dagegen zum Teil dadurch gedeckt sein, dass enorme Mengen von Metall-erzeugnissen der Rüstungsindustrie verschrottet werden müssen und dass dieser Schrott die Einfuhr von Eisen und Eisenerzen auf lange Zeit überflüssig machen wird. Man darf deshalb eine bedeutende Aktivierung der Handelsbilanz erwarten, was die Aufnahme von Auslands-

darlehen erleichtern würde. Dies allerdings nur unter der Bedingung, dass der Staatsbankrott vermieden und dass die Währung nicht vollkommen ruiniert wird, und das sind Gefahren, die sehr schwer zu vermeiden sein werden.

Wäre es der Hitler-Diktatur möglich, sich zur Durchführung dieses Umstellungsprozesses zu entschliessen? Das ist sehr wenig wahrscheinlich. Von ihrem Standpunkt würde die Umstellung bedeuten, dass alle Anstrengungen der letzten Jahre zum grossen Teil umsonst waren. Sie hat in der Aufrüstung in breitem Sinne so ungeheuer viel "investiert", dass sich diese "Investitionen" überhaupt nicht rentieren können, es sei denn, dass Deutschland durch einen siegreichen Krieg die absolute Herrschaft mindestens über ganz Europa erlangt und dadurch unübersehbare Ausbeutungsmöglichkeiten erhält. Es steht deshalb zu befürchten, dass der Zwang zur Umstellung der Wirtschaft, der sich innerhalb der deutschen Wirtschaft selbst schon entwickelt, zu einem mächtigen Faktor werden könnte, der das Dritte Reich in den Krieg treibt.

- - - - -